

**DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT**  
**COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2023/200400]

**21. NOVEMBER 2022 — Dekret zur Abänderung des dekretalen Teils des Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung und des Dekretes vom 18. März 2002 zur Infrastruktur**

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

*KAPITEL 1 — Abänderungen des dekretalen Teils des Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung*

**Artikel 1** - In Artikel D.I.1 § 2 Absatz 2 Nummer 5 des Wallonischen Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung wird die Wortfolge "für operative Maßnahmen" durch die Wortfolge "für einen Sanierungsstandort oder für eine städtische Flurbereinigung" ersetzt.

**Art. 2** - Buch I Einziger Titel Kapitel II desselben Gesetzbuches, aufgehoben durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird wie folgt wieder eingeführt:

*"KAPITEL II - BEFUGNISÜBERTRAGUNGEN"*

**Art. 3** - Artikel D.I.3 desselben Gesetzbuches, aufgehoben durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird wie folgt wieder eingeführt:

*"Art. D.I.3 - Die Regierung kann die ihr durch das vorliegende Gesetzbuch und seine Ausführungsbestimmungen gewährten Befugnisse, einschließlich der Entscheidungsbefugnisse, an bevollmächtigte Bedienstete des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft übertragen.*

*Unbeschadet der auf die Rücknahme von Verwaltungsakten anwendbaren allgemeinen Bestimmungen kann die Regierung auch nach der Übertragung von Befugnissen die Vollmachten selbst ausüben, ohne jedoch eine Entscheidung ersetzen zu können, die durch den Vollmachtinhaber rechtsgültig getroffen und dem Betroffenen mitgeteilt wurde."*

**Art. 4** - Artikel D.I.4 § 1 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird folgende Nummer 7 eingefügt:

*"7° über die vorgeschlagenen Maßnahmen, die vom Fonds für Nachhaltigkeit gemäß Artikel D.I.12.1 finanziert werden."*

2. In Absatz 4 werden folgende Sätze eingefügt:

*"Der Beirat gibt das Gutachten innerhalb einer Frist von 30 Tagen nach Erhalt der Anfrage ab. Diese Frist wird von Rechts wegen um 15 Tage verlängert, wenn sie zwischen dem 1. Juli und dem 31. August einsetzt oder abläuft. Nach Ablauf der Frist kann die Regierung den Entwurf ohne das Gutachten verabschieden. Gibt der Beirat sein Gutachten innerhalb der Frist zu einem Dekretentwurf ab, hinterlegt die Regierung dieses zusammen mit dem Dekretentwurf im Parlament."*

**Art. 5** - Artikel D.I.5.1 § 2 Absatz 3 desselben Gesetzbuches, eingefügt durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird aufgehoben.

**Art. 6** - Die Überschrift von Buch I Einziger Titel Kapitel III Abschnitt 2 desselben Gesetzbuches wird wie folgt ersetzt:

*"Abschnitt 2 - Beschwerdekommision"*

**Art. 7** - Artikel D.I.6 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 1 wird die Wortfolge "beratende Kommission für Beschwerden, nachstehend die "beratende Kommission" genannt," durch das Wort "Beschwerdekommision" ersetzt.

2. In § 1 wird folgender Absatz 2 eingefügt:

*"Die Stellungnahme der Beschwerdekommision enthält einen begründeten Beschlussvorschlag."*

3. In § 2 Absatz 1 wird die Wortfolge "beratenden Kommission" durch das Wort "Beschwerdekommision" ersetzt.

4. In § 2 Absatz 2 wird folgende Nummer 4 eingefügt:

*"4. eine Fachperson im Bereich Landschaft."*

5. In § 4 Absatz 2 wird die Wortfolge "beratenden Kommission" durch das Wort "Beschwerdekommision" ersetzt.

**Art. 8** - In Buch I Einziger Titel desselben Gesetzbuches wird folgendes Kapitel V.1, das den Artikel D.I.12.1 umfasst, eingefügt:

*"KAPITEL V.1 - FONDS FÜR NACHHALTIGKEIT"*

**Art. 9** - In Buch I Einziger Titel Kapitel V.1 desselben Gesetzbuches wird folgender Artikel D.I.12.1 eingefügt:

*"Art. D.I.12.1 - § 1 - Es wird ein Fonds für Nachhaltigkeit geschaffen. Der Fonds entspricht einem Haushaltsfonds gemäß Artikel 56 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft.*

*Der Fonds bezweckt die Bildung und Verwaltung von finanziellen Rücklagen mit der Absicht, Maßnahmen zur Förderung der Nachhaltigkeit im Sinne des ökologischen und landschaftlichen Erhalts, der Wiederherstellung oder der Aufwertung des Raumes in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu planen, zu realisieren oder zu unterstützen einschließlich von Maßnahmen zum Schutz des Klimas, der Arten und Habitate und zur Versorgung der Allgemeinheit durch erneuerbare Energien.*

§ 2 - Die Einnahmen des Fonds setzen sich zusammen aus:

1. Einnahmen, die als Ausgleichsbeträge bei Revisionen des Sektorenplans gemäß Artikel D.II.45 § 3 Absatz 1 Nummer 3 gefordert werden;
2. Einnahmen aus den Vergleichsbeträgen, die gemäß Artikel D.VII.18 an die Deutschsprachige Gemeinschaft gezahlt werden;
3. Einnahmen aus den administrativen Geldbußen, die gemäß Artikel D.VII.21 an die Deutschsprachige Gemeinschaft gezahlt werden;
4. Einnahmen aus den Zahlungen von Geldsummen, die repräsentativ sind für den durch den Verstoß erzielten Mehrwert des Gutes, die der Deutschsprachigen Gemeinschaft gemäß den Artikeln D.VII.13 und D.VII.22 zugesprochen werden;
5. dem im Einnahmenhaushalt der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Erfüllung der Aufgaben des Fonds als zweckbestimmte Einnahmen vorgesehenen Teil der Globaldotation;
6. Einnahmen aus Schenkungen oder Legaten.

§ 3 - Die Ausgaben können Entschädigungen, Zuschüsse oder Leistungen betreffen, einschließlich Personal-, Betriebs-, Investitions-, Verwaltungs-, Unterhalts- oder sonstige Kosten in direktem und ausschließlichem Zusammenhang mit Aktionen oder Aufgaben, die im Rahmen des Fonds beschlossen werden und von spezifischem Fachpersonal oder Drittpersonen ausgeführt werden.“

**Art. 10** - In Buch I Einziger Titel Kapitel VII Abschnitt 1 desselben Gesetzbuches wird folgender Artikel D.I.17.1 eingefügt:

“Art. D.I.17.1 - § 1 - Die Beschwerden, deren Hinterlegung, die durch einen Hinterlegungsbescheid bescheinigt wird, oder deren Sendungsempfang, der durch eine Post- oder sonstige Empfangsbestätigung bescheinigt wird, vor einer der Abänderungen der im deutschen Sprachgebiet anwendbaren Gesetzgebung für Raumordnung und Städtebau erfolgte, werden auf der Grundlage der am Datum des Hinterlegungsbescheids oder der Empfangsbestätigung anwendbaren Bestimmungen weiter geprüft.

§ 2 - In den Fällen, in denen ein gemäß Artikel D.IV.67 gefasster Beschluss der Deutschsprachigen Gemeinschaft durch den Staatsrat für nichtig erklärt wurde und demnach ein neuer Beschluss gefasst werden muss, wird das Verfahren auf der Grundlage der am Tag des Entscheids des Staatsrats anwendbaren Bestimmungen fortgeführt.“

**Art. 11** - Die Überschrift von Buch II desselben Gesetzbuches wird wie folgt ersetzt:

“BUCH II - PLANUNG UND AREALE“

**Art. 12** - In Artikel D.II.2 § 1 Absatz 2 desselben Gesetzbuches wird zwischen das Wort “erbebezogener,” und das Wort “ökologischer” das Wort “landschaftlicher,” eingefügt.

**Art. 13** - Artikel D.II.6 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 2 wird zwischen das Wort “erbebezogener,” und das Wort “ökologischer” das Wort “landschaftlicher,” eingefügt.

2. § 2 Absatz 3 wird wie folgt abgeändert:

a) In Nummer 1 wird das Wort “rationelle” durch das Wort “rationale” und die Wortfolge “der Gebiete” durch die Wortfolge “des Gebiets” ersetzt.

b) In Nummer 4 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

c) Folgende Nummer 5 wird eingefügt:

“5° den Schutz vor Extremwettersituationen.“

3. § 3 Nummer 1 wird wie folgt ersetzt:

“1° Verwaltungs- und Planungsmaßnahmen in Bezug auf die Umsetzungsgrundsätze und die Gebietsstruktur nach Paragraph 2 Absatz 1 Ziffern 2 und 3 enthalten;“

**Art. 14** - Artikel D.II.7 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In § 6 Absatz 1, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird die Wortfolge “Wenn ein oder mehrere Gemeinderäte das plurikommunale Entwicklungsschema nicht angenommen haben,” durch die Wortfolge “Wenn nur ein Teil der betreffenden Gemeinderäte das plurikommunale Entwicklungsschema angenommen hat,” ersetzt.

2. § 7 Absatz 4 wird aufgehoben.

**Art. 15** - In Artikel D.II.8 § 1 Absatz 1 desselben Gesetzbuches wird die Wortfolge “, wenn die Revision mehrere Gemeinden betrifft” eingefügt.

**Art. 16** - Artikel D.II.10 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 2 wird zwischen das Wort “erbebezogener,” und das Wort “ökologischer” das Wort “landschaftlicher,” eingefügt.

2. § 2 Absatz 3 wird wie folgt abgeändert:

a) In Nummer 1 wird das Wort “rationelle” durch das Wort “rationale” ersetzt.

b) In Nummer 4 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

c) Folgende Nummer 5 wird eingefügt:

“5° den Schutz vor Extremwettersituationen.“

3. In § 3 Nummer 2 wird das Wort “betroffene” gestrichen.

**Art. 17** - Artikel D.II.12 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In § 3 Absatz 1 wird die Wortfolge “plurikommunalen Entwicklungsschemen und lokalen Orientierungsschemen und den kommunalen Leitfäden” durch die Wortfolge “Schemen und/oder Leitfäden” ersetzt.

2. In § 4 Absatz 1 wird die Wortfolge "die plurikommunalen Entwicklungsschemen und lokalen Orientierungsschemen und den kommunalen Leitfadern, so wie sie in der Liste nach Paragraph 3 Absatz 1 identifiziert wurden, gegebenenfalls" durch die Wortfolge "gegebenenfalls die gelisteten Schemen und/oder Leitfäden" ersetzt.

3. In § 5 Absatz 2 wird die Wortfolge "plurikommunalen Entwicklungsschemen und der lokalen Orientierungsschemen und des kommunalen Leitfadens" durch die Wortfolge "Schemen und/oder Leitfäden" ersetzt.

4. § 5 Absatz 5 wird aufgehoben.

**Art. 18** - Artikel D.II.15 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. § 1 Absatz 3 wird wie folgt ersetzt:

"Ein plurikommunales Entwicklungsschema kann zudem in folgenden Fällen ganz oder teilweise aufgehoben werden:

1. bei der Annahme oder Revision des Sektorenplans;

2. bei der Annahme oder Revision eines anderen plurikommunalen Entwicklungsschemas oder eines kommunalen Entwicklungsschemas."

2. In § 2 Absatz 3 wird Satz 1 gestrichen und in Satz 2 die Wortfolge "In diesem Fall und zusätzlich" durch das Wort "Zusätzlich" ersetzt.

**Art. 19** - In Artikel D.II.21 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret vom 10. Dezember 2020, wird folgender § 5 eingefügt:

" § 5 - Die Regierung erstellt eine Koordinierung der im deutschen Sprachgebiet geltenden Sektorenpläne, die "koordinierte Sektorenpläne der Deutschsprachigen Gemeinschaft" genannt wird."

**Art. 20** - Artikel D.II.25bis desselben Gesetzbuches, eingefügt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 16. November 2017, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 Nummer 3 wird die Wortfolge "Parzellierungsgenehmigung oder eine Verstädterungsgenehmigung" durch die Wortfolge "Parzellierungs-, Verstädterungs- oder Erschließungsgenehmigung" ersetzt.

2. In Absatz 2 wird das Wort "Verstädterungsgenehmigung" durch das Wort "Erschließungsgenehmigung" ersetzt.

**Art. 21** - Artikel D.II.36 § 2 Absatz 1 desselben Gesetzbuches wird wie folgt ersetzt:

"Die Module zur Erzeugung von Strom oder Hitze, die einen legal bestehenden Bau, eine legal bestehende Anlage oder ein legal bestehendes Gebäude, die sich auf demselben Immobiliengut befinden, direkt versorgen, werden in dem Agrargebiet zugelassen, insofern sie der eigentlichen Zweckbestimmung des Gebiets nicht auf unumkehrbare Weise schaden."

**Art. 22** - In Artikel D.II.42 § 1 Nummer 1 desselben Gesetzbuches wird die Wortfolge "der Nähe zu in Artikel D.V.14 erwähnten bevorzugten Initiativgebieten," gestrichen.

**Art. 23** - Artikel D.II.45 § 3 desselben Gesetzbuches wird wie folgt ersetzt:

" § 3 - Die Eintragung jedes neuen zur Verstädterung bestimmten Gebiets mit voraussichtlich erheblichen Auswirkungen auf die Umwelt, anstelle eines nicht zur Verstädterung bestimmten Gebiets, wird unter Einhaltung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ausgeglichen, und zwar:

1. durch die Umwidmung eines bereits bestehenden, zur Verstädterung bestimmten Gebiets oder eines Gebiets für konzentrierte kommunale Raumplanung in gleichem Maße in ein nicht zur Verstädterung bestimmtes Gebiet, oder

2. durch die Umsetzung jeglicher von der Regierung bestimmten alternativen Ausgleichsmaßnahmen, sowohl in operativer, umweltbezogener oder energetischer Hinsicht als auch was die Mobilität betrifft, insbesondere unter Berücksichtigung der Auswirkungen des zur Verstädterung bestimmten Gebiets auf die Umgebung, oder

3. durch die Zahlung eines Ausgleichsbetrags zugunsten des in Artikel D.I.12.1 erwähnten Fonds für Nachhaltigkeit.

Die in Absatz 1 Nummer 2 erwähnte alternative Ausgleichsmaßnahme zielt darauf ab, die Restauswirkungen, die sich aus der Eintragung eines zur Verstädterung bestimmten Gebiets anstelle eines nicht zur Verstädterung bestimmten Gebiets ergeben, auszugleichen, nach Berücksichtigung der Vorbeugungs- und Raumordnungsmaßnahmen, die dazu bestimmt sind, die erheblichen Auswirkungen, die in dem im Laufe des Verfahrens erstellten Umweltverträglichkeitsbericht identifiziert wurden, zu verringern oder zu vermeiden.

Die in Absatz 1 Nummer 3 erwähnte Zahlung eines Ausgleichsbetrags zielt darauf ab, gemäß Artikel D.I.12.1 Maßnahmen zur Förderung der Nachhaltigkeit in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu finanzieren.

Die Regierung entscheidet sich für raumplanerische Ausgleichsmaßnahmen, für alternative Ausgleichsmaßnahmen oder für die Zahlung eines Ausgleichsbetrags, oder aber für eine Kombination aus diesen Maßnahmen, wobei raumplanerische Ausgleichsmaßnahmen bevorzugt werden.

Die raumplanerische oder alternative Ausgleichung kann gemeindeübergreifend erfolgen.

Die raumplanerische oder alternative Ausgleichung kann phasenweise erfolgen. Die Zahlung des Ausgleichsbetrags kann in mehreren Teilzahlungen erfolgen.

Was die alternativen Ausgleichsmaßnahmen betrifft, bestimmt die Regierung ihre Art, die Modalitäten ihrer Umsetzung und den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit. Es kann die Hinterlegung einer finanziellen Garantie gefordert werden.

Was die Zahlung eines Ausgleichsbetrags betrifft, bestimmt die Regierung die Modalitäten für die Berechnung und die Einzahlung des Betrags unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit. Es kann die Hinterlegung einer finanziellen Garantie gefordert werden."

**Art. 24** - In Artikel D.II.46 desselben Gesetzbuches wird folgender Absatz 3 eingefügt:

"Ist ein Umweltverträglichkeitsbericht zu erstellen, bestimmt die Regierung in Anwendung des Artikels D.VIII.33 im Erlass zum Entwurf der Sektorenplanrevision gleichzeitig den Inhaltswurf dieses Umweltverträglichkeitsberichts und holt die notwendigen Stellungnahmen ein."

**Art. 25** - Artikel D.II.47 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 2 wird das Wort "Informationsversammlung" durch das Wort "Informationsveranstaltung" ersetzt.

2. In § 3 Absatz 1 wird folgender Satz eingefügt:

„Ist ein Umweltverträglichkeitsbericht zu erstellen, bestimmt die Regierung in Anwendung des Artikels D.VIII.33 im Erlass zum Entwurf der Sektorenplanrevision gleichzeitig den Inhaltswurf dieses Umweltverträglichkeitsberichts und holt die notwendigen Stellungnahmen ein.“

**Art. 26** - Artikel D.II.48 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In § 2 wird das Wort „Informationsversammlung“ durch das Wort „Informationsveranstaltung“ ersetzt.

2. In § 5 Absatz 1 wird folgender Satz eingefügt:

„Ist ein Umweltverträglichkeitsbericht zu erstellen, bestimmt die Regierung in Anwendung des Artikels D.VIII.33 im Erlass zum Entwurf der Sektorenplanrevision gleichzeitig den Inhaltswurf dieses Umweltverträglichkeitsberichts und holt die notwendigen Stellungnahmen ein.“

**Art. 27** - Artikel D.II.51 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. § 1 Absatz 2 Nummer 3 wird wie folgt ersetzt:

„3° wenn erwogen wird, ein Areal für einen Sanierungsstandort in Anwendung von Artikel D.II.57.5 einzurichten, die in Artikel D.II.57.3 erwähnte Akte; diese wird von der in Artikel D.II.57.2 genannten Person erstellt und die Stellungnahmen gemäß Artikel D.II.57.4 § 1 Absatz 1 Nummern 1 und 3 werden der Akte beigefügt.“

2. In § 1 Absatz 3 wird die Wortfolge „neu zu gestaltenden Standort“ durch das Wort „Sanierungsstandort“ ersetzt.

3. In § 1 Absatz 4 wird die Angabe „Artikel D.V.2 § 2“ durch die Angabe „Artikel D.II.57.2“ ersetzt und die Angabe „Artikel D.V.2 § 4“ wird durch die Angabe „Artikel D.II.57.4 § 2“ ersetzt.

4. In § 4 Absatz 3 wird die Angabe „Artikel D.V.2 § 8“ durch die Angabe „Artikel D.II.57.5“ ersetzt, die Wortfolge „neu zu gestaltenden Standort“ durch das Wort „Sanierungsstandort“ ersetzt und die Angabe „Artikel D.V.2 § 7“ durch die Angabe „Artikel D.II.57.4 § 5“ ersetzt.

5. In § 5 Absatz 2 wird die Wortfolge „neu zu gestaltenden Standort“ durch das Wort „Sanierungsstandort“ ersetzt, die Angabe „Artikel D.V.2 § 7“ durch die Angabe „Artikel D.II.57.4 § 5“ ersetzt und die Angabe „Artikel D.V.2 § 4“ durch die Angabe „Artikel D.II.57.4 § 2“ ersetzt.

**Art. 28** - Artikel D.II.52 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. § 1 Absatz 2 wird wie folgt ersetzt:

„Wenn es sich um die Sanierung eines Standorts im Sinne von Artikel D.II.57.1 § 1 Nummer 2 handelt, kann jedoch die Initiative des Antrags auf Revision des Sektorenplans von der in Artikel D.II.57.2 Nummer 2 genannten Person stammen.“

2. In § 1 Absatz 3 wird die Angabe „Artikel D.V.2 § 1 Ziffer 2“ durch die Angabe „Artikel D.II.57.2 Absatz 1 Nummer 2“ ersetzt.

3. § 1 Absatz 4 Nummer 6 wird wie folgt ersetzt:

„6° wenn erwogen wird, ein Areal für einen Sanierungsstandort in Anwendung von Artikel D.II.57.5 einzurichten, die in Artikel D.II.57.3 erwähnte Akte; diese wird von der in Artikel D.II.57.2 Absatz 1 Nummer 2 genannten Person erstellt und die Stellungnahmen gemäß Artikel D.II.57.4 § 1 Absatz 1 Nummern 1 und 3 werden der Akte beigefügt.“

4. In § 1 Absatz 5 wird die Wortfolge „neu zu gestaltenden Standort“ durch das Wort „Sanierungsstandort“ ersetzt.

5. In § 1 Absatz 6 wird die Wortfolge „neu zu gestaltenden Standort“ durch das Wort „Sanierungsstandort“ ersetzt, die Angabe „Artikel D.V.2 § 2“ durch die Angabe „Artikel D.II.57.3“ ersetzt und die Angabe „Artikel D.V.2 § 4“ durch die Angabe „Artikel D.II.57.4 § 2“ ersetzt.

6. In § 5 Absatz 3 wird die Angabe „Artikel D.V.2 § 8“ durch die Angabe „Artikel D.II.57.5“ ersetzt, die Wortfolge „neu zu gestaltenden Standort“ durch das Wort „Sanierungsstandort“ ersetzt und die Angabe „Artikel D.V.2 § 7“ durch die Angabe „Artikel D.II.57.4 § 5“ ersetzt.

7. In § 6 wird die Angabe „Artikel D.V.2 § 1 Ziffer 2“ jeweils durch die Angabe „Artikel D.II.57.2 Absatz 1 Nummer 2“ ersetzt.

8. In § 7 Absatz 2 wird die Wortfolge „neu zu gestaltenden Standort im Sinne von D.V.2 § 4“ durch die Wortfolge „Sanierungsstandort im Sinne von Artikel D.II.57.4 § 5“ ersetzt und die Angabe „in Artikel D.V.2 § 4“ durch die Angabe „in Artikel D.II.57.4 § 2“ ersetzt.

**Art. 29** - Artikel D.II.54 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 1 Nummer 3 wird die Wortfolge „in der Empfangsbestätigung“ durch die Wortfolge „im Bescheid über die formelle Vollständigkeit“ ersetzt.

2. In § 2 Absatz 6 Nummer 5 wird das Wort „Informationsversammlung“ durch das Wort „Informationsveranstaltung“ ersetzt.

**Art. 30** - In Artikel D.II.55 desselben Gesetzbuches werden folgende Absätze 4 und 5 eingefügt:

„Für die Festlegung der Ausmaße der Gebiete sind die Messungen auf Basis der grafischen Vorschriften ausschlaggebend.

Die Breite des Abgrenzungsstriches eines verstädterbaren Gebiets auf dem Sektorenplan gilt als diesem Gebiet zugehörend. Die Außengrenze des verstädterbaren Gebiets wird durch die Außengrenze des Striches materialisiert.“

**Art. 31** - In Buch II desselben Gesetzbuches, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 10. Dezember 2020, wird folgender Titel II.1, der die Artikel D.II.57.1 bis D.II.57.10 umfasst, eingefügt:

„TITEL II.1 - AREALE“

**Art. 32** - In Buch II Titel II.1 desselben Gesetzbuches wird folgendes Kapitel I, das den Artikel D.II.57.1 umfasst, eingefügt:

„KAPITEL I - ALLGEMEINES“

**Art. 33** - In Buch II Titel II.1 Kapitel I desselben Gesetzbuches wird folgender Artikel D.II.57.1 eingefügt:

"Art. D.II.57.1 - § 1 - Für die Anwendung des vorliegenden Titels versteht man unter:

1. Standort: ein Immobiliengut bzw. eine Gruppe von Immobiliengütern, das bzw. die zu anderen Tätigkeiten als zu Wohnzwecken bestimmt wurde oder war, und dessen bzw. deren Aufrechterhaltung in dem gegenwärtigen Zustand den Grundsätzen einer zweckmäßigen Raumordnung zuwiderläuft oder eine Destrukturierung des verstärkten Gefüges verursacht. Nur die den Gesetzes- und Verordnungsbestimmungen entsprechenden Tätigkeiten sind in Betracht zu ziehen. Der Standort befindet sich innerhalb der Grenzen des Areal, der die Gruppe der obenerwähnten Immobiliengüter umfasst. Das Areal kann ebenfalls Folgendes umfassen:

- a) ein oder mehrere Immobiliengüter oder Teile von Immobiliengütern, die noch für eine Tätigkeit benutzt werden, insofern die Sanierung des Standorts die Fortsetzung dieser Tätigkeit erlaubt;
- b) ein oder mehrere Immobiliengüter oder Teile von Immobiliengütern, die der Sitz einer Tätigkeit sind, jedoch prekär benutzt werden;
- c) ein oder mehrere Immobiliengüter oder Teile von Immobiliengütern, die zu Wohnzwecken dienen oder bestimmt sind.

Ein Standort, der in einem Freizeitgebiet im Sektorenplan gelegen ist und der durch die Durchführung des Planes "dauerhaftes Wohnen" betroffen ist, kann als Standort im Sinne des vorliegenden Artikels gelten.

2. Einen Standort sanieren: an diesem Standort Handlungen und Arbeiten zur Sanierung, Renovierung und Grundstücksanierung im Sinne von Artikel 2 Nummer 14 des Dekrets vom 1. März 2018 über die Bodenbewirtschaftung und -sanierung, sowie Bau- oder Wiederaufbauhandlungen und -arbeiten, einschließlich der damit verbundenen Studien, unternehmen. Die Regierung kann die Liste der Handlungen und Arbeiten festlegen.

3. Städtische Flurbereinigung: jedes städtebauliche Projekt zur Wiederaufwertung und Entwicklung städtischer Funktionen, das die Schaffung, die Änderung, die Erweiterung, die Abschaffung oder die Überdeckung von Straßen und öffentlichen Räumen mit sich bringt. Die städtische Flurbereinigung befindet sich innerhalb der Grenzen des Areal, das das obenerwähnte städtebauliche Projekt umfasst.

§ 2 - Die Areale für Sanierungsstandorte und die Areale für eine städtische Flurbereinigung werden aus operativen Gründen bestimmt, unabhängig von den Sektorenplänen, Schemen und Leitfäden."

**Art. 34** - In Buch II Titel II.1 desselben Gesetzbuches wird folgendes Kapitel II, das die Artikel D.II.57.2 bis D.II.57.6 umfasst, eingefügt:

"KAPITEL II - VERFAHREN"

**Art. 35** - In Buch II Titel II.1 Kapitel II desselben Gesetzbuches wird folgender Abschnitt 1, der die Artikel D.II.57.2 bis D.II.57.3 umfasst, eingefügt:

"Abschnitt 1 - Initiativrecht und Vorschlag"

**Art. 36** - In Buch II Titel II.1 Kapitel II Abschnitt 1 desselben Gesetzbuches wird folgender Artikel D.II.57.2 eingefügt:

"Art. D.II.57.2 - Die Regierung kann die Bestimmung eines Areal für einen Sanierungsstandort oder eines Areal für eine städtische Flurbereinigung festlegen:

1. entweder aus eigener Initiative;
2. oder auf Vorschlag einer Gemeinde, einer Interkommunalen, zu deren Gesellschaftszweck die Raumordnung oder das Wohnungswesen gehört, einer Gemeindevereinigung, eines öffentlichen Sozialhilfezentrums, einer Gemeindegeregung, der Gesellschaft zur Erneuerung und Sanierung der Industriestandorte ("Société de rénovation et d'assainissement des sites industriels" (SORASI)), der im deutschen Sprachgebiet zugelassenen Wohnungsbaugesellschaften öffentlichen Dienstes, der in Artikel 39 des Dekrets vom 27. Juni 1996 über die Abfälle erwähnten öffentlichen Gesellschaft für die Förderung der Umweltqualität ("Société publique d'aide à la qualité de l'environnement" (SPAQuE));
3. oder auf Vorschlag eines oder mehrerer Eigentümer oder Inhaber eines dinglichen Rechts. Gegebenenfalls begründet die Regierung unter Berücksichtigung von Artikel D.68 des Buches I des Umweltgesetzbuches ihren Beschluss, die zwecks der Sanierung und

Renovierung des Standorts geplanten Handlungen und Arbeiten einer oder keiner Umweltverträglichkeitsstudie zu unterziehen.

Der Erlass wird in Übereinstimmung mit Artikel D.VIII.22 ff. veröffentlicht."

**Art. 37** - In denselben Abschnitt wird folgender Artikel D.II.57.3 eingefügt:

"Art. D.II.57.3 - Der Vorschlag der Regierung gemäß Artikel D.II.57.2 beruht auf einer Akte, die Folgendes enthält:

1. die Angabe und Rechtfertigung der Grenzen des Areal unter Berücksichtigung der in Artikel D.57.II.1 aufgeführten Kriterien;
2. eine Karte zur Darstellung des Areal nach dem von der Regierung festgelegten Muster;
3. die Angabe der geplanten Handlungen und Arbeiten;
4. eine Umweltverträglichkeitsprüfung oder den begründeten Antrag zur Befreiung von einer Umweltverträglichkeitsprüfung gemäß Artikel D.VIII.31.

Für den Sanierungsstandort wird zusätzlich eine Bewertungsnotiz über die Umweltverträglichkeit bzw. eine Umweltverträglichkeitsstudie bezüglich der geplanten Handlungen und Arbeiten in Anwendung der Bestimmungen des Umweltgesetzbuches beigefügt.

Für die städtische Flurbereinigung wird zusätzlich die Darstellung des städtebaulichen Projekts mit folgenden Angaben beigefügt:

1. ein Bericht mit der Darstellung der geplanten Handlungen und Arbeiten, ihrer Zweckbestimmung, den raumordnerischen Optionen und der Architektur des Projekts. Dieser Bericht wird auf der Grundlage folgender Elemente erstellt:

- a) ein Lageplan, der die Lokalisierung des durch das Projekt betroffenen Gutes im Verhältnis zum Kern der Ortschaft und die wichtigsten Zufahrtstraßen darstellt, mit Angabe ihrer Rechtsstellung und ihrer Bezeichnung;

b) die Rechtslage mit folgenden Angaben:

- die Zweckbestimmung des durch das Projekt betroffenen Gutes gemäß dem Sektorenplan;
- gegebenenfalls seine Lage im plurikommunalen Entwicklungsschema und in den kommunalen Schemen, hinsichtlich der Erschließungs- oder Teilungsgenehmigung, ob das Gut dem regionalen Leitfadern und/oder dem kommunalen Leitfadern für den Städtebau unterliegt;

c) der raumplanerische und landschaftliche Kontext, mit Angabe folgender Elemente:

- die Orientierung;
- die Zufahrtsstraßen, einschließlich ihrer Einrichtungen und Ausstattungen sowie gegebenenfalls der geplanten Änderungen;
- gegebenenfalls die Abschaffung einer bestehenden Straße oder die Schaffung von neuen Straßen und öffentlichen Räumen;
- die Lage, die Abmessungen, die Art oder Zweckbestimmung der bestehenden Bauten auf dem durch das Projekt betroffenen Gut und in einem Umkreis von 50 Metern;
- gegebenenfalls eine Begründung der beantragten Abweichungen und Ausnahmen angesichts der Artikel D.IV.5 und D.IV.13;

d) ein Fotobericht, durch den der städtebauliche und landschaftliche Kontext, in den sich das Projekt einfügt, berücksichtigt werden kann, und der die nummerierte Angabe der Aufnahmen des Fotoberichts auf einem Plan enthält:

2. ein Nutzungsplan des Areals, mit folgenden Angaben:

a) Standort und Baumasse der bestehenden und geplanten Bauten für das gesamte Areal;

b) die aufrechterhaltene oder geplante Einrichtung der noch nicht errichteten Bauwerke im betroffenen Areal, einschließlich der Straßen und öffentlichen Räume, der Parkplätze, der bestehenden und geplanten Vegetation;

3. eine aussagekräftige 3D-Visualisierung des städtebaulichen Projekts.“

**Art. 38** - In Buch II Titel II.1 Kapitel II desselben Gesetzbuches wird folgender Abschnitt 2, der die Artikel D.II.57.4 bis D.II.57.6 umfasst, eingefügt:

“Abschnitt 2 - Verfahren“

**Art. 39** - In Buch II Titel II.1 Kapitel II Abschnitt 2 desselben Gesetzbuches wird folgender Artikel D.II.57.4 eingefügt:

“Art. D.II.57.4 - § 1 - Die Regierung übermittelt den in Artikel D.II.57.2 genannten Erlass und die in Artikel D.II.57.3 genannte Akte an folgende Instanzen, die sie um Stellungnahme ersucht, sofern der Antrag auf Bestimmung des Areals nicht auf deren Vorschlag beruht:

1. dem Gemeindekollegium der Gemeinde(n), in der bzw. denen das Areal gelegen ist;
2. den Eigentümern der nach den Katasterangaben vom Areal betroffenen Immobilien güter;
3. dem Kommunalausschuss oder, wenn es diesen nicht gibt, dem Beirat;
4. jeder Person, Instanz oder Dienststelle, deren Beratung sie als nützlich erachtet. Der Vorschlag zur Bestimmung eines Areals für eine städtische Flurbereinigung wird

zusätzlich zu den in Absatz 1 genannten Instanzen dem Gemeinderat der Gemeinde(n), in der bzw. denen das Areal gelegen ist, zur Stellungnahme übermittelt. Ist die Stellungnahme des Gemeinderats ungünstig, so wird das Verfahren zur Bestimmung eines Areals für eine städtische Flurbereinigung nicht weitergeführt.

Die in Absatz 1 und 2 genannten Stellungnahmen werden der Regierung innerhalb von 60 Tagen nach dem Empfang des Erlasses übermittelt. Nicht übermittelte Stellungnahmen werden als günstig gewertet.

§ 2 - Der bzw. die Eigentümer sind verpflichtet, jeden Inhaber eines dinglichen Rechts, jeden Mieter bzw. jeden Benutzer des betreffenden Immobiliengutes sowie jede Person, die sie damit beauftragt oder der sie erlaubt haben könnte, Arbeiten an dem betreffenden Gut auszuführen, innerhalb von fünfzehn Tagen nach dem Empfang des Erlasses der Regierung darüber zu informieren. In der Sendung an die Eigentümer wird diese Pflicht vermerkt.

§ 3 - Innerhalb von fünfzehn Tagen nach dem Empfang des Erlasses der Regierung wird dieser vom Gemeindekollegium einer öffentlichen Untersuchung unterbreitet. Wenn mehrere Gemeinden vom Areal betroffen sind, wird eine öffentliche Untersuchung in jeder von ihnen durchgeführt.

Das Gemeindekollegium bzw. die Gemeindekollegien übermitteln der Regierung die Ergebnisse der öffentlichen Untersuchung.

§ 4 - Gegebenenfalls wird das Areal auf der Grundlage der in § 1 erwähnten Stellungnahmen und der Ergebnisse der öffentlichen Untersuchung geändert oder ergänzt.

§ 5 - Das Areal für den Sanierungsstandort oder für eine städtische Flurbereinigung wird von der Regierung endgültig festgelegt.

Gegebenenfalls, wenn eine Begründung in Bezug auf Artikel D.64 und D.68 des Buches I des Umweltgesetzbuches vorliegt, genehmigt sie die zwecks der Sanierung und der Renovierung des Standorts geplanten Handlungen und Arbeiten.

§ 6 - Der Erlass der Regierung wird in Übereinstimmung mit Artikel D.VIII.22 ff. veröffentlicht.

Die Regierung übermittelt den in § 1 genannten Empfängern eine Kopie des Erlasses.

Innerhalb von fünfzehn Tagen nach dem Empfang der Kopie des Erlasses informieren der bzw. die Eigentümer die in § 2 genannten Personen darüber. In der Sendung an die Eigentümer wird diese Pflicht vermerkt.“

**Art. 40** - In denselben Abschnitt wird folgender Artikel D.II.57.5 eingefügt:

“Art. D.II.57.5 - Das Areal für den Sanierungsstandort kann von der Regierung gleichzeitig mit der Eintragung eines Gebiets von regionaler Bedeutung, eines Gebiets von kommunaler Bedeutung oder eines zur Verstädterung bestimmten Gebiets, das gemäß Artikel D.II.51 und D.II.52 keine Ausgleichsmaßnahme erfordert, festgelegt werden.“

**Art. 41** - In denselben Abschnitt wird folgender Artikel D.II.57.6 eingefügt:

“Art. D.II.57.6 - § 1 - Die Regierung kann die Grenzen des Areals für einen Sanierungsstandort oder des Areals für eine städtische Flurbereinigung nach endgültiger Festlegung abändern. Die Bestimmungen zur Festlegung des Areals finden auf dessen Revision Anwendung.

§ 2 - Die Regierung kann das Areal für einen Sanierungsstandort oder das Areal für eine städtische Flurbereinigung nach endgültiger Festlegung teilweise oder ganz abschaffen:

1. am Abschluss der Sanierung des Standorts oder am Ende der Durchführung des städtebaulichen Projekts;
2. oder wenn die Gründe, die zur Anerkennung als Sanierungsstandort oder zur städtischen Flurbereinigung geführt haben, überholt sind.

Die Bestimmungen zur Festlegung des Areals finden auf dessen Abschaffung Anwendung.”

**Art. 42** - In Buch II Titel II.1 desselben Gesetzbuches wird folgendes Kapitel III, das die Artikel D.II.57.7 bis D.II.57.10 umfasst, eingefügt:

“KAPITEL III - BESONDERE BESTIMMUNGEN FÜR SANIERUNGSSTANDORTE”

**Art. 43** - In Buch II Titel II.1 Kapitel III desselben Gesetzbuches wird folgender Artikel D.II.57.7 eingefügt:

“Art. D.II.57.7 - Die Regierung kann Verfahrensvorschriften für die Ermittlungen bestimmen, die hinsichtlich der Sammlung von Auskünften, die der Anwendung des vorliegenden Titels und seiner Durchführungserlasse im Hinblick auf die Sanierungsstandorte dienen, erforderlich sind. Sie bestimmt die Bediensteten, die für die Durchführung dieser Ermittlungen befugt sind.

Die mit den Ermittlungen und Kontrollen beauftragten Bediensteten dürfen u. a.:

1. sich auf erste Anforderung alle zur Durchführung ihres Auftrags erforderlichen Dokumente, Unterlagen oder Bücher vorlegen lassen oder sie ausfindig machen;
2. Fotokopien von Dokumenten, die unter ihre Kontrolle fallen, anfertigen oder anfertigen lassen und mit Hilfe von Fotos Feststellungen machen;
3. mit Zustimmung des Polizeirichters zwischen 8: 00 und 18: 00 Uhr die auf dem Sanierungsstandort liegenden Immobilien betreten;
4. den Standort betreten mit der Absicht, Bodenentnahmen oder -analysen zur Bestimmung oder Messung der eventuellen Bodenverseuchung vorzunehmen oder vornehmen zu lassen.

Die in vorliegendem Artikel erwähnten Bediensteten können Vertreter der Staatsgewalt anfordern, die sie bei der Ausübung ihres Auftrags unterstützen müssen.”

**Art. 44** - In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel D.II.57.8 eingefügt:

“Art. D.II.57.8 - Sofern die Regierung es nicht ausdrücklich ausschließt, gilt der Erlass zur endgültigen Festlegung eines Areals für einen Sanierungsstandort als Städtebaugenehmigung für die Durchführung der Handlungen und Arbeiten zur Sanierung und Renovierung des Standorts.”

**Art. 45** - In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel D.II.57.9 eingefügt:

“Art. D.II.57.9 - § 1 - Ab dem Datum des Empfangs des in Artikel D.II.57.2 genannten Erlasses bis zur Abschaffung des Areals durch Erlass gemäß Artikel D.II.57.6 dürfen die Eigentümer ohne vorherige Genehmigung der Regierung oder der von ihr zu diesem Zweck bestellten Person die im vorgeschlagenen oder endgültig festgelegten Areal des Sanierungsstandorts befindlichen Güter weder veräußern noch mit dinglichen Rechten belasten.

Die Regierung oder die von ihr zu diesem Zweck bestellte Person übermittelt ihre Entscheidung innerhalb von 30 Tagen nach dem Empfang des ihr gestellten Antrags zur Veräußerung. Ist dies nicht der Fall, gilt die Entscheidung als günstig.

Wenn die Regierung oder die von ihr zu diesem Zweck bestellte Person die Veräußerung oder die Bildung eines dinglichen Rechts genehmigt hat oder ihre Entscheidung als günstig gilt, hat der neue Inhaber des dinglichen Rechts die gleichen Verpflichtungen wie der vorherige Inhaber.

§ 2 - Bei Nichtbeachtung der aus § 1 hervorgehenden Verpflichtungen kann jede Abtretung oder Bildung eines dinglichen Rechts auf Anfrage der Regierung für nichtig erklärt werden.

§ 3 - Der öffentliche Amtsträger, der ohne die vorherige, in § 1 erwähnte Erlaubnis eine Urkunde zur Abtretung oder Bildung eines dinglichen Rechts erstellt, kann mit einer Geldbuße von 12,50 bis 125 Euro belegt werden, ohne Berücksichtigung des Schadenersatzes.”

**Art. 46** - In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel D.II.57.10 eingefügt:

“Art. D.II.57.10 - § 1 - Jeder Eigentümer oder Inhaber eines dinglichen Immobilienrechts mit Bezug auf Güter, die sich innerhalb des Areals für einen Sanierungsstandort befinden, kann auf Antrag der Regierung oder der in Artikel D.II.57.2 Absatz 1 Nummer 2 genannten Personen verpflichtet werden, die Studien und Arbeiten durchzuführen, die sowohl auf Landschafts- als auch auf Umweltebene eine Wiederherstellung der Ortsansicht bewirken.

Bei Nichtbeachtung der in Absatz 1 genannten Bestimmungen kann der Eigentümer oder Inhaber eines dinglichen Rechts durch das zuständige Gericht dazu verpflichtet werden.

Bei Nichtausführung der in Absatz 1 genannten Arbeiten innerhalb der durch das Gericht vorgeschriebenen Frist werden diese auf Veranlassung der Regierung oder der in Artikel D.II.57.2 Absatz 1 Nummer 2 genannten Person zulasten des Eigentümers oder Inhabers eines dinglichen Immobilienrechts ausgeführt.

Im Falle der Nichtrückerstattung der Kosten bei erstem Andringen kann die Regierung im Namen der in Artikel D.II.57.2 Absatz 1 Nummer 2 genannten Person die Enteignung der Güter gemäß Artikel D.VI.1 ff. vornehmen oder vornehmen lassen. In diesem Fall wird der durch die bereits ausgeführten Arbeiten entstandene Mehrwert nicht berücksichtigt.

§ 2 - Die in Anwendung von § 1 durch Richterspruch befohlenen Sanierungs- und Renovierungsarbeiten werden ausgeführt, ohne dass eine Genehmigung erforderlich ist.”

**Art. 47** - In Buch II Titel III desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret der Wallonischen Region vom 16. November 2017, wird folgendes Kapitel V, das die Artikel D.II.69 bis D.II.71 umfasst, eingefügt:

“KAPITEL V - AREALE, STÄDTISCHE NEUBELEBUNG UND STÄDTISCHE ERNEUERUNG”

**Art. 48** - In Buch II Titel III Kapitel V desselben Gesetzbuches wird folgender Artikel D.II.69 eingefügt:

“Art. D.II.69 - Jeder endgültig anerkannte neu zu gestaltende Standort gilt als von der Regierung in Anwendung von Artikel D.II.57.4 § 5 festgelegtes Areal für einen Sanierungsstandort.”

**Art. 49** - In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel D.II.70 eingefügt:

“Art. D.II.70 - Jedes endgültig anerkannte Areal für eine städtische Flurbereinigung gilt als von der Regierung in Anwendung von Artikel D.II.57.4 § 5 festgelegtes Areal für eine städtische Flurbereinigung.”

**Art. 50** - In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel D.II.71 eingefügt:

“Art. D.II.71 - Die vor dem 31. März 2022 begonnenen Untersuchungen bezüglich eines neu zu gestaltenden Standortes werden auf der Grundlage der an diesem Datum anwendbaren Bestimmungen weiter geprüft. Bei ihrer endgültigen Festlegung gelten sie als von der Regierung in Anwendung von Artikel D.II.57.4 § 5 festgelegtes Areal für einen Sanierungsstandort.

Die vor dem 31. März 2022 begonnenen Untersuchungen bezüglich einer städtischen Flurbereinigung werden auf der Grundlage der an diesem Datum anwendbaren Bestimmungen weiter geprüft. Bei ihrer endgültigen Festlegung gelten sie als von der Regierung in Anwendung von Artikel D.II.57.4 § 5 festgelegtes Areal für eine städtische Flurbereinigung.

Die am 31. März 2022 aufgrund der geltenden Gesetzgebung gewährten und sich in Bearbeitung befindlichen Subventionen in Bereichen von Arealen eines neu zu gestaltenden Standortes, eines Landschafts- und Umweltsanierungsstandortes, einer städtischen Flurbereinigung, einer städtischen Neubelebung oder einer städtischen Erneuerung unterliegen weiterhin den Bestimmungen, die zum Zeitpunkt ihrer Gewährung galten”.

**Art. 51** - In Artikel D.III.1 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird folgender Absatz 4 eingefügt:

“Der regionale Leitfaden kann themenspezifisch auf bestimmte Bereiche des Städtebaus ausgerichtet werden.”

**Art. 52** - Artikel D.III.2 § 1 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 13 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

2. Folgende Nummer 14 wird eingefügt:

“14° die Maßnahmen zur Bekämpfung extremer Wetterphänomene.”

**Art. 53** - In Artikel D.III.4 desselben Gesetzbuches wird folgender Absatz 4 eingefügt:

“Der kommunale Leitfaden kann themenspezifisch auf bestimmte Bereiche des Städtebaus ausgerichtet werden.”

**Art. 54** - In Artikel D.III.6 § 1 Absatz 1 wird folgender Satz eingefügt:

“Die Regierung kann dem Gemeinderat einen Vorschlag für einen kommunalen Leitfaden für den Städtebau unterbreiten.”

**Art. 55** - Die Überschrift von Buch IV desselben Gesetzbuches wird wie folgt ersetzt:

“BUCH IV - GENEHMIGUNGEN UND STÄDTEBAUBESCHEINIGUNGEN”

**Art. 56** - Artikel D.IV.1 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret der Wallonischen Region vom 26. April 2018 und das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 1 Nummer 1 wird das Wort “Verstädterungsgenehmigung” durch die Wortfolge “Erschließungs- oder Teilungsgenehmigung” ersetzt.

2. In § 1 Absatz 1 Nummer 2 wird zwischen das Wort “Städtebaugenehmigung” und das Komma die Wortfolge “oder einer Städtebaugenehmigung für gruppierte Bauten” eingefügt.

3. § 1 Absatz 2 wird wie folgt ersetzt:

“Für die Anwendung des vorliegenden Gesetzbuches versteht man unter:

1. Erschließungsgenehmigung: Beschluss der zuständigen Behörde, der die Verstädterung eines Gutes genehmigt, einschließlich der diesbezüglichen Werbung oder Bekanntmachung;

2. Verstädterung eines Gutes: Durchführung einer stadtplanerischen Gestaltung, die sich auf ein Gesamtprojekt betreffend ein Gut bezieht, das in wenigstens drei unbebaute, zu Wohnzwecken bestimmte Lose aufzuteilen ist.

Das Gesamtprojekt betrifft hauptsächlich den Bau von Gebäuden, die völlig oder teilweise zu Wohnzwecken bestimmt sind, oder die Aufstellung einer ortsfesten oder mobilen Anlage, die völlig oder teilweise zu Wohnzwecken benutzt werden kann, sowie gegebenenfalls den Bau oder die Einrichtung von öffentlichen oder kollektiven Bereichen, von technischen Infrastrukturen oder von Gebäuden mit Zusatzfunktionen zur Bewohnung.

Die vorgenannte Aufteilung ist diejenige, die aufgrund jeder Urkunde zur Bestimmung, Übertragung oder Bestellung eines dinglichen Rechts mit Ausnahme der Hypothek erfolgt.

Das Gesamtprojekt entspricht der vorgenannten Zweckbestimmung, wenn mehr als die Hälfte der errichteten Gebäude völlig oder teilweise zu Wohnzwecken bestimmt sind;

3. Teilungsgenehmigung: Beschluss der zuständigen Behörde, der die Aufteilung eines Gutes in wenigstens drei unbebaute, zu Wohnzwecken bestimmte Lose genehmigt, einschließlich der diesbezüglichen Werbung oder Bekanntmachung.

Die vorgenannte Aufteilung ist diejenige, die aufgrund jeder Urkunde zur Bestimmung, Übertragung oder Bestellung eines dinglichen Rechts mit Ausnahme der Hypothek erfolgt;

4. Städtebaugenehmigung: Beschluss der zuständigen Behörde, der die Durchführung der Handlungen und Arbeiten gemäß Artikel D.IV.4 genehmigt;

5. Städtebaugenehmigung für gruppierte Bauten: Städtebaugenehmigung, die mehrere Bauten zum Gegenstand hat, die aneinander angrenzen oder nicht, die völlig oder teilweise zu Wohnzwecken oder zu einer nebensächlichen Wohnungsfunktion bestimmt sind und die Gegenstand eines einzigen Antrags sein können;



6. Denkmalgenehmigung: Beschluss der Regierung im Sinne von Artikel 13 des Denkmalschutzdekrets."

4. In § 2 Absatz 1 Nummer 3 wird das Wort "unbedingt" gestrichen.

5. In § 2 wird folgender Absatz 2 eingefügt:

"Die Regierung kann in derselben Nomenklatur die Liste der Handlungen und Arbeiten festlegen, die nur dann mit begrenzten Auswirkungen im Sinne der Artikel D.IV.15 Absatz 2 Nummer 2 und D.IV.48 Absatz 1 Nummer 1 betrachtet werden, wenn sie in den Anwendungsbereich eines regionalen Leitfadens für den Städtebau fallen."

6. In § 3 Nummer 2 wird die Wortfolge "den Gemeinderat" durch die Wortfolge "das Gemeindegremium" ersetzt.

**Art. 57** - Die Überschrift von Buch IV Titel I Kapitel II desselben Gesetzbuches wird wie folgt ersetzt:

"KAPITEL II - HANDLUNGEN, DIE EINER ERSCHLIESSUNGSGENEHMIGUNG ODER EINER TEILUNGSGENEHMIGUNG UNTERLIEGEN"

**Art. 58** - Artikel D.IV.2 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 1 wird das Wort "Verstädterungsgenehmigung" durch das Wort "Erschließungsgenehmigung" ersetzt.

2. § 1 Absätze 2, 3 und 4 werden aufgehoben.

3. § 2 wird wie folgt ersetzt:

"§ 2 - Auf Vorschlag des Antragstellers oder von Amts wegen, wenn ihrer Ansicht nach die Auferlegung von Vorschriften bezüglich der betreffenden Lose nicht relevant ist, kann die Behörde, die die Erschließungsgenehmigung ausstellt, von dem von der Genehmigung gedeckten Umkreis alle oder einige Lose ausschließen:

1. die völlig oder teilweise nicht zum Bau einer Wohnung oder zur Aufstellung einer ortsfesten oder mobilen, völlig oder teilweise zur Bewohnung geeigneten Anlage bestimmt sind, oder die aus technischen oder juristischen Gründen dazu nicht geeignet sind;

2. oder die schon bebaut sind;

3. oder die bereits für die Aufstellung einer ortsfesten oder mobilen Anlage im Sinne von Artikel D.IV.4 Absatz 1 Nummer 1 benutzt werden.

Der in Absatz 1 genannte Beschluss kann vor dem Einreichen des Antrags, im Laufe des Verfahrens oder gleichzeitig mit der Entscheidung der Behörde über den Genehmigungsantrag erfolgen."

4. Folgender § 3 wird eingefügt:

"§ 3 - In Abweichung von § 1 unterliegen keiner Erschließungsgenehmigung, sondern einer vorherigen schriftlichen, ausdrücklichen Teilungsgenehmigung, die Aufteilung eines Gutes in mindestens drei unbebaute, zu Wohnzwecken bestimmte oder nutzbare Lose, einschließlich der diesbezüglichen Werbung oder Bekanntmachung, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind:

1. Das Gut liegt unmittelbar an einem öffentlichen Verkehrsweg, der ausreichend mit Strom und Wasser versorgt ist, einen festen Belag hat und eine genügende Breite aufweist.

2. Die Teilung erfordert keine Eröffnung oder Änderung eines kommunalen Verkehrswegs, was die Forderung von städtebaulichen Auflagen, die eine Eröffnung oder Änderung eines kommunalen Verkehrswegs zur Konsequenz haben, nicht ausschließt.

3. Die Teilung berücksichtigt die Ortsgegebenheiten und die Auferlegung von Vorschriften bezüglich der betreffenden Lose ist nicht relevant.

4. Die gesamte Fläche des Gutes übersteigt nicht zwei Hektar."

**Art. 59** - Artikel D.IV.3 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. Im einleitenden Satz wird das Wort "Verstädterungsgenehmigung" durch die Wortfolge "Erschließungs- oder Teilungsgenehmigung" ersetzt.

2. In Nummer 5 wird der einleitende Satz wie folgt ersetzt:

"5° im Rahmen einer Städtebaugenehmigung, die mehrere Bauten zum Gegenstand hat, die aneinander angrenzen oder nicht, aber jedenfalls ein Ganzes bilden, die völlig oder teilweise zu Wohnzwecken oder zu einer nebensächlichen Wohnungsfunktion bestimmt sind, und die Gegenstand eines einzigen Antrags sein können, nachstehend "Städtebaugenehmigung für gruppierte Bauten" genannt: "

3. In Nummer 6 wird das Wort "Verstädterungsgenehmigung" durch die Wortfolge "Erschließungs- oder Teilungsgenehmigung" ersetzt.

4. Nummer 7 wird wie folgt ersetzt:

"7° die Teilung eines Gutes, das sich innerhalb des in Artikel D.II.57.1 erwähnten Areals für einen Sanierungsstandort befindet; "

5. In Nummer 8 wird die Angabe "Artikel D.V.9" durch die Angabe "Artikel D.II.57.1" ersetzt.

6. Nummer 9 wird aufgehoben.

**Art. 60** - Artikel D.IV.4 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 Nummer 1 wird das Wort "Einrichtungen" jeweils durch das Wort "Anlagen" ersetzt und das Wort "Einrichtung" durch das Wort "Anlage" ersetzt.

2. In Absatz 1 Nummer 3 wird die Wortfolge ", mit Ausnahme der Abrisse, die durch den Bürgermeister bei der Ausübung der allgemeinen Verwaltungspolizei aus Sicherheitsgründen angewiesen werden" eingefügt.

3. In Absatz 1 Nummer 5 wird das Wort "Gebäude" durch das Wort "Bauwerk" ersetzt und die Wortfolge "Gebäudes bzw." gestrichen.

4. In Absatz 1 wird folgende Nummer 6.1° eingefügt:

"6.1° eine neue touristische Beherbergungsstätte in einem bestehenden Gebäude schaffen; "

5. In Absatz 1 Nummer 7 wird die Wortfolge "einer touristischen Beherbergungsstätte oder" gestrichen.

6. Absatz 1 Nummer 12 wird wie folgt ersetzt:

"12° einen bemerkenswerten Baum bzw. Strauch oder eine bemerkenswerte Hecke fällen, dessen/deren Wurzelwerk schaden oder dessen/deren Aussehen ändern, wenn diese gemäß den Bestimmungen des Zusammenarbeitsabkommens:

- a) in der erstellten Liste der bemerkenswerten Bäume, Sträucher und Hecken erfasst sind oder;
- b) den festgelegten Kriterien entsprechen, denen Bäume, Sträucher oder Hecken entsprechen müssen, um als bemerkenswert bezeichnet zu werden; die Regierung kann weitere Kriterien festlegen.

Es wird gemäß den Bestimmungen des Zusammenarbeitsabkommens eine Liste der Arbeiten erstellt, die dem Wurzelwerk von bemerkenswerten Bäumen, Sträuchern und Hecken abträglich sind oder deren Aussehen ändern; die Regierung kann diese Liste ergänzen;"

7. In Absatz 1 wird folgende Nummer 17 eingefügt:

"17° Instandsetzungs- und Reparaturarbeiten an Beton- und Teerflächen vornehmen."

8. Zwischen Absatz 2 und Absatz 3, der zu Absatz 5 wird, werden folgende Absätze eingefügt:

"Unter "eine neue touristische Beherbergungsstätte in einem bestehenden Gebäude schaffen" im Sinne von Nummer 6.1° versteht man, einen neuen Komplex mit oder ohne Handlungen und Arbeiten schaffen, der aus einem oder mehreren Zimmern besteht, die mindestens die Grundfunktionen des Wohnens - d. h. Küche, Badezimmer oder Duschaum, WC, Zimmer - gewährleisten und der einem oder mehreren Touristen gegen Entgelt zur Übernachtung angeboten wird.

Die Schaffung eines oder mehrerer als touristische Beherbergungsstätte im Sinne von Nummer 6.1° benutzten Zimmer ohne separate Grundfunktionen bei dem Bewohner bedarf keiner Genehmigung."

**Art. 61** - Artikel D.IV.5 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. Im einleitenden Satz wird die Wortfolge "Städtebaugenehmigung oder -bescheinigung Nr. 2" durch die Wortfolge "Genehmigung oder Städtebaubescheinigung Nr. 2" und das Wort "Verstädterungsgenehmigung" durch die Wortfolge "Erschließungs- oder Teilungsgenehmigung" ersetzt.

2. In Nummer 1 wird das Wort "Verstädterungsgenehmigung" durch das Wort "Erschließungsgenehmigung" ersetzt.

**Art. 62** - Artikel D.IV.6 desselben Gesetzbuches wird wie folgt ersetzt:

"Art. D.IV.6 - Eine Städtebaugenehmigung oder eine Städtebaubescheinigung Nr. 2 kann als Ausnahme zum Sektorenplan für die legal bestehenden Bauten, Anlagen oder Gebäuden bzw. Gruppen von Bauten, Anlagen oder Gebäuden, die eine funktionelle Einheit bilden, erteilt werden, wenn deren aktuelle oder zukünftige Zweckbestimmung den Vorschriften des Sektorenplans nicht entspricht und:

1. es sich um Umbau-, Vergrößerungs- oder Wiederaufbauhandlungen und -arbeiten handelt;
2. oder es sich um eine Abänderung der Zweckbestimmung und die Schaffung von Wohnungen handelt, so wie in Artikel D.IV.4 Absatz 1 Nummern 6 und 7 erwähnt.

Die Nebeneinrichtungen und zusätzlichen Einrichtungen zu den vorerwähnten Bauten, Anlagen oder Gebäuden bzw. Gruppen von Bauten, Anlagen oder Gebäuden, die von diesen getrennt sind, können ebenfalls zugelassen werden."

**Art. 63** - In Artikel D.IV.7 desselben Gesetzbuches wird zwischen das Wort "wirtschaftlichen" und die Wortfolge "oder touristischen" das Wort ", privaten" eingefügt.

**Art. 64** - Artikel D.IV.8 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. Vor Absatz 1, der zu Absatz 2 wird, wird folgender Absatz eingefügt:

"Zwecks der Erzeugung von Strom oder Hitze kann eine Städtebaugenehmigung oder eine Städtebaubescheinigung Nr. 2 bezüglich der Erzeugung von Energie, die teilweise für die Kollektivität bestimmt ist, d. h. Energie, die teilweise ins Strom- oder Erdgasnetz zurückgespeist wird oder die ein Fernwärmenetz versorgt, als Ausnahme zum Sektorenplan gewährt werden."

2. In Absatz 1, der zu Absatz 2 wird, wird die Wortfolge "einen Bau" durch die Wortfolge "ein Bauwerk" ersetzt.

3. In Absatz 2, der zu Absatz 3 wird, wird das Wort "Bau" durch das Wort "Bauwerk" ersetzt.

4. Absatz 3, der zu Absatz 4 wird, wird das Wort "Verstädterungsgenehmigung" durch das Wort "Erschließungsgenehmigung" ersetzt, das Wort "Bau" durch das Wort "Bauwerk" ersetzt und das Wort "Areal" durch das Wort "Umkreis" ersetzt.

5. Folgender Absatz 5 wird eingefügt:

"Eine Städtebaugenehmigung oder eine Städtebaubescheinigung Nr. 2 kann im Hinblick auf den Schutz der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen als Ausnahme zum Sektorenplan gewährt werden."

**Art. 65** - Artikel D.IV.9 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. Im einleitenden Satz von Absatz 1 wird zwischen die Wörter "Bedingungen" und "erfüllt" das Wort "kumulativ" eingefügt.

2. In Absatz 3 wird die Wortfolge "Städtebaugenehmigung bzw. -bescheinigung Nr. 2" durch die Wortfolge "Genehmigung oder Städtebaubescheinigung Nr. 2" ersetzt.

**Art. 66** - In Buch IV Titel I Kapitel IV Abschnitt 2 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch die Dekrete vom 12. Dezember 2019 und vom 10. Dezember 2020, wird folgender Artikel D.IV.9.1 eingefügt:

"Art. D.IV.9.1 - Eine Genehmigung oder eine Städtebaubescheinigung Nr. 2 kann als Ausnahme zum Sektorenplan erteilt werden, wenn folgende Bedingungen kumulativ erfüllt sind:

1. das Vorhaben die kohärente Nachverdichtung innerhalb von Verdichtungsgunstbereichen zur Folge hat; die Regierung legt die Kriterien zur Bestimmung der kohärenten Nachverdichtung innerhalb von Verdichtungsgunstbereichen fest;

2. sich die geplanten Gebäude an einem öffentlichen Verkehrsweg befinden, der unter Berücksichtigung der Ortslage eine ausreichende Wasser-, Stromversorgung und Entwässerungsausrüstung sowie einen festen Belag hat und eine ausreichende Breite aufweist.“

**Art. 67** - In Artikel D.IV.10 desselben Gesetzbuches wird das Wort "Erschließung" durch das Wort "Verwertung" ersetzt.

**Art. 68** - In denselben Abschnitt, abgeändert durch die Dekrete vom 12. Dezember 2019 und vom 10. Dezember 2020, wird folgender Artikel D.IV.10.1 eingefügt:

"Art. D.IV.10.1 - Eine Genehmigung oder eine Städtebaubescheinigung Nr. 2 kann als Ausnahme zur Zweckbestimmung eines gemischten, industriellen oder spezifischen Gewerbegebiets erteilt werden, sofern das Vorhaben Handlungen und Arbeiten betrifft, die der Zweckbestimmung eines gemischten, industriellen oder spezifischen Gewerbegebiets entsprechen und wenn:

1. das Gelände sich direkt am Wegenetz entlang eines öffentlichen Verkehrswegs befindet, der unter Berücksichtigung der Ortslage eine ausreichende Wasser-, Stromversorgung und Entwässerungsausrüstung sowie einen festen Belag hat und eine ausreichende Breite aufweist;

2. und das Vorhaben mit der Nachbarschaft vereinbar ist.“

**Art. 69** - In Artikel D.IV.11 desselben Gesetzbuches, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 10. Dezember 2020, wird das Wort "Ausrüstungen" durch das Wort "Anlagen" ersetzt.

**Art. 70** - In Artikel D.IV.12 desselben Gesetzbuches wird die Wortfolge "Städtebaugenehmigung oder -bescheinigung Nr. 2" durch die Wortfolge "Genehmigung oder Städtebaubescheinigung Nr. 2" ersetzt.

**Art. 71** - Im einleitenden Satz von Artikel D.IV.13 desselben Gesetzbuches wird die Wortfolge "Städtebaugenehmigung oder -bescheinigung Nr. 2" durch die Wortfolge "Genehmigung oder Städtebaubescheinigung Nr. 2" ersetzt und zwischen das Wort "Ausnahmen" und den Doppelpunkt das Wort "kumulativ" eingefügt.

**Art. 72** - In Artikel D.IV.15 Absatz 1 Nummer 3 desselben Gesetzbuches wird das Wort "Verstädterungsgenehmigung" durch das Wort "Erschließungsgenehmigung" ersetzt.

**Art. 73** - In Artikel D.IV.16 Absatz 1 Nummer 2 desselben Gesetzbuches wird das Wort "Verstädterungsgenehmigung" durch das Wort "Erschließungsgenehmigung" ersetzt.

**Art. 74** - Artikel D.IV.22 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 1 Nummer 5 wird wie folgt ersetzt:

"5° in Arealen für Sanierungsstandorte vorgenommen werden;“

2. In Absatz 1 Nummer 7 wird das Wort "Ausrüstungen" durch das Wort "Anlagen" ersetzt.

3. Absatz 3 wird wie folgt ersetzt: "In Abweichung von Absatz 1 werden die Genehmigungen, die sich teilweise auf in

Absatz 1 Nummer 2 oder Nummer 7 Buchstaben a) bis j) erwähnte Handlungen und Arbeiten beziehen, vom Gemeindegremium ausgestellt, vorausgesetzt dass sie nicht in Absatz 1 Nummern 1, 3 bis 6 und 8 bis 11 angeführt sind. Die Regierung kann die Liste dieser Handlungen und Arbeiten festlegen.“

4. Absatz 4, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird wie folgt ersetzt:

"Die Regierung ist dafür zuständig, über die in Artikel D.VII.18 erwähnten Anträge zur Regularisierungsprüfung zu befinden.“

**Art. 75** - Artikel D.IV.26 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In § 2 Absatz 1 wird das Wort "Verstädterungsgenehmigung" durch die Wortfolge "Erschließungs- oder Teilungsgenehmigung" ersetzt.

2. In § 2 Absatz 2 wird das Wort "Verstädterungsgenehmigungsantrags" durch die Wortfolge "Erschließungs- oder Teilungsgenehmigungsantrags" ersetzt.

**Art. 76** - In Artikel D.IV.27 desselben Gesetzbuches wird das Wort "Verstädterungsgenehmigung" durch die Wortfolge "Erschließungs- oder Teilungsgenehmigung" ersetzt.

**Art. 77** - Artikel D.IV.28 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. Im einleitenden Satz von Absatz 1 wird das Wort "Verstädterungsgenehmigung" durch das Wort "Erschließungsgenehmigung" ersetzt.

2. In Absatz 1 Nummer 3 wird zwischen die Angabe "3°" und die Wortfolge "die technische Akte" das Wort "gegebenenfalls" eingefügt.

3. In Absatz 2 wird die Wortfolge "auf Verstädterungsgenehmigung" gestrichen und das Wort "Verstädterungsgenehmigung" durch das Wort "Erschließungsgenehmigung" ersetzt.

**Art. 78** - In dasselbe Gesetzbuch wird folgender Artikel D.IV.28.1 eingefügt:

"Art. D.IV.28.1 - Der Antrag auf Teilungsgenehmigung enthält:

1. einen von einem Landmesser-Gutachter erstellten Teilungsplan, mit Angabe:

a) des Verkehrsnetzes;

b) der technischen Infrastrukturen und Netze sowie der Abwasser- und Oberflächenwasserbewirtschaftung;

c) der öffentlichen Räume und Grünflächen, sofern vorhanden;

d) der Parzellenaufteilung;

2. die Rechtfertigung der in Artikel D.IV.2 § 3 genannten Bedingungen.“

**Art. 79** - In Artikel D.IV.29 desselben Gesetzbuches wird das Wort "Verstädterungsgenehmigung" durch die Wortfolge "Erschließungs- oder Teilungsgenehmigung" ersetzt.

**Art. 80** - Artikel D.IV.30 § 2 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 2 wird das Wort "Verstädterungsgenehmigung" durch die Wortfolge "Erschließungs- oder Teilungsgenehmigung" ersetzt.

2. Absatz 3 wird wie folgt ersetzt:

"Jeder Antrag auf eine Städtebaubescheinigung Nr. 2 beinhaltet gleichzeitig einen Antrag auf eine Städtebaubescheinigung Nr. 1."

**Art. 81** - Artikel D.IV.31 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In § 4 wird die Wortfolge "ohne Entscheidungsgewalt" gestrichen und zwischen das Wort "zugestimmt" und das Wort "worden" die Wortfolge "und sein Inhalt bestätigt" eingefügt.

2. In § 4 wird folgender Absatz 2 eingefügt:

"Das Protokoll hat eine Gültigkeit von zwei Jahren ab dem Datum des Projekttreffens."

3. In § 5 Absatz 1 Nummer 2 wird die Angabe "15.000 m<sup>2</sup>" durch die Angabe "800 m<sup>2</sup>" ersetzt.

4. In § 5 Absatz 1 Nummer 3 wird die Angabe "150 Wohnungen" durch die Angabe "15 Wohneinheiten" ersetzt.

5. In § 6 wird folgender Satz eingefügt:

"Läuft die Frist zwischen dem 16. Juli und dem 15. August oder zwischen dem 24. Dezember und dem 1. Januar ab, wird sie von Rechts wegen um 15 Tage verlängert."

6. Folgender § 7 wird eingefügt:

" § 7 - Mit dem Einverständnis des Projektträgers kann die zuständige Behörde das Projekttreffen per Videokonferenz abhalten."

**Art. 82** - Artikel D.IV.31.1 desselben Gesetzbuches, eingefügt durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 3 Absatz 1 wird die Wortfolge "ohne Entscheidungsgewalt" gestrichen und zwischen das Wort "zugestimmt" und das Wort "worden" die Wortfolge "und sein Inhalt bestätigt" eingefügt.

2. § 3 Absatz 2 Satz 2 wird wie folgt ersetzt:

"Dieser Vermerk ist verbindlich für den Projektträger."

3. In § 4 wird folgender Satz eingefügt:

"Läuft die Frist zwischen dem 16. Juli und dem 15. August oder zwischen dem 24. Dezember und dem 1. Januar ab, wird sie von Rechts wegen um 15 Tage verlängert."

4. Folgender § 5 wird eingefügt:

" § 5 - Mit dem Einverständnis des Projektträgers kann die Regierung das Projekttreffen per Videokonferenz abhalten."

**Art. 83** - Artikel D.IV.32 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird das Wort "Empfangsschein" durch das Wort "Hinterlegungsbescheid" ersetzt.

2. In Absatz 2, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird das Wort "Empfangsschein" durch das Wort "Hinterlegungsbescheid" ersetzt.

**Art. 84** - Artikel D.IV.33 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird wie folgt ersetzt:

"Art. D.IV.33 - § 1 - Binnen zwanzig Tagen nach Eingang des eingesandten Antrags auf Genehmigung bzw. auf Städtebaubescheinigung Nr. 2 oder seines Hinterlegungsbescheids übermittelt die zuständige Behörde oder die Person, die sie zu diesem Zweck bevollmächtigt hat, dem Antragsteller:

1. wenn der Antrag als vollständig und zulässig erachtet wird, einen Bescheid über die formelle Vollständigkeit. Eine Abschrift wird dem Projektautor übermittelt;

2. wenn der Antrag als unvollständig erachtet wird, per Einsendung ein Verzeichnis der fehlenden Unterlagen und weist darauf hin, dass das Verfahren erst ab deren Empfang fortgesetzt wird. Eine Abschrift wird dem Projektautor übermittelt. Der Antragsteller verfügt über eine Frist von 180 Tagen, um den Antrag zu vervollständigen. Andernfalls wird der Antrag für unzulässig erklärt.

§ 2 - Ist das Gemeindekollegium die zuständige Behörde und hat es in der in § 1 genannten Frist weder den Bescheid über die formelle Vollständigkeit noch das Verzeichnis der fehlenden Unterlagen übermittelt, wird der Antrag als zulässig betrachtet und wird das Verfahren fortgesetzt, wenn der Antragsteller der Regierung in einer Frist von zehn Tagen ab Ablauf der in Absatz 1 genannten Frist folgende Dokumente zukommen lässt:

1. eine Kopie der Akte, die er ursprünglich an das Gemeindekollegium gerichtet hat;

2. den Beleg der Einsendung oder den Hinterlegungsbescheid, die in Artikel D.IV.32 erwähnt sind.

Der Antragsteller setzt gleichzeitig das Gemeindekollegium davon in Kenntnis. Die Regierung bestimmt die einzuholenden Stellungnahmen und die Frist, in der das Gemeindekollegium die Entscheidung über den Antrag treffen muss, und setzt den Antragsteller, den Projektautor und das Gemeindekollegium davon in Kenntnis. Für das Gemeindekollegium ist die Frist verbindlich.

Bei fehlender Übermittlung der Dokumente an die Regierung gemäß Absatz 1 ist der Antrag unzulässig und das Verfahren wird eingestellt.

Wenn die Regierung dem Antragsteller den in § 1 Nummer 1 genannten Bescheid über die formelle Vollständigkeit oder das in § 1 Nummer 2 erwähnte Verzeichnis der fehlenden Unterlagen binnen zwanzig Tagen nicht zugesandt hat, wird der Antrag als zulässig betrachtet und das Verfahren fortgesetzt.

§ 3 - Läuft die in § 1 genannte Frist zwischen dem 1. Juli und dem 31. August einschließlich ab, wird sie von Rechts wegen um 10 Tage verlängert.

Die in § 1 genannte Frist wird zwischen dem 24. Dezember und dem 1. Januar einschließlich ausgesetzt."

**Art. 85** - Artikel D.IV.34 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. Im einleitenden Satz von Absatz 1 wird die Wortfolge "in der Empfangsbestätigung des vollständigen Antrags" durch die Wortfolge "im Bescheid über die formelle Vollständigkeit des Antrags" ersetzt.

2. In Absatz 2 wird die Wortfolge "In der Empfangsbestätigung" durch die Wortfolge "Im Bescheid über die formelle Vollständigkeit" ersetzt.

3. Absatz 3, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird wie folgt ersetzt:

"Im Bescheid über die formelle Vollständigkeit wird ebenfalls erwähnt, dass die unter Nummer 5 erwähnte Frist von dem Gemeindegremium oder der Regierung mittels Begründung um 30 Tage verlängert werden kann."

4. Absatz 4 wird wie folgt ersetzt:

"In dem von dem Gemeindegremium ausgestellten Bescheid über die formelle Vollständigkeit wird der Wortlaut des Artikels D.IV.47 wiedergegeben."

5. In Absatz 5 wird die Wortfolge "der Empfangsbestätigung" durch die Wortfolge "des Bescheids über die formelle Vollständigkeit" ersetzt.

**Art. 86** - In Artikel D.IV.35 § 2 Absatz 2 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird die Wortfolge "können das Gemeindegremium und die Regierung" durch die Wortfolge "kann die zuständige Behörde" ersetzt und das Wort "erachten" durch das Wort "erachtet" ersetzt.

**Art. 87** - Artikel D.IV.36 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge "Gleichzeitig mit der Empfangsbestätigung des vollständigen Antrags übermittelt das Gemeindegremium oder die Regierung je nach Fall" durch die Wortfolge "Gleichzeitig mit dem Bescheid über die formelle Vollständigkeit des Antrags übermittelt die zuständige Behörde" ersetzt.

2. In Absatz 2 wird die Wortfolge "innerhalb derselben Frist" durch das Wort "gleichzeitig" und die Wortfolge "der Empfangsbescheinigung" durch die Wortfolge "des Bescheids über die formelle Vollständigkeit" ersetzt.

3. In Absatz 3 wird die Wortfolge "innerhalb derselben Frist" durch das Wort "gleichzeitig" und die Wortfolge "der Empfangsbescheinigung" durch die Wortfolge "des Bescheids über die formelle Vollständigkeit" ersetzt.

**Art. 88** - In Artikel D.IV.39 § 1, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird das Wort "Entscheidungsvorschlag" durch das Wort "Beschlussvorschlag" ersetzt.

**Art. 89** - In Artikel D.IV.40 Absatz 3 desselben Gesetzbuches wird das Wort "Verstädterungsgenehmigungen" durch die Wortfolge "Erschließungs- oder Teilungsgenehmigungen" ersetzt.

**Art. 90** - Artikel D.IV.41 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge "bei Vollständigkeit des Antrags auf eine Genehmigung oder auf eine Städtebaubescheinigung Nr. 2" durch die Wortfolge "bei formeller Vollständigkeit des Antrags" ersetzt.

2. In Absatz 2 wird die Wortfolge "bei Vollständigkeit des Antrags auf eine Genehmigung oder auf eine Städtebaubescheinigung Nr. 2" durch die Wortfolge "bei formeller Vollständigkeit des Antrags" ersetzt.

**Art. 91** - Artikel D.IV.42 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird wie folgt ersetzt:

"Art. D.IV.42 - § 1 - Vor dem Beschluss der zuständigen Behörde gemäß Artikel D.IV.46 Absatz 1 oder Artikel D.IV.48 Absatz 1 kann der Antragsteller auf Anfrage der zuständigen Behörde oder mit ihrem Einverständnis Änderungspläne und einen entsprechenden Nachtrag zur vorherigen Bewertungsnotiz über die Umweltverträglichkeit bzw. zur Umweltverträglichkeitsstudie einreichen.

Wenn die Regierung die zuständige Behörde ist, wird die Stellungnahme des Gemeindegremiums ersucht. Wenn das Gemeindegremium die zuständige Behörde ist und die Stellungnahme der Regierung einzuholen war oder eingeholt wurde, wird die Stellungnahme der Regierung erneut ersucht.

§ 2 - Die Änderungspläne und der Nachtrag zur vorherigen Bewertungsnotiz können neuen Bekanntmachungsmaßnahmen durch Vermittlung der Gemeinde und der erneuten Stellungnahme der vorher im Laufe des Verfahrens zurate gezogenen Dienststellen und Ausschüsse bzw. Kommissionen unterzogen werden. In diesem Fall wird der Antragsteller davon in Kenntnis gesetzt.

Außer in den in § 3 erwähnten Fällen sind erneut Bekanntmachungsmaßnahmen durch Vermittlung der Gemeinde durchzuführen und die Stellungnahmen der vorher im Laufe des Verfahrens zurate gezogenen Dienststellen oder Ausschüsse bzw. Kommissionen einzuholen, wenn der Antrag einer Umweltverträglichkeitsstudie unterliegt. Der Antragsteller wird davon in Kenntnis gesetzt.

§ 3 - Die besonderen Bekanntmachungsmaßnahmen und die erneuten Stellungnahmen sind nicht erforderlich:

1. wenn sich die Änderung aus einem Vorschlag ergibt, der in den Bemerkungen im Rahmen der öffentlichen Untersuchung oder während des Zeitraums der Ankündigung des Projekts enthalten ist oder der unmittelbar damit verbunden ist;

2. oder wenn die geplante Änderung nur begrenzt ist und den Zweck, den allgemeinen Aufbau und die wesentlichen Merkmale des Projekts nicht beeinträchtigt.

§ 4 - Unbeschadet des § 3 wird bei in Artikel D.IV.35 § 1 Absatz 1 genannten Anträgen das gleichlautende Denkmalgutachten erneut eingeholt. Der Antragsteller wird davon in Kenntnis gesetzt.

§ 5 - Der Versand der Zustimmung der zuständigen Behörde oder ihrer Anfrage an den Antragsteller bewirkt die Aussetzung der in Artikel D.IV.46, D.IV.47 und D.IV.48 genannten Fristen. Eine Kopie wird je nach Fall der Regierung oder dem Gemeindegremium übermittelt.

Der Antragsteller übermittelt die Abänderungspläne und einen entsprechenden Nachtrag zur vorherigen Bewertungsnotiz über die Umweltverträglichkeit bzw. zur Umweltverträglichkeitsstudie der zuständigen Behörde. Es werden so viele Ausfertigungen dieser Unterlagen übermittelt wie die des ursprünglichen Antrags.

Das Verfahren wird gemäß den in Artikel D.IV.33 erwähnten Modalitäten wieder aufgenommen. Die neuen Entscheidungsfristen auf der Grundlage der Änderungspläne und des Nachtrags zur vorherigen Bewertungsnotiz über die Umweltverträglichkeit bzw. zur Umweltverträglichkeitsstudie werden gemäß Artikel D.IV.46 Absatz 1 oder Artikel D.IV.48 Absatz 1 festgelegt."

**Art. 92** - Artikel D.IV.43 desselben Gesetzbuches wird aufgehoben.

**Art. 93** - Buch IV Titel II Kapitel VI Abschnitt 4 desselben Gesetzbuches, der den Artikel D.IV.44 umfasst, aufgehoben durch das Dekret der Wallonischen Region vom 26. April 2018, wird wie folgt wieder eingeführt:

„Abschnitt 4 - Aussetzung des Verfahrens zur Nachbesserung des Genehmigungsantrags“

**Art. 94** - In Buch IV Titel II Kapitel VI Abschnitt 4 desselben Gesetzbuches wird Artikel D.IV.44, aufgehoben durch das Dekret der Wallonischen Region vom 26. April 2018, wie folgt wieder eingeführt:

„Art. D.IV.44 - Vor ihrem Beschluss gemäß Artikel D.IV.46 Absatz 1 oder Artikel D.IV.48 Absatz 1 kann die zuständige Behörde das Verfahren für höchstens 30 Tage aussetzen, um beim Antragsteller zusätzliche Informationen, die für ihre Beschlussfassung notwendig sind, oder Nachbesserungen der Antragsdokumente anzufordern.

Der Antragsteller wird davon in Kenntnis gesetzt. Eine Kopie wird je nach Fall der Regierung oder dem Gemeindegremium übermittelt.“

**Art. 95** - In Artikel D.IV.45 Absatz 2 desselben Gesetzbuches wird das Wort „Verstädterungsgenehmigung“ durch das Wort „Erschließungsgenehmigung“ ersetzt.

**Art. 96** - Die Überschrift von Buch IV Titel II Kapitel VII desselben Gesetzbuches wird wie folgt ersetzt:

„KAPITEL VII - BESCHLUSS ÜBER DIE ANTRÄGE AUF GENEHMIGUNG ODER STÄDTEBAUBESCHEINIGUNG“

**Art. 97** - Artikel D.IV.46 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. Im einleitenden Satz von Absatz 1 wird die Wortfolge „die in Artikel D.IV.33 erwähnte Empfangsbescheinigung eingesandt hat, oder mangels dessen, ab dem Tag nach Ablauf der ihm für den Versand der Empfangsbescheinigung“ durch die Wortfolge „den in Artikel D.IV.33 erwähnten Bescheid über die formelle Vollständigkeit eingesandt hat, oder mangels dessen, ab dem Tag nach Ablauf der ihm für den Versand des Bescheids über die formelle Vollständigkeit“ ersetzt.

2. Absatz 1 Nummer 3, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird wie folgt ersetzt:

„3<sup>o</sup> hundertfünfzehn Tage in den übrigen Fällen.“

3. In Absatz 3 wird zwischen das Wort „Gemeindegremium“ und das Wort „um“ die Wortfolge „mittels Begründung“ eingefügt.

**Art. 98** - Artikel D.IV.47 § 2 Absatz 2 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird wie folgt ersetzt:

„Gilt die Genehmigung gemäß Beschlussvorschlag, als verweigert und wird der Beschluss der Regierung dem Antragsteller nicht innerhalb der eingeräumten Frist übermittelt, wird die Regierung als Beschwerdeinstanz mit dem Antrag befasst.“

**Art. 99** - Artikel D.IV.48 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. Der einleitende Satz von Absatz 1, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird wie folgt ersetzt:

„Der Beschluss der Regierung zur Gewährung oder Verweigerung der Genehmigung oder der Städtebaubescheinigung Nr. 2 wird gleichzeitig dem Gemeindegremium und dem Antragsteller, sofern die Gemeinde nicht selbst Antragsteller ist, innerhalb der nachstehenden Fristen ab dem Tag, an dem die Regierung den in Artikel D.IV.33 erwähnten Bescheid über die formelle Vollständigkeit eingesandt hat, oder mangels dessen, ab dem Tag nach Ablauf der ihr für den Versand des Bescheids über die formelle Vollständigkeit eingeräumten Frist zugestellt.“

2. In Absatz 1 Nummer 1 wird zwischen die Wortfolge „begrenzte Auswirkungen haben“ und die Wortfolge „und wenn der Antrag“ die Wortfolge „oder wenn der Antrag eine Teilungsgenehmigung betrifft“ eingefügt.

3. Absatz 3, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird wie folgt ersetzt:

„Die in Absatz 1 erwähnten Fristen können von der Regierung mittels Begründung um dreißig Tage verlängert werden. Innerhalb der Frist von je nach Fall sechzig, neunzig bzw. hundertdreißig Tagen übermittelt die Regierung dem Antragsteller und dem Gemeindegremium, sofern die Gemeinde nicht selbst Antragsteller ist, ihren Beschluss zur Verlängerung. Die Regierung sendet eine Abschrift des Beschlusses zur Verlängerung an den Projektautor.“

**Art. 100** - In Artikel D.IV.53 Absatz 3 desselben Gesetzbuches wird das Wort „Verstädterungsgenehmigungen“ durch die Wortfolge „Erschließungs- oder Teilungsgenehmigungen“ ersetzt.

**Art. 101** - Artikel D.IV.54 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. Der aktuelle Wortlaut des Artikels, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird zu § 1.

2. Folgender § 2 wird eingefügt:

„§ 2 - Wenn eine Städtebaugenehmigung oder eine Städtebaugenehmigung für gruppierte Bauten an eine Person erteilt wird, die keine Wohnungsbaugesellschaft öffentlichen Dienstes ist, und sie die Schaffung von neuen Wohneinheiten genehmigt, kann die zuständige Behörde die Erteilung der Genehmigung von folgenden Auflagen abhängig machen:

1. der Bereitstellung durch schriftliche Vereinbarung von einer oder mehreren Wohneinheiten, die den Bestimmungen des Gesetzbuches über nachhaltiges Wohnen entsprechen, an die Wohnungsbaugesellschaft öffentlichen Dienstes, der die betreffende Gemeinde angeschlossen ist, für einen Zeitraum von mindestens neun Jahren;

2. oder dem Verkauf zu einem bestimmten Preis oder der kostenlosen Abtretung von einer oder mehrerer Wohneinheiten, die den Bestimmungen des Gesetzbuches über nachhaltiges Wohnen entsprechen, an die Wohnungsbaugesellschaft öffentlichen Dienstes, der die betreffende Gemeinde angeschlossen ist;

3. oder dem Verkauf zu einem bestimmten Preis von einer oder mehrerer Wohneinheiten, die den Bestimmungen des Gesetzbuches über nachhaltiges Wohnen entsprechen, an privatrechtliche oder öffentlich-rechtliche Personen, für die der Zugang zu Eigentum gefördert werden soll.

Die Regierung bestimmt die weiteren Modalitäten der Auflagen, darunter gegebenenfalls:

1. die Verteilungsschlüssel der Auflagen, wie mitunter die Anzahl der Wohneinheiten;

2. die Modalitäten zur Berechnung der Preise;

3. die Modalitäten der Zurverfügungstellung oder des Verkaufs der Wohneinheiten;

4. die Modalitäten zur Bestimmung der Personen, für die der Zugang zu Eigentum gefördert werden soll.  
Die Regierung beachtet bei der Erteilung der Genehmigung den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit.“

3. Folgender § 3 wird eingefügt:

“ § 3 - Wenn eine Erschließungs- oder eine Teilungsgenehmigung an eine Person erteilt wird, die keine Wohnungsbaugesellschaft öffentlichen Dienstes ist, und sie die Schaffung von zu Wohnzwecken genutzten oder nutzbaren Losen genehmigt, kann die zuständige Behörde die Erteilung der Genehmigung von folgenden Auflagen abhängig machen:

1. dem Verkauf zu einem bestimmten Preis oder der kostenlosen Abtretung von einem oder mehreren Losen an die Wohnungsbaugesellschaft öffentlichen Dienstes, der die betreffende Gemeinde angeschlossen ist;

2. oder dem Verkauf zu einem bestimmten Preis von Losen an privatrechtliche oder öffentlich-rechtliche Personen, für die der Zugang zu Eigentum gefördert werden soll.

Die Regierung bestimmt die weiteren Modalitäten der Auflagen, darunter gegebenenfalls:

1. die Verteilungsschlüssel der Auflagen, wie mitunter die Anzahl der Lose;

2. die Modalitäten zur Berechnung der Preise;

3. die Modalitäten des Verkaufs;

4. die Modalitäten zur Bestimmung der Personen, für die der Zugang zu Eigentum gefördert werden soll.

Die Regierung beachtet bei der Erteilung der Genehmigung den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit.“

4. Folgender § 4 wird eingefügt:

“ § 4 - Die zuständige Behörde kann die Erteilung der Genehmigung von Auflagen bezüglich der Errichtung barrierefreier Wohneinheiten abhängig machen.“

**Art. 102** - In der Überschrift von Buch IV Titel II Kapitel VII Abschnitt 2 Unterabschnitt 3 desselben Gesetzbuches wird das Wort "Erschließung" durch die Wortfolge "technischen Erschließung" ersetzt.

**Art. 103** - Artikel D.IV.55 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. Im einleitenden Satz wird die Wortfolge "zu verstärkern" durch die Wortfolge "zu erschließen" ersetzt.

2. In Nummer 4 wird das Wort "Verstädterung" jeweils durch das Wort "Erschließung" und die Wortfolge "zu dem Innenteil einer Insel" durch die Wortfolge "zu der Enklave" ersetzt.

**Art. 104** - Artikel D.IV.60 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge ", darunter eine durch Pfand gesicherte Forderung in den Händen des beurkundenden Beamten" eingefügt.

2. In Absatz 2 wird das Wort "Gemeindeweges" durch die Wortfolge "kommunalen Verkehrswegs" ersetzt.

3. Folgender Absatz 4 wird eingefügt:

"Für die Einreichung von Konformitätsplänen und/oder einem Fotobericht gemäß Artikel D.IV.73 § 1 oder § 2 verlangt die zuständige Behörde finanzielle Garantien."

4. Folgender Absatz 5 wird eingefügt:

"Die zuständige Behörde kann die schrittweise Freigabe der finanziellen Garantie oder der durch Pfand gesicherten Forderung im Sinne des vorliegenden Artikels beschließen."

5. Folgender Absatz 6 wird eingefügt:

"Die finanziellen Garantien unterliegen dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit und basieren auf den Kosten der zu garantierenden Auflage, Handlung, Arbeit oder Verpflichtung. Die zuständige Behörde kann den Antragsteller im Hinblick auf die Festsetzung der Höhe der Garantie um Informationen oder Kostenvoranschläge bitten."

**Art. 105** - Artikel D.IV.62 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 1 Nummer 1 wird die Wortfolge "Städtebaugenehmigungen Nr. 2" durch die Wortfolge "Städtebaubescheinigungen Nr. 2" ersetzt.

2. In § 1 Absatz 1 Nummer 4 wird das Wort "Verstädterungsgenehmigung" durch die Wortfolge "Erschließungs- oder Teilungsgenehmigung" ersetzt.

**Art. 106** - Artikel D.IV.63 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. Im einleitenden Satz von § 1 Absatz 1, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird das Wort "Empfangsbescheinigung" durch das Wort "Hinterlegungsbescheid" ersetzt.

2. In § 1 Absatz 1 Nummer 4, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt. 3. In § 1 Absatz 1, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, werden folgende Nummern 5 und 6 eingefügt:

"5° oder nach Empfang des in Artikel D.IV.109.11 angeführten Beschlusses der Regierung;

6° oder nach Empfang des in Artikel D.VII.18 § 2 angeführten Beschlusses der Regierung."

4. In § 1, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird folgender Absatz 3 eingefügt:

"Der Antragsteller kann seiner Beschwerde Abänderungspläne und einen entsprechenden Nachtrag zur vorherigen Bewertungsnotiz über die Umweltverträglichkeit bzw. zur Umweltverträglichkeitsstudie beifügen, wenn diese eine Antwort auf in der ersten

Instanz erwähnte Bemerkungen bilden."

5. In § 2 Absatz 1 wird die Angabe "Artikel D.IV.47 § 1 und § 3" durch die Angabe "Artikel D.IV.47" ersetzt.

6. § 3, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird aufgehoben.

**Art. 107** - Artikel D.IV.66 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird wie folgt abgeändert:

1. Die Wortfolge "beratende Kommission für Beschwerden" wird durch das Wort "Beschwerdekommission" und die Wortfolge "beratende Kommission" wird jeweils durch das Wort "Beschwerdekommission" ersetzt.

2. In Absatz 3 Nummer 1 wird das Wort "Verstädterungsgenehmigung" durch das Wort "Erschließungsgenehmigung" ersetzt.

3. Absatz 5 wird wie folgt ersetzt:

"Innerhalb von fünfzehn Tagen ab der Anhörung übermittelt die Beschwerdekommision ihre Stellungnahme der Regierung. Die Stellungnahme der Beschwerdekommision enthält einen begründeten Beschlussvorschlag. Eine fehlende Stellungnahme gilt als für den Beschwerdeführer günstige Stellungnahme."

**Art. 108** - Artikel D.IV.67 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird wie folgt ersetzt:

"Art. D.IV.67 - Innerhalb von fünfundneunzig Tagen nach Eingang der Beschwerde übermittelt die Regierung dem Antragsteller und dem Gemeindegremium ihren Beschluss. Jede Abweichung vom Beschlussvorschlag der Beschwerdekommision wird ausdrücklich begründet.

Wird der Beschluss der Regierung dem Antragsteller nicht innerhalb der eingeräumten Frist übermittelt, gilt der in der ausdrücklichen Stellungnahme der Beschwerdekommision enthaltene Beschlussvorschlag als Beschluss.

Die Regierung übermittelt den Beschluss innerhalb von dreißig Tagen ab dem Tag nach Ablauf der der Regierung zur Einsendung ihres Beschlusses eingeräumten Frist gleichzeitig dem Antragsteller und dem Gemeindegremium. Die Regierung übermittelt eine Abschrift des Beschlusses dem Projektautor.

Wird der Beschluss der Regierung dem Antragsteller nicht innerhalb der eingeräumten Frist übermittelt und wird die Stellungnahme der Beschwerdekommision nicht innerhalb der in Artikel D.IV.66 Absatz 5 erwähnten Frist übermittelt, gilt der Beschluss, gegen den die Beschwerde erhoben wurde, als bestätigt.

Die eingeräumte Frist wird vom 16. Juli bis zum 15. August einschließlich und vom 24. Dezember bis zum 1. Januar einschließlich ausgesetzt. Im Falle einer Aussetzung der Frist werden sich die in den Artikeln D.IV.66, D.IV.68 und D.IV.69 angegebenen Fristen um die Dauer der Aussetzung verlängert."

**Art. 109** - Artikel D.IV.68 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret vom 10. Dezember 2020, wird wie folgt abgeändert:

1. Zwischen das Wort "für" und die Wortfolge "den Beschluss" wird die Wortfolge "die Stellungnahme der Beschwerdekommision und für" eingefügt.

2. Zwischen das Wort "Beschluss" und das Wort "um" wird die Wortfolge "der Regierung" eingefügt.

3. Folgender Satz wird eingefügt:

"Die Regierung übermittelt der Beschwerdekommision die Ergebnisse der besonderen Bekanntmachungsmaßnahmen und die Stellungnahmen."

**Art. 110** - Artikel D.IV.70 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird wie folgt ersetzt:

"Art. D.IV.70 - Eine Bekanntmachung, dass die Genehmigung erteilt worden ist oder dass die Handlungen und Arbeiten Gegenstand des Wortlauts eines der folgenden Dokumente sind, wird durch den Antragsteller auf dem Grundstück entlang der Straße aufgestellt und muss von dort aus lesbar sein:

1. der in Artikel D.IV.73.1 § 2 angeführte Beschluss;
2. der in Artikel D.IV.73.2 angeführte Beschluss;
3. das in Artikel D.VII.15 oder D.VII.22 erwähnte Urteil;
4. der in Artikel D.VII.18 § 2 Nummern 1 oder 2 angeführte Beschluss;
5. die in Artikel D.VII.19 § 1 angeführte Anordnung.

Wenn es sich um auszuführende Arbeiten handelt, muss diese Bekanntmachung vor Beginn der Arbeiten und während ihrer gesamten Dauer auf der Baustelle angeschlagen sein. In den anderen Fällen muss die Bekanntmachung bereits bei den Vorbereitungen angebracht werden, ehe die Handlung(en) ausgeführt wird (werden) und während der gesamten Dauer ihrer Ausführung. Innerhalb dieses Zeitraums müssen die Genehmigung und die anhängende Akte bzw. eine durch die Gemeinde oder die Regierung für gleichlautend bescheinigte Abschrift dieser Dokumente oder die in Absatz 1 erwähnten Dokumente den gemäß Artikel D.VII.3 bestimmten Bediensteten am Ort der Ausführung der Arbeiten bzw. Handlungen ständig zur Verfügung stehen.

In Abweichung von Absatz 2 wird die Bekanntmachung einer Teilungsgenehmigung innerhalb von zehn Tagen ab Erhalt durch den Antragsteller aufgestellt und während einer Dauer von zwanzig Tagen beibehalten.

Bei Genehmigungen für Handlungen und Arbeiten gemäß Artikel D.IV.4 Absatz 1 Nummern 1 bis 5 enthält die Bekanntmachung eine 3D-Visualisierung des städtebaulichen Projekts. Bei Genehmigungen für Handlungen und Arbeiten gemäß Artikel D.IV.2 enthält die Bekanntmachung eine Abbildung der geplanten Parzellenaufteilung und gegebenenfalls den grafischen Ausdruck der Ziele der Raumordnung und des Städtebaus für den betroffenen Teil des Gebiets.

Der Antragsteller lässt der zuständigen Behörde per E-Mail oder per Schreiben spätestens am Tag nach Beginn des Anschlags ein Foto zum Beweis des Anschlags zukommen."

**Art. 111** - In Artikel D.IV.72 desselben Gesetzbuches wird zwischen die Wortfolge "vom Gemeindegremium" und die Wortfolge "an Ort und Stelle" die Wortfolge "oder einem von ihm beauftragten Landmesser" und zwischen die Wortfolge "das Gemeindegremium" und die Wortfolge "vor Ort die Stelle" die Wortfolge "oder der Landmesser" eingefügt.

**Art. 112** - Die Überschrift von Buch IV Titel II Kapitel X Abschnitt 4 desselben Gesetzbuches wird wie folgt ersetzt:

"Abschnitt 4 - Konformitätspläne und Konformitätserklärung nach Fertigstellung der Arbeiten"



**Art. 113** - Artikel D.IV.73 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird wie folgt ersetzt:

“Art. D.IV.73 - § 1 - Innerhalb von drei Monaten nach Fertigstellung der Arbeiten, bei denen ein Architekt hinzuzuziehen ist oder hinzugezogen wurde, reicht der Genehmigungsinhaber oder der Eigentümer des Gutes bei der Behörde, die die Genehmigung gegebenenfalls im Beschwerdeverfahren erteilt hat, folgende Unterlagen ein:

1. die vom Architekten gezeichneten Pläne, die das Datum der Fertigstellung der Arbeiten und Auflagen sowie die tatsächlich vorhandene Situation nach Abschluss der Arbeiten auf der Grundlage eines korrekten Ausmaßes der ausgeführten Arbeiten und Auflagen wiedergeben, hiernach “Konformitätspläne” genannt;
2. einen Fotobericht, der die Außenansichten des fertigen Baus dokumentiert.

Die Regierung kann den Inhalt der Konformitätspläne bestimmen.

§ 2 - Innerhalb von drei Monaten nach Fertigstellung der Arbeiten, bei denen kein Architekt hinzuzuziehen ist, reicht der Genehmigungsinhaber oder der Eigentümer des Gutes bei der Behörde, die die Genehmigung gegebenenfalls im Beschwerdeverfahren erteilt hat, einen Fotobericht ein, der die Außenansichten des fertigen Baus dokumentiert.”

**Art. 114** - In Buch IV Titel II Kapitel X Abschnitt 4 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird folgender Artikel D.IV.73.1 eingefügt:

“Art. D.IV.73.1 - § 1 - Gemäß den Bestimmungen, die von der Regierung erlassen werden können, erteilt die Regierung innerhalb einer Frist von fünfundsiebzig Tagen ab der Anfrage, die von dem Genehmigungsinhaber oder dem Eigentümer des Gutes an die Regierung gerichtet wird, eine Konformitätserklärung, wenn die Handlungen oder Arbeiten nach Ablauf der Frist, innerhalb der sie beendet sein sollten, beendet sind und den Vorschriften der erteilten Genehmigung entsprechen.

Die Regierung verweigert die in Absatz 1 erwähnte Erklärung, wenn die Handlungen oder Arbeiten nach Ablauf der Frist, innerhalb der sie beendet sein sollten, nicht beendet sind oder wenn sie nicht gemäß den Vorschriften der erteilten Genehmigung ausgeführt worden sind. In diesem Fall listet sie die Handlungen oder Arbeiten auf, die noch nicht ausgeführt worden sind, und die Punkte, in denen die Vorschriften der erteilten Genehmigung nicht eingehalten worden sind.

Wenn sie existieren und nicht bereits hinterlegt wurden, werden der Anfrage vom Architekten gezeichnete Konformitätspläne, der in Artikel D.IV.73 erwähnte Fotobericht und gegebenenfalls eine Begründung im Hinblick auf die in § 2 genannten Bedingungen beigelegt.

Die Regierung kann den Inhalt des Antrags auf Konformitätserklärung festlegen.

§ 2 - Im Rahmen der in § 1 erwähnten Erklärung kann die Regierung mittels Begründung Handlungen oder Arbeiten, die den Vorschriften nicht entsprechen, als konform erklären, wenn:

1. es sich um Änderungen handelt, die aus technischen Gründen gerechtfertigt sind, das Vorhaben in seinen Grundzügen nicht beeinflussen und direkt oder indirekt die Gefahren, Belastungen oder Nachteile auf den Menschen oder die Umwelt nicht erhöhen;
2. oder es sich um Handlungen oder Arbeiten im Sinne von Artikel D.IV.1 § 2 handelt.

Betreffen die in Absatz 1 erwähnten Handlungen oder Arbeiten ein in Artikel D.IV.14.1 genanntes Gut, wird vor der Erklärung ein gleichlautendes Denkmalgutachten eingeholt.

Betreffen die in Absatz 1 erwähnten Handlungen oder Arbeiten Bedingungen der Genehmigung, die durch das Gemeindegremium auferlegt wurden, wird vor der Erklärung das Gutachten des Gemeindegremiums eingeholt.

In Abweichung von den Artikeln D.IV.37 bis D.IV.39 werden die in den Absätzen 2 und 3 genannten Gutachten innerhalb von dreißig Tagen nach dem Versand der Anfrage übermittelt. Nach Ablauf dieser Frist gilt das Gutachten als günstig.

Eine Abschrift der Erklärung wird allen Instanzen übermittelt, die zum Vorhaben eine Stellungnahme abgegeben haben.”

**Art. 115** - In Buch IV Titel II Kapitel X desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird folgender Abschnitt 4.1, der den Artikel D.IV.73.2 umfasst, eingefügt:

“Abschnitt 4.1 - Änderungen nach Erteilung der Genehmigung, vor oder während der Fertigstellung der Arbeiten”

**Art. 116** - In Buch IV Titel II Kapitel X Abschnitt 4.1 desselben Gesetzbuches wird folgender Artikel D.IV.73.2 eingefügt:

“Art. D.IV.73.2 - Gemäß den Bestimmungen, die von der Regierung erlassen werden können, kann der Genehmigungsinhaber nach Erteilung der Genehmigung, vor oder während der Fertigstellung der Handlungen oder Arbeiten bei Änderungen des genehmigten Vorhabens oder der in der Genehmigung aufgeführten Bedingungen oder Auflagen bei der Behörde, die die Genehmigung gegebenenfalls im Beschwerdeverfahren erteilt hat, einen vereinfachten Antrag auf Änderung der Genehmigung einreichen, wenn:

1. es sich um Änderungen handelt, die aus technischen Gründen gerechtfertigt sind, das Vorhaben in seinen Grundzügen nicht beeinflussen und direkt oder indirekt die Gefahren, Belastungen oder Nachteile auf den Menschen oder die Umwelt nicht erhöhen;
2. oder es sich um Handlungen oder Arbeiten im Sinne von Artikel D.IV.1 § 2 handelt;
3. oder die Handlungen oder Arbeiten die Durchführung von städtebaulichen Bedingungen oder Auflagen betreffen.

Die Regierung kann den Inhalt des Antrags auf Änderung der Genehmigung bestimmen.

Der Antrag beinhaltet zumindest die abgeänderten Pläne und Dokumente sowie eine Begründung der Änderungen im Hinblick auf die in Absatz 1 genannten Bedingungen.

Die zuständige Behörde übermittelt dem Genehmigungsinhaber ihren Beschluss innerhalb einer Frist von:

1. dreißig Tagen ab Antragseingang, wenn kein Gutachten notwendig ist;
2. sechzig Tagen ab Antragseingang, wenn ein oder mehrere Gutachten notwendig sind.

Bei fehlender Zustellung des Beschlusses in der vorgegebenen Frist gilt der Antrag auf Änderung als verweigert.

Betreffen die in Absatz 1 erwähnten Handlungen oder Arbeiten ein in Artikel D.IV.14.1 genanntes Gut, wird vor der Genehmigung ein gleichlautendes Denkmalgutachten eingeholt.

Betreffen die in Absatz 1 erwähnten Handlungen oder Arbeiten ein in Artikel D.IV.17 genanntes Vorhaben oder Bedingungen bzw. Auflagen, die durch die Regierung auferlegt wurden, wird das Gutachten der Regierung eingeholt. In den in Artikel D.IV.17 genannten Fällen ist das Gutachten der Regierung gleichlautend.

Betreffen die in Absatz 1 erwähnten Handlungen oder Arbeiten Bedingungen bzw.

Auflagen, die durch das Gemeindegremium auferlegt wurden, wird vor der Genehmigung das Gutachten des Gemeindegremiums eingeholt.

In Abweichung von den Artikeln D.IV.37 bis D.IV.39 werden die in den Absätzen 6 bis 8 genannten Gutachten innerhalb von dreißig Tagen nach dem Versand der Anfrage übermittelt. Nach Ablauf dieser Frist gilt das Gutachten als günstig.

Eine Abschrift des Beschlusses wird allen Instanzen übermittelt, die bei der Bearbeitung des ursprünglichen Vorhabens ein Gutachten abgegeben haben."

**Art. 117** - In Artikel D.IV.74 Absatz 1 desselben Gesetzbuches wird das Wort "Verstädterungsgenehmigung" durch die Wortfolge "Erschließungsgenehmigung, einer Teilungsgenehmigung" ersetzt.

**Art. 118** - In Artikel D.IV.76 desselben Gesetzbuches wird das Wort "Verstädterungsgenehmigung" durch die Wortfolge "Erschließungsgenehmigung, einer Teilungsgenehmigung" ersetzt.

**Art. 119** - In Artikel D.IV.77 desselben Gesetzbuches wird die Wortfolge "und die Verstädterungsgenehmigung" durch die Wortfolge ", die Erschließungsgenehmigung und die Teilungsgenehmigung" ersetzt.

**Art. 120** - Artikel D.IV.78 desselben Gesetzbuches wird wie folgt ersetzt:

"Art. D.IV.78 - Unbeschadet der aus den Artikeln D.IV.53 bis D.IV.60 abzuleitenden Verpflichtungen gelten die Erschließungs- oder die Teilungsgenehmigung als unverbindliche Leitlinien. Sie sind auf die damit verbundene Städtebaugenehmigung und auf die Städtebaubescheinigung Nr. 2 anwendbar."

**Art. 121** - In Artikel D.IV.79 desselben Gesetzbuches wird die Wortfolge "Insofern die Verstädterungsgenehmigung, die die Eröffnung, Änderung oder Abschaffung eines Gemeindegeweges voraussetzt," durch die Wortfolge "Insofern die Erschließungs- oder die Teilungsgenehmigung" ersetzt.

**Art. 122** - Artikel D.IV.80 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 1 Nummer 9 wird das Wort "Einrichtungen" durch das Wort "Anlagen" ersetzt.

2. In § 2 wird Satz 2 wie folgt ersetzt:

"Die zuständige Behörde kann zur Erfüllung der Verpflichtungen bezüglich der Wiederinstandsetzung der Örtlichkeiten die Hinterlegung von Garantien verlangen."

**Art. 123** - Die Überschrift von Buch IV Titel III Kapitel III Abschnitt 1 desselben Gesetzbuches wird wie folgt ersetzt:

"Abschnitt 1 - Verfall der Erschließungs- oder Teilungsgenehmigung"

**Art. 124** - Artikel D.IV.81 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird das Wort "Verstädterungsgenehmigung" durch die Wortfolge "Erschließungs- oder Teilungsgenehmigung" ersetzt.

2. In Absatz 2 wird das Wort "Verstädterungsgenehmigung" durch das Wort "Erschließungsgenehmigung" ersetzt.

3. In Absatz 3 wird die Angabe "Artikel D.IV.2 § 1 Absatz 3" durch die Angabe "Artikel D.IV.1 § 1 Absatz 2 Nummer 1" ersetzt.

4. In Absatz 4 wird das Wort "Verstädterungsgenehmigung" durch die Wortfolge "Erschließungs- oder Teilungsgenehmigung" und die Angabe "Artikel D.IV.2 § 1 Absatz 3" durch die Angabe "den Artikeln D.IV.1 § 1 Absatz 2 Nummer 1 oder D.IV.103" ersetzt.

**Art. 125** - In Artikel D.IV.82 desselben Gesetzbuches wird das Wort "Verstädterungsgenehmigung" durch die Wortfolge "Erschließungs- oder Teilungsgenehmigung" ersetzt.

**Art. 126** - In Artikel D.IV.83 desselben Gesetzbuches wird das Wort "Verstädterungsgenehmigung" jeweils durch die Wortfolge "Erschließungs- oder Teilungsgenehmigung" ersetzt.

**Art. 127** - Artikel D.IV.88 Absatz 2 desselben Gesetzbuches wird aufgehoben.

**Art. 128** - Artikel D.IV.89 Nummer 3 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret der Wallonischen Region vom 1. März 2018, wird aufgehoben.

**Art. 129** - In der Überschrift von Buch IV Titel III Kapitel V desselben Gesetzbuches, wird das Wort "Entzug" durch das Wort "Rücknahme" ersetzt.

**Art. 130** - Artikel D.IV.91 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird wie folgt abgeändert:

1. Im einleitenden Satz von Absatz 1 wird die Wortfolge "den Entzug" durch die Wortfolge "die Rücknahme" ersetzt und das Wort "entzogen" durch das Wort "zurückgenommen" ersetzt.

2. In Absatz 2 wird die Wortfolge "der Entzug" durch die Wortfolge "die Rücknahme" ersetzt und die Wortfolge "zum Entzug" durch die Wortfolge "zur Rücknahme" ersetzt.

3. In Absatz 3 wird die Wortfolge "den Entzug" jeweils durch die Wortfolge "die Rücknahme" ersetzt und das Wort "entzieht" durch das Wort "zurücknimmt" ersetzt.

**Art. 131** - Artikel D.IV.93 § 1 Absatz 2 desselben Gesetzbuches wird wie folgt ersetzt:

"Der Verzicht erfolgt ausdrücklich und wird nicht durch die spätere Einreichung eines anderen Genehmigungsantrags vermutet."

**Art. 132** - Die Überschrift von Buch IV Titel III Kapitel VIII desselben Gesetzbuches wird wie folgt ersetzt:

"KAPITEL VIII - ABÄNDERUNG ODER AUFHEBUNG DER ERSCHLIESSUNGS- UND TEILUNGSGENEHMIGUNG"

**Art. 133** - Artikel D.IV.94 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 1 wird das Wort "Verstädterungsgenehmigung" jeweils durch das Wort "Erschließungsgenehmigung" ersetzt und zwischen das Wort "Abänderung" und die Wortfolge "dieser Genehmigung" die Wortfolge "oder Aufhebung" eingefügt.

2. In § 1 Absatz 2 wird das Wort "Verstädterungsgenehmigung" durch das Wort "Erschließungsgenehmigung" ersetzt.

3. In § 2 Absatz 1 wird das Wort "Verstädterungsgenehmigung" durch das Wort "Erschließungsgenehmigung" ersetzt.

4. In § 2 Absatz 2 wird das Wort "Verstädterungsgenehmigung" durch das Wort "Erschließungsgenehmigung" ersetzt.

**Art. 134** - Artikel D.IV.95 § 1 desselben Gesetzbuches wird wie folgt ersetzt:

"§ 1 - Die Vorschriften bezüglich der Erschließungsgenehmigung sind auf ihre Abänderung oder Aufhebung anwendbar. Die Antragsakte umfasst jedoch nur Elemente im Zusammenhang mit der geplanten Abänderung oder Aufhebung."

**Art. 135** - In dasselbe Gesetzbuch wird folgender Artikel D.IV.95.1 eingefügt:

"Art. D.IV.95.1 - § 1 - Entweder auf Initiative des Gemeindegremiums oder auf Antrag des Eigentümers oder bloßen Eigentümers eines Loses, das Gegenstand einer Teilungsgenehmigung ist, oder des Inhabers eines Nießbrauchsrechts, eines Nutzungsrechts, eines Wohnrechts, eines Erbbaurechts oder eines Erbpachtrechts betreffend ein Los, das Gegenstand einer Teilungsgenehmigung ist, kann eine Abänderung dieser Genehmigung erlaubt werden, insofern diese nicht die Rechte, die aus den zwischen den Parteien ausdrücklich getroffenen Vereinbarungen hervorgehen, beeinträchtigt.

Die alleinige Überschrift der gesamten oder eines Teils der in der Teilungsgenehmigung enthaltenen Dokumente in einer authentischen Urkunde oder in einem privatschriftlichen Übereinkommen kann nicht als Vereinbarung im Sinne von Absatz 1 angesehen werden.

§ 2 - Eine Abänderung der Teilungsgenehmigung ist für Folgendes nötig:

1. die Schaffung von einem oder mehreren zusätzlichen Losen oder die Abschaffung von einem oder mehreren Losen;

2. die Änderung der inneren und äußeren Losgrenzen."

**Art. 136** - In Artikel D.IV.96 desselben Gesetzbuches wird das Wort "Verstädterungsgenehmigung" jeweils durch das Wort "Erschließungsgenehmigung" ersetzt.

**Art. 137** - In Buch IV Titel III Kapitel VIII desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird folgender Artikel D.IV.96.1 eingefügt:

"Art. D.IV.96.1 - Die Aufhebung einer Erschließungsgenehmigung betrifft nicht den Teilungsplan."

**Art. 138** - Artikel D.IV.97 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 Nummer 4 wird das Wort "Verstädterungsgenehmigung" durch die Wortfolge "Erschließungs- oder Teilungsgenehmigung" ersetzt.

2. Absatz 1 Nummer 6 Buchstabe a) wird wie folgt ersetzt:

"a) in einem Areal für einen Sanierungsstandort oder für eine städtische Flurbereinigung gelegen ist;"

**Art. 139** - Artikel D.IV.99 § 1 Nummer 2 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird wie folgt ersetzt:

"2° das Vorhandensein, der Gegenstand und das Datum der Parzellierungs-, Verstädterungs-, Erschließungs-, Teilungs-, Bau- und Städtebaugenehmigungen oder Regularisierungsbeschlüsse und die Städtebaugenehmigungen oder Regularisierungsbeschlüsse für gruppierte Bauten, die nach dem 1. Januar 1977 erteilt wurden, sowie der Städtebaubescheinigungen, die vor weniger als zwei Jahren ausgestellt wurden, und der Denkmalgenehmigungen gemäß Artikel 13 des Denkmalschutzdekrets, die nach dem 1. Januar 2009 ausgestellt wurden;"

**Art. 140** - In Artikel D.IV.101 Absatz 1 desselben Gesetzbuches wird das Wort "Verstädterungsgenehmigung" durch die Wortfolge "Erschließungsgenehmigung, Teilungsgenehmigung" ersetzt.

**Art. 141** - In Artikel D.IV.102 § 1 Absatz 1 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird das Wort "Verstädterungsgenehmigung" durch die Wortfolge "Erschließungs- oder Teilungsgenehmigung" ersetzt.

**Art. 142** - Die Überschrift von Buch IV Titel V Kapitel III desselben Gesetzbuches wird wie folgt ersetzt:

"KAPITEL III - NACH DER ABÄNDERUNG DER ERSCHLIESSUNGSGENEHMIGUNG ERSTELLTE URKUNDE"

**Art. 143** - In Artikel D.IV.103 Absatz 1 desselben Gesetzbuches wird das Wort "Verstädterungsgenehmigung" jeweils durch das Wort "Erschließungsgenehmigung" ersetzt.

**Art. 144** - In Buch IV desselben Gesetzbuches wird folgender Titel VII.1, der die Artikel D.IV.109.1 bis D.IV.109.13 umfasst, eingefügt:

"TITEL VII.1 - DRINGLICHKEITSVERFAHREN"

**Art. 145** - In Buch IV Titel VII.1 desselben Gesetzbuches wird folgendes Kapitel I, das den Artikel D.IV.109.1 umfasst, eingefügt:

"KAPITEL I - ANWENDUNGSBEREICH"

**Art. 146** - In Buch IV Titel VII.1 Kapitel I desselben Gesetzbuches wird folgender Artikel D.IV.109.1 eingefügt:

"Art. D.IV.109.1 - § 1 - Handlungen und Arbeiten zum Wiederaufbau von Gebäuden und Bauwerken in von anerkannten Naturkatastrophen im Sinne des Dekrets der Wallonischen Region vom 26. Mai 2016 über die Wiedergutmachung bestimmter Schäden, die durch allgemeine Naturkatastrophen entstanden sind, betroffenen

Gebieten oder von Gebäuden und Bauwerken, die durch Brand ganz oder teilweise zerstört sind, können Gegenstand eines Dringlichkeitsverfahrens zur Erteilung einer Städtebaugenehmigung gemäß den Bestimmungen des vorliegenden Titels sein.

Der Wiederaufbau betrifft die weitgehend originalgerechte Wiederherstellung von durch die Naturkatastrophe oder den Brand ganz oder teilweise zerstörten Gebäuden und Bauwerken und umfasst u. a. den Abbau, die Reinigung, die Wiederinstandsetzung oder die Ersetzung der Strukturbauelemente und der Außenmauern, einschließlich des Schutzes durch Verkleidung oder Hydrophobierung und deren Isolierung sowie der Außenholzwerke, der Dachstühle, Dachhäute und der Isolierung der Dächer, der Sonnenpaneele, falls sie fester Bestandteil der Dachhaut sind, der Schornsteine, Gesimse, Dachrinnen sowie der Regenfallrohre und Einbauten zur Ableitung des Regenwassers.

Änderungen zum ursprünglichen Gebäude, inbegriffen Änderungen am Tragwerk, Änderungen, die das architektonische Aussehen des Gebäudes oder des Bauwerks beeinflussen, oder Änderungen der Einpflanzung können genehmigt werden, sofern die Änderungen insgesamt unwesentlich bleiben, im Antrag ausführlich gerechtfertigt werden und mit der Nachbarschaft vereinbar sind.

Die Regierung kann die Liste der betroffenen Handlungen und Arbeiten ergänzen.

§ 2 - Das Dringlichkeitsverfahren wird nicht für Handlungen und Arbeiten verwendet, die:

1. einer Umweltverträglichkeitsstudie unterzogen werden müssen;
2. die Schaffung, die Änderung oder die Abschaffung eines kommunalen Verkehrswegs mit sich führen;
3. eine der folgenden Änderungen zum ursprünglichen Gebäude beinhalten:
  - a) Änderung der Zweckbestimmung im Sinne von Artikel D.IV.4 Absatz 1 Nummer 7,
  - b) Erhöhung der Anzahl Wohneinheiten,
  - c) Erhöhung der Geschossanzahl."

**Art. 147** - In Buch IV Titel VII.1 desselben Gesetzbuches wird folgendes Kapitel II, das die Artikel D.IV.109.2 und D.IV.109.3 umfasst, eingefügt:

"KAPITEL II - AUSNAHMEN UND ABWEICHUNGEN"

**Art. 148** - In Buch IV Titel VII.1 Kapitel II wird folgender Artikel D.IV.109.2 eingefügt: "Art. D.IV.109.2 - Die im Dringlichkeitsverfahren ausgestellte Städtebaugenehmigung kann vom Raumentwicklungsschema, falls dieses Anwendung findet, von einem plurikommunalen Entwicklungsschema, einem kommunalen Entwicklungsschema, einem lokalen Orientierungsschema, einer Flächennutzungskarte, von dem als unverbindliche Leitlinie geltenden Inhalt eines Leitfadens oder von einer Erschließungsgenehmigung abweichen, wenn das Gebäude oder das Bauwerk zum Zeitpunkt der vollständigen oder teilweisen Zerstörung legal bestand."

**Art. 149** - In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel D.IV.109.3 eingefügt:

"Art. D.IV.109.3 - Die im Dringlichkeitsverfahren ausgestellte Städtebaugenehmigung kann als Ausnahme zum Sektorenplan oder zu den Normen eines regionalen Leitfadens für den Städtebau erteilt werden, wenn das Gebäude oder das Bauwerk zum Zeitpunkt der vollständigen oder teilweisen Zerstörung legal bestand."

**Art. 150** - In Buch IV Titel VII.1 desselben Gesetzbuches wird folgendes Kapitel III, das die Artikel D.IV.109.4 bis D.IV.109.12 umfasst, eingefügt:

"KAPITEL III - VERFAHREN"

**Art. 151** - In Buch IV Titel VII.1 Kapitel III wird folgender Artikel D.IV.109.4 eingefügt:

"Art. D.IV.109.4 - Die Städtebaugenehmigung wird von der Regierung ausgestellt."

**Art. 152** - In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel D.IV.109.5 eingefügt:

"Art. D.IV.109.5 - Dem Genehmigungsantrag wird eine Stellungnahme des Gemeindekollegiums beigelegt. In dieser Stellungnahme bestätigt das Gemeindekollegium insbesondere, dass die Handlungen und Arbeiten in einem Gebiet stattfinden, das vor höchstens 24 Monaten von einer anerkannten Naturkatastrophe betroffen war, oder ein durch Brand ganz oder teilweise zerstörtes Gebäude oder Bauwerk betreffen.

Die Regierung kann für den Genehmigungsantrag die Form und zusätzliche Inhalte festlegen, die über die aufgrund von Artikel D.IV.26 festgelegten Inhalte hinausgehen."

**Art. 153** - In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel D.IV.109.6 eingefügt:

"Art. D.IV.109.6 - Der Genehmigungsantrag ist binnen 24 Monaten nach der Veröffentlichung des Erlasses zur Anerkennung der Naturkatastrophe oder nach dem Brand an die Regierung per Einsendung zu richten oder gegen Empfangsschein auszuhändigen."

**Art. 154** - In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel D.IV.109.7 eingefügt:

"Art. D.IV.109.7 - Binnen fünfzehn Tagen nach Eingang des eingesandten Antrags auf Genehmigung oder seines Hinterlegungsbescheids übermittelt die Regierung dem Antragsteller:

1. wenn der Antrag als vollständig und zulässig erachtet wird, einen Bescheid über die formelle Vollständigkeit. Eine Abschrift wird dem Projektautor übermittelt;
2. wenn der Antrag als unvollständig erachtet wird, per Einsendung ein Verzeichnis der fehlenden Unterlagen und deutet darauf hin, dass das Verfahren erst ab deren Empfang fortgesetzt wird. Eine Abschrift wird dem Projektautor übermittelt.

Wenn die Regierung dem Antragsteller den in Absatz 1 Nummer 1 genannten Bescheid über die formelle Vollständigkeit oder das in Absatz 1 Nummer 2 erwähnte Verzeichnis der fehlenden Unterlagen innerhalb der Frist von zehn Tagen nicht zugesandt hat, wird der Antrag als zulässig betrachtet und das Verfahren fortgesetzt."

**Art. 155** - In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel D.IV.109.8 eingefügt:

"Art. D.IV.109.8 - Unbeschadet der in Artikel D.68 des Umweltgesetzbuches erwähnten Bestimmungen wird im Bescheid über die formelle Vollständigkeit des Antrags angegeben:

1. welche Dienststellen oder Ausschüsse bzw. Kommissionen um Stellungnahmen gebeten werden sowie die diesbezüglichen Fristen;
2. die Frist, innerhalb derer der Beschluss der Regierung übermittelt wird."

**Art. 156** - In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel D.IV.109.9 eingefügt:

"Art. D.IV.109.9 - § 1 - Gleichzeitig mit dem Bescheid über die formelle Vollständigkeit übermittelt die Regierung den in Artikel D.IV.109.8 erwähnten Dienststellen und Ausschüssen bzw. Kommissionen einen Antrag auf Stellungnahme unter Beifügung eines Exemplars des Genehmigungsantrags.

§ 2 - Die in § 1 genannten Dienststellen und Ausschüsse bzw. Kommissionen übermitteln ihre Stellungnahme innerhalb von zwanzig Tagen nach dem Versand des Antrags durch die zuständige Behörde. Nach Ablauf dieser Frist gilt die Stellungnahme als günstig.

Das Gutachten des Feuerwehrdienstes wird innerhalb von dreißig Tagen nach dem Versand des Antrags durch die zuständige Behörde übermittelt. Nach Ablauf dieser Frist gilt das Gutachten als günstig."

**Art. 157** - In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel D.IV.109.10 eingefügt:

"Art. D.IV.109.10 - Wenn der Antrag ein Gut betrifft, das in Anwendung des Denkmalschutzdekrets vorläufig oder endgültig geschützt ist oder sich im Schutzbereich eines vorläufig oder endgültig geschützten Gutes oder in einer archäologischen Stätte befindet, beantragt die Regierung ein gleichlautendes Denkmalgutachten im Sinne des Artikels D.IV.14.1. Das Gutachten wird innerhalb von zwanzig Tagen nach dem Versand des Antrags durch die zuständige Behörde übermittelt. Nach Ablauf dieser Frist gilt die Stellungnahme als günstig."

**Art. 158** - In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel D.IV.109.11 eingefügt:

"Art. D.IV.109.11 - Der Beschluss der Regierung zur Gewährung oder Verweigerung der Städtebaugenehmigung wird gleichzeitig dem Gemeindegremium und dem Antragsteller innerhalb von fünfundvierzig Tagen ab dem Tag, an dem die Regierung den in Artikel D.IV.109.7 erwähnten Bescheid über die formelle Vollständigkeit eingesandt hat, oder, mangels dessen, ab dem Tag nach Ablauf der ihm für den Versand des Bescheids eingeräumten Frist zugestellt.

Die Regierung sendet eine Abschrift des Beschlusses an den Projektautor.

Die in Absatz 1 erwähnte Frist kann von der Regierung mittels Begründung um dreißig Tage verlängert werden. Der Beschluss zur Verlängerung wird innerhalb der ursprünglichen Frist versandt. Die Regierung sendet eine Abschrift des Beschlusses zur Verlängerung an den Projektautor."

**Art. 159** - In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel D.IV.109.12 eingefügt:

"Art. D.IV.109.12 - Wenn der Beschluss der Regierung dem Antragsteller nicht innerhalb der in Artikel D.IV.109.10 erwähnten Frist übermittelt wird, gilt die Genehmigung als verweigert.

In diesem Fall erstattet die Behörde dem Antragsteller den als Bearbeitungsgebühren erhaltenen Betrag zurück."

**Art. 160** - In Buch IV Titel VII.1 desselben Gesetzbuches wird folgendes Kapitel IV, das den D.IV.109.13 umfasst, eingefügt:

"KAPITEL IV - ANWENDBARE BESTIMMUNGEN"

**Art. 161** - In Buch IV Titel VII.1 Kapitel IV wird folgender Artikel D.IV.109.13 eingefügt:

"Art. D.IV.109.13 - Die Bestimmungen des vorliegenden Buchs sind auf das Dringlichkeitsverfahren anwendbar, sofern vorliegender Titel hiervon nicht abweicht.

In Abweichung von Absatz 1 sind die Artikel D.IV.5 bis D.IV.23.2, D.IV.27 bis D.IV.28, D.IV.30 bis D.IV.31.1, D.IV.33 bis D.IV.52, D.IV.54 § 2 und 3, D.IV.60 bis D.IV.62, D.IV.69, D.IV.79, D.IV.81 bis D.IV.83, D.IV.90, D.IV.94 bis D.IV.98, D.IV.103 sowie D.IV.106 bis D.IV.108 nicht auf das Dringlichkeitsverfahren anwendbar."

**Art. 162** - Artikel D.IV.110 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 1 wird wie folgt ersetzt:

"Die Anträge auf eine Baugenehmigung, eine Städtebaugenehmigung, eine Parzellierungsgenehmigung, eine Verstädterungsgenehmigung, eine Erschließungsgenehmigung oder eine Teilungsgenehmigung, einschließlich der Anträge, die unter eine der Kategorien gemäß Artikel D.IV.25 fallen, deren Hinterlegung, die durch einen Hinterlegungsbescheid bescheinigt wird, oder deren Sendungsempfang, der durch eine Post- oder sonstige Empfangsbestätigung bescheinigt wird, vor einer der Abänderungen der im deutschen Sprachgebiet anwendbaren Gesetzgebung für Raumordnung und Städtebau erfolgte, werden auf der Grundlage der am Datum des Hinterlegungsbescheids oder der Empfangsbestätigung anwendbaren Bestimmungen weiter geprüft."

2. In Absatz 2 wird das Wort "Empfangsscheins" durch das Wort "Hinterlegungsbescheids" ersetzt.

**Art. 163** - In Artikel D.IV.111 desselben Gesetzbuches wird die Wortfolge ", das Gemeindegremium und den beauftragten Beamten" durch die Wortfolge "und das Gemeindegremium" ersetzt.

**Art. 164** - In Artikel D.IV.117 desselben Gesetzbuches wird das Wort "Verstädterungsgenehmigungen" jeweils durch die Wortfolge "Verstädterungsgenehmigungen bzw. Erschließungsgenehmigungen" ersetzt.

**Art. 165** - Buch V desselben Gesetzbuches, das die Artikel D.V.1 bis D.V.20 umfasst, wird aufgehoben.

**Art. 166** - Artikel D.VI.1 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 4 wird wie folgt ersetzt:

"4° Areale für Sanierungsstandorte;"

2. Nummer 5 wird aufgehoben.

3. Nummer 6 wird aufgehoben.

4. In Nummer 8 wird die Wortfolge "Dekrets vom 11. März 1999" durch die Wortfolge "Dekrets vom 11. März 1999 über die Umweltgenehmigung" ersetzt.

5. Nummer 9 wird aufgehoben.

**Art. 167** - In Artikel D.VI.15 Absatz 3 desselben Gesetzbuches wird die Wortfolge "oder Verstädterungsgenehmigung" durch die Wortfolge ", Erschließungs- oder Teilungsgenehmigung" ersetzt.

**Art. 168** - Artikel D.VI.17 § 1 Absatz 1 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret der Wallonischen Region vom 16. November 2017, wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 7 wird wie folgt ersetzt:

“7° Areal für einen Sanierungsstandort;”

2. Nummer 8 wird aufgehoben.

3. Nummer 9 wird aufgehoben.

4. In Nummer 11 Buchstabe c) wird die Wortfolge „, einem Areal für städtische Flurbereinigungsmaßnahmen oder einem bevorzugten Initiativgebiet“ durch die Wortfolge „oder einem Areal für städtische Flurbereinigungsmaßnahmen“ ersetzt.

**Art. 169** - In Artikel D.VI.25 § 1 Absatz 2 Nummer 5 desselben Gesetzbuches wird die Wortfolge „oder Verstärkungsgenehmigungen“ durch die Wortfolge „, Verstärkungs-, Erschließungs- oder Teilungsgenehmigungen“ ersetzt.

**Art. 170** - In Buch VI Titel II Kapitel V desselben Gesetzbuches wird folgender Artikel D.VI.33.1 eingefügt:

“Art. D.VI.33.1 - In Abweichung von Artikel D.VI.17 kann auch jede Immobilie dem Vorkaufsrecht unterliegen, die in den folgenden Gebieten bzw. Arealen gelegen ist, sofern sie auf Grundlage einer vor dem 31. März 2022 begonnenen Akte verabschiedet wurden und noch Geltung haben:

1. Areale für eine städtische Neubelebung;

2. Areale für eine städtische Erneuerung;

3. Areale für einen Landschafts- und Umweltsanierungsstandort;

4. bevorzugte Initiativgebiete.”

**Art. 171** - In Artikel D.VI.38 Absatz 1 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird das Wort “Verstädterungsverbot” durch die Wortfolge “Erschließungs- oder Teilungsverbot” ersetzt.

**Art. 172** - Artikel D.VI.39 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 1 wird das Wort “Verstädterungsverbot” durch die Wortfolge “Erschließungs- oder Teilungsverbot” ersetzt.

2. In Nummer 5 wird die Wortfolge “oder zu verstärken” durch die Wortfolge “, zu erschließen oder zu teilen” ersetzt.

3. In Nummer 6 wird die Wortfolge “oder Verstärkungsverbot” durch die Wortfolge “, Erschließungs- oder Teilungsverbot” ersetzt.

4. In Nummer 7 wird die Wortfolge “oder zu verstärken” durch die Wortfolge “, zu erschließen oder zu teilen” ersetzt und die Wortfolge “oder Verstärkungsgenehmigung” durch die Wortfolge “Verstärkungs-, Erschließungs- oder Teilungsgenehmigung” ersetzt.

5. In Nummer 9 wird die Wortfolge “oder zu verstärken” durch die Wortfolge “, zu erschließen oder zu teilen” ersetzt.

**Art. 173** - In Artikel D.VI.41 desselben Gesetzbuches wird die Wortfolge “oder Verstärkungsgenehmigung” durch die Wortfolge “, Erschließungs- oder Teilungsgenehmigung” ersetzt.

**Art. 174** - In Artikel D.VI.42 Absatz 3 Nummer 2 desselben Gesetzbuches wird die Wortfolge “oder Verstärkungsgenehmigung” durch die Wortfolge “, Erschließungs- oder Teilungsgenehmigung” ersetzt.

**Art. 175** - In Artikel D.VI.46 Absatz 1 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird das Wort “Verstärkungsgenehmigung” durch das Wort “Erschließungsgenehmigung” ersetzt.

**Art. 176** - In Artikel D.VI.48 Nummer 2 Spiegelstrich 2 desselben Gesetzbuches wird die Wortfolge “bzw. Verstärkungsgenehmigung” durch die Wortfolge “, Erschließungs- bzw. Teilungsgenehmigung” ersetzt.

**Art. 177** - Artikel D.VI.50 § 1 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 4 wird die Angabe “Artikel D.V.2 oder D.V.7” durch die Angabe “Artikel D.II.57.4” ersetzt.

2. In Nummer 6 wird das Wort “Verstärkungsgenehmigung” durch das Wort “Erschließungsgenehmigung” ersetzt.

**Art. 178** - In Artikel D.VI.58 Absatz 2 desselben Gesetzbuches wird das Wort “Verstärkungs-,” durch die Wortfolge “Erschließungs-, Teilungs-,” ersetzt.

**Art. 179** - In Artikel D.VI.63 desselben Gesetzbuches wird die Wortfolge “oder Verstärkungsgenehmigung” durch die Wortfolge “, Verstärkungs-, Erschließungs- oder Teilungsgenehmigung” ersetzt.

**Art. 180** - In Artikel D.VI.64 § 1 Absatz 1 Nummer 3 desselben Gesetzbuches wird das Wort “Verstärkungsgenehmigung” durch die Wortfolge “Erschließungs- oder Teilungs- genehmigung” ersetzt.

**Art. 181** - Artikel D.VII.1 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch die Dekrete der Wallonischen Region vom 16. November 2017 und 26. April 2018 und durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird wie folgt abgeändert:

1. § 1 wird wie folgt ersetzt:

“ § 1 - Folgende Tatbestände bilden einen Verstoß:

1. die Ausführung der in Artikel D.IV.4 erwähnten Handlungen oder Arbeiten, die Erschließung eines Gutes im Sinne von Artikel D.IV.2 § 1 oder die Teilung eines Gutes im Sinne von Artikel D.IV.2 § 3 ohne vorherige Genehmigung, nach Verfall dieser Genehmigung oder nach dem Akt oder Beschluss zur Aussetzung der Genehmigung oder aber unter Nichteinhaltung der Genehmigung oder des Regularisierungsbeschlusses im Sinne von Artikel D.VII.18 § 2 Nummern 1 und 2, mit Ausnahme:

a) der Handlungen, die in Missachtung der Parzellenaufteilung laut der Erschließungsgenehmigung getätigt wurden, wenn sie keine Änderung der Erschließungsgenehmigung gemäß Artikel D.IV.94 § 2 erfordern;

b) der Arbeiten und Handlungen, die gemäß Artikel D.IV.73.1 als konform gelten;

2. die Weiterführung der in Artikel D.IV.4 erwähnten Handlungen und Arbeiten, der Erschließung eines Gutes im Sinne von Artikel D.IV.2 § 1 oder der Teilung eines Gutes im Sinne von Artikel D.IV.2 § 3 ohne vorherige Genehmigung, nach Verfall dieser Genehmigung oder nach dem Akt oder Beschluss zur Aussetzung der Genehmigung oder aber unter Nichteinhaltung der Genehmigung oder des Regularisierungsbeschlusses im Sinne von Artikel D.VII.18 § 2 Nummern 1 und 2;

3. unbeschadet von Artikel D.VII.1bis, die Aufrechterhaltung der ohne die erforderliche Genehmigung oder in deren Missachtung ausgeführten Arbeiten;

4. die Nichtbeachtung der Vorschriften des Sektorenplans und der Normen des regionalen Leitfadens für den Städtebau, mit Ausnahme der Handlungen und Arbeiten, die abweichend genehmigt wurden, von der Genehmigung freigestellt wurden oder nicht unter Genehmigungspflicht stehen;

5. die Nichtbeachtung der Regeln zum Aushang der Genehmigung gemäß Artikel D.IV.70 oder zur Bekanntmachung gemäß Artikel D.IV.76 und Buch VIII;

6. das Fehlen der in Artikel D.IV.71 erwähnten Mitteilung des Beginns der Arbeiten;

7. das Nichteinreichen der Konformitätspläne und/oder des Fotoberichts gemäß Artikel D.IV.73 § 1 oder § 2 oder die Erstellung von Konformitätsplänen und/oder eines Fotoberichts, die dem gebauten Zustand nicht entsprechen;

8. die Ausführung der in Artikel D.IV.4 erwähnten Handlungen oder Arbeiten oder die Erschließung eines Gutes im Sinne von Artikel D.IV.2 § 1 unter Missachtung der in Anwendung des Denkmalschutzdekrets auferlegten Schutzmaßnahmen. Die Verfolgung dieser Verstöße auf Grundlage der Bestimmungen des vorliegenden Buches schließt die Verfolgung derselben Verstöße auf Grundlage des Denkmalschutzdekrets aus."

2. § 2 Absatz 1 wird aufgehoben.

3. § 2/1 wird aufgehoben.

4. § 2/2 wird aufgehoben.

**Art. 182** - Artikel D.VII.1bis desselben Gesetzbuches, eingefügt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 16. November 2017, wird wie folgt ersetzt:

"Art. D.VII.1bis - § 1 - Es wird unwiderlegbar vermutet, dass durchgeführte Handlungen und Arbeiten in Übereinstimmung mit dem Raumordnungs- und Städtebaurecht gemäß Artikel D.VII.1 stehen, wenn sie vor mindestens dreißig Jahren fertiggestellt wurden.

Diese Vermutung findet keine Anwendung auf:

1. Handlungen und Arbeiten, die darin bestehen, nach dem 20. August 1994 eine oder mehrere Wohnungen zu schaffen, die den Kriterien für den Erhalt einer Mietgenehmigung oder den Kriterien der Gesundheitsverträglichkeit und der Sicherheit nicht entsprechen;

2. Handlungen und Arbeiten, die innerhalb eines durch das Gesetz vom 12. Juli 1973 über die Erhaltung der Natur oder seiner Ausführungserlasse anerkannten Gebiets stattfinden;

3. Handlungen und Arbeiten an einem Gut, das von einer in Anwendung des Denkmalschutzdekrets auferlegten Schutzmaßnahme betroffen ist;

4. Handlungen und Arbeiten, die vor dem 1. Februar 2023 Gegenstand einer gerichtlichen Entscheidung zur Feststellung der Nichtübereinstimmung von Handlungen und Arbeiten mit den Regeln des Raumordnungs- und Städtebaurechts geworden sind, selbst wenn die gerichtliche Entscheidung von noch laufenden Berufungsverfahren betroffen ist.

Unbeschadet des Absatzes 2 wird die in Absatz 1 genannte Frist für Handlungen und Arbeiten, die mit der Zweckbestimmung des Gebiets, auf dem sie stattfinden, im Sektorenplan übereinstimmen, auf mindestens zwanzig Jahre verringert.

Unbeschadet des Absatzes 2 und in Abweichung von Absatz 3 wird die in Absatz 1 genannte Frist für folgende Übertretungen auf mindestens zehn Jahre verringert:

A. Handlungen und Arbeiten, sofern alle folgenden Bedingungen kumulativ erfüllt sind:

1. Sie werden gemäß Artikel D.IV.1 § 2 als mit begrenzten Auswirkungen betrachtet.

2. Sie stimmen mit der Zweckbestimmung des Gebiets, auf dem sie stattfinden, im Sektorenplan überein.

3. Sie entsprechen den Normen des regionalen Leitfadens.

B. Andere als in Buchstabe A erwähnte Handlungen und Arbeiten, sofern die folgenden Bedingungen kumulativ erfüllt sind:

1. Begangen wurde der Verstoß:

a) entweder in einem im Sektorenplan zur Verstädterung bestimmten Gebiet im Sinne von Artikel D.II.23 Absatz 2; oder

b) in einem Gebiet für konzertierte kommunale Raumplanung, das umgesetzt und zu einem oder mehreren Verstädterungszwecken im Sinne von Artikel D.II.23 Absatz 2 bestimmt wird; oder

c) an Bauwerken, Anlagen oder Gebäuden oder an deren zusätzlichen bzw. ergänzenden Einrichtungen, die vor Inkrafttreten des Sektorenplans vorhanden waren und deren Verwendungszweck widmungskonform ist oder abweichend vom Sektorenplan erlaubt wurde.

2. Die regelwidrigen Handlungen und Arbeiten entsprechen den Normen des regionalen Leitfadens.

3. Auf die regelwidrigen Handlungen und Arbeiten trifft einer der folgenden Fälle zu:

a) bei Nichtbeachtung der ausgestellten Städtebau- bzw. Erschließungsgenehmigung entsprechen die Abweichungen weniger als zwanzig Prozent:

i) der zulässigen Grundfläche;

ii) der zulässigen Trauf- und Firsthöhe;

iii) der zulässigen Tiefe;

iv) der zulässigen Baumasse;

v) der zulässigen Geschossfläche;

- vi) der Grundrissmaße der Bauwerke;
- vii) der minimalen oder maximalen Fläche der Parzelle;
- b) bei Einrichtung eines Vordachs als Erweiterung eines zulässigen landwirtschaftlichen Schuppens, vorausgesetzt:
  - i) die Firsthöhe des Vordachs liegt unter der Traufhöhe des Schuppens;
  - ii) der Schuppen weist ein solches Vordach an nur einem seiner Außenwände auf;
  - iii) das Vordach hat eine Höchsttiefe von sieben Metern, vermessen ab der Außenwand des Schuppens;
- c) bei Nichtbeachtung der zulässigen Öffnungen;
- d) bei Nichtbeachtung der durch die Städtebaugenehmigung zugelassenen Farbtöne.

§ 2 - Die Beweislast der Erfüllung der Bedingungen und des Zeitpunktes der Fertigstellung der Handlungen und Arbeiten obliegt dem Zuwiderhandelnden."

**Art. 183** - In Artikel D.VII.2 Nummer 3 desselben Gesetzbuches wird das Wort "Verstädterung" durch das Wort "Erschließung" ersetzt.

**Art. 184** - Artikel D.VII.4 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge ", der nicht in Artikel D.VII.1 § 2 aufgeführt wird," gestrichen.

2. Zwischen Absatz 1 und Absatz 2, der zu Absatz 3 wird, wird folgender Absatz eingefügt:

"Die Mahnung enthält die Auflistung der beanstandeten Verstöße mit Hinweis auf die anzuwendenden Vorschriften. Sie enthält zudem den Verweis auf die Dienststellen, die nähere Auskünfte erteilen können."

**Art. 185** - Artikel D.VII.6 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge "oder des Nutzungspfandrechts" gestrichen.

2. In Absatz 2 wird die Wortfolge ", wenn eine Beschwerde über einen Antrag auf Regularisierungsgenehmigung in Bezug auf die vom Protokoll betroffenen Handlungen und Arbeiten oder Verstädterung bei Letzterer eingereicht wird oder werden könnte" gestrichen.

**Art. 186** - In Buch VII Kapitel III desselben Gesetzbuches wird folgender Abschnitt 6, der den Artikel D.VII.7.1 umfasst, eingefügt:

"Abschnitt 6 - Rechtsfolgen"

**Art. 187** - In Buch VII Kapitel III Abschnitt 6 desselben Gesetzbuches wird folgender Artikel D.VII.7.1 eingefügt:

"Art. D.VII.7.1 - Jeder Antrag auf Genehmigung, der sich auf Handlungen oder Arbeiten bezieht, für die ein Feststellungsprotokoll gemäß Artikel D.VII.5 übermittelt wurde, und der nicht im Rahmen einer Regularisierungsprüfung gemäß Artikel D.VII.18 eingereicht wurde, wird so lange als unzulässig erklärt, bis:

1. ein rechtskräftiger Regularisierungsbeschluss gemäß Artikel D.VII.18 § 2 Nummern 1 oder 2 vorliegt;
2. ein rechtskräftiger Beschluss zur Anordnung der Durchführung von Verwaltungsmaßnahmen gemäß Artikel D.VII.19 oder von Kompensationsmaßnahmen gemäß Artikel D.VII.20, gegebenenfalls begleitet von einer administrativen Geldbuße gemäß Artikel D.VII.21, vorliegt;
3. ein rechtskräftiges Gerichtsurteil gefällt wurde."

**Art. 188** - In Artikel D.VII.8 Absatz 1 desselben Gesetzbuches wird folgender Satz eingefügt:

"Die Baumaschinen und/oder Baumaterialien dürfen in der Zwischenzeit von der Baustelle entfernt werden."

**Art. 189** - In Artikel D.VII.9 Absatz 2 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird die Wortfolge "oder des Nutzungspfandrechts" gestrichen.

**Art. 190** - Artikel D.VII.11 Absatz 1 desselben Gesetzbuches wird wie folgt ersetzt:

"Mit Ausnahme der Beschlagnahme der Baumaschinen und/oder Baumaterialien, die in der Zwischenzeit von der Baustelle entfernt werden dürfen, sind die feststellenden Bediensteten befugt, jegliche Maßnahme zu treffen, die Versiegelung einbegriffen, um die unmittelbare Anwendung des Unterbrechungsbefehls, des Bestätigungsbeschlusses oder gegebenenfalls der Verfügung des Präsidenten des erstinstanzlichen Gerichts, in dessen Amtsbereich die Arbeiten und Handlungen ausgeführt wurden, zu gewährleisten."

**Art. 191** - In Artikel D.VII.12 Absatz 2 desselben Gesetzbuches wird das Wort "Verstädterung" durch das Wort "Erschließung" ersetzt.

**Art. 192** - Artikel D.VII.13 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird wie folgt abgeändert:

1. Im einleitenden Satz von Absatz 1 wird die Wortfolge "für jeden Verstoß einzeln oder kombiniert" eingefügt.

2. In Absatz 1 Nummer 2 wird das Wort "Verstädterung" durch die Wortfolge "die Teilung oder Erschließung" ersetzt.

3. In Absatz 1 Nummer 3 wird das Wort "Verstädterung" durch die Wortfolge "die Teilung oder Erschließung" und der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

4. In Absatz 1 wird folgende Nummer 4 eingefügt:

"4° oder Kompensationsmaßnahmen im Sinne des Artikels D.VII.20."

5. In Absatz 3 wird der letzte Satz wie folgt ersetzt:

"Die Zahlung der Geldsumme erfolgt zugunsten des in Artikel D.I.12.1 erwähnten Fonds für Nachhaltigkeit."

**Art. 193** - Die Überschrift von Buch VII Kapitel VI desselben Gesetzbuches wird wie folgt ersetzt:

"KAPITEL VI - AUSSERGERICHTLICHE MASSNAHMEN NACH PROTOKOLLERSTELLUNG"

**Art. 194** - Artikel D.VII.16 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. Das Wort "neunzig" wird durch das Wort "sechzig" ersetzt.



2. Folgender Absatz 2 wird eingefügt:

"In diesem Fall kann die Regierung beschließen:

1. das Verfahren zur Regularisierungsprüfung gemäß Artikel D.VII.18 einzuleiten;
2. oder Verwaltungsmaßnahmen gemäß Artikel D.VII.19 oder Kompensationsmaßnahmen gemäß Artikel D.VII.20 aufzuerlegen, die gegebenenfalls von einer administrativen Geldbuße gemäß Artikel D.VII.21 begleitet sein können."

**Art. 195** - Artikel D.VII.17 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge "Wenn der Prokurator des Königs binnen neunzig Tagen nach Empfang des Feststellungsprotokolls seine Absicht, die Sache zu verfolgen, nicht bekundet hat, kann der Zuwiderhandelnde" durch die Wortfolge "Der Zuwiderhandelnde kann" ersetzt und die Wortfolge "binnen drei Monaten" gestrichen.

2. In Absatz 2 Nummer 1 wird das Wort "Regularisierungsgenehmigung" durch das Wort "Regularisierungsprüfung" ersetzt.

3. In Absatz 3 wird das Wort "Regularisierungsgenehmigung" durch das Wort "Regularisierungsprüfung" ersetzt.

4. In Absatz 4 wird die Angabe "Artikel D.VII.12 oder D.VII.22" durch die Angabe "Artikel D.VII.12, D.VII.19, D.VII.20 oder D.VII.22" ersetzt.

**Art. 196** - Die Überschrift von Buch VII Kapitel VI Abschnitt 3 desselben Gesetzbuches wird wie folgt ersetzt:

"Abschnitt 3 - Regularisierungsprüfung und Vergleich"

**Art. 197** - Buch VII Kapitel VI Abschnitt 3 Unterabschnitt 1 desselben Gesetzbuches wird aufgehoben.

**Art. 198** - Artikel D.VII.18 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird wie folgt ersetzt:

"Art. D.VII.18 - § 1 - Gegenstand des im vorliegenden Artikel beschriebenen Verfahrens ist die Überprüfung, ob die regelwidrig durchgeführten Handlungen und Arbeiten unter Berücksichtigung gewisser Bedingungen nachträglich entweder aufgrund der bei der Ausführung der Handlungen und Arbeiten geltenden Regelung oder aufgrund der zum Zeitpunkt der Überprüfung geltenden Regelung gegebenenfalls in Anwendung von Artikel D.IV.5 bis D.IV.13 genehmigt werden können.

Beschließt die Regierung, das Verfahren zur Regularisierungsprüfung einzuleiten, fordert sie den Zuwiderhandelnden und gegebenenfalls den Eigentümer des betroffenen Gutes auf, innerhalb einer von ihr festgelegten Frist einen Antrag auf Regularisierungsprüfung einzureichen. Der Antrag wird je nach Fall gemäß dem in Buch IV vorgesehenen Verfahren für Anträge auf Städtebaugenehmigung, Erschließungsgenehmigung oder Teilungsgenehmigung bearbeitet, die in den Zuständigkeitsbereich der Regierung gemäß Artikel D.IV.22 fallen.

Die Aufforderung kann einen Anpassungsvorschlag der rechtswidrig durchgeführten Handlungen oder Arbeiten enthalten, der im einzureichenden Antrag berücksichtigt wird.

Im eingereichten Antrag wird darauf hingewiesen, dass es sich um einen Antrag auf Regularisierungsprüfung im Sinne des vorliegenden Artikels handelt.

§ 2 - In ihrem Beschluss über den Antrag auf Regularisierungsprüfung kann die Regierung feststellen, dass die rechtswidrig durchgeführten Handlungen oder Arbeiten:

1. unverändert, gegebenenfalls unter Berücksichtigung von im Beschluss festgelegten Bedingungen, nachträglich genehmigt werden können;
2. mittels Durchführung von Abänderungsarbeiten, gegebenenfalls unter Berücksichtigung von im Beschluss festgesetzten Bedingungen, nachträglich genehmigt werden können;
3. nicht nachträglich genehmigt werden können.

§ 3 - In dem in § 2 Nummer 1 erwähnten Fall schlägt die Regierung einen Vergleich vor. Der Vergleich erfolgt durch Zahlung einer Geldsumme, deren Höhe gemäß den von der Regierung erlassenen Regeln bestimmt wird. Der Betrag der Geldsumme darf pro Verstoß nicht unter 250 Euro oder über 25.000 Euro liegen.

In Abweichung von Absatz 1 ist der Betrag der Geldsumme bei Verstößen im Zusammenhang mit erheblichen Veränderungen des Bodenreliefs nicht in der Höhe begrenzt.

Die Regierung bestimmt die Frist, innerhalb der die Zahlung des Geldbetrags zu erfolgen hat, ohne dass diese zwölf Monate überschreiten darf.

Die Zahlung des Vergleichsbetrags erfolgt:

1. entweder an die Gemeinde, wenn der Verstoß durch die in Artikel D.VII.3 Nummern 1 und 2 genannten Gerichtspolizeioffiziere und feststellenden Bediensteten festgestellt wurde;
2. oder an die Deutschsprachige Gemeinschaft zugunsten des in Artikel D.I.12.1 erwähnten Fonds für Nachhaltigkeit in den sonstigen Fällen.

Ab Erhalt des Vergleichsbetrags wird der Regularisierungsbeschluss rechtskräftig und gilt als Genehmigung gemäß Artikel D.IV.1.

Die öffentliche Anklage und das Recht der Behörden, jede weitere Wiedergutmachung bezüglich des betroffenen Verstoßes zu fordern, verfallen durch die Zahlung des Vergleichsbetrags.

§ 4 - In dem in § 2 Nummer 2 erwähnten Fall schlägt die Regierung einen Vergleich vor. Der Vergleich erfolgt durch Zahlung einer Geldsumme, deren Höhe gemäß den von der Regierung erlassenen Regeln bestimmt wird, und durch die Durchführung der Abänderungsarbeiten. Der Betrag der Geldsumme darf pro Verstoß nicht unter 250 Euro oder über 25.000 Euro liegen. Die Kosten der Durchführung der Abänderungsarbeiten können mit dem Vergleichsbetrag verrechnet werden.

Die Regierung bestimmt die Frist, innerhalb der die Zahlung des Geldbetrags zu erfolgen hat, sowie die Frist zur Durchführung der Abänderungsarbeiten, ohne dass diese zwölf Monate überschreiten darf.

Die Zahlung des Vergleichsbetrags erfolgt:

1. entweder an die Gemeinde, wenn der Verstoß durch die in Artikel D.VII.3 Nummern 1 und 2 genannten Gerichtspolizeioffiziere und feststellenden Bediensteten festgestellt wurde;

2. oder an die Deutschsprachige Gemeinschaft zugunsten des in Artikel D.I.12.1 erwähnten Fonds für Nachhaltigkeit in den sonstigen Fällen.

Der Antragsteller informiert die Regierung über die Fertigstellung der durchzuführenden Abänderungsarbeiten innerhalb von 30 Kalendertagen nach der erwähnten Fertigstellung. Die Kontrolle der Abänderungsarbeiten findet innerhalb von 75 Kalendertagen nach Erhalt der Information durch die Regierung statt. Bei Nichtdurchführung der Kontrolle innerhalb der angegebenen Frist gelten die Abänderungsarbeiten als konform. Die Artikel D.IV.73 und D.IV.73.1 sind entsprechend anwendbar.

Ab Erhalt des Vergleichsbetrags und Vorlage der Konformitätserklärung der durchzuführenden Abänderungsarbeiten bzw. nach Ablauf der Frist zur Durchführung der Kontrolle wird der Regularisierungsbeschluss rechtskräftig und gilt als Genehmigung im Sinne des Artikels D.IV.1.

Die öffentliche Anklage und das Recht der Behörden, jede weitere Wiedergutmachung bezüglich des betroffenen Verstoßes zu fordern, verfallen durch die Zahlung des Vergleichsbetrags und die konforme Durchführung der Abänderungsarbeiten.

§ 5 - In dem in § 2 Nummer 3 erwähnten Fall fordert die Regierung Verwaltungsmaßnahmen gemäß Artikel D.VII.19 oder Kompensationsmaßnahmen gemäß Artikel D.VII.20 und verhängt gegebenenfalls eine administrative Geldbuße gemäß Artikel D.VII.21 oder leitet ein Gerichtsverfahren gemäß Artikel D.VII.22 ein.

§ 6 - Der Beschluss über den Antrag auf Regularisierungsprüfung wird folgenden Personen und Einrichtungen per Einschreiben übermittelt:

1. dem Antragsteller;
2. dem Eigentümer des betroffenen Gutes, falls dieser nicht der Antragsteller ist;
3. dem Prokurator des Königs;
4. dem Gemeindekollegium."

**Art. 199** - In Buch VII Kapitel VI desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird folgender Abschnitt 4, der den Artikel D.VII.19 umfasst, eingefügt:

"Abschnitt 4 - Verwaltungsmaßnahmen"

**Art. 200** - Artikel D.VII.19 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird wie folgt ersetzt:

"Art. D.VII.19 - § 1 - Die Regierung kann unbeschadet der anderen in vorliegendem Kapitel vorgesehenen Maßnahmen folgende Verwaltungsmaßnahmen einzeln oder kombiniert anordnen:

1. die vollständige oder teilweise Rückführung in den ursprünglichen Zustand bzw. die Durchführung von Abänderungsmaßnahmen innerhalb einer von ihr festgelegten Frist, ohne dass diese zwölf Monate überschreiten darf;
2. die Versiegelung des betroffenen Gutes und, wenn nötig, seine sofortige vorübergehende Schließung;
3. jede sonstige nützliche Maßnahme, um einen Schaden am Gut oder durch das Gut zu beseitigen oder zu verhindern.

Der Beschluss der Regierung gilt als Genehmigung gemäß Artikel D.IV.1.

§ 2 - Beschließt die Regierung, dass Verwaltungsmaßnahmen getroffen werden sollen, teilt sie dem Zuwiderhandelnden per Einschreiben Folgendes mit:

1. die Taten und ihre Qualifizierung;
2. dass der Zuwiderhandelnde die Möglichkeit hat, seine Verteidigungsmittel binnen einer Frist von 30 Kalendertagen ab dem Tag der Notifizierung per Einschreiben darzulegen, und dass er bei dieser Gelegenheit das Recht hat, die Regierung zu bitten, sich mündlich zu verteidigen;
3. dass der Zuwiderhandelnde das Recht hat, sich von einem Beistand unterstützen oder vertreten zu lassen;
4. dass der Zuwiderhandelnde das Recht auf Akteneinsicht hat;
5. eine Abschrift des Feststellungsprotokolls.

Die Regierung bestimmt den Tag, an dem der Zuwiderhandelnde aufgefordert wird, sich mündlich zu verteidigen.

§ 3 - Nach Ablauf der in § 2 Nummer 2 festgelegten Frist oder vor Ablauf dieser Frist, wenn der Zuwiderhandelnde wissen lässt, dass er die Taten nicht bestreitet, oder gegebenenfalls nach mündlicher oder schriftlicher Verteidigung der Sache durch den Zuwiderhandelnden oder seinen Beistand kann die Regierung die Verwaltungsmaßnahmen auferlegen.

Die Regierung kann den Zuwiderhandelnden verpflichten, eine Kaution oder Garantie als Sicherheit für die durchzuführenden Maßnahmen zu hinterlegen.

§ 4 - Der Beschluss der Regierung wird folgenden Personen und Einrichtungen per Einschreiben übermittelt:

1. dem Zuwiderhandelnden;
2. dem Eigentümer des betroffenen Gutes, falls dieser nicht der Zuwiderhandelnde ist;
3. dem Prokurator des Königs;
4. dem Gemeindekollegium.

§ 5 - Der Zuwiderhandelnde kann durch einen beim Korrekionalgericht schriftlich eingereichten Antrag binnen 30 Kalendertagen nach Übermittlung des Beschlusses Beschwerde einlegen. Der Antrag führt die Identität und die Anschrift des Zuwiderhandelnden, die

Bezeichnung des angefochtenen Beschlusses sowie die entsprechenden Anfechtungsgründe auf.

Das Korrekionalgericht entscheidet über die Rechtmäßigkeit der angeordneten Verwaltungsmaßnahmen.

§ 6 - Wenn der Zuwiderhandelnde es versäumt, die Verwaltungsmaßnahmen innerhalb der vorgegebenen Frist durchzuführen, kann die Regierung die Verwaltungsmaßnahmen zulasten des Zuwiderhandelnden von Amts wegen durchführen."

**Art. 201** - Buch VII Kapitel VI Abschnitt 3 Unterabschnitt 2 desselben Gesetzbuches wird aufgehoben.

**Art. 202** - In Buch VII Kapitel VI desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird folgender Abschnitt 5, der den Artikel D.VII.20 umfasst, eingefügt:

“Abschnitt 5 - Kompensationsmaßnahmen”

**Art. 203** - Artikel D.VII.20 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird wie folgt ersetzt:

“Art. D.VII.20 - § 1 - Wenn weder die Regularisierung noch die Rückführung in den ursprünglichen Zustand möglich sind, kann die Regierung Kompensationsmaßnahmen auferlegen, die keiner Städtebaugenehmigung bedürfen, wie etwa die Anpflanzung von Bäumen oder Hecken, die unwesentliche Änderung des Bodenreliefs oder den Abriss strittiger Bauwerke, die die Einhaltung einer guten Raumordnung gewährleisten können. In diesem Fall schreibt die Regierung dem Zuwiderhandelnden diese Maßnahmen und die Frist für deren Durchführung vor.

§ 2 - Betreffen die Kompensationsmaßnahmen:

1. ein in Artikel D.IV.14.1 genanntes Gut, wird vor der Auferlegung der Maßnahme ein gleichlautendes Denkmalgutachten eingeholt;

2. ein in Artikel D.IV.14.2 genanntes Gut, wird vor der Auferlegung der Maßnahme ein einfaches Denkmalgutachten eingeholt.

Das Gutachten über die Kompensationsmaßnahmen wird innerhalb von dreißig Tagen nach der Einsendung durch die Regierung übermittelt. Andernfalls wird von einem positiven Gutachten ausgegangen.

§ 3 - Nach Abschluss der festgelegten Frist protokolliert die Regierung die Durchführung der ihrer Entscheidung entsprechenden Kompensationsmaßnahmen gemäß Artikel D.IV.73.1.

Die öffentliche Anklage und das Recht der Behörden, jede weitere Wiedergutmachung bezüglich des betroffenen Verstoßes zu fordern, verfallen durch die konforme Durchführung der Kompensationsmaßnahmen.

In Ermangelung einer fristgerechten und dem Beschluss entsprechenden Durchführung der auferlegten Kompensationsmaßnahmen wird das Verfahren gemäß Artikel D.VII.12 oder D.VII.22 fortgesetzt.”

**Art. 204** - In Buch VII Kapitel VI desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird folgender Abschnitt 6, der die Artikel D.VII.21 bis D.VII.21.2 umfasst, eingefügt:

“Abschnitt 6 - Administrative Geldbußen”

**Art. 205** - Artikel D.VII.21 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird wie folgt ersetzt:

“Art. D.VII.21 - § 1 - Die festgestellten Verstöße können mittels administrativer Geldbußen verfolgt werden, außer wenn:

1. der Procurator des Königs innerhalb von 60 Kalendertagen nach der an ihn gerichteten Anfrage seine Absicht mitgeteilt hat, den festgestellten Verstoß strafrechtlich zu verfolgen;

2. ein rechtskräftiger Regularisierungsbeschluss gemäß Artikel D.VII.18 § 2 Nummern 1 oder 2 vorliegt.

Die Strafverfolgung und der Vergleich schließen jeweils die Auferlegung einer administrativen Geldbuße aus.

§ 2 - Die administrative Geldbuße beträgt mindestens 250 Euro und höchstens 100.000 Euro.

Wenn binnen fünf Jahren nach Erstellung des Feststellungsprotokolls ein neuer Verstoß festgestellt wird, wird die in Absatz 1 erwähnte Geldbuße verdoppelt.

§ 3 - Die Regierung verfügt über eine Frist von zwölf Monaten ab Erhalt des Feststellungsprotokolls des Verstoßes bzw. ab Ablauf der Frist gemäß Artikel D.VII.18 § 1 Absatz 2, § 3 Absatz 3 oder § 4 Absatz 2, um eine administrative Geldbuße aufzuerlegen.

§ 4 - Beschließt die Regierung, eine administrative Geldbuße aufzuerlegen, teilt sie dem Zuwiderhandelnden per Einschreiben Folgendes mit:

1. die Taten und ihre Qualifizierung;

2. dass der Zuwiderhandelnde die Möglichkeit hat, seine Verteidigungsmittel binnen einer Frist von 30 Kalendertagen ab dem Tag der Notifizierung per Einschreiben darzulegen, und dass er bei dieser Gelegenheit das Recht hat, die Regierung zu bitten, sich mündlich zu verteidigen;

3. dass der Zuwiderhandelnde das Recht hat, sich von einem Beistand unterstützen oder vertreten zu lassen;

4. dass der Zuwiderhandelnde das Recht auf Akteneinsicht hat;

5. eine Abschrift des Feststellungsprotokolls.

Die Regierung bestimmt den Tag, an dem der Zuwiderhandelnde aufgefordert wird, sich mündlich zu verteidigen.

Wenn die administrative Geldbuße kombiniert mit Verwaltungsmaßnahmen gefordert wird, erwähnt die Regierung dies in ihrer Mitteilung gemäß Artikel D.VII.19 § 2 im Hinblick auf die Organisation einer gemeinsamen mündlichen Anhörung.

§ 5 - Nach Ablauf der in § 4 Nummer 2 festgelegten Frist oder vor Ablauf dieser Frist, wenn der Zuwiderhandelnde wissen lässt, dass er die Taten nicht bestreitet, oder gegebenenfalls nach mündlicher oder schriftlicher Verteidigung der Sache durch den Zuwiderhandelnden oder seinen Beistand kann die Regierung die administrative Geldbuße auferlegen.

Die Regierung notifiziert dem Zuwiderhandelnden per Einschreiben ihren Beschluss.

In der Notifizierung werden auch die in den Artikeln 13, 15 sowie 16 bis 19 der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG erwähnten Informationen angegeben.

§ 6 - Der Beschluss zur Auferlegung einer administrativen Geldbuße ist nach Ablauf einer Frist von 30 Kalendertagen ab dem Tag seiner Notifizierung vollstreckbar, es sei denn, gemäß § 7 wird Beschwerde eingelegt.

Die administrative Geldbuße wird zugunsten des in Artikel D.I.12.1 erwähnten Fonds für Nachhaltigkeit eingezogen.

Sie wird innerhalb von 30 Kalendertagen nach dem Tag, an dem der Beschluss vollstreckbar geworden ist, durch Einzahlung oder Überweisung auf ein entsprechendes Konto anhand eines Einzahlungs- oder Überweisungsformulars beglichen.

§ 7 - Der Zuwiderhandelnde kann durch einen beim Korrekionalgericht schriftlich eingereichten Antrag binnen 30 Kalendertagen nach Notifizierung des Beschlusses Beschwerde einlegen. Der Antrag führt die Identität und die Anschrift des Zuwiderhandelnden, die Bezeichnung des angefochtenen Beschlusses sowie die entsprechenden Anfechtungsgründe auf.

Das Korrekionalgericht entscheidet über die Rechtmäßigkeit und die Verhältnismäßigkeit der auferlegten Geldbuße. Es kann den Beschluss der Regierung entweder bestätigen oder abändern.

Gegen die Entscheidung des Korrekionalgerichts kann keine Berufung eingelegt werden."

**Art. 206** - In Buch VII Kapitel VI Abschnitt 6 desselben Gesetzbuches wird folgender Artikel D.VII.21.1 eingefügt:

"Art. D.VII.21.1 - Die Regierung bestellt die mit der Eintreibung der unstrittigen und fälligen administrativen Geldbußen sowie der eventuell entstandenen Eintreibungskosten beauftragten Personen.

Die in Absatz 1 erwähnten Personen sind dazu befugt:

1. einen Zahlungsbefehl auszustellen;
2. den Zahlungsbefehl zu visieren, für vollstreckbar zu erklären und dem Zuwiderhandelnden gegebenenfalls per Gerichtsvollzieher zuzustellen;
3. den Schuldnern, die eine besondere Notlage nachweisen können, einen Zahlungs aufschub oder Ratenzahlungen zu gewähren."

**Art. 207** - In denselben Abschnitt desselben Gesetzbuches wird folgender Artikel D.VII.21.2 eingefügt:

"Art. D.VII.21.2 - Die administrativen Geldbußen verjähren nach fünf Jahren ab dem Datum, an dem sie gezahlt werden müssen.

Diese Frist kann unterbrochen werden, entweder wie in den Artikeln 2244 und folgende des Zivilgesetzbuches vorgesehen oder durch einen Verzicht auf die eingetretene Verjährung. Wird die Verjährung unterbrochen, tritt fünf Jahre nach der letzten Handlung mit Unterbrechung der vorherigen Verjährung eine neue Verjährung ein, die auf dieselbe Weise unterbrochen werden kann, wenn kein Prozess anhängig ist."

**Art. 208** - Artikel D.VII.22 Absatz 1 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird wie folgt abgeändert:

1. Der einleitende Satz wie folgt ersetzt:

"In Ermangelung einer Strafverfolgung, wenn weder der Vergleich gemäß Artikel D.VII.18 noch die Auferlegung von Verwaltungsmaßnahmen gemäß Artikel D.VII.19 möglich ist oder vom Zuwiderhandelnden nicht durchgeführt werden, fordert die Regierung oder das Gemeindegremium vor dem Zivilgericht für jeden Verstoß einzeln oder kombiniert: "

2. In Nummer 3 wird die Wortfolge ", zugunsten des in Artikel D.I.12.1 erwähnten Fonds für Nachhaltigkeit" eingefügt und der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

3. Folgende Nummer 4 wird eingefügt:

"4° oder Kompensationsmaßnahmen im Sinne des Artikels D.VII.20."

**Art. 209** - Artikel D.VII.26 Absatz 1 desselben Gesetzbuches, ersetzt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 15. März 2018, wird wie folgt ersetzt:

"Die Protokolle, die dem Prokurator des Königs vor dem 1. Februar 2023 notifiziert wurden, werden auf der Grundlage der Bestimmungen behandelt, die am Datum der Notifizierung galten, es sei denn, dass neuere Bestimmungen vorteilhafter für den Zuwiderhandelnden sind. Die in den Artikeln D.VII.1bis, D.VII.11 Absatz 1, D.VII.12 und 13, D.VII.16 bis 21.2 sowie D.VII.22 in ihrer Fassung vom 1. Februar 2023 aufgeführten Maßnahmen gelten in jedem Fall als für den Zuwiderhandelnden vorteilhafter."

**Art. 210** - Artikel D.VIII.1 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. Im einleitenden Satz wird die Angabe "D.V.2 § 10 und D.V.11 § 4" durch die Angabe "D.II.57.6 § 2" ersetzt.

2. Nummer 3 Buchstabe e) wird wie folgt ersetzt:

"e) das Areal für einen Sanierungsstandort;"

3. Nummer 3 Buchstabe f) wird aufgehoben.

4. Nummer 3 Buchstabe h) wird wie folgt ersetzt:

"h) der in Artikel 7 § 1 des Dekrets der Wallonischen Region vom 22. November 2018 über das Enteignungsverfahren gemeinte Enteignungsplan, wenn er später als ein Plan, Areal oder Schema im Sinne des vorliegenden Kapitels erstellt wird;"

5. In Nummer 4 Buchstabe b) wird das Wort "Verstädterungsgenehmigungen" durch die Wortfolge "Erschließungs- oder Teilungsgenehmigungen" ersetzt.

**Art. 211** - In Artikel D.VIII.2 § 1 Absatz 1 desselben Gesetzbuches wird die Wortfolge "Städtebaugenehmigungen und -bescheinigungen Nr. 2" durch die Wortfolge "Genehmigungen und Städtebaubescheinigungen Nr. 2" ersetzt.

**Art. 212** - In Artikel D.VIII.3 desselben Gesetzbuches wird die Wortfolge "Städtebaugenehmigung oder -bescheinigung Nr. 2" durch die Wortfolge "Genehmigung oder Städtebaubescheinigung Nr. 2" ersetzt.

**Art. 213** - Artikel D.VIII.5 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In § 2 Absatz 1 wird das Wort "Informationsversammlung" durch das Wort "Informationsveranstaltung" ersetzt.
2. In § 2 Absatz 2 wird das Wort "Informationsversammlung" durch das Wort "Informationsveranstaltung" ersetzt.
3. In § 3 Absatz 1 wird das Wort "Informationsversammlung" durch das Wort "Informationsveranstaltung" und das Wort "Versammlung" durch das Wort "Veranstaltung" ersetzt.
4. In § 3 Absatz 2 wird das Wort "Versammlung" durch das Wort "Veranstaltung" und das Wort "Informationsversammlung" durch das Wort "Informationsveranstaltung" ersetzt.

5. In § 3 Absatz 4 wird das Wort "Versammlung" durch das Wort "Veranstaltung" ersetzt.
6. In § 4 wird das Wort "Versammlung" jeweils durch das Wort "Veranstaltung" ersetzt.
7. In § 6 Absatz 1 wird die Wortfolge "der Versammlung" durch die Wortfolge "nach der Veranstaltung" ersetzt.
8. In § 6 Absatz 2 wird das Wort "Informationsversammlung" jeweils durch das Wort "Informationsveranstaltung" ersetzt.

**Art. 214** - Artikel D.VIII.6 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge "Städtebaugenehmigung oder -bescheinigung Nr. 2" durch die Wortfolge "Genehmigung oder Städtebaubescheinigung Nr. 2" und die Wortfolge "der in Artikel D.IV.33 erwähnten Empfangsbescheinigung" durch die Wortfolge "des Bescheids über die formelle Vollständigkeit" ersetzt.

2. In Absatz 2 wird folgender Satz eingefügt:

"Er lässt der zuständigen Behörde per E-Mail oder per Schreiben spätestens am Tag nach Beginn des Anschlags ein Foto zum Beweis des Anschlags zukommen."

3. In Absatz 3, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird die Wortfolge "der Empfangsbestätigung" durch die Wortfolge "des Bescheids über die formelle Vollständigkeit" ersetzt.

4. In Absatz 4 wird die Wortfolge "von einem kommunalen Raumordnungsplan, der vor dem Inkrafttreten des Gesetzbuches angenommen wurde und zum lokalen Orientierungsschema geworden ist, von einer Ordnung, die vor dem Inkrafttreten des Gesetzbuches angenommen wurde und zum Leitfaden geworden ist, oder von einer Verstädterungsgenehmigung abweicht" durch die Wortfolge "von einem lokalen Orientierungsschema, von einem Leitfaden oder von einer Erschließungsgenehmigung abweicht" ersetzt.

5. Zwischen Absatz 4 und Absatz 5, der zu Absatz 6 wird, wird folgender Absatz eingefügt:

"Bei Projektankündigungen für Handlungen und Arbeiten gemäß Artikel D.IV.4 Absatz 1 Nummern 1 bis 5 enthält die Bekanntmachung eine 3D-Visualisierung des städtebaulichen Projekts. Bei Projektankündigungen für Handlungen und Arbeiten gemäß Artikel D.IV.2 enthält die Bekanntmachung eine Abbildung der geplanten Parzellenaufteilung und gegebenenfalls den grafischen Ausdruck der Ziele der Raumordnung und des Städtebaus für den betroffenen Teil des Gebiets."

**Art. 215** - Artikel D.VIII.7 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 1 wird die Wortfolge "Städtebaugenehmigung und -bescheinigung Nr. 2" durch die Wortfolge "Genehmigung oder Städtebaubescheinigung Nr. 2" ersetzt. 2. In § 1 Absatz 2 wird die Wortfolge "Städtebaugenehmigungen und -bescheinigungen Nr. 2" durch die Wortfolge "Genehmigungen und Städtebaubescheinigungen Nr. 2" ersetzt.

3. In § 2 Absatz 2 Nummer 1 wird die Wortfolge "Städtebaugenehmigung und -bescheinigung Nr. 2" durch die Wortfolge "Genehmigung und Städtebaubescheinigung Nr. 2" ersetzt.

4. In § 2 Absatz 2 Nummer 11 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

5. In § 2 Absatz 2 werden folgende Nummern 12 und 13 eingefügt:

"12° bei Genehmigungen für Handlungen und Arbeiten gemäß Artikel D.IV.4 Absatz 1 Nummern 1 bis 5: eine 3D-Visualisierung des städtebaulichen Projekts;

13° bei Genehmigungen für Handlungen und Arbeiten gemäß Artikel D.IV.2: eine Abbildung der geplanten Parzellenaufteilung und gegebenenfalls den grafischen Ausdruck der Ziele der Raumordnung und des Städtebaus für den betroffenen Teil des Gebiets."

**Art. 216** - In Artikel D.VIII.11 Absatz 1 desselben Gesetzbuches wird die Wortfolge "Städtebaugenehmigungen und -bescheinigungen Nr. 2" durch die Wortfolge "Genehmigungen und Städtebaubescheinigungen Nr. 2" und die Wortfolge "der Empfangsbestätigung des vollständigen Antrags" durch die Wortfolge "des Bescheids über die formelle Vollständigkeit" ersetzt.

**Art. 217** - In Artikel D.VIII.13 desselben Gesetzbuches wird die Wortfolge "Städtebaugenehmigungen und -bescheinigungen Nr. 2" durch die Wortfolge "Genehmigungen und Städtebaubescheinigungen Nr. 2" ersetzt.

**Art. 218** - In Artikel D.VIII.14 Nummer 3 desselben Gesetzbuches wird die Wortfolge "Städtebaugenehmigungen und -bescheinigungen Nr. 2" durch die Wortfolge "Genehmigungen und Städtebaubescheinigungen Nr. 2" ersetzt.

**Art. 219** - Artikel D.VIII.15 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 1 wird die Wortfolge "Städtebaugenehmigungen und -bescheinigung Nr. 2" durch die Wortfolge "Genehmigung oder Städtebaubescheinigung Nr. 2" ersetzt.

2. § 1 Absatz 2 Nummer 4 wird wie folgt ersetzt:

"4° die Kopie der Bemerkungen und Anregungen, die im Rahmen der vorherigen Informationsveranstaltung geäußert wurden, sowie das Protokoll der Informationsveranstaltung;"

**Art. 220** - Artikel D.VIII.16 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge "Städtebaugenehmigung und -bescheinigung Nr. 2" durch die Wortfolge "Genehmigung oder Städtebaubescheinigung Nr. 2" und das Wort "Vollständigkeit" durch die Wortfolge "formellen Vollständigkeit" ersetzt.

2. In Absatz 2 wird das Wort "Vollständigkeit" durch die Wortfolge "formellen Vollständigkeit" ersetzt.

**Art. 221** - Artikel D.VIII.22 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 2 wird die Wortfolge "des Areals für einen neu zu gestaltenden Standort, des Areals für eine Landschafts- und Umweltsanierung" durch die Wortfolge "des Areals für einen Sanierungsstandort" ersetzt.

2. In Absatz 3 wird die Angabe "Artikel D.VI.3" durch die Wortfolge "Artikel 7 § 1 des Dekrets der Wallonischen Region vom 22. November 2018 über das Enteignungsverfahren" ersetzt und die Wortfolge "oder wenn er von einem Plan, Areal oder Schema im Sinne von Artikel D.VI.1 unabhängig ist," gestrichen.

**Art. 222** - In Artikel D.VIII.25 Absatz 1 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird die Wortfolge "eines Areals für einen neu zu gestaltenden Standort oder für Landschafts- und Umweltsanierungsmaßnahmen" durch die Wortfolge "eines Areals für einen Sanierungsstandort" ersetzt.

**Art. 223** - Die Überschrift von Buch VIII Titel I Kapitel VI desselben Gesetzbuches, eingefügt durch das Dekret vom 26. April 2021, wie folgt ersetzt:

"KAPITEL VI - INFORMATIONSVERANSTALTUNG PER VIDEOPRÄSENTATION"

**Art. 224** - Artikel D.VIII.27.1 desselben Gesetzbuches, eingefügt durch das Dekret vom 26. April 2021, wird aufgehoben.

**Art. 225** - Artikel D.VIII.27.2 Absatz 2 desselben Gesetzbuches, eingefügt durch das Dekret vom 26. April 2021, wird aufgehoben.

**Art. 226** - In Artikel D.VIII.27.4 § 4 Absatz 2 desselben Gesetzbuches, eingefügt durch das Dekret vom 26. April 2021, wird die Wortfolge "während der zwei Tage der Internetveröffentlichung des Präsentationsvideos" gestrichen.

**Art. 227** - Artikel D.VIII.31 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 2, eingefügt durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird zwischen die Wortfolge "entsprechend auf die" und das Wort "Areale" die Wortfolge "Areale für einen Sanierungsstandort und die" eingefügt.

2. In § 2, abgeändert durch das Dekret der Wallonischen Region vom 24. Mai 2018, wird die Angabe "Absatz 1" durch die Angabe "§ 1" ersetzt.

3. In § 3 Absatz 3 wird das Wort "Verstädterung" durch das Wort "Erschließung" ersetzt.

KAPITEL 2 — *Abänderungen des Dekrets VOM 18. März 2002 ZUR Infrastruktur*

**Art. 228** - Artikel 2 Absatz 1 des Dekrets vom 18. März 2002 zur Infrastruktur, abgeändert durch das Dekret vom 13. Dezember 2021, wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 9 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

2. In Nummer 10 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

3. Folgende Nummer 11 wird eingefügt:

"11. Folgende Maßnahmen innerhalb eines Sanierungsstandortes im Sinne von Artikel D.II.57.4 § 5 des Wallonischen Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung:

a) Maßnahmen zur Beseitigung der Gefahren und Unfallrisiken ausgehend von Bauten, Bauelementen oder gefährlichen Ausrüstungen;

b) Abbrüche oder Teilabbrüche von Bauten oder Anlagen, einschließlich der unterirdischen Strukturen;

c) Sicherheits- oder Sicherungsmaßnahmen;

d) Sammlung, Entsorgung, Behandlung oder Vernichtung der Produkte, der

Materialien, des Schutts und des Abfalls, die zurückgelassen wurden oder sich aus den Maßnahmen ergeben;

e) Entleerung der Keller, Tanks und Kanalisationen sowie Ausschlämmen der Gruben, Teiche und Becken;

f) Behandlung der Abwässer;

g) Maßnahmen zum Bau, zum Umbau, zur Verbesserung oder zur Erweiterung von öffentlichen Plätzen, Außeninfrastrukturen oder Grünanlagen."

**Art. 229** - Artikel 7 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 13. Dezember 2021, wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 8 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

2. Folgende Nummer 9 wird eingefügt:

"9. die Liste der in Artikel 2 Absatz 2 Nummer 11 aufgeführten Maßnahmen innerhalb eines Sanierungsstandortes gegebenenfalls ergänzen oder einschränken."

**Art. 230** - Artikel 11 Absatz 1 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 2. März 2015, wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 3.1 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

2. Folgende Nummer 3.2 wird eingefügt:

"3.2 die in Artikel 2 Absatz 1 Nummer 1 und Nummern 3-11 vorgesehenen Infrastrukturvorhaben, sofern sie innerhalb eines Sanierungsstandortes im Sinne von Artikel D.II.57.4 § 5 des Wallonischen Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung gelegen sind;"

**Art. 231** - In Artikel 14 Absatz 1 desselben Dekrets, abgeändert durch die Dekrete vom 21. März 2005 und 27. April 2009, wird das Wort "Projekten" durch das Wort "Infrastrukturvorhaben" ersetzt.

**Art. 232** - Artikel 14bis desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 24. Februar 2014, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 2 Absatz 1 wird die Wortfolge "die gemäß Artikel 84 des Wallonischen Gesetzbuches über die Raumordnung, den Städtebau, das Erbe und die Energie" durch die Wortfolge "die gemäß Artikel D.IV.1 § 2 des Wallonischen Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung" ersetzt.

2. In § 3 Absatz 1 wird die Wortfolge "die gemäß Artikel 84 des Wallonischen Gesetzbuches über die Raumordnung, den Städtebau, das Erbe und die Energie" durch die Wortfolge "die gemäß Artikel D.IV.1 § 2 des Wallonischen Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung" ersetzt.

**Art. 233** - In Artikel 15 Absatz 3 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 15. März 2010, wird das Wort "Projekten" durch das Wort "Infrastrukturvorhaben" ersetzt.

**Art. 234** - In Artikel 16 Absatz 1 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 24. Februar 2014, wird die Angabe "Nrn. 7-10" durch die Angabe "Nrn. 7-11" ersetzt.

**Art. 235** - In Artikel 17 § 1 Absatz 1 desselben Dekrets, abgeändert durch die Dekrete vom 25. Juni 2007 und 24. Februar 2014, wird die Angabe "und 7-10" durch die Angabe "und 7-11" ersetzt.

**Art. 236** - Artikel 19 § 1 Absatz 1 desselben Dekrets, abgeändert durch die Dekrete vom 1. März 2004, 24. Februar 2014 und 13. Dezember 2021, wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 12 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

2. Folgende Nummer 13 wird eingefügt:

"13. gegebenenfalls eine Kopie des Erlasses zur Verabschiedung des Sanierungsstandortes im Sinne von Artikel D.II.57.4 § 5 des Wallonischen Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung."

**Art. 237** - Artikel 21 § 1 Absatz 1 Nummer 8 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

"8. eine Abschrift der Städtebaugenehmigung oder anderer Genehmigungen, die für die Durchführung des Infrastrukturvorhabens notwendig sind, und der für deren Erhalt eingereichten Pläne;"

**Art. 238** - Artikel 22 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 1 wird zwischen das Wort "Instandsetzungsarbeiten" und das Komma die Wortfolge "oder Maßnahmen im Sinne des Artikels 2 Absatz 1 Nummer 11" eingefügt.

2. § 1 Absatz 2 Nummer 1 wird wie folgt ersetzt:

"1. eine begründete Erklärung des Bürgermeisters über die Gefährdung der Öffentlichkeit oder eine begründete Erläuterung eines Ingenieurs, Architekten oder Studienbüros über die drohenden schwerwiegenden Beschädigungen oder Zerstörungen der Gesamtinfrastruktur oder über die drohenden schwerwiegenden Einflüsse auf die Umwelt;"

**Art. 239** - In Kapitel II desselben Dekrets wird folgender Abschnitt 6, der die Artikel 44.4 bis 44.6 umfasst, eingefügt:

"Abschnitt 6 - Sanierungsstandorte"

**Art. 240** - In Kapitel II Abschnitt 6 desselben Dekrets wird folgender Artikel 44.4 eingefügt:

"Art. 44.4 - Zuschusssatz für besondere Sanierungsvorhaben

In Abweichung von Artikel 16 kann die Regierung den Zuschusssatz für besondere, innerhalb eines Sanierungsstandortes im Sinne von Artikel D.II.57.4 § 5 des Wallonischen Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung gelegene Infrastrukturvorhaben mit gemeindeübergreifender Ausstrahlung erhöhen.

Die Regierung legt die Modalitäten der Auswahl dieser Vorhaben und die dazu anzuwendenden Qualitätskriterien fest."

**Art. 241** - In denselben Abschnitt wird folgender Artikel 44.5 eingefügt:

"Art. 44.5 - Zuschüsse für privatrechtliche Personen

Ist der Antragsteller eine privatrechtliche Person gemäß Artikel 11 Absatz 1 Nummer 5:

1. beträgt in Abweichung von Artikel 16 der Zuschuss 40% des für eine Bezuschussung in Betracht kommenden Gesamtbetrags der annehmbaren Ausgaben mit einem maximalen Zuschussbetrag von 100.000 Euro je Antrag und je Immobilie;

2. kann ein neuer Antrag frühestens zwei Jahre nach einer erfolgten Zusage für eine bestimmte Immobilie berücksichtigt werden, es sei denn, die in Artikel 22 erwähnte Dringlichkeit wird anerkannt;

3. ist Artikel 4 nicht anwendbar.

Die Regierung kann Zuschüsse an privatrechtliche Personen gemäß Artikel 11 Absatz 1 Nummer 5 an Bedingungen bezüglich der Zweckbestimmung des Gutes oder an Durchführungsfristen der Maßnahmen knüpfen."

**Art. 242** - In denselben Abschnitt wird folgender Artikel 44.6 eingefügt:

"Art. 44.6 - Abkommen

Der gemäß Artikel 21 erteilten Zusage zur Gewährung des Zuschusses für Infrastrukturvorhaben innerhalb eines Sanierungsstandortes wird ein zwischen der Regierung und dem Antragsteller abgeschlossenes Abkommen beigefügt.

Das Abkommen beinhaltet mindestens die Beschreibung, die Modalitäten und die Ausführungsfristen für die Handlungen und Arbeiten sowie die Bedingungen für die Gewährung, die Kontrolle und die Rückzahlung des Zuschusses."

### KAPITEL 3 — *Schlussbestimmung*

**Art. 243** - Vorliegendes Dekret tritt am 1. Februar 2023 in Kraft.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Eupen, den 21. November 2022

O. PAASCH

Der Ministerpräsident,  
Minister für lokale Behörden und Finanzen

A. ANTONIADIS

Der Vize-Ministerpräsident,  
Minister für Gesundheit und Soziales,  
Raumordnung und Wohnungswesen

I. WEYKMANS

Die Ministerin für Kultur und Sport,  
Beschäftigung und Medien

L. KLINKENBERG  
Die Ministerin für Bildung,  
Forschung und Erziehung

## Fußnote

Sitzungsperiode 2022-2023

Nummerierte Dokumente:

187 (2021-2022) Nr. 1

187 (2022-2023) Nr. 2

187 (2022-2023) Nr. 3

187 (2022-2023) Nr. 4

187 (2022-2023) Nr. 5

187 (2022-2023) Nr. 6

187 (2022-2023) Nr. 7

187 (2022-2023) Nr. 8

Ausführlicher Bericht:

Dekretentwurf

Abänderungsvorschläge

Abänderungsvorschläge

Abänderungsvorschläge

Abänderungsvorschläge

Bericht + Erratum

Abänderungsvorschläge zu dem vom Ausschuss angenommenen

Text

Vom Plenum des Parlaments verabschiedeter Text + Erratum

21. November 2022 - Nr. 49 Diskussion und Abstimmung

## TRADUCTION

## MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2023/200400]

**21 NOVEMBRE 2022. — Décret modifiant la partie décrétable du Code du Développement territorial ainsi que le décret du 18 mars 2002 relatif à l'Infrastructure**

Le Parlement de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

CHAPITRE 1<sup>er</sup>. — *Modifications de la partie décrétable du Code du Développement territorial*

**Article 1<sup>er</sup>.** - Dans l'article D.I.1, § 2, alinéa 2, 5<sup>o</sup>, du Code wallon du Développement territorial, les mots « les périmètres opérationnels » sont remplacés par les mots « les périmètres d'un site à réaménager ou d'un remembrement urbain ».

**Art. 2.** - Le Livre I<sup>er</sup>, titre unique, chapitre II, du même Code, abrogé par le décret du 12 décembre 2019, est rétabli dans la rédaction suivante :

« Chapitre II - Délégations ».

**Art. 3.** - L'article D.I.3 du même Code, abrogé par le décret du 12 décembre 2019, est rétabli dans la rédaction suivante :

« Art. D.I.3 - Le Gouvernement peut déléguer les pouvoirs qui lui sont conférés par le présent Code et ses dispositions d'exécution, en ce compris les pouvoirs de décision, aux agents délégués du Ministère de la Communauté germanophone.

Sans préjudice des dispositions générales applicables au retrait des actes administratifs, le Gouvernement peut, même après avoir délégué ses pouvoirs, exercer lui-même les délégations, sans toutefois pouvoir substituer sa décision à celle valablement prise par le titulaire de la délégation et notifiée à l'intéressé. »

**Art. 4.** - À l'article D.I.4, § 1<sup>er</sup>, du même Code, modifié par le décret du 12 décembre 2019, les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> l'alinéa 1<sup>er</sup> est complété par un 7<sup>o</sup> rédigé comme suit :

« 7<sup>o</sup> sur les mesures proposées qui sont financées par le Fonds pour la durabilité conformément à l'article D.I.12.1. »;

2<sup>o</sup> l'alinéa 4 est complété par les phrases rédigées comme suit :

« Le conseil consultatif émet son avis dans les trente jours de la réception de la demande. Ce délai est prolongé de plein droit de quinze jours lorsqu'il commence ou expire entre le 1<sup>er</sup> juillet et le 31 août. Passé ledit délai, le Gouvernement peut statuer sur le projet sans avis. Si le conseil consultatif rend un avis relatif à un projet de décret dans le délai imparti, le Gouvernement le joint audit projet déposé au Parlement. »

**Art. 5.** - Dans l'article D.I.5.1, § 2, du même Code, inséré par le décret du 12 décembre 2019, l'alinéa 3 est abrogé.

**Art. 6.** - Dans le Livre I<sup>er</sup>, titre unique, chapitre III, du même Code, l'intitulé de la section 2 est remplacé par ce qui suit :

« Section 2 - Commission de recours ».

**Art. 7.** - À l'article D.I.6 du même Code, modifié par le décret du 12 décembre 2019, les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> dans le § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, les mots « commission d'avis sur les recours, ci-après "la commission d'avis", » sont remplacés par les mots « commission de recours »;

2<sup>o</sup> le § 1<sup>er</sup> est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« L'avis de la commission de recours comprend une proposition motivée de décision. »;

3<sup>o</sup> dans le § 2, alinéa 1<sup>er</sup>, les mots « commission d'avis » sont remplacés par les mots « commission de recours »;

4<sup>o</sup> dans le § 2, l'alinéa 2 est complété par un 4<sup>o</sup> rédigé comme suit :

« 4<sup>o</sup> un spécialiste dans le domaine du paysage. »;



5° dans le § 4, alinéa 2, les mots « commission d'avis » sont remplacés par les mots « commission de recours ».

**Art. 8.** - Dans le Livre I<sup>er</sup>, titre unique, du même Code, il est inséré un chapitre V.1, comportant l'article D.I.12.1, intitulé comme suit :

« Chapitre V.1 - Fonds pour la durabilité ».

**Art. 9.** - Dans le Livre I<sup>er</sup>, titre unique, chapitre V.1, du même Code, il est inséré un article D.I.12.1 rédigé comme suit :

« Art. D.I.12.1 - § 1<sup>er</sup> - Il est institué un Fonds pour la durabilité. Le Fonds est un fonds budgétaire au sens de l'article 56 du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone.

Le Fonds a pour objet de constituer et de gérer des réserves financières afin de planifier, de réaliser ou de soutenir des mesures visant à promouvoir le développement durable au sens de la conservation écologique et paysagère, de la restauration du territoire ou de sa valorisation en Communauté germanophone, en ce compris des mesures visant à protéger le climat, les espèces et les habitats et à approvisionner la collectivité au moyen d'énergies renouvelables.

§ 2 - Les recettes du Fonds se composent :

1° de recettes exigées en tant que montants compensatoires lors de révisions du plan de secteur conformément à l'article D.II.45, § 3, alinéa 1<sup>er</sup>, 3°;

2° de recettes provenant de transactions dont le montant est payé à la Communauté germanophone conformément à l'article D.VII.18;

3° de recettes provenant d'amendes administratives payées à la Communauté germanophone conformément à l'article D.VII.21;

4° de recettes provenant de sommes qui sont représentatives de la plus-value enregistrée par le bien en raison de l'infraction et qui reviennent à la Communauté germanophone conformément aux articles D.VII.13 et D.VII.22;

5° de la part de la dotation globale prévue au budget des recettes de la Communauté germanophone comme recettes affectées en vue de l'exercice des missions du Fonds;

6° de recettes provenant de donations ou de legs.

§ 3 - Les dépenses peuvent couvrir des indemnités, des subsides ou des prestations, en ce compris des frais de personnel, de fonctionnement, d'investissement, de gestion, d'entretien et autres en lien direct et exclusif avec des actions ou missions décidées dans le cadre du Fonds et exécutées par du personnel spécialisé spécifique ou par des tiers. »

**Art. 10.** - Dans le Livre I<sup>er</sup>, titre unique, chapitre VII, section 1<sup>re</sup>, du même Code, il est inséré un article D.I.17.1 rédigé comme suit :

« Art. D.I.17.1 - § 1<sup>er</sup> - Les recours dont le dépôt, attesté par un avis de dépôt, ou dont la réception de l'envoi, attestée par un accusé de réception postal ou assimilé, est antérieur à l'une des modifications de la législation sur l'aménagement du territoire et l'urbanisme applicable en région de langue allemande poursuivent leur instruction sur la base des dispositions en vigueur à la date de l'avis de dépôt ou de l'accusé de réception.

§ 2 - Dans les cas où une décision prise par la Communauté germanophone conformément à l'article D.IV.67 est annulée par le Conseil d'État et qu'une nouvelle décision doit être prise, la procédure est poursuivie sur la base des dispositions applicables le jour où le Conseil d'État rend son avis. »

**Art. 11.** - L'intitulé du Livre II du même Code est remplacé par ce qui suit :

« Livre II - Planification et périmètres ».

**Art. 12.** - Dans l'article D.II.2, § 1<sup>er</sup>, alinéa 2, du même Code, le mot « paysagers, » est inséré entre le mot « patrimoniaux, » et le mot « environnementaux ».

**Art. 13.** - À l'article D.II.6 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1<sup>er</sup>, alinéa 2, du même Code, le mot « paysagers, » est inséré entre le mot « patrimoniaux, » et le mot « environnementaux »;

2° dans le § 2, alinéa 3, les modifications suivantes sont apportées :

a) dans le 1°, les mots « des territoires » sont remplacés par les mots « du territoire »;

b) dans le 4°, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

c) l'alinéa est complété par un 5° rédigé comme suit :

« 5° la protection contre les situations météorologiques extrêmes. »;

3° (concerne le texte allemand.)

**Art. 14.** - À l'article D.II.7 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 6, alinéa 1<sup>er</sup>, modifié par le décret du 12 décembre 2019, les mots « Lorsque un ou plusieurs conseils communaux n'ont pas adopté le schéma de développement pluricommunal, » sont remplacés par les mots « Lorsque seule une partie des conseils communaux concernés a adopté le schéma de développement pluricommunal, »;

2° dans le § 7, l'alinéa 4 est abrogé.

**Art. 15.** - Dans l'article D.II.8, § 1<sup>er</sup>, du même Code, l'alinéa 1<sup>er</sup> est complété par les mots « si elle concerne plusieurs communes ».

**Art. 16.** - À l'article D.II.10 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1<sup>er</sup>, alinéa 2, du même Code, le mot « paysagers, » est inséré entre le mot « patrimoniaux, » et le mot « environnementaux »;

2° dans le § 2, alinéa 3, les modifications suivantes sont apportées :

a) (concerne le texte allemand);

b) dans le 4°, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

c) l'alinéa est complété par un 5<sup>o</sup> rédigé comme suit :

« 5<sup>o</sup> la protection contre les situations météorologiques extrêmes. »;

3<sup>o</sup> dans le § 3, 2<sup>o</sup>, le mot « concerné » est abrogé.

**Art. 17.** - À l'article D.II.12 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> dans le § 3, alinéa 1<sup>er</sup>, les mots « schémas de développement pluricommunaux et d'orientation locaux et le guide communal » sont remplacés par les mots « schémas et/ou guides »;

2<sup>o</sup> dans le § 4, alinéa 1<sup>er</sup>, les mots « schémas de développement pluricommunaux et d'orientation locaux et le guide communal identifiés dans la liste visée au paragraphe 3, alinéa 1<sup>er</sup> » sont remplacés par les mots « schémas et/ou guides listés »;

3<sup>o</sup> dans le § 5, alinéa 2, les mots « schémas de développement pluricommunaux et d'orientation locaux et du guide communal » sont remplacés par les mots « schémas et/ou guides »;

4<sup>o</sup> dans le § 5, l'alinéa 5 est abrogé.

**Art. 18.** - À l'article D.II.15 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> dans le § 1<sup>er</sup>, l'alinéa 3 est remplacé par ce qui suit :

« Un schéma de développement pluricommunal peut en outre être abrogé en tout ou partie dans les cas suivants :

1<sup>o</sup> l'adoption ou la révision du plan de secteur;

2<sup>o</sup> l'adoption ou la révision d'un autre schéma de développement pluricommunal ou d'un schéma de développement communal. »;

2<sup>o</sup> dans le § 2, alinéa 3, la première phrase est abrogée et, dans la deuxième phrase, les mots « Dans ce cas, outre la » sont remplacés par les mots « Outre la ».

**Art. 19.** - L'article D.II.21 du même Code, modifié par le décret du 10 décembre 2020, est complété par un § 5 rédigé comme suit :

« § 5 - Le Gouvernement établit une coordination des plans de secteur en vigueur en région de langue allemande; celle-ci est dénommée "Plans de secteur coordonnés de la Communauté germanophone" ».

**Art. 20.** - À l'article D.II.25bis du même Code, inséré par le décret de la Région wallonne du 16 novembre 2017, les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> dans l'alinéa 1<sup>er</sup>, 3<sup>o</sup>, les mots « d'un permis de lotir ou d'un permis d'urbanisation » sont remplacés par les mots « d'un permis de lotir, d'urbanisation ou d'urbaniser »;

2<sup>o</sup> dans l'alinéa 2, les mots « permis d'urbanisation » sont remplacés par les mots « permis d'urbaniser ».

**Art. 21.** - Dans l'article D.II.36, § 2, du même Code, l'alinéa 1<sup>er</sup> est remplacé par ce qui suit :

« Dans la zone agricole, les modules de production d'électricité ou de chaleur qui alimentent directement toute construction, toute installation ou tout bâtiment existant légalement situés sur le même bien immobilier sont admis pour autant qu'ils ne mettent pas en cause de manière irréversible la destination de la zone. »

**Art. 22.** - Dans l'article D.II.42, § 1<sup>er</sup>, 1<sup>o</sup>, du même Code, les mots « de la proximité de zones d'initiatives privilégiées visées à D.V.14, » sont abrogés.

**Art. 23.** - Dans l'article D.II.45 du même Code, le § 3 est remplacé par ce qui suit :

« § 3 - Dans le respect du principe de proportionnalité, l'inscription de toute nouvelle zone destinée à l'urbanisation et susceptible d'avoir des incidences non négligeables sur l'environnement, en lieu et place d'une zone non destinée à l'urbanisation, est compensée :

1<sup>o</sup> par la modification équivalente d'une zone existante destinée à l'urbanisation ou d'une zone d'aménagement communal concerté en zone non destinée à l'urbanisation, ou

2<sup>o</sup> par toute compensation alternative définie par le Gouvernement tant en termes opérationnel, environnemental ou énergétique qu'en termes de mobilité en tenant compte, notamment, de l'impact de la zone destinée à l'urbanisation sur le voisinage, ou

3<sup>o</sup> par le paiement d'un montant compensatoire en faveur du Fonds pour la durabilité mentionné à l'article D.I.12.1.

La compensation alternative mentionnée à l'alinéa 1<sup>er</sup>, 2<sup>o</sup>, vise à contrebalancer l'impact résiduel découlant de l'inscription d'une zone destinée à l'urbanisation en lieu et place d'une zone non destinée à l'urbanisation, après prise en compte des mesures de prévention et d'aménagement destinées à limiter ou éviter les incidences non négligeables identifiées dans le rapport sur les incidences environnementales réalisé dans le cadre de la procédure.

Le paiement d'un montant compensatoire mentionné à l'alinéa 1<sup>er</sup>, 3<sup>o</sup>, sert, conformément à l'article D.I.12.1, à financer des mesures visant à promouvoir la durabilité en Communauté germanophone.

Le Gouvernement choisit la compensation planologique, la compensation alternative, le paiement d'un montant compensatoire ou une combinaison des trois, la compensation planologique étant préférée.

La compensation planologique ou alternative peut s'opérer au niveau supracommunal.

La compensation planologique ou alternative peut être réalisée par phases. Le paiement du montant compensatoire peut être effectué en plusieurs tranches.

Le Gouvernement détermine, pour les compensations alternatives, leur nature, leurs modalités de mise en œuvre et en définit le principe de proportionnalité. Le dépôt d'une garantie financière peut être exigé.

En ce qui concerne le paiement d'un montant compensatoire, le Gouvernement détermine les modalités de calcul et de versement du montant en tenant compte du principe de proportionnalité. Le dépôt d'une garantie financière peut être exigé. »

**Art. 24.** - L'article D.II.46 du même Code est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Si un rapport sur les incidences environnementales doit être établi, le Gouvernement détermine simultanément, en application de l'article D.VIII.33, dans l'arrêté relatif au projet de révision de plan de secteur le projet de contenu de ce rapport et sollicite les avis nécessaires. »

**Art. 25.** - À l'article D.II.47 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> (concerne le texte allemand);

2<sup>o</sup> dans le § 3, l'alinéa 1<sup>er</sup> est complété par une phrase rédigée comme suit :

« Si un rapport sur les incidences environnementales doit être établi, le Gouvernement détermine simultanément, en application de l'article D.VIII.33, dans l'arrêté relatif au projet de révision de plan de secteur le projet de contenu de ce rapport et sollicite les avis nécessaires. »

**Art. 26.** - À l'article D.II.48 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> (concerne le texte allemand);

2<sup>o</sup> dans le § 5, l'alinéa 1<sup>er</sup> est complété par une phrase rédigée comme suit :

« Si un rapport sur les incidences environnementales doit être établi, le Gouvernement détermine simultanément, en application de l'article D.VIII.33, dans l'arrêté relatif au projet de révision de plan de secteur le projet de contenu de ce rapport et sollicite les avis nécessaires. »

**Art. 27.** - À l'article D.II.51 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> dans le § 1<sup>er</sup>, alinéa 2, le 3<sup>o</sup> est remplacé par ce qui suit :

« 3<sup>o</sup> lorsqu'il est envisagé d'établir un périmètre de site à réaménager en application de l'article D.II.57.5, le dossier visé à l'article D.II.57.3; ce dernier est établi par la personne visée à l'article D.II.57.2, et est accompagné des avis visés à l'article D.II.57.4, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, 1<sup>o</sup> et 3<sup>o</sup>. »;

2<sup>o</sup> (concerne le texte allemand);

3<sup>o</sup> dans le § 1<sup>er</sup>, alinéa 4, les mots « D.V.2, § 2 » et « D.V.2, § 4 » sont respectivement remplacés par les mots « D.II.57.2 » et « D.II.57.4, § 2 »;

4<sup>o</sup> dans le § 4, alinéa 3, les mots « D.V.2, § 8 » et « D.V.2, § 7 » sont respectivement remplacés par les mots « D.II.57.5 » et « D.II.57.4, § 5 »;

5<sup>o</sup> dans le § 5, alinéa 2, les mots « D.V.2, § 7 » et « D.V.2, § 4 » sont respectivement remplacés par les mots « D.II.57.4, § 5 » et « D.II.57.4, § 2 ».

**Art. 28.** - À l'article D.II.52 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> dans le § 1<sup>er</sup>, l'alinéa 2 est remplacé par ce qui suit :

« Toutefois, lorsqu'il s'agit de réaménager un site au sens de l'article D.II.57.1, § 1<sup>er</sup>, 2<sup>o</sup>, l'initiative de la demande de révision du plan de secteur peut émaner de la personne visée à l'article D.II.57.2, 2<sup>o</sup>. »;

2<sup>o</sup> dans le § 1<sup>er</sup>, alinéa 3, les mots « D.V.2, § 1<sup>er</sup>, 2<sup>o</sup> » sont remplacés par les mots « D.II.57.2, alinéa 1<sup>er</sup>, 2<sup>o</sup> »;

3<sup>o</sup> dans le § 1<sup>er</sup>, alinéa 4, le 6<sup>o</sup> est remplacé par ce qui suit :

« 6<sup>o</sup> lorsqu'il est envisagé d'établir un périmètre de site à réaménager en application de l'article D.II.57.5, le dossier visé à l'article D.II.57.3; ce dernier est établi par la personne visée à l'article D.II.57.2, alinéa 1<sup>er</sup>, 2<sup>o</sup>, et est accompagné des avis visés à l'article D.II.57.4, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, 1<sup>o</sup> et 3<sup>o</sup>. »;

4<sup>o</sup> (concerne le texte allemand);

5<sup>o</sup> dans le § 1<sup>er</sup>, alinéa 6, les mots « D.V.2, § 2 » et « D.V.2, § 4 » sont respectivement remplacés par les mots « D.II.57.3 » et « D.II.57.4, § 2 »;

6<sup>o</sup> dans le § 5, alinéa 3, les mots « D.V.2, § 8 » et « D.V.2, § 7 » sont respectivement remplacés par les mots « D.II.57.5 » et « D.II.57.4, § 5 »;

7<sup>o</sup> dans le § 6, les mots « D.V.2, § 1<sup>er</sup>, 2<sup>o</sup> » sont chaque fois remplacés par les mots « D.II.57.2, alinéa 1<sup>er</sup>, 2<sup>o</sup> »;

8<sup>o</sup> dans le § 7, alinéa 2, les mots « D.V.2, § 7 » et « D.V.2, § 4 » sont respectivement remplacés par les mots « D.II.57.4, § 5 » et « D.II.57.4, § 2 ».

**Art. 29.** - À l'article D.II.54 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> dans le § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, 3<sup>o</sup>, les mots « l'accusé de réception » sont remplacés par les mots « l'avis de complétude formelle »;

2<sup>o</sup> (concerne le texte allemand.)

**Art. 30.** - L'article D.II.55 du même Code est complété par des alinéas rédigés comme suit :

« Pour fixer l'étendue des zones, les mesures basées sur les prescriptions graphiques sont déterminantes.

La largeur de la ligne de démarcation d'une zone urbanisable figurant sur le plan de secteur est réputée appartenir à cette zone. La limite extérieure de la zone urbanisable est matérialisée par la limite extérieure du trait. »

**Art. 31.** - Dans le Livre II du même Code, modifié en dernier lieu par le décret du 10 décembre 2020, il est inséré un titre II.1, comportant les articles D.II.57.1 à D.II.57.10, intitulé comme suit :

« Titre II.1 - Périmètres ».

**Art. 32.** - Dans le Livre II, titre II.1, du même Code, il est inséré un chapitre I<sup>er</sup>, comportant l'article D.II.57.1, intitulé comme suit :

« Chapitre I<sup>er</sup> - Généralités ».

**Art. 33.** - Dans le Livre II, titre II.1, chapitre I<sup>er</sup>, du même Code, il est inséré un article D.II.57.1 rédigé comme suit :

« Art. D.II.57.1 - § 1<sup>er</sup> - Pour l'application du présent titre, il faut entendre par :

1<sup>o</sup> site : un bien immobilier ou un ensemble de biens immobiliers qui a été ou était destiné à accueillir une activité autre que le logement et dont le maintien dans son état actuel est contraire au bon aménagement des lieux ou constitue une déstructuration du tissu urbanisé. Seules les activités conformes aux dispositions légales et réglementaires seront prises en considération. Le site est délimité par le périmètre comprenant l'ensemble des biens immobiliers précités. Le périmètre peut également s'étendre :

a) à un ou plusieurs biens immobiliers ou parties de biens immobiliers encore affectés à une activité, à la condition que le réaménagement du site permette la poursuite de cette activité;

b) à un ou plusieurs biens immobiliers ou parties de biens immobiliers, sièges d'une activité mais occupés à titre précaire;

c) à un ou plusieurs biens immobiliers ou parties de biens immobiliers affectés ou destinés au logement.

Un site se trouvant en zone de loisirs sur le plan de secteur et concerné par la mise en œuvre du plan « habitat durable » peut être considéré comme site au sens du présent article;

2° réaménagement un site : y réaliser des actes et travaux de réhabilitation, de rénovation, d'assainissement du terrain au sens de l'article 2, 14°, du décret du 1<sup>er</sup> mars 2018 relatif à la gestion et à l'assainissement des sols, de construction ou de reconstruction, en ce compris les études y relatives. Le Gouvernement peut arrêter la liste des actes et travaux;

3° remembrement urbain : tout projet d'urbanisme de requalification et de développement de fonctions urbaines qui nécessite la création, la modification, l'élargissement, la suppression ou le surplomb de la voirie et d'espaces publics. Le remembrement urbain est délimité par le périmètre comprenant le projet d'urbanisme précité.

§ 2 - Les périmètres des sites à réaménager et les périmètres de remembrement urbain sont arrêtés pour des raisons opérationnelles, indépendamment des plans de secteur, schémas et guides. »

**Art. 34.** - Dans le Livre II, titre II.1, du même Code, il est inséré un chapitre II, comportant les articles D.II.57.2 à D.II.57.6, intitulé comme suit :

« Chapitre II - Procédure ».

**Art. 35.** - Dans le Livre II, titre II.1, chapitre II, du même Code, il est inséré une section 1<sup>re</sup>, comportant les articles D.II.57.2 et D.II.57.3, intitulée comme suit :

« Section 1<sup>re</sup> - Droit d'initiative et proposition ».

**Art. 36.** - Dans le Livre II, titre II.1, chapitre II, section 1<sup>re</sup>, du même Code, il est inséré un article D.II.57.2 rédigé comme suit :

« Art. D.II.57.2 - Le Gouvernement peut fixer le périmètre d'un site à réaménager et le périmètre de remembrement urbain :

1° soit de sa propre initiative;

2° soit sur la proposition d'une commune, d'une intercommunale ayant dans son objet social l'aménagement du territoire ou le logement, d'une association de communes, d'un centre public d'action sociale, d'une régie communale, de la Société de rénovation et d'assainissement des sites industriels (SORASI SA), des sociétés immobilières de service public agréées en région de langue allemande, de la Société publique d'aide à la qualité de l'environnement visée à l'article 39 du décret du 27 juin 1996 relatif aux déchets;

3° soit sur la proposition d'un ou plusieurs propriétaires ou titulaires d'un droit réel.

Le cas échéant, le Gouvernement motive, au regard de l'article D.68 du Livre I<sup>er</sup> du Code de l'Environnement, sa décision de soumettre ou non à étude d'incidences les actes et travaux projetés pour la réhabilitation et la rénovation du site.

L'arrêté est publié conformément aux articles D.VIII.22 et s. »

**Art. 37.** - Dans la même section, il est inséré un article D.II.57.3 rédigé comme suit :

« Art. D.II.57.3 - La proposition du Gouvernement conformément à l'article D.II.57.2 est fondée sur un dossier comportant :

1° l'indication et la justification du périmètre au regard des critères de l'article D.57.II.1;

2° une carte représentant le périmètre selon le modèle arrêté par le Gouvernement;

3° l'indication des actes et travaux envisagés;

4° une étude d'incidences ou la demande motivée visant à être dispensé d'une telle étude conformément à l'article D.VIII.31.

Pour les sites à réaménager y est en outre annexée, en application des dispositions du Code de l'Environnement, une notice d'évaluation des incidences sur l'environnement ou, selon le cas, une étude d'incidences relative aux actes et travaux projetés.

Pour le remembrement urbain y est en outre annexée la présentation du projet d'urbanisme comprenant :

1° un rapport qui présente les actes et travaux projetés, leur destination, les options d'aménagement et le parti architectural du projet. Ce rapport est établi sur la base des éléments suivants :

a) un plan de situation qui présente la localisation du bien concerné par le projet par rapport au noyau central de l'agglomération et les principales voiries de desserte avec indication de leur statut juridique et de leur dénomination;

b) la situation juridique qui renseigne :

- l'affectation du bien concerné par le projet, conformément au plan de secteur;

- le cas échéant, sa situation au schéma de développement pluricommunal et aux schémas communaux, sa situation au permis d'urbaniser ou de diviser, si le bien est soumis au guide régional et/ou au guide communal d'urbanisme;

c) le contexte urbanistique et paysager qui reprend :

- l'orientation;

- la voirie de desserte, ses aménagements et ses équipements, ainsi que, le cas échéant, les modifications projetées qui s'y rapportent;

- le cas échéant, la suppression d'une voirie existante ou la création de nouvelles voiries et d'espaces publics;

- l'implantation, le gabarit, la nature ou l'affectation des constructions existantes sur le bien concerné par le projet et dans un rayon de 50 mètres de celui-ci;

- le cas échéant, une justification des écarts ou des dérogations sollicités eu égard aux articles D.IV.5 et D.IV.13;

d) un reportage photographique qui permet la prise en compte du contexte urbanistique et paysager dans lequel s'insère le projet avec l'indication numérotée sur plan des prises de vue du reportage;

2° un plan d'occupation du périmètre qui figure :

- a) l'implantation et la volumétrie des constructions existantes et projetées pour l'ensemble du périmètre;
  - b) l'aménagement maintenu ou projeté du solde non construit du périmètre concerné, en ce compris les voiries et espaces publics, les aires de stationnement, la végétation existante et projetée;
- 3° une visualisation 3D parlante du projet d'urbanisme. »

**Art. 38.** - Dans le Livre II, titre II.1, chapitre II, du même Code, il est inséré une section 2, comportant les articles D.II.57.4 à D.II.57.6, intitulée comme suit :

« Section 2 - Procédure ».

**Art. 39.** - Dans le Livre II, titre II.1, chapitre II, section 2, du même Code, il est inséré un article D.II.57.4 rédigé comme suit :

« Art. D.II.57.4 - § 1<sup>er</sup> - Le Gouvernement transmet l'arrêté visé à l'article D.II.57.2 ainsi que le dossier mentionné à l'article D.II.57.3 et le soumet pour avis aux instances suivantes, dans la mesure où la demande de détermination du périmètre ne repose pas sur leur proposition :

- 1° au collège communal de la ou des communes du lieu où se situe le périmètre;
- 2° aux propriétaires des biens immobiliers concernés par le périmètre d'après les indications cadastrales;
- 3° à la commission communale ou, à défaut, au conseil consultatif;
- 4° à toute personne, toute instance ou tout service qu'il juge utile de consulter.

La proposition d'un périmètre de remembrement urbain est transmise pour avis, outre aux instances mentionnées à l'alinéa 1<sup>er</sup>, au conseil communal de la ou des communes du lieu où se situe le périmètre. Si le conseil communal rend un avis défavorable, la procédure visant à déterminer un périmètre de remembrement urbain n'est pas poursuivie.

Les avis mentionnés aux alinéas 1<sup>er</sup> et 2 sont transmis au Gouvernement dans les soixante jours suivant la réception de l'arrêté. À défaut, ils sont réputés favorables.

§ 2 - Dans les quinze jours de la réception de l'arrêté du Gouvernement, le ou les propriétaires sont tenus d'en informer tout titulaire d'un droit réel, tout locataire ou tout occupant du bien immobilier concerné ainsi que toute personne qu'ils auraient chargée d'exécuter des travaux sur le bien visé ou qu'ils auraient autorisée à en exécuter. L'envoi aux propriétaires fait mention de cette obligation.

§ 3 - Dans les quinze jours de la réception de l'arrêté du Gouvernement, le collège communal le soumet à enquête publique. Si plusieurs communes sont concernées par le périmètre, chacune d'elle mène une enquête publique.

Le ou les collèges communaux transmettent au Gouvernement les résultats de l'enquête publique.

§ 4 - Le cas échéant, le périmètre est modifié ou complété sur la base des avis visés au § 1<sup>er</sup> et des résultats de l'enquête publique.

§ 5 - Le Gouvernement adopte définitivement le périmètre du site à réaménager ou de remembrement urbain.

Le cas échéant, moyennant motivation au regard des articles D.64 et D.68 du Livre I<sup>er</sup> du Code de l'Environnement, il autorise les actes et travaux projetés pour la réhabilitation et la rénovation du site.

§ 6 - L'arrêté du Gouvernement est publié conformément aux articles D.VIII.22 et s.

Le Gouvernement transmet une copie de l'arrêté aux destinataires mentionnés au § 1<sup>er</sup>.

Dans les quinze jours de la réception de la copie de l'arrêté, le ou les propriétaires en donnent connaissance aux personnes visées au § 2. L'envoi aux propriétaires fait mention de cette obligation. »

**Art. 40.** - Dans la même section, il est inséré un article D.II.57.5 rédigé comme suit :

« Art. D.II.57.5 - Le périmètre du site à réaménager peut être adopté par le Gouvernement conjointement à l'inscription d'une zone d'enjeu régional, d'une zone d'enjeu communal ou d'une zone destinée à l'urbanisation ne nécessitant pas de mesure compensatoire conformément aux articles D.II.51 et D.II.52. »

**Art. 41.** - Dans la même section, il est inséré un article D.II.57.6 rédigé comme suit :

« Art. D.II.57.6 - § 1<sup>er</sup> - Le Gouvernement peut modifier le périmètre d'un site à réaménager ou le périmètre de remembrement urbain après leur adoption définitive. Les dispositions réglant l'établissement du périmètre sont applicables à sa modification.

§ 2 - Après leur adoption définitive, le périmètre d'un site à réaménager ou le périmètre de remembrement urbain peuvent être, en tout ou partie, abrogés par le Gouvernement :

- 1° au terme du réaménagement du site ou de la réalisation du projet d'urbanisme;
- 2° ou lorsque les motifs ayant conduit à la reconnaissance en tant que site à réaménager ou remembrement urbain sont dépassés.

Les dispositions réglant l'établissement du périmètre sont applicables à son abrogation. »

**Art. 42.** - Dans le Livre II, titre II.1, du même Code, il est inséré un chapitre III, comportant les articles D.II.57.7 à D.II.57.10, intitulé comme suit :

« Chapitre III - Dispositions particulières concernant les sites à réaménager ».

**Art. 43.** - Dans le Livre II, titre II.1, chapitre III, du même Code, il est inséré un article D.II.57.7 rédigé comme suit :

« Art. D.II.57.7 - Le Gouvernement peut prescrire les règles de procédure relatives aux investigations nécessaires en vue de recueillir les renseignements devant servir à l'application du présent titre et de ses arrêtés d'exécution en ce qui concerne les sites à réaménager. Il désigne les agents compétents pour mener ces investigations.

Les agents désignés pour procéder aux investigations et contrôles peuvent notamment :

- 1° se faire produire à première réquisition ou rechercher tous documents, pièces ou livres utiles à l'accomplissement de leur mission;
- 2° prendre ou faire prendre les photocopies de documents soumis à leur contrôle et faire des constatations par photos;

3° moyennant l'autorisation du juge de police, pénétrer entre 8 h et 18 h dans les immeubles situés dans le site à réaménager;

4° pénétrer sur le site en vue de procéder, ou de faire procéder, aux prélèvements ou analyses des sols en vue de déceler ou de mesurer leur éventuelle contamination.

Les agents visés au présent article peuvent requérir des agents de la force publique qui seront tenus de leur prêter assistance dans l'exercice de leur mission. »

**Art. 44.** - Dans le même chapitre, il est inséré un article D.II.57.8 rédigé comme suit :

« Art. D.II.57.8 - Sauf exclusion expresse formulée par le Gouvernement, l'arrêté fixant définitivement le périmètre d'un site à réaménager vaut permis d'urbanisme pour l'exécution des actes et travaux de réhabilitation et de rénovation du site. »

**Art. 45.** - Dans le même chapitre, il est inséré un article D.II.57.9 rédigé comme suit :

« Art. D.II.57.9 - § 1<sup>er</sup> - À dater de la réception de l'arrêté du Gouvernement visé à l'article D.II.57.2 jusqu'à l'abrogation du périmètre par l'arrêté visé à l'article D.II.57.6, les propriétaires ne peuvent aliéner ou grever de droits réels les biens situés dans le périmètre du site à réaménager, proposé ou définitivement adopté, sans l'autorisation du Gouvernement ou de la personne qu'il désigne à cette fin.

Le Gouvernement ou la personne qu'il désigne à cette fin envoie sa décision dans les trente jours suivant la réception de la demande d'aliénation qui lui en est faite. À défaut, la décision est réputée favorable.

Lorsque le Gouvernement ou la personne qu'il désigne à cette fin a autorisé l'aliénation ou la constitution de droits réels, ou lorsque sa décision est réputée favorable, le nouveau titulaire de droits réels est tenu aux mêmes obligations que l'ancien.

§ 2 - En cas de méconnaissance des obligations découlant du § 1<sup>er</sup>, toute cession ou constitution de droit réel est annulable à la demande du Gouvernement.

§ 3 - L'officier public qui passe un acte de cession ou de constitution de droit réel sans qu'ait été obtenue au préalable l'autorisation prévue au § 1<sup>er</sup> est passible d'une amende de 12,50 à 125 euros sans préjudice de dommages et intérêts. »

**Art. 46.** - Dans le même chapitre, il est inséré un article D.II.57.10 rédigé comme suit :

« Art. D.II.57.10 - § 1<sup>er</sup> - À la requête du Gouvernement ou des personnes visées à l'article D.II.57.2, alinéa 1<sup>er</sup>, 2<sup>o</sup>, tout propriétaire ou titulaire d'un droit réel immobilier sur les biens compris dans le périmètre d'un site à réaménager peut être tenu de réaliser les études et travaux ayant pour effet de restaurer l'aspect des lieux tant au niveau paysager qu'au niveau environnemental.

À défaut de se conformer à l'alinéa 1<sup>er</sup>, le propriétaire ou titulaire d'un droit réel peut y être contraint par le tribunal compétent.

À défaut d'exécution dans le délai fixé par le tribunal, les travaux visés à l'alinéa 1<sup>er</sup> sont exécutés d'office par les soins du Gouvernement ou de la personne visée à l'article D.II.57.2, alinéa 1<sup>er</sup>, 2<sup>o</sup>, aux frais du propriétaire ou du titulaire d'un droit réel immobilier.

À défaut de remboursement des frais à sa première demande, le Gouvernement procède ou fait procéder, pour le compte de la personne visée à l'article D.II.57.2, alinéa 1<sup>er</sup>, 2<sup>o</sup>, à l'expropriation des biens conformément aux articles D.VI.1 et suivants. Dans ce cas, il ne peut être tenu compte de la plus-value issue des travaux déjà exécutés.

§ 2 - Les travaux de réhabilitation et de rénovation ordonnés par le tribunal en application du § 1<sup>er</sup> sont exécutés sans que doive être obtenu de permis. »

**Art. 47.** - Dans le Livre II, titre III, du même Code, modifié par le décret de la Région wallonne du 16 novembre 2017, il est inséré un chapitre V, comportant les articles D.II.69 à D.II.71, intitulé comme suit :

« Chapitre V - Périmètres, revitalisation urbaine et rénovation urbaine ».

**Art. 48.** - Dans le Livre II, titre III, chapitre V, du même Code, il est inséré un article D.II.69 rédigé comme suit :

« Art. D.II.69 - Tout site à réaménager reconnu définitivement a la qualité de périmètre de site à réaménager arrêté par le Gouvernement en application de l'article D.II.57.4, § 5. »

**Art. 49.** - Dans le même chapitre, il est inséré un article D.II.70 rédigé comme suit :

« Art. D.II.70 - Tout périmètre de remembrement urbain reconnu définitivement a la qualité de périmètre de remembrement urbain arrêté par le Gouvernement en application de l'article D.II.57.4, § 5. »

**Art. 50.** - Dans le même chapitre, il est inséré un article D.II.71 rédigé comme suit :

« Art. D.II.71 - Les enquêtes commencées avant le 31 mars 2022 concernant un site à réaménager poursuivent leur instruction sur la base des dispositions en vigueur à cette date. À leur adoption définitive, ceux-ci ont la qualité de périmètre de site à réaménager arrêté par le Gouvernement en application de l'article D.II.57.4, § 5.

Les enquêtes commencées avant le 31 mars 2022 concernant un remembrement urbain poursuivent leur instruction sur la base des dispositions en vigueur à cette date. À leur adoption définitive, ceux-ci ont la qualité de périmètre de remembrement urbain arrêté par le Gouvernement en application de l'article D.II.57.4, § 5.

Les subventions octroyées sur la base de la législation en vigueur et en cours d'exécution au 31 mars 2022 en ce qui concerne les périmètres de site à réaménager, de site de réhabilitation paysagère et environnementale, de remembrement urbain, de revitalisation urbaine ou de rénovation urbaine restent soumises aux dispositions d'application lors de leur octroi. »

**Art. 51.** - L'article D.III.1 du même Code, modifié par le décret du 12 décembre 2019, est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Le guide régional peut être consacré spécifiquement à certains thèmes urbanistiques ».

**Art. 52.** - À l'article D.III.2, § 1<sup>er</sup>, du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le 13°, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

2° le § 1<sup>er</sup> est complété par un 14° rédigé comme suit :

« 14° les mesures de lutte contre les phénomènes météorologiques extrêmes. »

**Art. 53.** - L'article D.III.4 du même Code est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Le guide communal peut être consacré spécifiquement à certains thèmes urbanistiques ».

**Art. 54.** - Dans l'article D.III.6, § 1<sup>er</sup>, l'alinéa 1<sup>er</sup> est complété par une phrase rédigée comme suit :

« Le Gouvernement peut soumettre au conseil communal une proposition de guide communal d'urbanisme. »

**Art. 55.** - L'intitulé du Livre IV du même Code est remplacé par ce qui suit :

« Livre IV - Permis et certificats d'urbanisme ».

**Art. 56.** - À l'article D.IV.1 du même Code, modifié par le décret de la Région wallonne du 26 avril 2018 et le décret du 12 décembre 2019, les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> dans le § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, 1<sup>o</sup>, les mots « permis d'urbanisation » sont remplacés par les mots « permis d'urbaniser ou de diviser »;

2<sup>o</sup> dans le § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, 2<sup>o</sup>, les mots « ou permis d'urbanisme de constructions groupées » sont insérés entre les mots « permis d'urbanisme » et le point-virgule;

3<sup>o</sup> dans le § 1<sup>er</sup>, l'alinéa 2 est remplacé par ce qui suit :

« Pour l'application du présent Code, il faut entendre par :

1<sup>o</sup> permis d'urbaniser : la décision de l'autorité compétente autorisant l'urbanisation d'un bien, en ce compris la promotion ou la publicité y afférente;

2<sup>o</sup> urbanisation d'un bien : la mise en œuvre d'une conception urbanistique portant sur un projet d'ensemble relatif à un bien à diviser en au moins trois lots non bâtis destinés à l'habitation.

Le projet d'ensemble vise principalement la construction de bâtiments destinés, en tout ou en partie, à l'habitation ou le placement d'une installation fixe ou mobile pouvant être utilisée, en tout ou en partie, à l'habitation ainsi que, le cas échéant, la construction ou l'aménagement d'espaces publics ou collectifs, d'infrastructures techniques ou de bâtiments abritant des fonctions complémentaires à l'habitat.

La division susvisée est celle qui est réalisée par tout acte déclaratif, translatif ou constitutif d'un droit réel, à l'exclusion de l'hypothèque.

Le projet d'ensemble répond à l'affectation précitée lorsque plus de la moitié des bâtiments créés sont destinés en tout ou partie à l'habitation;

3<sup>o</sup> permis de diviser : la décision de l'autorité compétente autorisant la division d'un bien en au moins trois lots non bâtis destinés à l'habitation, en ce compris la promotion ou la publicité y afférente.

La division susvisée est celle qui est réalisée par tout acte déclaratif, translatif ou constitutif d'un droit réel, à l'exclusion de l'hypothèque;

4<sup>o</sup> permis d'urbanisme : la décision de l'autorité compétente autorisant la réalisation des actes et travaux conformément à l'article D.IV.4;

5<sup>o</sup> permis d'urbanisme de constructions groupées : le permis d'urbanisme qui a pour objet plusieurs constructions, mitoyennes ou non, destinées en tout ou en partie à l'habitation ou à une fonction accessoire du logement, et qui peuvent faire l'objet d'une seule et même demande;

6<sup>o</sup> permis de patrimoine : la décision du Gouvernement au sens de l'article 13 du décret sur le patrimoine. »;

4<sup>o</sup> dans le § 2, alinéa 1<sup>er</sup>, 3<sup>o</sup>, le mot « obligatoire » est abrogé;

5<sup>o</sup> le § 2 est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Dans la même nomenclature, le Gouvernement peut fixer la liste des actes et travaux qui seront alors considérés comme étant à effets limités au sens des articles D.IV.15, alinéa 2, 2<sup>o</sup>, et D.IV.48, alinéa 1<sup>er</sup>, 1<sup>o</sup>, s'ils relèvent du champ d'application d'un guide régional d'urbanisme. »;

6<sup>o</sup> (concerne le texte allemand.)

**Art. 57.** - Dans le Livre IV, titre I<sup>er</sup>, du même Code, l'intitulé du chapitre II est remplacé par ce qui suit :

« Chapitre II - Actes soumis à permis d'urbaniser ou à permis de diviser ».

**Art. 58.** - À l'article D.IV.2 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> dans le § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, les mots « permis d'urbanisation » sont remplacés par les mots « permis d'urbaniser »;

2<sup>o</sup> dans le § 1<sup>er</sup>, les alinéas 2, 3 et 4 sont abrogés;

3<sup>o</sup> le § 2 est remplacé par ce qui suit :

« § 2 - Sur la proposition du demandeur ou d'office, lorsqu'elle estime qu'il n'y a pas d'intérêt à imposer des prescriptions pour les lots concernés, l'autorité qui délivre le permis d'urbaniser peut exclure du périmètre couvert par le permis tous ou certains des lots :

1<sup>o</sup> non destinés, en tout ou partie, à la construction d'une habitation ou au placement d'une installation fixe ou mobile pouvant être utilisée, en tout ou partie, pour l'habitation, ou inaptes à cette destination pour une raison technique ou juridique;

2<sup>o</sup> ou qui sont déjà construits;

3<sup>o</sup> ou qui sont déjà utilisés pour le placement d'une installation fixe ou mobile au sens de l'article D.IV.4, alinéa 1<sup>er</sup>, 1<sup>o</sup>.

La décision mentionnée à l'alinéa 1<sup>er</sup> peut être prise avant le dépôt de la demande, au cours de la procédure ou simultanément à la décision prise par l'autorité quant à la demande de permis. »;

4<sup>o</sup> l'article est complété par un § 3 rédigé comme suit :

« § 3 - Par dérogation au § 1<sup>er</sup> n'est pas soumise à permis d'urbaniser, mais à permis de diviser préalable écrit et exprès, la division d'un bien en au moins trois lots non bâtis, destinés à l'habitation ou utilisables à cette fin, en ce compris la promotion ou la publicité y afférente, si les conditions suivantes sont remplies :

1<sup>o</sup> le bien est situé à front d'une voirie publique suffisamment équipée en électricité et en eau, pourvue d'un revêtement solide et d'une largeur suffisante;

2° la division n'exige pas l'ouverture ou la modification d'une voirie communale, ce qui n'exclut pas l'imposition de charges d'urbanisme ayant pour conséquence l'ouverture ou la modification d'une voirie communale;

3° la division tient compte de la situation des lieux et il n'y a pas d'intérêt à imposer des prescriptions pour les lots concernés;

4° la superficie totale du bien ne dépasse pas deux hectares. »

**Art. 59.** - À l'article D.IV.3 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans la phrase introductive, les mots « permis d'urbanisation » sont remplacés par les mots « permis d'urbaniser ou de diviser »;

2° dans le 5°, la phrase introductive est remplacée par ce qui suit :

« 5° dans le cadre d'un permis d'urbanisme qui a pour objet plusieurs constructions, mitoyennes ou non, mais qui forment un tout, qui sont destinées en tout ou partie à l'habitation ou à une fonction accessoire du logement et qui peuvent faire l'objet d'une seule et même demande, ci-après dénommé "permis d'urbanisme de constructions groupées" : »;

3° dans le 6°, les mots « permis d'urbanisation » sont remplacés par les mots « permis d'urbaniser ou de diviser »;

4° le 7° est remplacé par ce qui suit :

« 7° la division d'un bien sis dans le périmètre d'un site à réaménager visé à l'article D.II.57.1; »;

5° dans le 8°, le mot « D.V.9 » est remplacé par le mot « D.II.57.1 »;

6° le 9° est abrogé.

**Art. 60.** - À l'article D.IV.4 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° (concerne le texte allemand);

2° dans l'alinéa 1<sup>er</sup>, le 3° est complété par les mots « , à l'exception des démolitions pour raisons de sécurité ordonnées par le bourgmestre dans le cadre de l'exercice de la police administrative générale »;

3° dans l'alinéa 1<sup>er</sup>, 5°, les mots « d'un bâtiment ou » sont abrogés;

4° dans l'alinéa 1<sup>er</sup>, il est inséré un 6.1° rédigé comme suit :

« 6.1° créer un nouvel hébergement touristique dans une construction existante; »

5° dans l'alinéa 1<sup>er</sup>, 7°, les mots « d'un hébergement touristique ou » sont abrogés;

6° dans l'alinéa 1<sup>er</sup>, le 12° est remplacé par ce qui suit :

« 12° abattre, porter préjudice au système racinaire ou modifier l'aspect d'un arbre ou arbuste remarquable ou d'une haie remarquable, lorsque ceux-ci, conformément aux dispositions de l'accord de coopération :

a) figurent sur la liste établie des arbres, arbustes et haies remarquables ou;

b) répondent aux critères fixés auxquels les arbres, arbustes ou haies doivent répondre pour être désignés comme remarquables; le Gouvernement peut fixer des critères supplémentaires.

Une liste des travaux qui portent préjudice au système racinaire ou qui modifient l'aspect des arbres, arbustes et haies remarquables est établie conformément aux dispositions de l'accord de coopération; le Gouvernement peut compléter cette liste; »

7° l'alinéa 1<sup>er</sup> est complété par un 17° rédigé comme suit :

« 17° effectuer des travaux de remise en état et de réparation sur des surfaces en béton et en goudron. »;

8° entre les alinéas 2 et 3, qui devient l'alinéa 5, il est inséré deux alinéas rédigés comme suit :

« Par "créer un nouvel hébergement touristique dans une construction existante" au sens du 6.1°, il faut entendre créer, avec ou sans actes et travaux, un nouvel ensemble composé d'une ou de plusieurs pièces répondant au minimum aux fonctions de base de l'habitat, à savoir cuisine, salle de bain ou salle d'eau, WC, chambre, et qui est proposé à titre onéreux à un ou plusieurs touristes pour y passer la nuit.

La création d'une ou de plusieurs chambres sans fonctions de base séparées occupées à titre d'hébergement touristique, au sens du 6.1°, chez l'habitant n'est pas soumise à permis. »

**Art. 61.** - À l'article D.IV.5 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans la phrase introductive, les mots « permis d'urbanisation » sont remplacés par les mots « permis d'urbaniser ou de diviser »;

2° dans le 1°, les mots « permis d'urbanisation » sont remplacés par les mots « permis d'urbaniser ».

**Art. 62.** - L'article D.IV.6 du même Code est remplacé par ce qui suit :

« Art. D.IV.6 - Un permis d'urbanisme ou un certificat d'urbanisme n° 2 peut être octroyé en dérogation au plan de secteur pour les constructions, les installations ou les bâtiments existant légalement ou, selon le cas, pour les ensembles de constructions, d'installations ou de bâtiments formant une unité fonctionnelle, lorsque leur destination actuelle ou future ne répond pas au prescrit du plan de secteur et qu'il s'agit :

1° d'actes et de travaux de transformation, d'agrandissement ou de reconstruction;

2° d'une modification de destination et de la création de logements, visées à l'article D.IV.4, alinéa 1<sup>er</sup>, 6° et 7°.

Les aménagements accessoires et complémentaires aux constructions, installations ou bâtiments ou, selon le cas, ensembles de constructions, d'installations et de bâtiments précités et isolés de ceux-ci peuvent également être autorisés. »

**Art. 63.** - Dans l'article D.IV.7 du même Code, le mot « , privés » est inséré entre les mots « besoins économiques » et les mots « ou touristiques ».



**Art. 64.** - À l'article D.IV.8 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° avant l'alinéa 1<sup>er</sup>, qui devient l'alinéa 2, il est inséré un alinéa rédigé comme suit :

« Aux fins de production d'électricité ou de chaleur peut être octroyé, en dérogation au plan de secteur, un permis d'urbanisme ou un certificat d'urbanisme n° 2 relatif à la production d'énergie destinée partiellement à la collectivité, c'est-à-dire d'énergie partiellement rejetée dans le réseau électrique ou dans le réseau de gaz naturel ou desservant un réseau de chauffage urbain. »;

2° (concerne le texte allemand);

3° (concerne le texte allemand);

4° dans l'alinéa 3, qui devient l'alinéa 4, les mots « permis d'urbanisation » sont remplacés par les mots « permis d'urbaniser »;

5° l'article est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Un permis d'urbanisme ou un certificat d'urbanisme n° 2 peut être octroyé, en dérogation au plan de secteur, en vue de la protection des habitats naturels ainsi que de la faune et de la flore sauvages. »

**Art. 65.** - À l'article D.IV.9 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° la phrase introductive de l'alinéa 1<sup>er</sup> est complétée par le mot « , cumulativement »;

2° (concerne le texte allemand.)

**Art. 66.** - Dans le Livre IV, titre I<sup>er</sup>, chapitre IV, section 2, du même Code, modifié par les décrets des 12 décembre 2019 et 10 décembre 2020, il est inséré un article D.IV.9.1 rédigé comme suit :

« Art. D.IV.9.1 - Un permis ou un certificat d'urbanisme n° 2 peut être octroyé, en dérogation au plan de secteur, si les conditions suivantes sont remplies cumulativement :

1° le projet a pour conséquence la densification cohérente au sein de zones propices à la densification; le Gouvernement arrête les critères déterminant la densification cohérente au sein de zones propices à la densification;

2° les bâtiments prévus sont situés à front d'une voirie publique suffisamment équipée en eau, électricité et égouttage, pourvue d'un revêtement solide et d'une largeur suffisante, compte tenu de la situation des lieux. »

**Art. 67.** - (Concerne le texte allemand.)

**Art. 68.** - Dans la même section, modifiée par les décrets des 12 décembre 2019 et 10 décembre 2020, il est inséré un article D.IV.10.1 rédigé comme suit :

« Art. D.IV.10.1 - Un permis ou un certificat d'urbanisme n° 2 peut être octroyé en dérogation à la destination d'une zone d'activité économique mixte, industrielle ou spécifique, dans la mesure où le projet concerne des actes et travaux conformes à la destination d'une zone d'activité économique mixte, industrielle ou spécifique et si :

1° le terrain est situé à front d'une voirie publique suffisamment équipée en eau, électricité et égouttage, pourvue d'un revêtement solide et d'une largeur suffisante, compte tenu de la situation des lieux;

2° et que le projet est conciliable avec le voisinage. »

**Art. 69.** - Dans l'article D.IV.11 du même Code, modifié en dernier lieu par le décret du 10 décembre 2020, les mots « équipements destinés » sont remplacés par les mots « installations destinées ».

**Art. 70.** - (Concerne le texte allemand.)

**Art. 71.** - Dans la phrase introductive de l'article D.IV.13 du même Code, les mots « si les dérogations » sont remplacés par les mots « si, de manière cumulative, les dérogations ».

**Art. 72.** - Dans l'article D.IV.15, alinéa 1<sup>er</sup>, 3°, du même Code, les mots « permis d'urbanisation » sont remplacés par les mots « permis d'urbaniser ».

**Art. 73.** - Dans l'article D.IV.16, alinéa 1<sup>er</sup>, 2°, du même Code, les mots « permis d'urbanisation » sont remplacés par les mots « permis d'urbaniser ».

**Art. 74.** - À l'article D.IV.22 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1<sup>er</sup>, le 5° est remplacé par ce qui suit :

« 5° situés dans les périmètres de sites à réaménager; »;

2° dans l'alinéa 1<sup>er</sup>, 7°, les mots « équipements destinés » sont remplacés par les mots « installations destinées »;

3° l'alinéa 3 est remplacé par ce qui suit :

« Par dérogation à l'alinéa 1<sup>er</sup>, les permis qui portent en partie sur des actes et travaux visés à l'alinéa 1<sup>er</sup>, 2°, ou 7°, a) à j), sont délivrés par le collège communal pour autant qu'ils ne soient pas repris à l'alinéa 1<sup>er</sup>, 1°, 3° à 6°, et 8° à 11°. Le Gouvernement peut arrêter la liste de ces actes et travaux. »;

4° l'alinéa 4, modifié par le décret du 12 décembre 2019, est remplacé par ce qui suit :

« Le Gouvernement est compétent pour statuer sur les demandes de contrôle de régularisation mentionnées à l'article D.VII.18. »

**Art. 75.** - À l'article D.IV.26 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 2, alinéa 1<sup>er</sup>, les mots « permis d'urbanisation » sont remplacés par les mots « permis d'urbaniser ou de diviser »;

2° dans le § 2, alinéa 2, les mots « permis d'urbanisation » sont remplacés par les mots « permis d'urbaniser ou de diviser ».

**Art. 76.** - Dans l'article D.IV.27 du même Code, les mots « permis d'urbanisation » sont remplacés par les mots « permis d'urbaniser ou de diviser ».

**Art. 77.** - À l'article D.IV.28 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans la phrase introductive de l'alinéa 1<sup>er</sup>, les mots « permis d'urbanisation » sont remplacés par les mots « permis d'urbaniser »;

2° dans l'alinéa 1<sup>er</sup>, 3°, les mots « le cas échéant, » sont insérés avant les mots « le dossier technique »;

3° dans l'alinéa 2, les mots « Lorsque la demande de permis d'urbanisation n'implique » sont remplacés par les mots « Lorsque la demande n'implique », et les mots « la demande de permis d'urbanisation comporte » sont remplacés par les mots « la demande de permis d'urbaniser comporte ».

**Art. 78.** - Dans le même Code, il est inséré un article D.IV.28.1 rédigé comme suit :

« Art. D.IV.28.1 - La demande de permis de diviser comporte :

1° un plan de division établi par un géomètre-expert qui fait mention :

a) du réseau viaire;

b) des infrastructures et réseaux techniques, ainsi que de la gestion des eaux usées et des eaux de ruissellement;

c) des espaces publics et des espaces verts, le cas échéant;

d) du parcellaire;

2° la justification des conditions mentionnées à l'article D.IV.2, § 3. »

**Art. 79.** - Dans l'article D.IV.29 du même Code, les mots « permis d'urbanisation » sont remplacés par les mots « permis d'urbaniser ou de diviser ».

**Art. 80.** - À l'article D.IV.30, § 2, du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 2, les mots « permis d'urbanisation » sont remplacés par les mots « permis d'urbaniser ou de diviser »;

2° l'alinéa 3 est remplacé par ce qui suit :

« Toute demande de certificat d'urbanisme n° 2 comprend également une demande de certificat d'urbanisme n° 1. »

**Art. 81.** - À l'article D.IV.31 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 4, les mots « non décisionnel » sont abrogés et les mots « et son contenu confirmé » sont insérés *in fine*;

2° le § 4 est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Le procès-verbal a une validité de deux ans à dater de la réunion de projet. »;

3° dans le § 5, alinéa 1<sup>er</sup>, 2°, les mots « 15 000 m<sup>2</sup> » sont remplacés par les mots « 800 m<sup>2</sup> »;

4° dans le § 5, alinéa 1<sup>er</sup>, 3°, les mots « 150 logements » sont remplacés par les mots « 15 unités de logement »;

5° le § 6 est complété par la phrase suivante :

« Si le délai expire entre le 16 juillet et le 15 août ou entre le 24 décembre et le 1<sup>er</sup> janvier, il est prolongé de plein droit de quinze jours. »;

6° l'article est complété par un § 7 rédigé comme suit :

« § 7 - Moyennant l'accord du porteur de projet, l'autorité compétente peut tenir la réunion de projet par vidéoconférence. »

**Art. 82.** - À l'article D.IV.31.1 du même Code, inséré par le décret du 12 décembre 2019, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 3, alinéa 1<sup>er</sup>, les mots « , qui n'a pas valeur de décision » sont abrogés et les mots « et son contenu confirmé » sont insérés *in fine*;

2° dans le § 3, alinéa 2, la deuxième phrase est remplacée par ce qui suit :

« Cette mention est contraignante pour le porteur de projet. »;

3° le § 4 est complété par la phrase suivante :

« Si le délai expire entre le 16 juillet et le 15 août ou entre le 24 décembre et le 1<sup>er</sup> janvier, il est prolongé de plein droit de quinze jours. »;

4° l'article est complété par un § 5 rédigé comme suit :

« § 5 - Moyennant l'accord du porteur de projet, le Gouvernement peut tenir la réunion de projet par vidéoconférence. »

**Art. 83.** - À l'article D.IV.32 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1<sup>er</sup>, le mot « récépissé » est remplacé par les mots « avis de dépôt »;

2° dans l'alinéa 2, modifié par le décret du 12 décembre 2019, le mot « récépissé » est remplacé par les mots « avis de dépôt ».

**Art. 84.** - L'article D.IV.33 du même Code, modifié par le décret du 12 décembre 2019, est remplacé par ce qui suit :

« Art. D.IV.33 - § 1<sup>er</sup> - Dans les vingt jours suivant la réception de la demande de permis ou de certificat d'urbanisme n° 2, selon le cas, ou de son avis de dépôt, l'autorité compétente ou la personne qu'elle délègue à cette fin adresse au demandeur :

1° si la demande est jugée complète et recevable, un avis de complétude formelle. Une copie est envoyée à l'auteur de projet;

2° si la demande est jugée incomplète, par envoi, un relevé des pièces manquantes, en signalant que la procédure ne sera poursuivie qu'à partir de leur réception. Une copie est envoyée à l'auteur de projet. Le demandeur dispose d'un délai de cent-quatre-vingts jours pour compléter la demande. À défaut, la demande est déclarée irrecevable.

§ 2 - Si le collège communal est l'autorité compétente et qu'il n'a transmis, dans le délai mentionné au § 1<sup>er</sup>, ni l'avis de complétude formelle, ni le relevé des pièces manquantes, la demande est considérée comme recevable et la procédure est poursuivie si le demandeur, dans les dix jours suivant le terme du délai mentionné à l'alinéa 1<sup>er</sup>, fait parvenir au Gouvernement les documents suivants :

1° une copie du dossier initialement adressé au collège communal;

2° la preuve de l'envoi ou l'avis de dépôt mentionnés à l'article D.IV.32.

Le demandeur en avertit simultanément le collège communal.

Le Gouvernement détermine les avis à solliciter ainsi que le délai dans lequel le collège communal doit prendre la décision relative à la demande, et en avertit le demandeur, l'auteur de projet et le collège communal. Le délai est contraignant pour le collège communal.

Si les documents ne sont pas transmis au Gouvernement conformément à l'alinéa 1<sup>er</sup>, la demande est irrecevable et la procédure est arrêtée.

Si, dans un délai de vingt jours, le Gouvernement n'a pas envoyé au demandeur l'avis de complétude formelle mentionné au § 1<sup>er</sup>, 1<sup>o</sup>, ou le relevé des pièces manquantes visé au § 1<sup>er</sup>, 2<sup>o</sup>, la demande est réputée recevable et la procédure est poursuivie.

§ 3 - Si le délai mentionné au § 1<sup>er</sup> expire entre le 1<sup>er</sup> juillet et le 31 août inclus, il est prolongé de plein droit de dix jours.

Le délai mentionné au § 1<sup>er</sup> est suspendu entre le 24 décembre et le 1<sup>er</sup> janvier inclus. »

**Art. 85.** - À l'article D.IV.34 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> dans la phrase introductive de l'alinéa 1<sup>er</sup>, les mots « l'accusé de réception de la demande complète » sont remplacés par les mots « l'avis de complétude formelle relatif à la demande »;

2<sup>o</sup> dans l'alinéa 2, les mots « L'accusé de réception » sont remplacés par les mots « L'avis de complétude formelle »;

3<sup>o</sup> l'alinéa 3, modifié par le décret du 12 décembre 2019, est remplacé par ce qui suit :

« L'avis de complétude formelle mentionne aussi que le délai visé au 5<sup>o</sup> peut, moyennant motivation, être prorogé de trente jours par le collège communal ou le Gouvernement. »;

4<sup>o</sup> l'alinéa 4 est remplacé par ce qui suit :

« L'avis de complétude formelle délivré par le collège communal reprend le libellé de l'article D.IV.47. »;

5<sup>o</sup> dans l'alinéa 5, les mots « l'accusé de réception » sont remplacés par les mots « l'avis de complétude formelle ».

**Art. 86.** - Dans l'article D.IV.35, § 2, alinéa 2, du même Code, modifié par le décret du 12 décembre 2019, les mots « le collège communal et le Gouvernement peuvent » et « qu'ils jugent » sont respectivement remplacés par les mots « l'autorité compétente peut » et « qu'elle juge ».

**Art. 87.** - À l'article D.IV.36 du même Code, modifié par le décret du 12 décembre 2019, les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> dans l'alinéa 1<sup>er</sup>, les mots « Simultanément à l'envoi de l'accusé de réception de la demande complète, selon le cas, le collège communal ou le Gouvernement » sont remplacés par les mots « Simultanément à l'avis de complétude formelle relatif à la demande, l'autorité compétente »;

2<sup>o</sup> dans l'alinéa 2, les mots « , dans le même délai, » et « l'accusé de réception » sont respectivement remplacés par les mots « simultanément » et « l'avis de complétude formelle »;

3<sup>o</sup> dans l'alinéa 3, les mots « au collège communal, dans le même délai, » et « l'accusé de réception » sont respectivement remplacés par les mots « simultanément au collège communal » et « l'avis de complétude formelle ».

**Art. 88.** - (Concerne le texte allemand.)

**Art. 89.** - Dans l'article D.IV.40, alinéa 3, du même Code, les mots « permis d'urbanisation » sont remplacés par les mots « permis d'urbaniser ou de diviser ».

**Art. 90.** - À l'article D.IV.41 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> dans l'alinéa 1<sup>er</sup>, les mots « au stade de la complétude de la demande de permis ou de certificat d'urbanisme n<sup>o</sup> 2 » sont remplacés par les mots « en cas de complétude formelle de la demande »;

2<sup>o</sup> dans l'alinéa 2, les mots « au stade de la complétude de la demande de permis ou de certificat d'urbanisme n<sup>o</sup> 2 » sont remplacés par les mots « en cas de complétude formelle de la demande ».

**Art. 91.** - L'article D.IV.42 du même Code, modifié par le décret du 12 décembre 2019, est remplacé par ce qui suit :

« Art. D.IV.42 - § 1<sup>er</sup> - Préalablement à la décision prise par l'autorité compétente conformément à l'article D.IV.46, alinéa 1<sup>er</sup>, ou à l'article D.IV.48, alinéa 1<sup>er</sup>, le demandeur peut, à la demande de celle-ci ou moyennant son accord, produire des plans modificatifs et un complément corollaire de notice d'évaluation préalable des incidences sur l'environnement ou d'étude d'incidences.

Si le Gouvernement est l'autorité compétente, l'avis du collège communal est sollicité. Si le collège communal est l'autorité compétente et que l'avis du Gouvernement devait être sollicité ou l'a été, il est à nouveau sollicité.

§ 2 - Les plans modificatifs et le complément de notice d'évaluation préalable peuvent être soumis à de nouvelles mesures de publicité par l'entremise de la commune et à un nouvel avis des services ou commissions qui ont été consultés précédemment au cours de la procédure. Dans ce cas, le demandeur en est informé.

Sauf dans les cas mentionnés au § 3, de nouvelles mesures de publicité doivent être menées par l'entremise de la commune et l'avis des services ou commissions qui ont été consultés précédemment au cours de la procédure doit à nouveau être sollicité, lorsque la demande est soumise à une étude d'incidences. Le demandeur en est informé.

§ 3 - Les mesures de publicité spécifiques et les nouveaux avis ne sont pas requis :

1<sup>o</sup> lorsque la modification résulte d'une proposition contenue dans les observations faites lors de l'enquête publique ou pendant la période d'annonce de projet ou qui s'y rattache directement;

2<sup>o</sup> ou lorsque la modification projetée n'a qu'une portée limitée et ne porte pas atteinte à l'objet et à l'économie générale du projet et à ses caractéristiques substantielles.

§ 4 - Sans préjudice du § 3, l'avis conforme relatif au patrimoine est à nouveau demandé pour les demandes mentionnées à l'article D.IV.35, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>. Le demandeur en est informé.

§ 5 - L'envoi au demandeur de l'accord de l'autorité compétente ou de la demande de celle-ci a pour effet d'interrompre les délais visés aux articles D.IV.46, D.IV.47 et D.IV.48. Une copie est transmise au Gouvernement ou, selon le cas, au collège communal.

Le demandeur transmet les plans modificatifs et le complément corollaire de notice d'évaluation préalable des incidences sur l'environnement ou d'étude d'incidences à l'autorité compétente. Il est transmis autant d'exemplaires de ces pièces que pour la demande initiale.

La procédure reprend, selon les modalités prévues à l'article D.IV.33. Les nouveaux délais de décision sont fixés sur la base des plans modificatifs et du complément corollaire de notice d'évaluation préalable des incidences sur l'environnement ou d'étude d'incidences conformément à l'article D.IV.46, alinéa 1<sup>er</sup>, ou à l'article D.IV.48, alinéa 1<sup>er</sup>. »

**Art. 92.** - L'article D.IV.43 du même Code est abrogé.

**Art. 93.** - Dans le Livre IV, titre II, chapitre VI, du même Code, la section 4, comportant l'article D.IV.44 et abrogée par le décret de la Région wallonne du 26 avril 2018, est rétablie dans la rédaction suivante :

« Section 4 - Suspension de la procédure en vue de rectifier la demande de permis ».

**Art. 94.** - Dans le Livre IV, titre II, chapitre VI, section 4, du même Code, l'article D.IV.44, abrogé par le décret de la Région wallonne du 26 avril 2018, est rétabli dans la rédaction suivante :

« Art. D.IV.44 - Avant de prendre sa décision conformément à l'article D.IV.46, alinéa 1<sup>er</sup>, ou à l'article D.IV.48, alinéa 1<sup>er</sup>, l'autorité compétente peut suspendre la procédure pendant un maximum de trente jours afin d'inviter le demandeur à lui fournir toute information supplémentaire nécessaire pour prendre sa décision ou des documents rectificatifs de la demande.

Le demandeur en est informé. Une copie est transmise au Gouvernement ou, selon le cas, au collège communal. »

**Art. 95.** - Dans l'article D.IV.45, alinéa 2, du même Code, les mots « permis d'urbanisation » sont remplacés par les mots « permis d'urbaniser ».

**Art. 96.** - Dans le Livre IV, titre II, du même Code, l'intitulé du chapitre VII est remplacé par ce qui suit :

« Chapitre VII - Décision sur les demandes de permis ou de certificat d'urbanisme ».

**Art. 97.** - À l'article D.IV.46 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> dans la phrase introductive de l'alinéa 1<sup>er</sup>, les mots « l'accusé de réception » sont chaque fois remplacés par les mots « l'avis de complétude formelle »;

2<sup>o</sup> dans l'alinéa 1<sup>er</sup>, le 3<sup>o</sup>, modifié par le décret du 12 décembre 2019, est remplacé par ce qui suit :

« 3<sup>o</sup> cent-quinze jours dans les autres cas. »;

3<sup>o</sup> l'alinéa 3 est complété par les mots « , moyennant motivation ».

**Art. 98.** - Dans l'article D.IV.47, § 2, du même Code, l'alinéa 2, modifié par le décret du 12 décembre 2019, est remplacé par ce qui suit :

« Si le permis est réputé refusé conformément à la proposition de décision et si la décision du Gouvernement n'est pas transmise au demandeur dans le délai imparti, le Gouvernement est saisi de la demande en tant qu'instance de recours. »

**Art. 99.** - À l'article D.IV.48 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> la phrase introductive de l'alinéa 1<sup>er</sup>, modifiée par le décret du 12 décembre 2019, est remplacée par ce qui suit :

« La décision du Gouvernement octroyant ou refusant le permis ou le certificat d'urbanisme n<sup>o</sup> 2 est simultanément envoyée au collège communal et au demandeur, dans la mesure où la commune n'est pas à l'initiative de la demande, dans les délais suivants à dater du jour où le Gouvernement a envoyé l'avis de complétude formelle mentionné à l'article D.IV.33, ou, à défaut, à dater du jour suivant le terme du délai qui lui était imparti pour envoyer l'avis : »;

2<sup>o</sup> dans l'alinéa 1<sup>er</sup>, 1<sup>o</sup>, les mots « ou lorsque la demande porte sur un permis de diviser et » sont insérés entre les mots « sont d'impact limité » et les mots « ne requiert pas », et les mots « et que la demande » sont abrogés;

3<sup>o</sup> l'alinéa 3, modifié par le décret du 12 décembre 2019, est remplacé par ce qui suit :

« Moyennant motivation, les délais mentionnés à l'alinéa 1<sup>er</sup> peuvent être prolongés de trente jours par le Gouvernement. Le Gouvernement envoie sa décision de prorogation, selon le cas, dans le délai de soixante, nonante ou cent-trente jours au demandeur et au collège communal, dans la mesure où la commune n'est pas à l'initiative de la demande. Le Gouvernement envoie une copie de la décision portant prolongation à l'auteur de projet. »

**Art. 100.** - Dans l'article D.IV.53, alinéa 3, du même Code, les mots « permis d'urbanisation » sont remplacés par les mots « permis d'urbaniser ou de diviser ».

**Art. 101.** - À l'article D.IV.54 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> le libellé actuel de l'article, modifié par le décret du 12 décembre 2019, devient le § 1<sup>er</sup>;

2<sup>o</sup> l'article est complété par un § 2 rédigé comme suit :

« § 2 - Lorsqu'un permis d'urbanisme ou un permis d'urbanisme de constructions groupées est octroyé à une personne autre qu'une société de logement de service public et que ce permis approuve la création de nouvelles unités de logement, l'autorité compétente peut subordonner l'octroi du permis aux charges suivantes :

1<sup>o</sup> la mise à disposition, par accord écrit et pour une période d'au moins neuf ans, d'une ou de plusieurs unités de logement qui respectent les dispositions du Code de l'habitation durable à la société de logement de service public à laquelle est affiliée la commune concernée;

2<sup>o</sup> ou la vente à un prix déterminé ou la cession à titre gratuit d'une ou de plusieurs unités de logement qui respectent les dispositions du Code de l'habitation durable à la société de logement de service public à laquelle est affiliée la commune concernée;

3<sup>o</sup> ou la vente, à un prix déterminé, d'une ou de plusieurs unités de logement qui respectent les dispositions du Code de l'habitation durable à des personnes de droit privé ou public dont l'accès à la propriété doit être promu.

Le Gouvernement fixe les autres modalités concernant les charges, notamment, le cas échéant :

1<sup>o</sup> la clef de répartition des charges, entre autres le nombre d'unités de logement;

2<sup>o</sup> les modalités relatives au calcul des prix;

3<sup>o</sup> les modalités de mise à disposition ou de vente des unités de logement;

4° les modalités pour déterminer les personnes dont l'accès à la propriété doit être promu.

Le Gouvernement respecte le principe de proportionnalité lors de la délivrance du permis. »;

3° l'article est complété par un § 3 rédigé comme suit :

« § 3 - Lorsqu'un permis d'urbaniser ou de diviser est octroyé à une personne autre qu'une société de logement de service public et que ce permis approuve la création de lots utilisés ou utilisables à des fins d'habitation, l'autorité compétente peut subordonner l'octroi du permis aux charges suivantes :

1° la vente à un prix déterminé ou la cession à titre gratuit d'un ou de plusieurs lots à la société de logement de service public à laquelle est affiliée la commune concernée;

2° ou la vente, à un prix déterminé, de lots à des personnes de droit privé ou public dont l'accès à la propriété doit être promu.

Le Gouvernement fixe les autres modalités concernant les charges, notamment, le cas échéant :

1° la clef de répartition des charges, entre autres le nombre de lots;

2° les modalités relatives au calcul des prix;

3° les modalités de vente;

4° les modalités pour déterminer les personnes dont l'accès à la propriété doit être promu.

Le Gouvernement respecte le principe de proportionnalité lors de la délivrance du permis. »;

4° l'article est complété par un § 4 rédigé comme suit :

« § 4 - L'autorité compétente peut subordonner la délivrance du permis à des charges relatives à l'édification d'unités de logement sans obstacle. »

**Art. 102.** - Dans l'intitulé du Livre IV, titre II, chapitre VII, section 2, sous-section 3, du même Code, le mot « viabilisation » est remplacé par les mots « viabilisation technique ».

**Art. 103.** - À l'article D.IV.55 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° (concerne le texte allemand);

2° dans le 4°, les mots « à un intérieur d'îlot susceptible d'être urbanisé » sont remplacés par les mots « à l'enclave susceptible d'être urbanisée ».

**Art. 104.** - À l'article D.IV.60 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'alinéa 1<sup>er</sup> est complété par les mots « , dont une créance garantie par un nantissement entre les mains de l'officier instrumentant. »;

2° (concerne le texte allemand);

3° l'article est complété par un alinéa 4 rédigé comme suit :

« L'autorité compétente exige des garanties financières pour ce qui concerne la présentation de plans de conformité et/ou d'un reportage photographique conformément à l'article D.IV.73, § 1<sup>er</sup> ou § 2. »;

4° l'article est complété par un alinéa 5 rédigé comme suit :

« L'autorité compétente peut décider de la libération progressive de la garantie financière ou de la créance garantie par un nantissement au sens du présent article. »;

5° l'article est complété par un alinéa 6 rédigé comme suit :

« Les garanties financières sont soumises au principe de proportionnalité et se basent sur les coûts de la charge, de l'acte, du travail ou de l'obligation à garantir. En vue de fixer le montant de la garantie, l'autorité compétente peut demander des informations ou des devis au demandeur. »

**Art. 105.** - À l'article D.IV.62 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° (concerne le texte allemand);

2° dans le § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, 4°, les mots « permis d'urbanisation » sont remplacés par les mots « permis d'urbaniser ou de diviser »;

**Art. 106.** - À l'article D.IV.63 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans la phrase introductive du § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, modifié par le décret du 12 décembre 2019, les mots « accusé de réception » sont remplacés par les mots « avis de dépôt »;

2° dans le § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, 4°, modifié par le décret du 12 décembre 2019, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

3° dans le § 1<sup>er</sup>, l'alinéa 1<sup>er</sup>, modifié par le décret du 12 décembre 2019, est complété par les 5° et 6° rédigés comme suit :

« 5° soit de la réception de la décision du Gouvernement visée à l'article D.IV.109.11;

6° soit de la réception de la décision du Gouvernement visée à l'article D.VII.18, § 2. »;

4° le § 1<sup>er</sup>, modifié par le décret du 12 décembre 2019, est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Le demandeur peut joindre à son recours des plans modificatifs et le complément corollaire de notice d'évaluation préalable des incidences sur l'environnement ou d'étude d'incidences s'ils constituent une réponse aux remarques mentionnées en première instance. »;

5° dans le § 2, alinéa 1<sup>er</sup>, les mots « l'article D.IV.47, § 1<sup>er</sup> et § 3 » sont remplacés par les mots « l'article D.IV.47 »;

6° le § 3, modifié par le décret du 12 décembre 2019, est abrogé.

**Art. 107.** - À l'article D.IV.66 du même Code, modifié par le décret du 12 décembre 2019, les modifications suivantes sont apportées :

1° les mots « commission d'avis sur les recours » sont remplacés par les mots « commission de recours », et les mots « commission d'avis » sont chaque fois remplacés par les mots « commission de recours »;

2° dans l'alinéa 3, 1°, les mots « permis d'urbanisation » sont remplacés par les mots « permis d'urbaniser »;

3° l'alinéa 5 est remplacé par ce qui suit :

« Dans les quinze jours de la tenue de l'audition, la commission de recours transmet son avis au Gouvernement. L'avis de la commission de recours comprend une proposition motivée de décision. À défaut d'avis, l'avis est réputé favorable à l'auteur du recours. »

**Art. 108.** - L'article D.IV.67 du même Code, modifié par le décret du 12 décembre 2019, est remplacé par ce qui suit :

« Art. D.IV.67 - Dans les nonante-cinq jours suivant la réception du recours, le Gouvernement transmet sa décision au demandeur et au collège communal. Tout écart par rapport à la proposition de décision de la commission de recours est expressément motivé.

Si la décision du Gouvernement n'est pas transmise au demandeur dans le délai imparti, la proposition de décision contenue dans l'avis explicite de la commission de recours vaut comme décision.

Le Gouvernement transmet la décision simultanément au demandeur et au collège communal dans les trente jours à dater du jour suivant le terme du délai qui lui était imparti pour envoyer sa décision. Le Gouvernement transmet une copie de la décision à l'auteur de projet.

Si la décision du Gouvernement n'est pas transmise au demandeur dans le délai imparti et si l'avis de la commission de recours n'est pas transmis dans le délai mentionné à l'article D.IV.66, alinéa 5, la décision dont recours est confirmée.

Le délai imparti est suspendu du 16 juillet au 15 août inclus et du 24 décembre au 1<sup>er</sup> janvier inclus. En cas de suspension du délai, les délais mentionnés aux articles D.IV.66, D.IV.68 et D.IV.69 sont prolongés de la durée de la suspension. »

**Art. 109.** - À l'article D.IV.68 du même Code, modifié par le décret du 10 décembre 2020, les modifications suivantes sont apportées :

1° les mots « d'avis de la commission de recours et » sont insérés entre les mots « délais » et les mots « de décision »;

2° les mots « du Gouvernement » sont insérés entre les mots « de décision » et les mots « sont prorogés »;

3° l'article est complété par la phrase suivante :

« Le Gouvernement transmet à la commission de recours les résultats des mesures particulières de publicité ainsi que les avis. »

**Art. 110.** - L'article D.IV.70 du même Code, modifié par le décret du 12 décembre 2019, est remplacé par ce qui suit :

« Art. D.IV.70 - Un avis indiquant que le permis a été octroyé ou que les actes et travaux font l'objet d'un des documents suivants est affiché par le demandeur sur le terrain, à front de voirie, et doit être facilement lisible depuis celle-ci :

1° la décision mentionnée à l'article D.IV.73.1, § 2;

2° la décision mentionnée à l'article D.IV.73.2;

3° le jugement mentionné à l'article D.VII.15 ou D.VII.22;

4° la décision mentionnée à l'article D.VII.18, § 2, 1° ou 2°;

5° l'ordonnance mentionnée à l'article D.VII.19, § 1<sup>er</sup>.

S'il s'agit de travaux à exécuter, cet avis doit être affiché sur le chantier avant le début desdits travaux et pendant toute leur durée. Dans les autres cas, l'avis doit déjà être affiché lors des préparatifs, avant que l'acte ou les actes ne soient accomplis et pendant toute leur durée. Durant ce temps, le permis et le dossier annexé ou, selon le cas, une copie de ces documents certifiée conforme par la commune ou le Gouvernement ou encore les documents mentionnés à l'alinéa 1<sup>er</sup> se trouvent en permanence à la disposition des agents désignés à l'article D.VII.3 à l'endroit où les travaux sont exécutés et les actes accomplis.

Par dérogation à l'alinéa 2, l'avis relatif à un permis de diviser est affiché dans les dix jours suivant la réception par le demandeur et conservé pendant vingt jours.

Pour des permis relatifs à des actes et travaux conformément à l'article D.IV.4, alinéa 1<sup>er</sup>, 1° à 5°, l'annonce comporte une visualisation 3D du projet d'urbanisme. Pour des permis relatifs à des actes et travaux conformément à l'article D.IV.2, l'annonce comporte une représentation du parcellaire prévu et, le cas échéant, l'impression graphique des objectifs poursuivis en matière d'aménagement du territoire et d'urbanisme au niveau de la partie concernée de la zone.

Au plus tard le lendemain de l'affichage, le demandeur fait parvenir à l'autorité compétente une photo prouvant l'affichage, et ce, par courrier électronique ou postal. »

**Art. 111.** - Dans l'article D.IV.72 du même Code, les mots « ou d'un géomètre désigné par lui » sont insérés en fin de première phrase et, dans la deuxième phrase, les mots « ou le géomètre » sont insérés entre les mots « Le collège communal » et les mots « indique l'implantation ».

**Art. 112.** - Dans le Livre IV, titre II, chapitre X, du même Code, l'intitulé de la section 4 est remplacé par ce qui suit :

« Section 4 - Plans de conformité et déclaration de conformité après l'achèvement des travaux ».

**Art. 113.** - L'article D.IV.73 du même Code, modifié par le décret du 12 décembre 2019, est remplacé par ce qui suit :

« Art. D.IV.73 - § 1<sup>er</sup> - Dans les trois mois suivant l'achèvement des travaux pour lesquels il faut faire appel à un architecte ou pour lesquels il a été fait appel à un architecte, le titulaire du permis ou le propriétaire du bien introduit auprès de l'autorité qui a octroyé le permis, le cas échéant en procédure de recours, les documents suivants :

1° les plans contresignés par l'architecte qui mentionnent la date d'achèvement des travaux et charges et qui, au moyen d'un relevé correct des travaux et charges exécutés, rendent la situation exacte après l'achèvement des travaux, ci-après dénommés « plans de conformité »;

2° un reportage photographique qui rend compte de l'aspect extérieur de la construction terminée.

Le Gouvernement peut arrêter le contenu des plans de conformité.

§ 2 - Dans les trois mois suivant l'achèvement des travaux pour lesquels il n'y a pas lieu de faire appel à un architecte, le titulaire du permis ou le propriétaire du bien introduit auprès de l'autorité qui a octroyé le permis, le cas échéant en procédure de recours, un reportage photographique qui rend compte de l'aspect extérieur de la construction terminée. »

**Art. 114.** - Dans le Livre IV, titre II, chapitre X, section 4, du même Code, modifiée par le décret du 12 décembre 2019, il est inséré un article D.IV.73.1 rédigé comme suit :

« Art. D.IV.73.1 - § 1<sup>er</sup> - Conformément aux dispositions qui peuvent être adoptées par le Gouvernement, celui-ci délivre, dans un délai de septante-cinq jours à dater de la demande lui adressée par le titulaire du permis ou le propriétaire du bien, une déclaration de conformité si les actes ou travaux sont achevés dans le délai imparti et répondent au prescrit du permis octroyé.

Le Gouvernement refuse la déclaration mentionnée à l'alinéa 1<sup>er</sup> si les actes ou travaux ne sont pas achevés au terme du délai imparti ou s'ils n'ont pas été exécutés conformément au prescrit du permis délivré. Dans ce cas, il liste les actes ou travaux non encore exécutés et les points non respectés du prescrit du permis délivré.

Si des plans de conformité contresignés par l'architecte existent, mais n'ont pas encore été déposés, ils sont annexés à la demande avec le reportage photographique mentionné à l'article D.IV.73 et, le cas échéant, une motivation relative aux conditions mentionnées au § 2.

Le Gouvernement peut arrêter le contenu de la demande de déclaration de conformité.

§ 2 - Dans le cadre de la déclaration mentionnée au § 1<sup>er</sup>, le Gouvernement peut, moyennant motivation, déclarer conformes des actes ou travaux qui ne respectent pas les prescriptions si :

1<sup>o</sup> il s'agit de modifications qui sont justifiées par des raisons techniques, n'influencent pas le projet dans ses grandes lignes et n'augmentent pas, directement ou indirectement, les dangers, nuisances ou inconvénients pour l'homme ou l'environnement;

2<sup>o</sup> ou il s'agit d'actes ou de travaux au sens de l'article D.IV.1, § 2.

Si les actes ou travaux mentionnés à l'alinéa 1<sup>er</sup> concernent un bien mentionné à l'article D.IV.14.1, un avis conforme relatif au patrimoine est demandé avant la déclaration.

Si les actes ou travaux mentionnés à l'alinéa 1<sup>er</sup> concernent des conditions mises au permis par le collège communal, l'avis du collège communal est demandé avant la déclaration.

Par dérogation aux articles D.IV.37 à D.IV.39, les avis mentionnés aux alinéas 2 et 3 sont transmis dans les trente jours suivant l'envoi de la demande. Passé ce délai, l'avis est censé être favorable.

Une copie de la déclaration est transmise à toutes les instances ayant rendu un avis à propos du projet. »

**Art. 115.** - Dans le Livre IV, titre II, chapitre X, du même Code, modifié par le décret du 12 décembre 2019, il est inséré une section 4.1, comportant l'article D.IV.73.2, intitulée comme suit :

« Section 4.1 - Modifications après délivrance du permis, avant ou pendant l'achèvement des travaux ».

**Art. 116.** - Dans le Livre IV, titre II, chapitre X, section 4.1, du même Code, il est inséré un article D.IV.73.2 rédigé comme suit :

« Art. D.IV.73.2 - Conformément aux dispositions qui peuvent être adoptées par le Gouvernement, le titulaire du permis peut introduire auprès de l'autorité qui a octroyé le permis, le cas échéant en procédure de recours, une demande simplifiée de modification dudit permis après son octroi, avant ou pendant l'achèvement des actes ou travaux en cas de modifications du projet approuvé ou des conditions ou charges mentionnées dans le permis si :

1<sup>o</sup> il s'agit de modifications qui sont justifiées par des raisons techniques, n'influencent pas le projet dans ses grandes lignes et n'augmentent pas, directement ou indirectement, les dangers, nuisances ou inconvénients pour l'homme ou l'environnement;

2<sup>o</sup> ou il s'agit d'actes ou de travaux au sens de l'article D.IV.1, § 2;

3<sup>o</sup> ou les actes ou travaux concernent la réalisation de conditions ou charges d'urbanisme.

Le Gouvernement peut arrêter le contenu de la demande de modification du permis.

La demande comprend au moins les plans et documents modifiés, ainsi qu'une motivation des modifications en ce qui concerne les conditions mentionnées à l'alinéa 1<sup>er</sup>.

L'autorité compétente transmet sa décision au titulaire du permis dans un délai de :

1<sup>o</sup> trente jours à dater de la réception de la demande, si aucun avis n'est nécessaire;

2<sup>o</sup> soixante jours à dater de la réception de la demande, si un ou plusieurs avis sont nécessaires.

À défaut de notification de la décision dans le délai imparti, la demande de modification est censée être rejetée.

Si les actes ou travaux mentionnés à l'alinéa 1<sup>er</sup> concernent un bien mentionné à l'article D.IV.14.1, un avis conforme relatif au patrimoine est demandé avant le permis.

Si les actes ou travaux mentionnés à l'alinéa 1<sup>er</sup> concernent un projet mentionné à l'article D.IV.17 ou des conditions ou charges imposées par le Gouvernement, l'avis de ce dernier est demandé. Dans les cas mentionnés à l'article D.IV.17, l'avis du Gouvernement est un avis conforme.

Si les actes ou travaux mentionnés à l'alinéa 1<sup>er</sup> concernent des conditions ou charges imposées par le collège communal, l'avis de ce dernier est demandé avant le permis.

Par dérogation aux articles D.IV.37 à D.IV.39, les avis mentionnés aux alinéas 6 à 8 sont transmis dans les trente jours suivant l'envoi de la demande. Passé ce délai, l'avis est censé être favorable.

Une copie de la décision est transmise à toutes les instances ayant rendu un avis lors du traitement du projet initial. »

**Art. 117.** - Dans l'article D.IV.74, alinéa 1<sup>er</sup>, du même Code, les mots « d'un permis d'urbanisation » sont remplacés par les mots « d'un permis d'urbaniser, d'un permis de diviser ».

**Art. 118.** - Dans l'article D.IV.76 du même Code, les mots « à un permis d'urbanisation » sont remplacés par les mots « à un permis d'urbaniser, à un permis de diviser ».

**Art. 119.** - Dans l'article D.IV.77 du même Code, les mots « et le permis d'urbanisation définitif » sont remplacés par les mots « , le permis d'urbaniser et le permis de diviser définitifs ».

**Art. 120.** - L'article D.IV.78 du même Code est remplacé par ce qui suit :

« Art. D.IV.78 - Sans préjudice des obligations découlant des articles D.IV.53 à D.IV.60, le permis d'urbaniser ou de diviser a valeur indicative. Il s'applique au permis d'urbanisme et au certificat d'urbanisme n° 2 y relatif. »

**Art. 121.** - Dans l'article D.IV.79 du même Code, les mots « le permis d'urbanisation qui implique l'ouverture, la modification ou la suppression d'une voirie communale, » sont remplacés par les mots « le permis d'urbaniser ou de diviser ».

**Art. 122.** - À l'article D.IV.80 du même Code, modifié par le décret du 12 décembre 2019, les modifications suivantes sont apportées :

1° (concerne le texte allemand);

2° dans le § 2, la deuxième phrase est remplacée par ce qui suit :

« L'autorité compétente peut exiger le dépôt de garanties afin qu'il soit satisfait aux obligations relatives à la remise en état des lieux. »

**Art. 123.** - Dans le Livre IV, titre III, chapitre III, du même Code, l'intitulé de la section 1<sup>re</sup> est remplacé par ce qui suit :

« Section 1<sup>re</sup> - Péremption du permis d'urbaniser ou de diviser ».

**Art. 124.** - À l'article D.IV.81 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1<sup>er</sup>, les mots « permis d'urbanisation » sont remplacés par les mots « permis d'urbaniser ou de diviser »;

2° dans l'alinéa 2, les mots « permis d'urbanisation » sont remplacés par les mots « permis d'urbaniser »;

3° dans l'alinéa 3, les mots « D.IV.2, § 1<sup>er</sup>, alinéa 3 » sont remplacés par les mots « D.IV.1, § 1<sup>er</sup>, alinéa 2, 1° »;

4° dans l'alinéa 4, les mots « permis d'urbanisation » sont remplacés par les mots « permis d'urbaniser ou de diviser », et les mots « à l'article D.IV.2, § 1<sup>er</sup>, alinéa 3 » sont remplacés par les mots « à l'article D.IV.1, § 1<sup>er</sup>, alinéa 2, 1°, ou D.IV.103 ».

**Art. 125.** - Dans l'article D.IV.82 du même Code, les mots « permis d'urbanisation » sont remplacés par les mots « permis d'urbaniser ou de diviser ».

**Art. 126.** - Dans l'article D.IV.83 du même Code, les mots « permis d'urbanisation » sont chaque fois remplacés par les mots « permis d'urbaniser ou de diviser ».

**Art. 127.** - Dans l'article D.IV.88 du même Code, l'alinéa 2 est abrogé.

**Art. 128.** - Dans l'article D.IV.89 du même Code, le 3°, modifié par le décret de la Région wallonne du 1<sup>er</sup> mars 2018, est abrogé.

**Art. 129.** - (Concerne le texte allemand.)

**Art. 130.** - (Concerne le texte allemand.)

**Art. 131.** - (Concerne le texte allemand.)

**Art. 132.** - Dans le Livre IV, titre III, du même Code, l'intitulé du chapitre VIII est remplacé par ce qui suit :

« Chapitre VIII - Modification ou abrogation du permis d'urbaniser ou de diviser ».

**Art. 133.** - À l'article D.IV.94 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, les mots « permis d'urbanisation » sont chaque fois remplacés par les mots « permis d'urbaniser », et les mots « ou abrogation » sont insérés entre les mots « une modification » et les mots « de celui-ci »;

2° dans le § 1<sup>er</sup>, alinéa 2, les mots « permis d'urbanisation » sont remplacés par les mots « permis d'urbaniser »;

3° dans le § 2, alinéa 1<sup>er</sup>, les mots « permis d'urbanisation » sont remplacés par les mots « permis d'urbaniser »;

4° dans le § 2, alinéa 2, les mots « permis d'urbanisation » sont remplacés par les mots « permis d'urbaniser ».

**Art. 134.** - Dans l'article D.IV.95 du même Code, le § 1<sup>er</sup> est remplacé par ce qui suit :

« § 1<sup>er</sup> - Les dispositions réglant le permis d'urbaniser sont applicables à sa modification ou à son abrogation. Toutefois, le dossier de demande comporte uniquement les éléments en lien avec la modification ou abrogation projetée. »

**Art. 135.** - Dans le même Code, il est inséré un article D.IV.95.1 rédigé comme suit :

« Art. D.IV.95.1 - § 1<sup>er</sup> - Soit à l'initiative du collège communal, soit à la demande du propriétaire ou nu-propriétaire d'un lot visé par un permis de diviser, ou du titulaire d'un droit d'usufruit, d'usage, d'habitation, de superficie ou d'emphytéose sur un lot visé par un permis de diviser, une modification de celui-ci peut être autorisée pour autant qu'elle ne porte pas atteinte aux droits résultant de conventions expresses entre les parties.

Ne peut être considérée comme convention visée à l'alinéa 1<sup>er</sup> la seule retranscription de tout ou partie des documents contenus dans le permis de diviser dans un acte authentique ou une convention sous seing privé.

§ 2 - Nécessitent une modification du permis de diviser :

1° la création d'un ou plusieurs lots supplémentaires ou la suppression d'un ou plusieurs lots;

2° la modification des limites intérieures et extérieures des lots. »

**Art. 136.** - Dans l'article D.IV.96 du même Code, les mots « permis d'urbanisation » sont chaque fois remplacés par les mots « permis d'urbaniser ».

**Art. 137.** - Dans le Livre IV, titre III, chapitre VIII, du même Code, modifié par le décret du 12 décembre 2019, il est inséré un article D.IV.96.1 rédigé comme suit :

« Art. D.IV.96.1 - L'abrogation d'un permis d'urbaniser ne concerne pas le plan de division. »



**Art. 138.** - À l'article D.IV.97 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1<sup>er</sup>, 4°, les mots « permis d'urbanisation » sont remplacés par les mots « permis d'urbaniser ou de diviser »;

2° dans l'alinéa 1<sup>er</sup>, 6°, le a) est remplacé par ce qui suit :

« a) situé dans un périmètre de site à réaménager ou de remembrement urbain; ».

**Art. 139.** - Dans l'article D.IV.99, § 1<sup>er</sup>, du même Code, le 2°, modifié par le décret du 12 décembre 2019, est remplacé par ce qui suit :

« 2° de l'existence, de l'objet et de la date des permis de lotir, d'urbanisation, d'urbaniser, de diviser, de bâtir et d'urbanisme ou des décisions de régularisation et des permis d'urbanisme ou décisions de régularisation pour des constructions groupées, délivrés après le 1<sup>er</sup> janvier 1977, ainsi que des certificats d'urbanisme qui datent de moins de deux ans et des permis de patrimoine au sens de l'article 13 du décret sur le patrimoine qui ont été délivrés après le 1<sup>er</sup> janvier 2009; ».

**Art. 140.** - Dans l'article D.IV.101, alinéa 1<sup>er</sup>, du même Code, les mots « permis d'urbanisation » sont remplacés par les mots « permis d'urbaniser ou de diviser ».

**Art. 141.** - Dans l'article D.IV.102, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, du même Code, modifié par le décret du 12 décembre 2019, les mots « permis d'urbanisation » sont remplacés par les mots « permis d'urbaniser ou de diviser ».

**Art. 142.** - Dans le Livre IV, titre V, du même Code, l'intitulé du chapitre III est remplacé par ce qui suit :

« Chapitre III - Acte postérieur à la modification du permis d'urbaniser ».

**Art. 143.** - Dans l'article D.IV.103, alinéa 1<sup>er</sup>, du même Code, les mots « permis d'urbanisation » sont chaque fois remplacés par les mots « permis d'urbaniser ».

**Art. 144.** - Dans le Livre IV du même Code, il est inséré un titre VII.1, comportant les articles D.IV.109.1 à D.IV.109.13, intitulé comme suit :

« Titre VII.1 - Procédure d'urgence ».

**Art. 145.** - Dans le Livre IV, titre VII.1, du même Code, il est inséré un chapitre I<sup>er</sup>, comportant l'article D.IV.109.1, intitulé comme suit :

« Chapitre I<sup>er</sup> - Champ d'application ».

**Art. 146.** - Dans le Livre IV, titre VII.1, chapitre I<sup>er</sup>, du même Code, il est inséré un article D.IV.109.1 rédigé comme suit :

« Art. D.IV.109.1 - § 1<sup>er</sup> - Les actes et travaux concernant la reconstruction de bâtiments et constructions dans des zones concernées par des calamités naturelles reconnues, au sens du décret de la Région wallonne du 26 mai 2016 relatif à la réparation de certains dommages causés par des calamités naturelles publiques, ou de bâtiments et constructions détruits en tout ou partie par un incendie peuvent faire l'objet d'une procédure d'urgence en vue de l'octroi d'un permis d'urbanisme conformément aux dispositions du présent titre.

La reconstruction concerne largement une reproduction fidèle à l'original de bâtiments et constructions détruits en tout ou partie par la calamité naturelle ou l'incendie et comporte entre autres la démolition, le nettoyage, la remise en état ou le remplacement des éléments de structure et des murs extérieurs, en ce compris la protection par bardage ou hydrofugation et leur isolation ainsi que les menuiseries extérieures, les charpentes, la couverture et l'isolation des toitures, les panneaux solaires lorsqu'ils font partie intégrante de la couverture, les cheminées, les corniches, les gouttières, les descentes d'eau pluviale et les ouvrages permettant leur évacuation.

Les modifications apportées au bâtiment originel, en ce compris les modifications de structure, celles qui influencent l'aspect architectural du bâtiment ou de la construction, ou les modifications des plantations peuvent être autorisées si, dans l'ensemble, elles restent insignifiantes, sont motivées de manière détaillée dans la demande et sont compatibles avec le voisinage.

Le Gouvernement peut compléter la liste des actes et travaux concernés.

§ 2 - La procédure d'urgence n'est pas appliquée pour les actes et travaux qui :

1° doivent être soumis à une étude d'incidences;

2° entraînent la création, la modification ou la suppression d'une voirie communale;

3° comportent l'une des modifications suivantes apportées au bâtiment originel :

a) modification de destination au sens de l'article D.IV.4, alinéa 1<sup>er</sup>, 7°;

b) augmentation du nombre d'unités de logement;

c) augmentation du nombre d'étages. »

**Art. 147.** - Dans le Livre IV, titre VII.1, du même Code, il est inséré un chapitre II, comportant les articles D.IV.109.2 et D.IV.109.3, intitulé comme suit :

« Chapitre II - Exceptions et dérogations ».

**Art. 148.** - Dans le Livre IV, titre VII.1, chapitre II, il est inséré un article D.IV.109.2 rédigé comme suit :

« Art. D.IV.109.2 - Le permis d'urbanisme délivré en urgence peut s'écarter d'un schéma de développement du territoire, s'il est applicable, d'un plan de développement pluricommunal, d'un plan de développement communal, d'un plan d'orientation local, d'une carte d'affectation des sols, du contenu à valeur indicative d'un guide ou d'un permis d'urbaniser lorsque le bâtiment ou la construction avait une existence légale au moment de la destruction complète ou partielle. »

**Art. 149.** - Dans le même chapitre, il est inséré un article D.IV.109.3 rédigé comme suit :

« Art. D.IV.109.3 - Le permis d'urbanisme délivré en urgence peut être octroyé en dérogation au plan de secteur ou aux normes d'un guide régional d'urbanisme lorsque le bâtiment ou la construction avait une existence légale au moment de la destruction complète ou partielle. »

**Art. 150.** - Dans le Livre IV, titre VII.1, du même Code, il est inséré un chapitre III, comportant les articles D.IV.109.4 à D.IV.109.12, intitulé comme suit :

« Chapitre III - Procédure »

**Art. 151.** - Dans le Livre IV, titre VII.1, chapitre III, il est inséré un article D.IV.109.4 rédigé comme suit :

« Art. D.IV.109.4 - Le permis d'urbanisme est délivré par le Gouvernement. »

**Art. 152.** - Dans le même chapitre, il est inséré un article D.IV.109.5 rédigé comme suit :

« Art. D.IV.109.5 - Un avis du collège communal accompagne la demande de permis. Dans cet avis, le collège communal confirme notamment que les actes et travaux se déroulent dans une zone touchée, il y a au plus vingt-quatre mois, par une calamité naturelle reconnue ou concernent un bâtiment détruit ou une construction détruite en tout ou partie par un incendie.

Pour la demande de permis, le Gouvernement peut fixer la forme et un contenu supplémentaire allant au-delà du contenu fixé en vertu de l'article D.IV.26. »

**Art. 153.** - Dans le même chapitre, il est inséré un article D.IV.109.6 rédigé comme suit :

« Art. D.IV.109.6 - La demande de permis doit être envoyée ou remise contre accusé de réception au Gouvernement, et ce, dans les vingt-quatre mois suivant la publication de l'arrêté reconnaissant la calamité naturelle ou suivant l'incendie. »

**Art. 154.** - Dans le même chapitre, il est inséré un article D.IV.109.7 rédigé comme suit :

« Art. D.IV.109.7 - Dans les quinze jours suivant la réception de la demande de permis ou l'avis de dépôt, le Gouvernement transmet au demandeur :

1° si la demande est jugée complète et recevable, un avis de complétude formelle. Une copie est envoyée à l'auteur de projet;

2° si la demande est jugée incomplète, par envoi, un relevé des pièces manquantes, en signalant que la procédure ne sera poursuivie qu'à partir de leur réception. Une copie est envoyée à l'auteur de projet.

Si, dans un délai de dix jours, le Gouvernement n'a pas envoyé au demandeur l'avis de complétude formelle mentionné à l'alinéa 1<sup>er</sup>, 1°, ou le relevé des pièces manquantes visé à l'alinéa 1<sup>er</sup>, 2°, la demande est réputée recevable et la procédure est poursuivie. »

**Art. 155.** - Dans le même chapitre, il est inséré un article D.IV.109.8 rédigé comme suit :

« Art. D.IV.109.8 - Sans préjudice des dispositions mentionnées à l'article D.68 du Code de l'environnement, l'avis de complétude formelle mentionne :

1° les services ou commissions dont l'avis est sollicité et les délais prévus pour ce faire;

2° le délai dans lequel la décision du Gouvernement est transmise. »

**Art. 156.** - Dans le même chapitre, il est inséré un article D.IV.109.9 rédigé comme suit :

« Art. D.IV.109.9 - § 1<sup>er</sup> - Simultanément à l'avis de complétude formelle, le Gouvernement transmet aux services et commissions mentionnés à l'article D.IV.109.8 une demande d'avis accompagnée d'un exemplaire de la demande de permis.

§ 2 - Les services et commissions mentionnés au § 1<sup>er</sup> transmettent leur avis dans les vingt jours suivant l'envoi de la demande par l'autorité compétente. Passé ce délai, l'avis est réputé favorable.

L'avis du service d'incendie est transmis dans les trente jours de l'envoi de la demande par l'autorité compétente. Passé ce délai, l'avis est réputé favorable. »

**Art. 157.** - Dans le même chapitre, il est inséré un article D.IV.109.10 rédigé comme suit :

« Art. D.IV.109.10 - Lorsque la demande concerne un bien qui, en application du décret sur le patrimoine, est en tout ou partie provisoirement ou définitivement classé ou se situe dans la zone de protection d'un tel bien ou sur un site archéologique, le Gouvernement demande un avis conforme relatif au patrimoine au sens de l'article D.IV.14.1. L'avis est transmis dans les vingt jours de l'envoi de la demande par l'autorité compétente. Passé ce délai, l'avis est réputé favorable. »

**Art. 158.** - Dans le même chapitre, il est inséré un article D.IV.109.11 rédigé comme suit :

« Art. D.IV.109.11 - La décision du Gouvernement octroyant ou refusant le permis d'urbanisme est simultanément envoyée au collège communal et au demandeur dans les quarante-cinq jours à dater du jour où le Gouvernement a envoyé l'avis de complétude formelle mentionné à l'article D.IV.109.7 ou, à défaut, à dater du jour suivant le terme du délai qui lui était imparti pour envoyer l'avis.

Le Gouvernement envoie une copie de la décision à l'auteur de projet.

Moyennant motivation, le délai mentionné à l'alinéa 1<sup>er</sup> peut être prolongé de trente jours par le Gouvernement. La décision portant prolongation est transmise dans le délai initial. Le Gouvernement envoie une copie de la décision portant prolongation à l'auteur de projet. »

**Art. 159.** - Dans le même chapitre, il est inséré un article D.IV.109.12 rédigé comme suit :

« Art. D.IV.109.12 - Lorsque la décision du Gouvernement n'est pas transmise au demandeur dans le délai mentionné à l'article D.IV.109.10, le permis est réputé refusé.

Dans ce cas, l'autorité rembourse au demandeur le montant reçu au titre de droit de dossier. »

**Art. 160.** - Dans le Livre IV, titre VII.1, du même Code, il est inséré un chapitre IV, comportant l'article D.IV.109.13, intitulé comme suit :

« Chapitre IV - Dispositions applicables ».

**Art. 161.** - Dans le Livre IV, titre VII.1, chapitre IV, il est inséré un article D.IV.109.13 rédigé comme suit :

« Art. D.IV.109.13 - Les dispositions du présent Livre sont applicables à la procédure d'urgence, pour autant que le présent titre n'y déroge pas.

Par dérogation à l'alinéa 1<sup>er</sup>, les articles D.IV.5 à D.IV.23.2, D.IV.27 à D.IV.28, D.IV.30 à D.IV.31.1, D.IV.33 à D.IV.52, D.IV.54, § 2 et 3, D.IV.60 à D.IV.62, D.IV.69, D.IV.79, D.IV.81 à D.IV.83, D.IV.90, D.IV.94 à D.IV.98, D.IV.103 et D.IV.106 à D.IV.108 ne s'appliquent pas à la procédure d'urgence. »

**Art. 162.** - À l'article D.IV.110 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> l'alinéa 1<sup>er</sup> est remplacé par ce qui suit :

« Les demandes de permis de bâtir, de permis d'urbanisme, de permis de lotir, de permis d'urbanisation, de permis d'urbaniser ou de permis de diviser, en ce compris celles qui entrent dans l'une des catégories visées à l'article D.IV.25, dont le dépôt, attesté par un avis de dépôt ou dont la réception de l'envoi, attestée par un accusé de réception postal ou assimilé, est antérieure à l'une des modifications de la législation sur l'aménagement du territoire et l'urbanisme applicable en région de langue allemande, poursuivent leur instruction sur la base des dispositions en vigueur à la date de l'avis de dépôt ou de l'accusé de réception. »;

2<sup>o</sup> dans l'alinéa 2, les mots « le récépissé » sont remplacés par les mots « l'avis de dépôt ».

**Art. 163.** - Dans l'article D.IV.111 du même Code, les mots « , le collègue communal et le fonctionnaire délégué » sont remplacés par les mots « et le collègue communal ».

**Art. 164.** - Dans l'article D.IV.117 du même Code, les mots « permis d'urbanisation » sont chaque fois remplacés par les mots « permis d'urbanisation ou d'urbaniser ».

**Art. 165.** - Le Livre V du même Code, comportant les articles D.V.1 à D.V.20, est abrogé.

**Art. 166.** - À l'article D.VI.1 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> le 4<sup>o</sup> est remplacé par ce qui suit :

« 4<sup>o</sup> des périmètres des sites à réaménager; »;

2<sup>o</sup> le 5<sup>o</sup> est abrogé;

3<sup>o</sup> le 6<sup>o</sup> est abrogé;

4<sup>o</sup> dans le 8<sup>o</sup>, les mots « décret du 11 mars 1999 » sont remplacés par les mots « décret du 11 mars 1999 relatif au permis d'environnement »;

5<sup>o</sup> le 9<sup>o</sup> est abrogé.

**Art. 167.** - Dans l'article D.VI.15, alinéa 3, du même Code, les mots « ou d'urbanisation » sont remplacés par les mots « , d'urbaniser ou de diviser ».

**Art. 168.** - À l'article D.VI.17, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, du même Code, modifié par le décret de la Région wallonne du 16 novembre 2017, les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> le 7<sup>o</sup> est remplacé par ce qui suit :

« 7<sup>o</sup> un périmètre de site à réaménager; »;

2<sup>o</sup> le 8<sup>o</sup> est abrogé;

3<sup>o</sup> le 9<sup>o</sup> est abrogé.

4<sup>o</sup> dans le 11<sup>o</sup>, c), les mots « , un périmètre de remembrement urbain ou une zone d'initiative privilégiée adoptés » sont remplacés par les mots « ou un périmètre de remembrement urbain adoptés ».

**Art. 169.** - Dans l'article D.VI.25, § 1<sup>er</sup>, alinéa 2, 5<sup>o</sup>, du même Code, les mots « ou d'urbanisation » sont remplacés par les mots « , d'urbanisation, d'urbaniser ou de diviser ».

**Art. 170.** - Dans le Livre VI, titre II, chapitre V, du même Code, il est inséré un article D.VI.33.1 rédigé comme suit :

« Art. D.VI.33.1 - Par dérogation à l'article D.VI.17 peut aussi être soumis au droit de préemption tout bien immeuble qui est situé dans les zones ou, selon le cas, les périmètres suivants, dans la mesure où ils ont été adoptés sur la base d'un dossier ouvert avant le 31 mars 2022 et sont encore valables :

1<sup>o</sup> les périmètres de revitalisation urbaine;

2<sup>o</sup> les périmètres de rénovation urbaine;

3<sup>o</sup> les périmètres de sites de réhabilitation paysagère et environnementale;

4<sup>o</sup> les zones d'initiatives privilégiées. »

**Art. 171.** - Dans l'article D.VI.38, alinéa 1<sup>er</sup>, du même Code, modifié par le décret du 12 décembre 2019, les mots « ou d'urbaniser » sont remplacés par les mots « ou d'urbaniser ou de diviser ».

**Art. 172.** - À l'article D.VI.39 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> dans le 1<sup>o</sup>, les mots « ou d'urbaniser » sont remplacés par les mots « ou d'urbaniser ou de diviser »;

2<sup>o</sup> dans le 5<sup>o</sup>, les mots « ou d'urbaniser » sont remplacés par les mots « , d'urbaniser ou de diviser »;

3<sup>o</sup> dans le 6<sup>o</sup>, les mots « ou d'urbaniser » sont remplacés par les mots « , d'urbaniser ou de diviser »;

4<sup>o</sup> dans le 7<sup>o</sup>, les mots « ou d'urbaniser » sont remplacés par les mots « , d'urbaniser ou de diviser », et les mots « ou d'urbanisation » sont remplacés par les mots « , d'urbanisation, d'urbaniser ou de diviser »;

5<sup>o</sup> dans le 9<sup>o</sup>, les mots « ou d'urbaniser » sont remplacés par les mots « , d'urbaniser ou de diviser ».

**Art. 173.** - Dans l'article D.VI.41 du même Code, les mots « ou d'urbanisation » sont remplacés par les mots « , d'urbaniser ou de diviser ».

**Art. 174.** - Dans l'article D.VI.42, alinéa 3, 2<sup>o</sup>, du même Code, les mots « ou d'urbanisation » sont remplacés par les mots « , d'urbaniser ou de diviser ».

**Art. 175.** - L'article D.VI.46, alinéa 1<sup>er</sup>, du même Code, modifié par le décret du 12 décembre 2019, les mots « permis d'urbanisation » sont remplacés par les mots « permis d'urbaniser ».

**Art. 176.** - Dans l'article D.VI.48, 2<sup>o</sup>, 2<sup>e</sup> tiret, du même Code, les mots « ou d'urbanisation » sont remplacés par les mots « , d'urbaniser ou de diviser ».

**Art. 177.** - À l'article D.VI.50, § 1<sup>er</sup>, du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le 4°, les mots « l'article D.V.2 ou D.V.7 » sont remplacés par les mots « l'article D.II.57.4 »;

2° dans le 6°, les mots « permis d'urbanisation » sont remplacés par les mots « permis d'urbaniser ».

**Art. 178.** - Dans l'article D.VI.58, alinéa 2, du même Code, les mots « le permis d'urbanisation » sont remplacés par les mots « le permis d'urbaniser, le permis de diviser ».

**Art. 179.** - Dans l'article D.VI.63 du même Code, les mots « ou d'urbanisation » sont remplacés par les mots « , d'urbanisation, d'urbaniser ou de diviser ».

**Art. 180.** - Dans l'article D.VI.64, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, 3°, du même Code, les mots « permis d'urbanisation » sont remplacés par les mots « permis d'urbaniser ou de diviser ».

**Art. 181.** - À l'article D.VII.1 du même Code, modifié par les décrets de la Région wallonne des 16 novembre 2017 et 26 avril 2018 et par le décret du 12 décembre 2019, les modifications suivantes sont apportées :

1° le § 1<sup>er</sup> est remplacé par ce qui suit :

« § 1<sup>er</sup> - Sont constitutifs d'infraction les faits suivants :

1° l'exécution des actes ou travaux mentionnés à l'article D.IV.4, l'urbanisation d'un bien au sens de l'article D.IV.2, § 1<sup>er</sup>, ou la division d'un bien au sens de l'article D.IV.2, § 3, sans permis préalable, postérieurement à sa péremption ou postérieurement à l'acte ou à la décision de suspension du permis ou encore en cas de non-respect du permis ou de la décision de régularisation au sens de l'article D.VII.18, § 2, 1° et 2°, sauf :

a) les actes qui ont été accomplis en ne respectant pas le parcellaire prévu par le permis d'urbaniser lorsqu'ils n'exigent aucune modification dudit permis conformément à l'article D.IV.94, § 2;

b) les actes et travaux qui sont considérés comme conformes au sens de l'article D.IV.73.1;

2° la poursuite des actes et travaux mentionnés à l'article D.IV.4, de l'urbanisation d'un bien au sens de l'article D.IV.2, § 1<sup>er</sup>, ou de la division d'un bien au sens de l'article D.IV.2, § 3, sans permis préalable, postérieurement à sa péremption ou postérieurement à l'acte ou à la décision de suspension du permis ou encore en cas de non-respect du permis ou de la décision de régularisation au sens de l'article D.VII.18, § 2, 1° et 2°;

3° sans préjudice de l'article D.VII.1*bis*, le maintien des travaux exécutés sans le permis qui était requis ou en mépris de celui-ci;

4° le non-respect des prescriptions du plan de secteur et des normes du guide régional d'urbanisme, à l'exception des actes et travaux autorisés par dérogation, dispensés de permis ou non soumis à l'obligation de permis;

5° le non-respect des règles d'affichage du permis visées à l'article D.IV.70 ou de publicité visées à l'article D.IV.76 et au Livre VIII;

6° l'absence de notification du début des travaux mentionnée à l'article D.IV.71;

7° le défaut de dépôt des plans de conformité et/ou du reportage photographique conformément à l'article D.IV.73, § 1<sup>er</sup> ou § 2, ou l'établissement de plans de conformité et/ou d'un reportage photographique qui ne correspondent pas au bâti;

8° l'exécution des actes ou travaux mentionnés à l'article D.IV.4 ou l'urbanisation d'un bien au sens de l'article D.IV.2, § 1<sup>er</sup>, au mépris des mesures de protection imposées en application du décret sur le patrimoine. La poursuite de ces infractions sur la base des dispositions du présent Livre exclut la poursuite des mêmes infractions sur la base du décret sur le patrimoine. »;

2° dans le § 2, l'alinéa 1<sup>er</sup> est abrogé;

3° le § 2/1 est abrogé;

4° le § 2/2 est abrogé.

**Art. 182.** - L'article D.VII.1<sup>er</sup>*bis* du même Code, inséré par le décret de la Région wallonne du 16 novembre 2017, est remplacé par ce qui suit :

« Art. D.VII.1<sup>er</sup>*bis* - § 1<sup>er</sup> - Il est présumé de manière irréfragable que des actes et travaux ont été accomplis conformément au droit de l'aménagement du territoire et de l'urbanisme en vertu de l'article D.VII.1 lorsqu'ils ont été achevés il y a trente ans au moins.

Cette présomption ne s'applique pas :

1° aux actes et travaux consistant à créer, après le 20 août 1994, un ou plusieurs logements qui ne répondent pas aux critères mis à l'obtention d'un permis de location ou aux critères de salubrité et de sécurité;

2° aux actes et travaux situés dans le périmètre d'un site reconnu en vertu de la loi du 12 juillet 1973 sur la conservation de la nature ou de ses arrêtés d'exécution;

3° aux actes et travaux menés sur un bien concerné par une mesure de protection imposée en application du décret sur le patrimoine;

4° aux actes et travaux qui, avant le 1<sup>er</sup> février 2023, ont fait l'objet d'une décision de justice constatant la non-conformité d'actes et de travaux avec les règles du droit de l'aménagement du territoire et de l'urbanisme, même si la décision de justice est concernée par des procédures d'appel encore en cours.

Sans préjudice de l'alinéa 2, le délai mentionné à l'alinéa 1<sup>er</sup> pour des actes et travaux conformes à l'affectation de la zone au plan de secteur sur laquelle ils se trouvent est ramené à au moins vingt ans.

Sans préjudice de l'alinéa 2 et par dérogation à l'alinéa 3, le délai mentionné à l'alinéa 1<sup>er</sup> est ramené à au moins dix ans pour les infractions suivantes :

A. actes et travaux pour autant que toutes les conditions suivantes soient remplies cumulativement :

1° ils sont considérés comme étant d'impact limité conformément à l'article D.IV.1, § 2;

2° leur affectation correspond à celle de la zone au plan de secteur sur laquelle ils se trouvent;

3° ils répondent aux normes du guide régional.

B. autres actes et travaux que ceux repris sous A pour autant que les conditions suivantes soient remplies cumulativement :

1° l'infraction a été commise :

a) soit dans une zone reprise au plan de secteur en tant que zone destinée à l'urbanisation au sens de l'article D.II.23, alinéa 2;

b) soit dans une zone d'aménagement communal concerté qui a été mise en œuvre et porte sur une ou plusieurs affectations d'urbanisation au sens de l'article D.II.23, alinéa 2;

c) soit sur des constructions, installations ou bâtiments ou, selon le cas, leurs aménagements accessoires ou complémentaires, existant avant l'entrée en vigueur du plan de secteur, ou dont l'affectation est conforme à la zone ou a été autorisée en dérogation au plan de secteur;

2° les actes et travaux en infraction sont conformes aux normes du guide régional;

3° les actes et travaux en infraction rencontrent l'une des hypothèses suivantes :

a) en cas de non-respect du permis d'urbanisme ou d'urbaniser délivré, l'ampleur des écarts est inférieure à vingt pour cent :

i) de l'emprise au sol autorisée;

ii) de la hauteur sous corniche et au faite du toit autorisée;

iii) de la profondeur autorisée;

iv) de la volumétrie autorisée;

v) de la superficie de planchers autorisée;

vi) des cotes d'implantation des constructions;

vii) de la dimension minimale ou maximale de la parcelle;

b) en cas de réalisation d'un auvent en extension d'un hangar agricole autorisé, pour autant que :

i) la hauteur du faite de l'auvent soit inférieure à celle sous corniche du hangar;

ii) le hangar présente un tel auvent sur une seule de ses élévations;

iii) l'auvent présente une profondeur maximale de sept mètres, mesurés à partir de l'élévation du hangar;

c) en cas de non-respect des ouvertures autorisées;

d) en cas de non-respect des tonalités autorisées par le permis d'urbanisme.

§ 2 - La charge de la preuve incombe au contrevenant en ce qui concerne le respect des conditions et le moment de l'achèvement des actes et travaux. »

**Art. 183.** - (Concerne le texte allemand.)

**Art. 184.** - À l'article D.VII.4 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1<sup>er</sup>, les mots « non visée à l'article D.VII.1, § 2 » sont abrogés;

2° entre les alinéas 1<sup>er</sup> et 2, qui devient l'alinéa 3, il est inséré un alinéa rédigé comme suit :

« L'avertissement reprend la liste des infractions reprochées avec un renvoi aux dispositions applicables. Il doit également indiquer les services qui peuvent fournir des informations supplémentaires. »

**Art. 185.** - À l'article D.VII.6 du même Code, modifié par le décret du 12 décembre 2019, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1<sup>er</sup>, les mots « ou de l'antichrèse » sont abrogés;

2° dans l'alinéa 2, les mots « si celui-ci est saisi ou est susceptible d'être saisi d'un recours sur une demande de permis de régularisation relative aux actes et travaux ou à l'urbanisation objets du procès-verbal » sont abrogés.

**Art. 186.** - Dans le Livre VII, chapitre III, du même Code, il est inséré une section 6, comportant l'article D.VII.7.1, intitulée comme suit :

« Section 6 - Effets juridiques ».

**Art. 187.** - Dans le Livre VII, chapitre III, section 6, du même Code, il est inséré un article D.VII.7.1 rédigé comme suit :

« Art. D.VII.7.1 - Toute demande relative à des actes ou travaux pour lesquels un procès-verbal de constat a été transmis conformément à l'article D.VII.5 et qui n'a pas été introduite dans le cadre d'un contrôle de régularisation conformément à l'article D.VII.18 est déclarée irrecevable jusqu'à ce que :

1° une décision de régularisation soit coulée en force de chose jugée conformément à l'article D.VII.18, § 2, 1° ou 2°;

2° une décision ordonnant la mise en œuvre de mesures administratives conformément à l'article D.VII.19 ou de mesures compensatoires conformément à l'article D.VII.20, assorties ou non d'une amende administrative conformément à l'article D.VII.21, soit coulée en force de chose jugée;

3° un jugement exécutoire soit prononcé. »

**Art. 188.** - Dans l'article D.VII.8 du même Code, l'alinéa 1<sup>er</sup> est complété par une phrase rédigée comme suit :

« Les machines et/ou matériaux de construction peuvent entretemps être évacués du chantier. »

**Art. 189.** - Dans l'article D.VII.9, alinéa 2, du même Code, modifié par le décret du 12 décembre 2019, les mots « ou de l'antichrèse » sont abrogés.

**Art. 190.** - Dans l'article D.VII.11 du même Code, l'alinéa 1<sup>er</sup> est remplacé par ce qui suit :

« À l'exception de la saisie des machines et/ou matériaux de construction qui peuvent entretemps être évacués du chantier, les agents constatateurs sont habilités à prendre toute mesure, y compris l'apposition de scellés, afin de garantir l'application immédiate de l'ordre d'interruption, de la décision de confirmation ou, le cas échéant, de l'ordonnance prise par le président du tribunal de première instance dans le ressort duquel les travaux et actes ont été exécutés. »

**Art. 191.** - (Concerne le texte allemand.)

**Art. 192.** - À l'article D.VII.13 du même Code, modifié par le décret du 12 décembre 2019, les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> dans l'alinéa 1<sup>er</sup>, la phrase introductive est remplacée par ce qui suit :

« Outre la pénalité, le tribunal - à la demande motivée du Gouvernement ou du collège communal - ordonne pour chaque infraction, de manière isolée ou cumulative : »;

2<sup>o</sup> dans l'alinéa 1<sup>er</sup>, 2<sup>o</sup>, les mots « ou l'urbanisation » sont remplacés par les mots « ou la division ou l'urbanisation »;

3<sup>o</sup> dans l'alinéa 1<sup>er</sup>, 3<sup>o</sup>, les mots « ou l'urbanisation » sont remplacés par les mots « ou la division ou l'urbanisation », et le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

4<sup>o</sup> l'alinéa 1<sup>er</sup> est complété par un 4<sup>o</sup> rédigé comme suit :

« 4<sup>o</sup> soit des mesures compensatoires au sens de l'article D.VII.20. »;

5<sup>o</sup> dans l'alinéa 3, la dernière phrase est remplacée par ce qui suit :

« Le paiement de la somme s'effectue en faveur du Fonds pour la durabilité mentionné à l'article D.I.12.1. »

**Art. 193.** - L'intitulé du Livre VII, chapitre VI, du même Code est remplacé par ce qui suit :

« Chapitre VI - Mesures extrajudiciaires après verbalisation ».

**Art. 194.** - À l'article D.VII.16 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> le mot « nonante » est remplacé par le mot « soixante »;

2<sup>o</sup> l'article est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Dans ce cas, le Gouvernement peut décider :

1<sup>o</sup> d'entamer la procédure de contrôle de régularisation conformément à l'article D.VII.18;

2<sup>o</sup> ou d'imposer des mesures administratives conformément à l'article D.VII.19 ou des mesures compensatoires conformément à l'article D.VII.20, le cas échéant, assorties ou non d'une amende administrative conformément à l'article D.VII.21. »

**Art. 195.** - À l'article D.VII.17 du même Code, modifié par le décret du 12 décembre 2019, les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> dans l'alinéa 1<sup>er</sup>, les mots « À défaut pour le procureur du Roi d'avoir marqué son intention de poursuivre dans les nonante jours de la réception du procès-verbal de constat, le » sont remplacés par le mot « Le », et les mots « , dans les trois mois, » sont abrogés;

2<sup>o</sup> dans l'alinéa 2, 1<sup>o</sup>, les mots « permis en régularisation » sont remplacés par les mots « contrôle de régularisation »;

3<sup>o</sup> dans l'alinéa 3, les mots « permis de régularisation » sont remplacés par les mots « contrôle de régularisation »;

4<sup>o</sup> dans l'alinéa 4, les mots « l'article D.VII.12 ou D.VII.22 » sont remplacés par les mots « l'article D.VII.12, D.VII.19, D.VII.20 ou D.VII.22 ».

**Art. 196.** - Dans le Livre VII, chapitre VI, du même Code, l'intitulé de la section 3 est remplacé par ce qui suit :

« Section 3 - Contrôle de régularisation et transaction ».

**Art. 197.** - Dans le Livre VII, chapitre VI, section 3, du même Code, la sous-section 1<sup>re</sup> est abrogée.

**Art. 198.** - L'article D.VII.18 du même Code, modifié par le décret du 12 décembre 2019, est remplacé par ce qui suit :

« Art. D.VII.18 - § 1<sup>er</sup> - Fait l'objet de la procédure décrite dans le présent article l'examen permettant de vérifier si les actes et travaux effectués irrégulièrement peuvent être approuvés ultérieurement à certaines conditions, soit sur la base de la règle applicable au moment de leur exécution, soit sur la base de celle applicable lors de l'examen, le cas échéant en application des articles D.IV.5 à D.IV.13.

Si le Gouvernement décide d'entamer la procédure relative au contrôle de régularisation, il invite le contrevenant et, le cas échéant, le propriétaire du bien concerné à introduire, dans un délai qu'il fixe, une demande de contrôle de régularisation. Selon le cas, la demande est traitée conformément à la procédure prévue au Livre IV pour les demandes de permis d'urbanisme, d'urbaniser ou de diviser relevant de la compétence du Gouvernement conformément à l'article D.IV.22.

L'invitation peut comprendre une proposition d'adaptation des actes et des travaux effectués irrégulièrement, proposition dont il est tenu compte dans la demande à introduire.

La demande introduite mentionne qu'il s'agit d'une demande de contrôle de régularisation au sens du présent article.

§ 2 - Dans sa décision relative à la demande de contrôle de régularisation, le Gouvernement peut déterminer que les actes et travaux effectués irrégulièrement :

1<sup>o</sup> peuvent être approuvés ultérieurement sans modification, le cas échéant moyennant le respect de conditions fixées dans la décision en question;

2<sup>o</sup> peuvent être approuvés ultérieurement grâce à la réalisation de travaux de modification, le cas échéant moyennant le respect de conditions fixées dans la décision en question;

3<sup>o</sup> ne peuvent être approuvés ultérieurement.

§ 3 - Dans le cas visé au § 2, 1<sup>o</sup>, le Gouvernement propose une transaction. La transaction s'opère par le paiement d'une somme dont le montant est établi selon les règles arrêtées par le Gouvernement. Par infraction, le montant ne peut être inférieur à 250 euros ni supérieur à 25 000 euros.

Par dérogation à l'alinéa 1<sup>er</sup>, le montant n'est pas plafonné lors d'infractions en lien avec des modifications sensibles du relief du sol.

Le Gouvernement fixe le délai dans lequel le paiement du montant doit intervenir, ce délai ne pouvant être supérieur à douze mois.

Le versement du montant de la transaction se fait :

1<sup>o</sup> soit auprès de la commune lorsque l'infraction a été constatée par les officiers de police judiciaire et agents constatateurs visés à l'article D.VII.3, 1<sup>o</sup> et 2<sup>o</sup>;

2<sup>o</sup> soit, dans des cas particuliers, auprès de la Communauté germanophone en faveur du Fonds pour la durabilité mentionné à l'article D.I.12.1.

Dès réception du montant de la transaction, la décision de régularisation devient exécutoire et vaut permis conformément à l'article D.IV.1.

Le versement du montant de la transaction éteint l'action publique et le droit pour les autorités publiques à demander toute autre réparation pour l'infraction concernée.

§ 4 - Dans le cas mentionné au § 2, 2<sup>o</sup>, le Gouvernement propose une transaction. Cette transaction s'opère par le paiement d'une somme dont le montant est établi selon les règles arrêtées par le Gouvernement, et par l'exécution des travaux de modification. Par infraction, le montant de l'amende ne peut être inférieur à 250 euros ni supérieur à 25 000 euros. Le coût de la réalisation des travaux de modification peut être imputé sur le montant de la transaction.

Le Gouvernement fixe le délai dans lequel le paiement du montant doit intervenir, ainsi que le délai pour mener les travaux de modification, celui-ci ne pouvant être supérieur à douze mois.

Le versement du montant de la transaction se fait :

1<sup>o</sup> soit auprès de la commune lorsque l'infraction a été constatée par les officiers de police judiciaire et agents constatateurs visés à l'article D.VII.3, 1<sup>o</sup> et 2<sup>o</sup>;

2<sup>o</sup> soit, dans des cas particuliers, auprès de la Communauté germanophone en faveur du Fonds pour la durabilité mentionné à l'article D.I.12.1.

Le demandeur informe le Gouvernement que les travaux de modification à réaliser sont terminés, et ce, dans les trente jours calendrier suivant leur achèvement. Le contrôle des travaux de modification intervient dans les septante-cinq jours calendrier suivant la réception de l'information par le Gouvernement. À défaut de contrôle dans le délai imparti, les travaux de modification sont censés être conformes. Les articles D.IV.73 et D.IV.73.1 sont applicables *mutatis mutandis*.

Dès réception du montant de la transaction et présentation de la déclaration de conformité des travaux de modification à réaliser ou, selon le cas, au terme du délai d'exécution du contrôle, la décision de régularisation est coulée en force de chose jugée et vaut permis au sens de l'article D.IV.1.

Le versement du montant de la transaction et la réalisation conforme des travaux de modification éteignent l'action publique et le droit pour les autorités publiques à demander toute autre réparation pour l'infraction concernée.

§ 5 - Dans le cas mentionné au § 2, 3<sup>o</sup>, le Gouvernement exige des mesures administratives au sens de l'article D.VII.19 ou des mesures compensatoire conformément à l'article D.VII.20 et inflige, le cas échéant, une amende administrative conformément à l'article D.VII.21 ou entame une procédure judiciaire conformément à l'article D.VII.22.

§ 6 - La décision relative à la demande de contrôle de régularisation est transmise par recommandé aux personnes et organismes suivants :

1<sup>o</sup> au demandeur;

2<sup>o</sup> au propriétaire du bien concerné, s'il ne s'agit pas du demandeur;

3<sup>o</sup> au procureur du Roi;

4<sup>o</sup> au collège communal. »

**Art. 199.** - Dans le Livre VII, chapitre VI, du même Code, modifié par le décret du 12 décembre 2019, il est inséré une section 4, comportant l'article D.VII.19, intitulée comme suit :

« Section 4 - Mesures administratives ».

**Art. 200.** - L'article D.VII.19 du même Code, modifié par le décret du 12 décembre 2019, est remplacé par ce qui suit :

« Art. D.VII.19 - § 1<sup>er</sup> - Sans préjudice des autres mesures prévues dans le présent chapitre, le Gouvernement peut ordonner les mesures administratives suivantes, seules ou combinées :

1<sup>o</sup> le retour complet ou partiel au pristin état ou, selon le cas, la réalisation de mesures de modification dans le délai fixé par lui, délai ne pouvant dépasser douze mois;

2<sup>o</sup> la mise sous scellés du bien concerné et, si nécessaire, sa fermeture temporaire immédiate;

3<sup>o</sup> toute autre mesure utile afin d'éliminer ou d'empêcher tout dommage causé au bien ou par le bien.

La décision du Gouvernement vaut permis conformément à l'article D.IV.1.

§ 2 - Si le Gouvernement décide que des mesures administratives doivent être prises, il communique par recommandé au contrevenant :

1<sup>o</sup> les faits et leur qualification;

2<sup>o</sup> que celui-ci a la possibilité, dans un délai de trente jours calendrier à dater de la notification, d'exposer ses moyens de défense par recommandé et qu'il a le droit, à cette occasion, de demander au Gouvernement de pouvoir se défendre oralement;

3<sup>o</sup> que celui-ci a le droit de se faire assister ou représenter par son conseil;

4<sup>o</sup> que celui-ci a le droit de consulter le dossier;

5<sup>o</sup> une copie du procès-verbal de constat.

Le Gouvernement détermine le jour où le contrevenant est invité à se défendre oralement.

§ 3 - Au terme du délai fixé au § 2, 2<sup>o</sup>, ou avant son échéance si le contrevenant fait savoir qu'il ne conteste pas les faits ou, le cas échéant, après défense orale ou écrite de la cause par le contrevenant ou son conseil, le Gouvernement peut imposer les mesures administratives.

Le Gouvernement peut obliger le contrevenant à déposer une caution ou garantie comme sécurité pour les mesures à exécuter.

§ 4 - La décision du Gouvernement est transmise par recommandé aux personnes et organismes suivants :

- 1<sup>o</sup> au contrevenant;
- 2<sup>o</sup> au propriétaire du bien concerné, s'il ne s'agit pas du contrevenant;
- 3<sup>o</sup> au procureur du Roi;
- 4<sup>o</sup> au collègue communal.

§ 5 - Dans les trente jours calendrier suivant la transmission de la décision, le contrevenant peut introduire un recours en adressant une demande écrite au tribunal correctionnel. La demande mentionne l'identité et l'adresse du contrevenant, la désignation de la décision contestée ainsi que les moyens invoqués.

Le tribunal correctionnel statue sur la régularité des mesures administratives ordonnées.

§ 6 - Si le contrevenant omet de mettre en œuvre les mesures administratives dans le délai prescrit, le Gouvernement peut mettre d'office en œuvre les mesures administratives, et ce, à charge dudit contrevenant. »

**Art. 201.** - Dans le Livre VII, chapitre VI, section 3, du même Code, la sous-section 2 est abrogée.

**Art. 202.** - Dans le Livre VII, chapitre VI, du même Code, modifié par le décret du 12 décembre 2019, il est inséré une section 5, comportant l'article D.VII.20, intitulée comme suit :

« Section 5 - Mesures compensatoires ».

**Art. 203.** - L'article D.VII.20 du même Code, modifié par le décret du 12 décembre 2019, est remplacé par ce qui suit :

« Art. D.VII.20 - § 1<sup>er</sup> - Lorsque ni la régularisation ni le retour au pristin état ne sont possibles, le Gouvernement peut imposer des mesures compensatoires qui ne nécessitent pas de permis d'urbanisme, telles que la plantation d'arbres ou de haies, la modification non sensible du relief du sol ou la démolition de constructions litigieuses, et qui peuvent assurer le respect du bon aménagement des lieux. Dans ce cas, le Gouvernement prescrit ces mesures au contrevenant ainsi que le délai d'exécution.

§ 2 - Si les mesures compensatoires concernent :

- 1<sup>o</sup> un bien mentionné à l'article D.IV.14.1, un avis conforme relatif au patrimoine est demandé avant d'imposer la mesure;
- 2<sup>o</sup> un bien mentionné à l'article D.IV.14.2, un simple avis relatif au patrimoine est demandé avant d'imposer la mesure.

L'avis relatif aux mesures compensatoires est transmis dans les trente jours de l'envoi par le Gouvernement. À défaut, l'avis est réputé favorable.

§ 3 - Au terme du délai fixé, le Gouvernement acte l'exécution des mesures compensatoires conformes à sa décision, en vertu de l'article D.IV.73.1.

L'exécution conforme des mesures compensatoires éteint l'action publique et le droit pour les autorités publiques à demander toute autre réparation pour l'infraction concernée.

À défaut d'exécution dans le délai et conformément à la décision imposant les mesures compensatoires, la procédure se poursuit conformément aux articles D.VII.12 ou D.VII.22. »

**Art. 204.** - Dans le Livre VII, chapitre VI, du même Code, modifié par le décret du 12 décembre 2019, il est inséré une section 6, comportant les articles D.VII.21 à D.VII.21.2, intitulée comme suit :

« Section 6 - Amendes administratives ».

**Art. 205.** - L'article D.VII.21 du même Code, modifié par le décret du 12 décembre 2019, est remplacé par ce qui suit :

« Art. D.VII.21 - § 1<sup>er</sup> - Les infractions constatées peuvent être poursuivies au moyen d'amendes administratives, sauf si :

- 1<sup>o</sup> dans les soixante jours calendrier suivant la demande qui lui a été adressée, le procureur du Roi a communiqué son intention de poursuivre l'infraction pénalement;
- 2<sup>o</sup> une décision de régularisation est coulée en force de chose jugée conformément à l'article D.VII.18, § 2, 1<sup>o</sup> ou 2<sup>o</sup>.

Les poursuites pénales, tout comme la transaction, excluent l'imposition d'une amende administrative.

§ 2 - L'amende administrative s'élève à 250 euros au moins et 100 000 euros au plus.

Si une nouvelle infraction est constatée dans les cinq ans suivant l'établissement du procès-verbal de constat, l'amende mentionnée à l'alinéa 1<sup>er</sup> est doublée.

§ 3 - Le Gouvernement dispose d'un délai de douze mois à dater de la réception du procès-verbal constatant l'infraction ou, selon le cas, de l'expiration du délai visé à l'article D.VII.18, § 1<sup>er</sup>, alinéa 2, § 3, alinéa 3, ou § 4, alinéa 2, pour infliger une amende administrative.

§ 4 - Si le Gouvernement décide qu'une amende administrative doit être infligée, il communique par recommandé au contrevenant :

- 1<sup>o</sup> les faits et leur qualification;
- 2<sup>o</sup> que celui-ci a la possibilité, dans un délai de trente jours calendrier à dater de la notification, d'exposer ses moyens de défense par recommandé et qu'il a le droit, à cette occasion, de demander au Gouvernement de pouvoir se défendre oralement;
- 3<sup>o</sup> que celui-ci a le droit de se faire assister ou représenter par son conseil;



4° que celui-ci a le droit de consulter le dossier;

5° une copie du procès-verbal de constat.

Le Gouvernement détermine le jour où le contrevenant est invité à se défendre oralement.

Si une amende administrative est assortie de mesures administratives, le Gouvernement le mentionne dans sa communication conformément à l'article D.VII.19, § 2, en vue de l'organisation d'une audition commune.

§ 5 - Au terme du délai fixé au § 4, 2°, ou avant son échéance si le contrevenant fait savoir qu'il ne conteste pas les faits ou, le cas échéant, après défense orale ou écrite de la cause par le contrevenant ou son conseil, le Gouvernement peut infliger les amendes administratives.

Le Gouvernement notifie sa décision par recommandé au contrevenant.

Les informations mentionnées aux articles 13 et 15 ainsi que 16 à 19 du règlement (UE) 2016/679 du Parlement européen et du Conseil du 27 avril 2016 relatif à la protection des personnes physiques à l'égard du traitement des données à caractère personnel et à la libre circulation de ces données, et abrogeant la directive 95/46/CE (règlement général sur la protection des données) sont également reprises dans la notification.

§ 6 - La décision infligeant une amende administrative est exécutoire au terme d'un délai de trente jours calendrier à compter du jour de sa notification, à moins qu'un recours ne soit introduit conformément au § 7.

L'amende administrative est recouvrée en faveur du Fonds pour la durabilité mentionné à l'article D.I.12.1.

Dans les trente jours calendrier suivant le jour où la décision a acquis force exécutoire, l'amende est acquittée par versement ou virement sur un compte *ad hoc* au moyen d'un formulaire de versement ou de virement.

§ 7 - Dans les trente jours calendrier suivant la notification de la décision, le contrevenant peut introduire un recours en adressant une demande écrite au tribunal correctionnel. La demande mentionne l'identité et l'adresse du contrevenant, la désignation de la décision contestée ainsi que les moyens invoqués.

Le tribunal correctionnel statue sur la régularité et la proportionnalité de l'amende infligée. Il peut soit confirmer soit modifier la décision du Gouvernement.

La décision du tribunal correctionnel n'est pas susceptible d'appel. »

**Art. 206.** - Dans le Livre VII, chapitre VI, section 6, du même Code, il est inséré un article D.VII.21.1 rédigé comme suit :

« Art. D.VII.21.1 - Le Gouvernement désigne les personnes chargées de recouvrer les amendes administratives dues et non contestées ainsi que les éventuels frais de recouvrement.

Les personnes mentionnées à l'alinéa 1<sup>er</sup> sont habilitées à :

1° délivrer un ordre de paiement;

2° viser l'ordre de paiement, le déclarer exécutoire et le notifier au contrevenant, le cas échéant par voie d'huissier;

3° accorder un report de paiement ou un échelonnement aux débiteurs qui peuvent prouver une situation particulièrement difficile. »

**Art. 207.** - Dans la même section du même Code, il est inséré un article D.VII.21.2 rédigé comme suit :

« Art. D.VII.21.2 - Les amendes administratives se prescrivent par cinq ans à partir de la date à laquelle elles doivent être payées.

Ce délai peut être interrompu, soit tel que prévu aux articles 2244 et suivants du Code civil, soit par un renoncement à la prescription. En cas d'interruption de la prescription, une nouvelle, susceptible d'être interrompue de la même manière, est acquise cinq ans après le dernier acte interruptif de la précédente prescription, sauf s'il y a instance en justice. »

**Art. 208.** - Dans l'article D.VII.22, alinéa 1<sup>er</sup>, du même Code, modifié par le décret du 12 décembre 2019, les modifications suivantes sont apportées :

1° la phrase introductive est remplacée par ce qui suit :

« À défaut de poursuite pénale, lorsque ni la transaction au sens de l'article D.VII.18 ni l'imposition de mesures administratives au sens de l'article D.VII.19 ne sont possibles ou qu'elles ne sont pas exécutées par le contrevenant, le Gouvernement ou le collège communal poursuit, devant le tribunal civil, pour chaque infraction, seule ou combinée : »;

2° dans le 3°, les mots « , en faveur du Fonds pour la durabilité mentionné à l'article D.I.12.1, » sont insérés entre les mots « le paiement » et les mots « d'une somme », et le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

3° l'alinéa est complété par un 4° rédigé comme suit :

« 4° soit des mesures compensatoires au sens de l'article D.VII.20 ».

**Art. 209.** - Dans l'article D.VII.26 du même Code, remplacé par le décret de la Région wallonne du 15 mars 2018, l'alinéa 1<sup>er</sup> est remplacé par ce qui suit :

« Les procès-verbaux qui ont été notifiés au Procureur du Roi avant le 1<sup>er</sup> février 2023 sont traités sur la base des dispositions en vigueur au moment de la notification, à moins que de nouvelles dispositions soient plus favorables pour le contrevenant. Les mesures mentionnées aux articles D.VII.1bis, D.VII.11, alinéa 1<sup>er</sup>, D.VII.12 et D.VII.13, D.VII.16 à D.VII.21.2 ainsi que D.VII.22, dans leur version au 1<sup>er</sup> février 2023, sont, dans tous les cas, considérées comme plus favorables pour le contrevenant. »

**Art. 210.** - À l'article D.VIII.1 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans la phrase introductive, les mots « D.V.2, § 10, et D.V.11, § 4 » sont remplacés par les mots « D.II.57.6, § 2° »;

2° dans le 3°, le e) est remplacé par ce qui suit :

« e) le périmètre d'un site à réaménager; »;

3° dans le 3°, le f) est abrogé;

4° dans le 3°, le *h*) est remplacé par ce qui suit :

« h) le plan d'expropriation visé à l'article 7, § 1<sup>er</sup>, du décret de la Région wallonne du 22 novembre 2018 relatif à la procédure d'expropriation lorsqu'il est dressé postérieurement à un plan, un périmètre ou un schéma au sens du présent chapitre; »;

5° dans le 4°, *b*), les mots « permis d'urbanisation » sont remplacés par les mots « permis d'urbaniser ou de diviser ».

**Art. 211.** - (Concerne le texte allemand.)

**Art. 212.** - (Concerne le texte allemand.)

**Art. 213.** - (Concerne le texte allemand.)

**Art. 214.** - À l'article D.VIII.6 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1<sup>er</sup>, les mots « de l'accusé de réception visé à l'article D.IV.33 » sont remplacés par les mots « de l'avis de complétude formelle »;

2° l'alinéa 2 est complété par une phrase rédigée comme suit :

« Au plus tard le lendemain du jour de l'affichage, il fait parvenir à l'autorité compétente une photo prouvant l'affichage, et ce, par courrier électronique ou postal. »;

3° dans l'alinéa 3, modifié par le décret du 12 décembre 2019, les mots « l'accusé de réception » sont remplacés par les mots « l'avis de complétude formelle »;

4° dans l'alinéa 4, les mots « s'écarte d'un plan communal d'aménagement adopté avant l'entrée en vigueur du Code et devenu schéma d'orientation local, d'un règlement adopté avant l'entrée en vigueur du Code et devenu guide ou d'un permis d'urbanisation » sont remplacés par les mots « s'écarte d'un schéma d'orientation local, d'un guide ou d'un permis d'urbaniser »;

5° entre les alinéas 4 et 5, qui devient l'alinéa 6, il est inséré un alinéa rédigé comme suit :

« Pour des projets relatifs à des actes et travaux conformément à l'article D.IV.4, alinéa 1<sup>er</sup>, 1° à 5°, l'annonce comporte une visualisation 3D du projet d'urbanisme. Pour des projets relatifs à des actes et travaux conformément à l'article D.IV.2, l'annonce comporte une représentation du parcellaire prévu et, le cas échéant, l'impression graphique des objectifs poursuivis en matière d'aménagement du territoire et d'urbanisme au niveau de la partie concernée de la zone. »

**Art. 215.** - À l'article D.VIII.7 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° (concerne le texte allemand);

2° (concerne le texte allemand);

3° (concerne le texte allemand);

4° dans le § 2, alinéa 2, 11°, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

5° dans le § 2, l'alinéa 2 est complété par les 12° et 13° rédigés comme suit :

« 12° pour des permis relatifs à des actes et travaux conformément à l'article D.IV.4, alinéa 1<sup>er</sup>, 1° à 5°, une visualisation 3D du projet d'urbanisme;

13° pour des permis relatifs à des actes et travaux conformément à l'article D.IV.2, une représentation du parcellaire prévu et, le cas échéant, l'impression graphique des objectifs poursuivis en matière d'aménagement du territoire et d'urbanisme au niveau de la partie concernée de la zone. »

**Art. 216.** - Dans l'article D.VIII.11, alinéa 1<sup>er</sup>, du même Code, les mots « de l'accusé de réception de la demande complète » sont remplacés par les mots « de l'avis de complétude formelle ».

**Art. 217.** - (Concerne le texte allemand.)

**Art. 218.** - (Concerne le texte allemand.)

**Art. 219.** - À l'article D.VIII.15 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° (concerne le texte allemand);

2° dans le § 1<sup>er</sup>, alinéa 2, le 4° est remplacé par ce qui suit :

« 4° la copie des observations et suggestions émises dans le cadre de la réunion d'information préalable ainsi que le procès-verbal de celle-ci; »;

**Art. 220.** - À l'article D.VIII.16 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1<sup>er</sup>, les mots « le caractère complet » sont remplacés par les mots « la complétude formelle »;

2° dans l'alinéa 2, les mots « le caractère complet » sont remplacés par les mots « la complétude formelle ».

**Art. 221.** - À l'article D.VIII.22 du même Code, modifié par le décret du 12 décembre 2019, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 2, les mots « le périmètre de site à réaménager, le périmètre de réhabilitation paysagère et environnementale » sont remplacés par les mots « le périmètre d'un site à réaménager »;

2° dans l'alinéa 3, les mots « article D.VI.3 » sont remplacés par les mots « article 7, § 1<sup>er</sup>, du décret de la Région wallonne du 22 novembre 2018 relatif à la procédure d'expropriation », et les mots « ou lorsqu'il est indépendant d'un plan, périmètre ou schéma visé à l'article D.VI.1 » sont abrogés.

**Art. 222.** - Dans l'article D.VIII.25, alinéa 1<sup>er</sup>, du même Code, modifié par le décret du 12 décembre 2019, les mots « ou un périmètre de site de réhabilitation paysagère et environnementale » sont abrogés.

**Art. 223.** - Dans le Livre VIII, titre I<sup>er</sup>, du même Code, l'intitulé du chapitre VI, inséré par le décret du 26 avril 2021, est remplacé par ce qui suit :

« Chapitre VI - Réunion d'information par vidéo de présentation ».

**Art. 224.** - L'article D.VIII.27.1 du même Code, inséré par le décret du 26 avril 2021, est abrogé.

**Art. 225.** - Dans l'article D.VIII.27.2 du même Code, inséré par le décret du 26 avril 2021, l'alinéa 2 est abrogé.

**Art. 226.** - Dans l'article D.VIII.27.4, § 4, alinéa 2, du même Code, inséré par le décret du 26 avril 2021, les mots « pendant les deux jours de publication sur Internet de la vidéo de présentation » sont abrogés.

**Art. 227.** - À l'article D.VIII.31 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> dans le § 1<sup>er</sup>, alinéa 2, inséré par le décret du 12 décembre 2019, les mots « de site à réaménager et aux périmètres » sont insérés entre les mots « aux périmètres » et les mots « de remembrement urbain »;

2<sup>o</sup> (concerne le texte allemand);

3<sup>o</sup> (concerne le texte allemand.)

#### CHAPITRE 2. — Modifications du décret du 18 mars 2002 relatif à l'Infrastructure

**Art. 228.** - Dans l'article 2, alinéa 1<sup>er</sup>, du décret du 18 mars 2002 relatif à l'Infrastructure, modifié par le décret du 13 décembre 2021, les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> dans le 9<sup>o</sup>, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

2<sup>o</sup> dans le 10<sup>o</sup>, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

3<sup>o</sup> l'alinéa est complété par un 11<sup>o</sup> rédigé comme suit :

« 11<sup>o</sup> les mesures suivantes au sein d'un site à réaménager au sens de l'article D.II.57.4, § 5, du Code wallon du Développement territorial :

a) les mesures visant à éliminer les dangers et les risques d'accident provenant de constructions, d'éléments de construction ou d'équipements dangereux;

b) les démolitions ou démolitions partielles de constructions ou d'installations, en ce compris les structures souterraines;

c) les mesures de sécurité ou de sûreté;

d) la collecte, la mise au rebut, le traitement ou la destruction des produits, matériaux, déblais et déchets ayant été abandonnés ou résultant des mesures en question;

e) le vidage des caves, réservoirs et canalisations ainsi que le curage des fosses, étangs et bassins;

f) le traitement des eaux usées;

g) les mesures relatives à la construction, à la transformation, à l'amélioration ou à l'extension de places publiques, d'infrastructures extérieures ou d'espaces verts. »

**Art. 229.** - À l'article 7 du même décret, modifié par le décret du 13 décembre 2021, les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> dans le 8<sup>o</sup>, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

2<sup>o</sup> l'article est complété par un 9<sup>o</sup> rédigé comme suit :

« 9<sup>o</sup> des mesures dans le cadre de la liste des mesures au sein d'un site à réaménager mentionnées à l'article 2, alinéa 2, 11<sup>o</sup>, en complétant ou restreignant ladite liste, le cas échéant. »

**Art. 230.** - Dans l'article 11, alinéa 1<sup>er</sup>, du même décret, modifié par le décret du 2 mars 2015, les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> (concerne le texte allemand);

2<sup>o</sup> l'alinéa est complété par un 3.2<sup>o</sup> rédigé comme suit :

« 3.2<sup>o</sup> les projets d'infrastructure prévus à l'article 2, alinéa 1<sup>er</sup>, 1<sup>o</sup>, et 3<sup>o</sup> à 11<sup>o</sup>, pour autant qu'ils se situent au sein d'un site à réaménager au sens de l'article D.II.57.4, § 5, du Code wallon du Développement territorial; ».

**Art. 231.** - Dans l'article 14, alinéa 1<sup>er</sup>, du même décret, modifié par les décrets des 21 mars 2005 et 27 avril 2009, le mot « projets » est remplacé par les mots « projets d'infrastructure ».

**Art. 232.** - À l'article 14bis du même décret, inséré par le décret du 24 février 2014, les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> dans le § 2, alinéa 1<sup>er</sup>, les mots « conformément à l'article 84 du Code wallon d'aménagement du territoire, de l'urbanisme, du patrimoine et de l'énergie » sont remplacés par les mots « conformément à l'article D.IV.1, § 2, du Code wallon du Développement territorial »;

2<sup>o</sup> dans le § 3, alinéa 1<sup>er</sup>, les mots « conformément à l'article 84 du Code wallon d'Aménagement du territoire, de l'Urbanisme, du Patrimoine et de l'Énergie » sont remplacés par les mots « conformément à l'article D.IV.1, § 2, du Code wallon du Développement territorial ».

**Art. 233.** - Dans l'article 15, alinéa 3, du même décret, modifié par le décret du 15 mars 2010, le mot « projets » est remplacé par les mots « projets d'infrastructure ».

**Art. 234.** - Dans l'article 16, alinéa 1<sup>er</sup>, du même décret, modifié par le décret du 24 février 2014, les mots « 7<sup>o</sup> à 10<sup>o</sup> » sont remplacés par les mots « 7<sup>o</sup> à 11<sup>o</sup> ».

**Art. 235.** - Dans l'article 17, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, du même décret, modifié par les décrets des 25 juin 2007 et 24 février 2014, les mots « 7<sup>o</sup> à 10<sup>o</sup> » sont remplacés par les mots « 7<sup>o</sup> à 11<sup>o</sup> ».

**Art. 236.** - À l'article 19, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, du même décret, modifié par les décrets des 1<sup>er</sup> mars 2004, 24 février 2014 et 13 décembre 2021, les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> dans le 12<sup>o</sup>, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

2<sup>o</sup> l'alinéa est complété par un 13<sup>o</sup> rédigé comme suit :

« 13<sup>o</sup> le cas échéant, une copie de l'arrêté portant adoption du site à réaménager au sens de l'article D.II.57.4, § 5, du Code wallon du Développement territorial. »

**Art. 237.** - Dans l'article 21, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, du même décret, le 8<sup>o</sup> est remplacé par ce qui suit :

« 8<sup>o</sup> une copie du permis d'urbanisme ou des autres permis nécessaires à la réalisation du projet d'infrastructure et des plans déposés pour leur obtention; ».

**Art. 238.** - À l'article 22 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> dans le § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, les mots « ou des mesures au sens de l'article 2, alinéa 1<sup>er</sup>, 11<sup>o</sup>, » sont insérés entre les mots « travaux de remise en état » et le mot « justifiés »;

2<sup>o</sup> dans le § 1<sup>er</sup>, alinéa 2, le 1<sup>o</sup> est remplacé par ce qui suit :

« 1<sup>o</sup> une déclaration motivée du bourgmestre quant au danger couru par le public ou une explication motivée d'un ingénieur, d'architectes ou de bureaux d'études en ce qui concerne le risque de grandes déprédations ou de destruction de toute l'infrastructure ou le risque d'incidences graves sur l'environnement; ».

**Art. 239.** - Dans le chapitre II du même décret, il est inséré une section 6, comportant les articles 44.4 à 44.6, intitulée comme suit :

« Section 6 - Sites à réaménager ».

**Art. 240.** - Dans le chapitre II, section 6, du même décret, il est inséré un article 44.4 rédigé comme suit :

« Art. 44.4 - *Taux de subvention pour les projets de réaménagement particuliers*

Par dérogation à l'article 16, le Gouvernement peut augmenter le taux de subvention pour les projets d'infrastructure particuliers à rayonnement supracommunal situés au sein d'un site à réaménager au sens de l'article D.II.57.4, § 5, du Code wallon du Développement territorial.

Le Gouvernement fixe les modalités concernant la sélection de ces projets ainsi que les critères de qualité à appliquer à cet effet. »

**Art. 241.** - Dans la même section, il est inséré un article 44.5 rédigé comme suit :

« Art. 44.5 - *Subsides pour les personnes de droit privé*

Si le demandeur est une personne de droit privé au sens de l'article 11, alinéa 1<sup>er</sup>, 5<sup>o</sup> :

1<sup>o</sup> le subsidie représente, par dérogation à l'article 16, 40

du montant total des dépenses admissibles entrant en ligne de compte pour une subsidiation, avec un subsidie maximal de 100 000 euros par demande et par bien immobilier;

2<sup>o</sup> une nouvelle demande peut être prise en considération au plus tôt deux ans après une promesse faite pour un bien immobilier précis, sauf si l'urgence mentionnée à l'article 22 est reconnue;

3<sup>o</sup> l'article 4 n'est pas applicable.

Le Gouvernement peut subordonner l'octroi de subsides à des personnes de droit privé au sens de l'article 11, alinéa 1<sup>er</sup>, 5<sup>o</sup>, à des conditions concernant l'affectation du bien ou à des délais d'exécution des mesures. »

**Art. 242.** - Dans la même section, il est inséré un article 44.6 rédigé comme suit :

« Art. 44.6 - *Accord*

Un accord conclu entre le Gouvernement et le demandeur est joint à la promesse d'octroi du subsidie, délivrée conformément à l'article 21, pour des projets d'infrastructure au sein d'un site à réaménager.

L'accord comprend au moins la description, les modalités et les délais d'exécution des actes et travaux ainsi que les conditions en matière d'octroi, de contrôle et de remboursement du subsidie. »

### CHAPITRE 3. — *Disposition finale*

**Art. 243.** - Le présent décret entre en vigueur le 1<sup>er</sup> février 2023.

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.

Eupen, le 21 novembre 2022.

O. PAASCH,

Le Ministre-Président,

Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances

A. ANTONIADIS,

Le Vice-Ministre-Président,

Ministre de la Santé et des Affaires sociales,  
de l'Aménagement du territoire et du Logement

I. WEYKMANS,

La Ministre de la Culture et des Sports,  
de l'Emploi et des Médias

L. KLINKENBERG,  
La Ministre de l'Éducation  
et de la Recherche scientifique

—————  
Note

Session 2022-2023

Documents parlementaires :

187 (2021-2022) n° 1

187 (2022-2023) n° 2

187 (2022-2023) n° 3

187 (2022-2023) n° 4

187 (2022-2023) n° 5

187 (2022-2023) n° 6

187 (2022-2023) n° 7

187 (2022-2023) n° 8

Compte rendu intégral :

21 novembre 2022 - n° 49

Projet de décret

Propositions d'amendement

Propositions d'amendement

Propositions d'amendement

Propositions d'amendement

Rapport + erratum

Propositions d'amendement au texte adopté par la commission

Texte adopté en séance plénière + erratum

Discussion et vote

—————  
VERTALING

### MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2023/200400]

#### 21 NOVEMBER 2022. — Decreet tot wijziging van het decretale deel van het Wetboek van Ruimtelijke Ontwikkeling en tot wijziging van het decreet van 18 maart 2002 betreffende de infrastructuur

Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt :

HOOFDSTUK 1. — *Wijzigingen van het decretale deel van het Wetboek van Ruimtelijke Ontwikkeling*

**Artikel 1.** - In artikel D.I.1, § 2, tweede lid, 5°, van het Waals Wetboek van Ruimtelijke Ontwikkeling worden de woorden "de operationele omtrekken" vervangen door de woorden "de omtrekken voor een saneringslocatie of voor een stedelijke verkaveling".

**Art. 2.** - Boek I, enige titel, hoofdstuk II, van hetzelfde Wetboek, opgeheven bij het decreet van 12 december 2019, wordt hersteld als volgt :

"HOOFDSTUK II - DELEGATIES"

**Art. 3.** - Artikel D.I.3 van hetzelfde Wetboek, opgeheven bij het decreet van 12 december 2019, wordt hersteld als volgt :

"Art. D.I.3 - De Regering kan de bevoegdheden die haar door dit Wetboek en de uitvoeringsbepalingen ervan worden toegekend, met inbegrip van de beslissingsbevoegdheden, overdragen aan gemachtigde personeelsleden van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap.

Onverminderd de algemene regels omtrent de intrekking van bestuursakten kan de Regering de gedelegeerde bevoegdheden zelf uitoefenen, ook na de overdracht van bevoegdheden, maar zonder dat ze haar beslissing in de plaats kan stellen van een beslissing die door de houder van de gedelegeerde bevoegdheden rechtsgeldig is genomen en aan de betrokkene is meegegeeld."

**Art. 4.** - In artikel D.I.4, § 1, van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij het decreet van 12 december 2019, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° het eerste lid wordt aangevuld met een bepaling onder 7°, luidende :

"7° over de voorgestelde maatregelen die overeenkomstig artikel D.I.12.1 door het Duurzaamheidsfonds worden gefinancierd."

2° het vierde lid wordt aangevuld met de volgende zinnen :

"De Adviesraad brengt advies uit binnen een termijn van dertig dagen na ontvangst van de aanvraag. Die termijn wordt van rechtswege met vijftien dagen verlengd, als hij tussen 1 juli en 31 augustus begint of eindigt. Na het verstrijken van de termijn kan de Regering het ontwerp zonder advies aannemen. Als de Adviesraad zijn advies over een ontwerp van decreet binnen de termijn verstrekt, dient de Regering dit advies samen met het ontwerp van decreet bij het Parlement in."

**Art. 5.** - Artikel D.I.5.1, § 2, derde lid, van hetzelfde Wetboek, ingevoegd bij het decreet van 12 december 2019, wordt opgeheven.

**Art. 6.** - In boek I, enige titel, hoofdstuk III, van hetzelfde Wetboek wordt het opschrift van afdeling 2 vervangen als volgt :

"Afdeling 2 - Beroepscommissie"

**Art. 7.** - In artikel D.I.6 van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij het decreet van 12 december 2019, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in § 1, eerste lid, worden de woorden "adviescommissie over de beroepen, hierna adviescommissie genoemd," vervangen door het woord "beroepscommissie";

2° paragraaf 1 wordt aangevuld met een tweede lid, luidende:

"Het advies van de beroepscommissie bevat een met redenen omkleed voorstel tot beslissing."

3° in § 2, eerste en tweede lid, wordt het woord "adviescommissie" en "Adviescommissie" vervangen door het woord "beroepscommissie";

4° § 2, tweede lid, wordt aangevuld met een bepaling onder 4°, luidende :

"4° een landschapsdeskundige;"

5° in § 4, tweede lid, wordt het woord "adviescommissie" vervangen door het woord "beroepscommissie".

**Art. 8.** - In boek I, enige titel, van hetzelfde Wetboek wordt een hoofdstuk V.1 ingevoegd, dat artikel D.I.12.1 omvat, luidende :

"HOOFDSTUK V.1 - DUURZAAMHEIDSFONDS"

**Art. 9.** - In boek I, enige titel, hoofdstuk V.1, van hetzelfde Wetboek wordt een artikel D.I.12.1 ingevoegd, luidende :

"Art. D.I.12.1 - § 1 - Er wordt een duurzaamheidsfonds opgericht. Het fonds komt overeen met een begrotingsfonds in de zin van artikel 56 van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap.

Het fonds heeft tot doel financiële reserves aan te leggen en te beheren voor het plannen, verwezenlijken of ondersteunen van maatregelen ter bevordering van de duurzaamheid in de zin van ecologisch en landschappelijk behoud, herstel of verbetering van de ruimte in de Duitstalige Gemeenschap, met inbegrip van maatregelen om het klimaat, de biodiversiteit en de habitats te beschermen en om de bevolking van hernieuwbare energie te voorzien.

§ 2 - De ontvangsten van het fonds bestaan uit :

1° ontvangsten uit toelagen die verlangd worden in geval van herziening van het gewestplan overeenkomstig artikel D.II.45, § 3, eerste lid, 3°;

2° ontvangsten uit de bedragen van de vergelijken die overeenkomstig artikel D.VII.18 aan de Duitstalige Gemeenschap betaald worden;

3° ontvangsten uit de administratieve geldboetes die overeenkomstig artikel D.VII.21 aan de Duitstalige Gemeenschap betaald worden;

4° ontvangsten uit betalingen van geldsommen die representatief zijn voor de meerwaarde die het goed door de inbreuk heeft gekregen, toegewezen aan de Duitstalige Gemeenschap overeenkomstig de artikelen D.VII.13 en D.VII.22;

5° het in de ontvangstenbegroting van de Duitstalige Gemeenschap voor het vervullen van de taken van het fonds als ontvangsten voor een specifiek doel bestemde deel van de algemene dotatie;

6° ontvangsten uit giften, schenkingen of legaten.

§ 3 - De uitgaven kunnen betrekking hebben op vergoedingen, subsidies of voordelen, met inbegrip van personeels-, exploitatie-, investerings-, beheer-, onderhouds- of andere kosten in verband met acties of taken waartoe in het kader van het fonds is besloten en die door specifiek geschoold personeel of door derden worden uitgevoerd."

**Art. 10.** - In boek I, enige titel, hoofdstuk VII, afdeling 1, van hetzelfde Wetboek wordt een artikel D.I.17.1 ingevoegd, luidende :

"Art. D.I.17.1 - § 1 - Beroepen waarvan de indiening, bevestigd met een indieningsbewijs, of waarvan de ontvangst van de zending, bevestigd met een post- of ander ontvangstbewijs, dateert van voor één van de wijzigingen van de in het Duitse taalgebied toepasselijke wetgeving inzake ruimtelijke ordening en stedenbouw, worden verder behandeld op basis van de bepalingen die van toepassing waren op de datum van het indieningsbewijs of ontvangstbewijs.

§ 2 - In de gevallen waarin een overeenkomstig artikel D.IV.67 aangenomen beslissing van de Duitstalige Gemeenschap door de Raad van State nietig is verklaard en bijgevolg een nieuwe beslissing moet worden aangenomen, wordt de procedure voortgezet op basis van de bepalingen die van toepassing zijn op de dag van het arrest van de Raad van State."

**Art. 11.** - Het opschrift van boek II van hetzelfde Wetboek wordt vervangen als volgt :

"BOEK II - PLANNING EN OMTREKKEN"

**Art. 12.** - In artikel D.II.2, § 1, tweede lid, van hetzelfde Wetboek wordt het woord "landschap," ingevoegd tussen het woord "erfgoed," en het woord "leefmilieu".

**Art. 13.** - In artikel D.II.6 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in § 1, tweede lid, wordt het woord "landschap," ingevoegd tussen het woord "erfgoed," en het woord "leefmilieu";

2° in § 2, derde lid, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

a) in de bepaling onder 1° wordt het woord "van gebieden" vervangen door de woorden "van het grondgebied";

b) in de bepaling onder 4° wordt de punt aan het einde van de zin vervangen door een komma-punt;

c) het lid wordt aangevuld met een bepaling onder 5°, luidende :

"5° de bescherming tegen extreme weersituaties."

3° § 3, 1°, wordt vervangen als volgt :

"1° beheers- en programmeringsmaatregelen bevatten met betrekking tot de implementatiebeginselen en de ruimtelijke structuur zoals bedoeld in paragraaf 2, eerste lid, 2° en 3°;"

**Art. 14.** - In artikel D.II.7 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° In § 6, eerste lid, gewijzigd bij het decreet van 12 december 2019, worden de woorden "Wanneer één of meerdere gemeenteraden het meergemeentelijk ontwikkelingsplan niet hebben aangenomen," vervangen door de woorden "Indien slechts enkele van de betrokken gemeenteraden het meergemeentelijk ontwikkelingsplan hebben aangenomen,";

2° § 7, vierde lid, wordt opgeheven.

**Art. 15.** - Artikel D.II.8, § 1, eerste lid, van hetzelfde Wetboek wordt aangevuld met de woorden ", indien de herziening meerdere gemeenten betreft".

**Art. 16.** - In artikel D.II.10 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in § 1, tweede lid, wordt het woord "landschap," ingevoegd tussen het woord "erfgoed," en het woord "leefmilieu";

2° in § 2, derde lid, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

a) (geldt alleen voor de Duitse tekst);

b) in de bepaling onder 4° wordt de punt aan het einde van de zin vervangen door een komma;

c) het lid wordt aangevuld met een bepaling onder 5°, luidende :

"5° de bescherming tegen extreme weersituaties."

3° in § 3, 2°, word het woord "betrokken" opgeheven.

**Art. 17.** - In artikel D.II.12 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in § 3, eerste lid, worden de woorden "meergemeentelijke ontwikkelingsplannen en de lokale beleidsontwikkelingsplannen en de gemeentelijke leidraad" vervangen door de woorden "plannen en/of leidraden";

2° in § 4, eerste lid, worden de woorden "de meergemeentelijke ontwikkelingsplannen en de lokale beleidsontwikkelingsplannen en de gemeentelijke leidraad, opgenomen in de lijst bedoeld in paragraaf 3, lid 1" vervangen door de woorden "de in de lijst opgenomen plannen en/of leidraden";

3° in § 5, tweede lid, worden de woorden "meergemeentelijke ontwikkelingsplannen en lokale beleidsontwikkelingsplannen en de gemeentelijke leidraad" vervangen door de woorden "plannen en/of leidraden";

4° § 5, vijfde lid, wordt opgeheven.

**Art. 18.** - In artikel D.II.15 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° § 1, derde lid, wordt vervangen als volgt :

"Voorts kan een meergemeentelijk ontwikkelingsplan geheel of gedeeltelijk opgeheven worden in de volgende gevallen :

1° bij de aanneming of herziening van het gewestplan;

2° bij de aanneming of herziening van een ander meergemeentelijk ontwikkelingsplan of van een gemeentelijk ontwikkelingsplan."

2° in § 2, derde lid, wordt de eerste zin opgeheven en in de tweede zin worden de woorden "In dat geval oordeelt de Regering, naast" vervangen door de woorden "De Regering oordeelt, naast".

**Art. 19.** - Artikel D.II.21 van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij het decreet van 10 december 2020, wordt aangevuld met een paragraaf 5, luidende :

" § 5 - De Regering coördineert de gewestplannen die van toepassing zijn in het Duitse taalgebied; die gewestplannen worden gecoördineerde gewestplannen van de Duitstalige Gemeenschap genoemd."

**Art. 20.** - In artikel D.II.25bis van hetzelfde Wetboek, ingevoegd bij het decreet van het Waals Gewest van 16 november 2017, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in het eerste lid, 3°, worden de woorden "verkavelingsvergunning of bebouwingsvergunning" vervangen door de woorden "verkavelingsvergunning, bebouwingsvergunning of ontsluitingsvergunning";

2° in het tweede lid wordt het woord "bebouwingsvergunning" vervangen door het woord "ontsluitingsvergunning".

**Art. 21.** - Artikel D.II.36, § 2, eerste lid, van hetzelfde Wetboek wordt vervangen als volgt :

"In de landbouwgebieden worden de modules voor elektriciteit- of warmteproductie die een wettelijk bestaand bouwwerk, een wettelijk bestaande installatie of een wettelijk bestaand gebouw gelegen op hetzelfde onroerend goed rechtstreeks bevoorraden, uitzonderlijk toegelaten voor zover ze de bestemming van het gebied niet onomkeerbaar aantasten."

**Art. 22.** - In artikel D.II.42, § 1, 1°, van hetzelfde Wetboek worden de woorden "de nabijheid van bevoorrechte initiatiefgebieden bedoeld in artikel D.V.14," opgeheven.

**Art. 23.** - Artikel D.II.45, § 3, van hetzelfde Wetboek wordt vervangen als volgt :

" § 3 - De opnemings van een nieuw bebouwingsgebied dat niet te verwaarlozen effecten op het leefmilieu zou kunnen hebben, volgend op een niet-bebouwingsgebied, wordt, met inachtneming van het evenredigheidsbeginsel, gecompenseerd :

1° door een bestaand bebouwingsgebied of een gebied waarvan de inrichting door de gemeente aan een overlegprocedure wordt onderworpen in gelijke mate om te vormen tot een niet-bebouwingsgebied, of

2° door een alternatieve compensatie bepaald door de Regering, zowel op operationeel vlak als op vlak van leefmilieu, energie of mobiliteit, waarbij meer bepaald rekening wordt gehouden met de impact van het bebouwingsgebied op de buurt, of

3° door betaling van een toegift aan het Duurzaamheidsfonds vermeld in artikel D.I.12.1.

De alternatieve compensatie vermeld in het eerste lid, 2°, beoogt het herstel van het evenwicht dat verloren gaat door de residuele impact van de opnemings van een bebouwingsgebied volgend op een niet-bebouwingsgebied, na inoverwegingname van de preventie- en inrichtingsmaatregelen die getroffen worden ter beperking of voorkoming van de niet te verwaarlozen effecten waarop gewezen is in het milieueffectenverslag dat in het kader van de procedure opgesteld wordt.

De betaling van een toegift vermeld in het eerste lid, 3°, heeft tot doel overeenkomstig artikel D.I.12.1 maatregelen ter bevordering van de duurzaamheid in de Duitstalige Gemeenschap te financieren.

De Regering kiest voor planologische compensaties, voor alternatieve compensaties of voor de betaling van een toegift, ofwel voor een combinatie daarvan, waarbij planologische compensaties de voorkeur hebben.

Planologische of alternatieve compensaties kunnen gemeenteoverschrijdend verlopen.

Planologische of alternatieve compensaties kunnen gefaseerd verlopen. De toegift kan in verschillende tranches worden betaald.

Voor de alternatieve compensaties bepaalt de Regering hun aard, hun nadere uitvoeringsregels en het evenredigheidsbeginsel. Er kan een financiële waarborg worden geëist.

Wat de betaling van een toegift betreft, bepaalt de Regering de nadere regels voor de berekening en de uitbetaling van het bedrag ervan, met inachtneming van het evenredigheidsbeginsel. Er kan een financiële waarborg worden geëist."

**Art. 24.** - Artikel D.II.46 van hetzelfde Wetboek wordt aangevuld met een derde lid, luidende :

"Als een milieueffectenverslag moet worden opgesteld, bepaalt de Regering in het besluit houdende het ontwerp tot herziening van het gewestplan, met toepassing van artikel D.VIII.33, tegelijk de ontwerp-inhoud van dat milieueffectenverslag en wint ze de nodige adviezen in."

**Art. 25.** - In artikel D.II.47 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° (geldt alleen voor de Duitse tekst);

2° § 3, eerste lid, wordt aangevuld met de volgende zin :

"Als een milieueffectenverslag moet worden opgesteld, bepaalt de Regering in het besluit houdende het ontwerp tot herziening van het gewestplan, met toepassing van artikel D.VIII.33, tegelijk de ontwerp-inhoud van dat milieueffectenverslag en wint ze de nodige adviezen in."

**Art. 26.** - In artikel D.II.48 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° (geldt alleen voor de Duitse tekst);

2° § 5, eerste lid, wordt aangevuld met de volgende zin :

"Als een milieueffectenverslag moet worden opgesteld, bepaalt de Regering in het besluit houdende het ontwerp tot herziening van het gewestplan, met toepassing van artikel D.VIII.33, tegelijk de ontwerp-inhoud van dat milieueffectenverslag en wint ze de nodige adviezen in."

**Art. 27.** - In artikel D.II.51 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° § 1, tweede lid, 3°, wordt vervangen als volgt :

"3° wanneer overwogen wordt een omtrek voor een saneringslocatie vast te stellen overeenkomstig artikel D.II.57.5, het dossier bedoeld in artikel D.II.57.3; dat dossier wordt opgemaakt door de persoon bedoeld in artikel D.II.57.2 en is vergezeld van de adviezen bedoeld in artikel D.II.57.4, § 1, eerste lid, 1° en 3°."

2° in § 1, derde lid, worden de woorden "te herontwikkelen locatie" vervangen door het woord "saneringslocatie";

3° in § 1, vierde lid, worden de woorden "artikel D.V.2, § 2" vervangen door de woorden "artikel D.II.57.2" en worden de woorden "artikel D.V.2, § 4" vervangen door de woorden "artikel D.II.57.4, § 2";

4° in § 4, derde lid, worden de woorden "artikel D.V.2, § 8," vervangen door de woorden "artikel D.II.57.5", worden de woorden "te herontwikkelen locatie" vervangen door het woord "saneringslocatie" en worden de woorden "artikel D.V.2, § 7" vervangen door de woorden "artikel D.II.57.4, § 5";

5° in § 5, tweede lid, worden de woorden "te herontwikkelen locatie" vervangen door het woord "saneringslocatie", worden de woorden "artikel D.V.2, § 7" vervangen door de woorden "artikel D.II.57.4, § 5" en worden de woorden "artikel D.V.2, § 4" vervangen door de woorden "artikel D.II.57.4, § 2".

**Art. 28.** - In artikel D.II.52 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° § 1, tweede lid, wordt vervangen als volgt :

"Indien een locatie in de zin van artikel D.II.57.1, § 1, 2°, gesaneerd dient te worden, kan het initiatief voor de aanvraag tot herziening van het gewestplan evenwel uitgaan van de persoon bedoeld in artikel D.II.57.2, 2°."

2° in § 1, derde lid, worden de woorden "artikel D.V.2, § 1,2°" vervangen door de woorden "artikel D.II.57.2, eerste lid, 2°";

3° § 1, vierde lid, 6°, wordt vervangen als volgt :

"6° wanneer overwogen wordt een omtrek voor een saneringslocatie vast te stellen overeenkomstig artikel D.II.57.5, het dossier bedoeld in artikel D.II.57.3; dat dossier wordt opgemaakt door de persoon bedoeld in artikel D.II.57.2, eerste lid, 2°, en is vergezeld van de adviezen bedoeld in artikel D.II.57.4, § 1, eerste lid, 1° en 3°."

4° in § 1, vijfde lid, worden de woorden "te herontwikkelen locatie" vervangen door het woord "saneringslocatie";

5° in § 1, zesde lid, worden de woorden "te herontwikkelen locatie" vervangen door het woord "saneringslocatie", worden de woorden "artikel D.V.2, § 2" vervangen door de woorden "artikel D.II.57.3" en worden de woorden "artikel D.V.2, § 4" vervangen door de woorden "artikel D.II.57.4, § 2";

6° in § 5, derde lid, worden de woorden "artikel D.V.2, § 8," vervangen door de woorden "artikel D.II.57.5", worden de woorden "te herontwikkelen locatie" vervangen door het woord "saneringslocatie" en worden de woorden "artikel D.V.2, § 7," vervangen door de woorden "artikel D.II.57.4, § 5";

7° in § 6 worden de woorden "artikel D.V.2, § 1,2°" telkens vervangen door de woorden "artikel D.II.57.2, eerste lid, 2°";

8° in § 7, tweede lid, worden de woorden "te herontwikkelen locatie" vervangen door het woord "saneringslocatie", worden de woorden "artikel D.V.2, § 7" vervangen door de woorden "artikel D.II.57.4, § 5" en worden de woorden "artikel D.V.2, § 4" vervangen door de woorden "artikel D.II.57.4, § 2".

**Art. 29.** - In artikel D.II.54 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in § 1, eerste lid, 3°, worden de woorden "bericht van ontvangst" vervangen door de woorden "bericht van formele volledigheid";

2° (geldt alleen voor de Duitse tekst.)

**Art. 30.** - Artikel D.II.55 van hetzelfde Wetboek wordt aangevuld met een vierde en een vijfde lid, luidende :

"De metingen op basis van de grafische voorschriften zijn doorslaggevend voor het bepalen van de afmetingen van de gebieden.

De breedte van de afbakeningslijn van een bebouwingsgebied op het gewestplan wordt geacht tot dat gebied te behoren. De buitengrens van het bebouwingsgebied wordt weergegeven door de buitengrens van de afbakeningslijn."



**Art. 31.** - In boek II van hetzelfde Wetboek, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 10 december 2020, wordt een titel II.1 ingevoegd, die de artikelen D.II.57.1 tot D.II.57.10 omvat, luidende :

“TITEL II.1 - OMTREKKEN”

**Art. 32.** - In boek II, titel II.1, van hetzelfde Wetboek wordt een hoofdstuk I ingevoegd, dat artikel D.II.57.1 omvat, luidende :

“HOOFDSTUK I - ALGEMEEN”

**Art. 33.** - In boek II, titel II.1, hoofdstuk I, van hetzelfde Wetboek wordt een artikel D.II.57.1 ingevoegd, luidende :

“Art. D.II.57.1 - § 1 - Voor de toepassing van dit decreet wordt verstaan onder :

1° locatie: een onroerend goed of een geheel van onroerende goederen dat voor andere activiteiten dan huisvesting bestemd was en waarvan het behoud in zijn huidige toestand strijdig is met de goede inrichting van de plaats of een destructurering van het stadsweefsel uitmaakt. Alleen de activiteiten die overeenstemmen met de wettelijke en reglementaire bepalingen komen in aanmerking. De locatie bevindt zich binnen de grenzen van een omtrek die het geheel van bovenbedoelde onroerende goederen omvat. De omtrek kan ook het volgende bevatten :

a) één of meerdere onroerende goederen of delen ervan die nog bestemd zijn voor een activiteit, op voorwaarde dat de sanering van de locatie de voortzetting van die activiteit toelaat;

b) één of meerdere onroerende goederen of delen ervan die de zetel van een activiteit zijn, maar precair gebruikt worden;

c) één of meerdere onroerende goederen of delen ervan die gebruikt worden of bestemd zijn voor huisvesting;

Een locatie die in een recreatiegebied op het gewestplan gelegen is en onder de uitvoering van het plan betreffende de permanente bewoning valt, kan beschouwd worden als een locatie in de zin van dit artikel;

2° een locatie saneren: de uitvoering van handelingen en werken inzake sanering, renovatie en bodemsanering in de zin van artikel 2, 14°, van het decreet van 1 maart 2018 betreffende bodembeheer en bodemsanering, bouw- of herbouwwerken en -handelingen met inbegrip van de desbetreffende onderzoeken. De Regering kan de lijst van de handelingen en werken vastleggen;

3° stedelijke verkaveling: elk stedenbouwkundig project tot herwaardering en ontwikkeling van stedelijke functies dat de oprichting, de wijziging, de uitbreiding, de vernietiging of de overdekking van wegen en openbare ruimtes vereist. De stedelijke verkaveling bevindt zich binnen de grenzen van de omtrek die het bovenbedoelde stedenbouwkundig project omvat.

§ 2 - De omtrekken voor saneringslocaties en de omtrekken voor een stedelijke verkaveling worden vastgesteld om operationele redenen, los van de gewestplannen, ontwikkelingsplannen en leidraden.”

**Art. 34.** - In boek II, titel II.1, van hetzelfde Wetboek wordt een hoofdstuk II ingevoegd, dat de artikelen D.II.57.2 tot D.II.57.6 omvat, luidende :

“HOOFDSTUK II - PROCEDURE”

**Art. 35.** - In boek II, titel II.1, hoofdstuk II, van hetzelfde Wetboek wordt een afdeling 1 ingevoegd, die de artikelen D.II.57.2 tot D.II.57.3 omvat, luidende :

“Afdeling 1 - Initiatiefrecht en voorstel”

**Art. 36.** - In boek II, titel II.1, hoofdstuk II, afdeling 1, van hetzelfde Wetboek wordt een artikel D.II.57.2 ingevoegd, luidende :

“Art. D.II.57.2 - De Regering kan de bestemming van een omtrek voor een saneringslocatie of een omtrek voor een stedelijke verkaveling vastleggen :

1° hetzij op eigen initiatief;

2° hetzij op voorstel van een gemeente, een intercommunale met ruimtelijke ordening of huisvesting als maatschappelijk doel, een vereniging van gemeenten, een openbaar centrum voor maatschappelijk welzijn, een gemeentebedrijf, de “Société de rénovation et d’assainissement des sites industriels” (SORASI), de in het Duitse taalgebied erkende openbare huisvestingsmaatschappijen en de “Société publique d’Aide à la Qualité de l’Environnement (SPAQuE)” (Openbare maatschappij voor hulpverlening inzake de verbetering van het leefmilieu) bedoeld in artikel 39 van het decreet van 27 juni 1996 betreffende de afvalstoffen;

3° hetzij op voorstel van één of meer eigenaars of houders van een zakelijk recht.

Desgevallend motiveert de Regering ten opzichte van artikel D.68 van Boek I van het Milieuwetboek haar beslissing om al dan niet de handelingen en werken aan een milieueffectenonderzoek te onderwerpen die gepland zijn voor de sanering en renovatie van de locatie.

Het besluit wordt bekendgemaakt overeenkomstig de artikelen D.VIII.22 en volgende.”

**Art. 37.** - In dezelfde afdeling wordt een artikel D.II.57.3 ingevoegd, luidende :

“Art. D.II.57.3 - Het voorstel van de Regering overeenkomstig artikel D.II.57.2 berust op een dossier bestaande uit :

1° de aanduiding en verantwoording van de omtrek ten opzichte van de criteria van artikel D.57.II.1;

2° een kaart met de omtrek volgens het model dat door de Regering is vastgelegd;

3° de geplande handelingen en werken;

4° een milieueffectenbeoordeling of de met redenen omklede aanvraag tot vrijstelling van een milieueffectenbeoordeling overeenkomstig artikel D.VIII.31.

Voor de saneringslocatie wordt bovendien een korte uiteenzetting van de milieueffectenrapportering of, naargelang van het geval, een milieueffectenonderzoek over de geplande handelingen en werken bijgevoegd met toepassing van de bepalingen van het Milieuwetboek.

Voor de stedelijke verkaveling wordt bovendien de voorstelling van het stedenbouwkundig project bijgevoegd met de volgende gegevens :

1° een verslag dat de geplande handelingen en werken bevat, hun bestemming, de inrichtingsopties vanuit het oogpunt van de ruimtelijke ordening en de architectonische opzet van het project. Dat verslag wordt opgemaakt op basis van de volgende elementen :

a) een situatieplan dat de ligging van het goed betrokken bij het project voorstelt t.o.v. de centrale kern van de bebouwde kom en de voornaamste verbindingswegen met vermelding van hun juridisch statuut en hun benaming;

b) de rechtstoestand die hetgeen volgt vermeldt :

- de bestemming van het goed betrokken bij het project in het gewestplan;

- in voorkomend geval, zijn ligging in het meergemeentelijk ontwikkelingsplan en in de gemeentelijke ontwikkelingsplannen, zijn ligging in de ontsluitings- of opsplitsingsvergunning als het goed aan de gewestelijke leidraad en/of de gemeentelijke leidraad voor stedenbouw wordt onderworpen;

c) de stedenbouwkundige en landschappelijke context waarin hetgeen volgt vermeld staat :

- de oriëntatie;

- de verbindingswegen, hun inrichting en uitrusting alsook, in voorkomend geval, de wijzigingen die daaraan verbonden zijn;

- in voorkomend geval, de afschaffing van een bestaande weg of de aanleg van nieuwe wegen of openbare ruimtes;

- de vestiging, de afmetingen, de aard of de bestemming van de bouwwerken op het goed, betrokken bij het project, binnen een straal van 50 m ervan;

- in voorkomend geval, een rechtvaardiging van de verschillen en afwijkingen, aangevraagd ten opzichte van de artikelen D.IV.5 et D.IV.13;

d) een fotoreportage op grond waarvan de stedenbouwkundige en landschappelijke context waarin het project past in overweging genomen kan worden met de genummerde aanduiding op plan van de opnamen van de fotoreportage;

2° een bezettingsplan van de omtrek, met vermelding van het volgende :

a) de vestiging en het bouwvolume van de bestaande gebouwen die voor het geheel van de omtrek zijn gepland;

b) de behouden of geplande aanleg van het onbebouwde saldo van de betrokken omtrek, met inbegrip van de wegen en openbare ruimtes, de parkeerruimtes, de bestaande en geplande vegetatie;

3° een duidelijke 3D-visualisatie van het stedenbouwkundig project.”

**Art. 38.** - In boek II, titel II.1, hoofdstuk II, van hetzelfde Wetboek wordt een afdeling 2 ingevoegd, die de artikelen D.II.57.4 tot D.II.57.6 omvat, luidende :

”Afdeling 2 - Procedure”

**Art. 39.** - In boek II, titel II.1, hoofdstuk II, afdeling 2, van hetzelfde Wetboek wordt een artikel D.II.57.4 ingevoegd, luidende :

”Art. D.II.57.4 - § 1 - Het besluit bedoeld in artikel D.II.57.2 en het dossier bedoeld in artikel D.II.57.3 worden door de Regering verstuurd en ter advies voorgelegd aan de volgende instanties, voor zover de aanvraag tot vaststelling van de omtrek niet op hun voorstel berust :

1° aan het gemeentecollege van de gemeente(n) waarin de omtrek gelegen is;

2° aan de op grond van de kadastrale gegevens vastgestelde eigenaars van de onroerende goederen waarop de omtrek betrekking heeft;

3° aan de gemeentelijke commissie of, bij gebrek, aan de adviesraad;

4° aan elke persoon, instantie of dienst waarvan zij het advies nuttig acht.

Het voorstel tot bepaling van een omtrek voor een stedelijke verkaveling wordt verstuurd en ter advies voorgelegd aan de in het eerste lid vermelde instanties en ook aan de gemeenteraad van de gemeente(n) waarin de omtrek gelegen is. Als het advies van de gemeenteraad ongunstig is, wordt de procedure voor het bepalen van een omtrek voor een stedelijke verkaveling niet voortgezet.

De adviezen vermeld in het eerste en het tweede lid worden binnen zestig dagen na ontvangst van het besluit aan de Regering overgemaakt. Zo niet worden ze gunstig geacht.

§ 2 - Binnen vijftien dagen na ontvangst van het besluit van de Regering is (zijn) de eigenaar(s) verplicht het mee te delen aan elke houder van een zakelijk recht, aan elke huurder of gebruiker van bedoeld onroerend goed, alsook aan elke persoon die hij (zij) met de uitvoering van werkzaamheden op bedoeld goed belast zou(den) hebben of daartoe gemachtigd zou(den) hebben. De verzending aan de eigenaars vermeldt deze verplichting.

§ 3 - Binnen vijftien dagen na ontvangst van het besluit van de Regering onderwerpt het gemeentecollege het besluit aan een openbaar onderzoek. Als de omtrek betrekking heeft op meerdere gemeenten, dan wordt in elk van die gemeenten een openbaar onderzoek gehouden.

Het gemeentecollege of, naargelang van het geval, de gemeentecolleges zenden de resultaten van het openbaar onderzoek toe aan de Regering.

§ 4 - Desgevallend wordt de omtrek gewijzigd of aangevuld op basis van de adviezen bedoeld in paragraaf 1 en op basis van de resultaten van het openbaar onderzoek.

§ 5 - De Regering neemt de omtrek voor een saneringslocatie of voor een stedelijke verkaveling definitief aan.

Desgevallend, mits er een motivering ten opzichte van de artikelen D.64 en D.68 van Boek I van het Milieuwetboek is, keurt ze de handelingen en werken die gepland zijn voor de sanering en renovatie van de locatie goed.

§ 6 - Het besluit van de Regering wordt bekendgemaakt overeenkomstig de artikelen D.VIII.22 en volgende.

De Regering richt een afschrift van het besluit aan de bestemmingen bedoeld in paragraaf 1.

Binnen vijftien dagen na ontvangst van het afschrift van het besluit, geeft (geven) de eigenaar(s) daar kennis van aan de personen bedoeld in paragraaf 2. De verzending aan de eigenaars vermeldt deze verplichting.”

**Art. 40.** - In dezelfde afdeling wordt een artikel D.II.57.5 ingevoegd, luidende :

"Art. D.II.57.5 - De omtrek van de saneringslocatie kan door de Regering worden aangenomen gezamenlijk met de opnemering van een gebied van gewestelijk belang, een gebied van gemeentelijk belang of een voor bebouwing bestemd gebied waarvoor geen compensatie vereist is overeenkomstig de artikelen D.II.51 en D.II.52."

**Art. 41.** - In dezelfde afdeling wordt een artikel D.II.57.6 ingevoegd, luidende :

"Art. D.II.57.6 - § 1 - De Regering kan de grenzen van de omtrek voor een saneringslocatie of van de omtrek voor een stedelijke verkaveling na de definitieve vastlegging ervan wijzigen. De bepalingen die de vastlegging van de omtrek regelen, zijn van toepassing op de wijziging ervan.

§ 2 - De Regering kan de omtrek voor een saneringslocatie of de omtrek voor een stedelijke verkaveling na de definitieve vastlegging ervan geheel of gedeeltelijk afschaffen :

1° na sanering van de locatie of na verwezenlijking van het stedenbouwkundig project;

2° wanneer de redenen die de erkenning als saneringslocatie of stedelijke verkaveling rechtvaardigen, voorbijgestreefd zijn.

De bepalingen die de vastlegging van de omtrek regelen, zijn van toepassing op de afschaffing ervan."

**Art. 42.** - In boek II, titel II.1, van hetzelfde Wetboek wordt een hoofdstuk III ingevoegd, dat de artikelen D.II.57.7 tot D.II.57.10 omvat, luidende :

"HOOFDSTUK III - BIJZONDERE BEPALINGEN VOOR SANERINGSLOCATIES"

**Art. 43.** - In boek II, titel II.1, hoofdstuk III, van hetzelfde Wetboek wordt een artikel D.II.57.7 ingevoegd, luidende :

"Art. D.II.57.7 - De Regering kan procedureregels voorschrijven voor de onderzoeken strekkende tot de verzameling van gegevens die moeten dienen voor de toepassing van deze titel en de uitvoeringsbesluiten ervan met betrekking tot de saneringslocaties. Zij wijst de beambten aan die bevoegd zijn om de onderzoeken uit te voeren.

De beambten die aangewezen worden om deze onderzoeken en controles uit te voeren, kunnen met name :

1° zich op hun eerste verzoek alle bescheiden, stukken of boeken, die nuttig zijn voor de uitoefening van hun taak, laten overleggen of die opzoeken;

2° fotokopieën nemen of laten nemen van andere bescheiden die onder hun controle vallen en vaststellingen doen door middel van foto's;

3° met toestemming van de politierechter de gebouwen op de saneringslocatie tussen 8.00 en 18.00 uur betreden;

4° de locatie betreden om bodemonsters te nemen of te laten nemen of bodemanalyses te verrichten of te laten verrichten om een eventuele bodemverontreiniging te ontdekken of te meten.

De in dit artikel bedoelde beambten kunnen de leden van de openbare macht opvorderen, die gehouden zijn hun bijstand te verlenen bij de uitoefening van hun taak."

**Art. 44.** - In hetzelfde hoofdstuk wordt een artikel D.II.57.8 ingevoegd, luidende :

"Art. D.II.57.8 - Voor zover de Regering dit niet uitdrukkelijk uitsluit, geldt het besluit tot definitieve vastlegging van een omtrek voor een saneringslocatie als stedenbouwkundige vergunning voor de uitvoering van de handelingen en werken voor de sanering en renovatie van de locatie."

**Art. 45.** - In hetzelfde hoofdstuk wordt een artikel D.II.57.9 ingevoegd, luidende :

"Art. D.II.57.9 - § 1 - Vanaf de datum van ontvangst van het besluit bedoeld in artikel D.II.57.2 tot aan de opheffing van de omtrek bij een besluit als bedoeld in artikel D.II.57.6 mogen de eigenaars de in de voorgestelde of definitief vastgelegde omtrek van de saneringslocatie gelegen goederen niet vervreemden of met zakelijke rechten bezwaren zonder dat ze daartoe vooraf toestemming hebben gekregen van de Regering of van de persoon die de Regering daartoe heeft aangewezen.

De Regering, of de persoon die de Regering daartoe heeft aangewezen, brengt de beslissing binnen dertig dagen na ontvangst van de bij haar ingediende vervreemdingsaanvraag ter kennis. Zoniet wordt de beslissing gunstig geacht.

Wanneer de Regering of de persoon die zij daartoe heeft aangewezen met de vervreemding of de vestiging van zakelijke rechten heeft ingestemd of wanneer haar beslissing gunstig wordt geacht, heeft de nieuwe houder van zakelijke rechten dezelfde verplichtingen als de vorige.

§ 2 - Bij niet-naleving van de verplichtingen die voortvloeien uit paragraaf 1 van dit artikel, kan elke afstand of vestiging van een zakelijk recht op verzoek van de Duitstalige Gemeenschap worden nietig verklaard.

§ 3 - De openbare ambtenaar die een akte van afstand of vestiging van een zakelijk recht heeft verleden zonder dat vooraf de toestemming bepaald in paragraaf 1 is verkregen, kan een geldboete van 12,50 tot 125 euro opgelegd krijgen, onverminderd schadevergoeding."

**Art. 46.** - In hetzelfde hoofdstuk wordt een artikel D.II.57.10 ingevoegd, luidende :

"Art. D.II.57.10 - § 1 - Op verzoek van de Regering of van de personen bedoeld in artikel D.II.57.2, eerste lid, 2°, kan elke eigenaar of houder van een onroerend zakelijk recht op goederen die in de omtrek van een saneringslocatie gelegen zijn, ertoe gehouden worden de onderzoeken en de werken te verrichten die het herstel van het uitzicht van die plaats tot gevolg heeft, zowel inzake landschap als inzake leefmilieu.

Als de eigenaar of houder van een zakelijk recht de bepalingen vermeld in het eerste lid niet in acht neemt, kan de bevoegde rechtbank hem ertoe verplichten die in acht te nemen.

Indien de werken vermeld in het eerste lid niet worden uitgevoerd binnen de termijn vastgelegd door de rechtbank, worden ze uitgevoerd door toedoen van de Regering of de persoon bedoeld in artikel D.II.57.2, eerste lid, 2°, op kosten van de eigenaar of de houder van een onroerend zakelijk recht.

Indien de kosten niet op het eerste verzoek worden terugbetaald, kan de Regering de goederen overeenkomstig de artikelen D.VI.1 en volgende onteigenen of laten onteigenen, in opdracht van de persoon bedoeld in artikel D.II.57.2, eerste lid, 2°. In dat geval wordt geen rekening gehouden met de meerwaarde voortvloeiend uit de reeds uitgevoerde werken.

§ 2 - De sanerings- en renovatiewerken bevolen door de rechtbank overeenkomstig paragraaf 1, worden uitgevoerd zonder dat er een vergunning verkregen hoeft te worden."

**Art. 47.** - In boek II, titel III, van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij het decreet van het Waals Gewest van 16 november 2017, wordt een hoofdstuk V ingevoegd, dat de artikelen D.II.69 tot D.II.71 omvat, luidende :

“HOOFDSTUK V - OMTREKKEN, STADSHEROPLEVING EN STADSVERNIEUWING”

**Art. 48.** - In boek II, titel III, hoofdstuk V, van hetzelfde Wetboek wordt een artikel D.II.69 ingevoegd, luidende :

“Art. D.II.69 - Elke definitief erkende te herontwikkelen locatie wordt beschouwd als een omtrek voor een saneringslocatie, vastgelegd door de Regering overeenkomstig artikel D.II.57.4, § 5.”

**Art. 49.** - In hetzelfde hoofdstuk wordt een artikel D.II.70 ingevoegd, luidende :

“Art. D.II.70 - Elke definitief erkende omtrek voor een stedelijke verkaveling wordt beschouwd als een omtrek voor een stedelijke verkaveling, vastgelegd door de Regering overeenkomstig artikel D.II.57.4, § 5.”

**Art. 50.** - In hetzelfde hoofdstuk wordt een artikel D.II.71 ingevoegd, luidende :

“Art. D.II.71 - Onderzoeken omtrent een te herontwikkelen locatie die vóór 31 maart 2022 zijn aangevat, worden voortgezet op basis van de op die datum geldende bepalingen. Wanneer ze definitief zijn vastgesteld, hebben zij de hoedanigheid van omtrek voor een saneringslocatie, vastgelegd door de Regering overeenkomstig artikel D.II.57.4, § 5.

Onderzoeken omtrent een stedelijke verkaveling die vóór 31 maart 2022 zijn aangevat, worden voortgezet op basis van de op die datum geldende bepalingen. Wanneer ze definitief zijn vastgesteld, hebben ze de hoedanigheid van omtrek voor een stedelijke verkaveling, vastgelegd door de Regering overeenkomstig artikel D.II.57.4, § 5.

Wat de op 31 maart 2022 krachtens de geldende wetgeving toegekende en in bewerking zijnde subsidies betreft in gebieden die gelegen zijn in omtrekken voor een te herontwikkelen locatie, omtrekken voor locaties met herstel van landschap en leefmilieu, omtrekken voor een stedelijke verkaveling, omtrekken voor een stadsheropleving of omtrekken voor een stadsvernieuwing, blijven de bepalingen van toepassing die golden op het tijdstip waarop de subsidies werden toegekend.”

**Art. 51.** - Artikel D.III.1 van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij het decreet van 12 december 2019, wordt aangevuld met een vierde lid, luidende :

“De gewestelijke leidraad kan specifiek gewijd zijn aan bepaalde stedenbouwkundige thema's.”

**Art. 52.** - In artikel D.III.2, § 1, van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in de bepaling onder 13° wordt de punt aan het einde van de zin vervangen door een komma-punt;

2° de paragraaf wordt aangevuld met een bepaling onder 14°, luidende :

“14° de maatregelen ter bestrijding van extreme weersverschijnselen.”

**Art. 53.** - Artikel D.III.4 van hetzelfde Wetboek wordt aangevuld met een vierde lid, luidende :

“De gemeentelijke leidraad kan specifiek gewijd zijn aan bepaalde stedenbouwkundige thema's.”

**Art. 54.** - Artikel D.III.6, § 1, eerste lid, wordt aangevuld met een zin, luidende :

“De Regering kan een voorstel van gemeentelijke leidraad voor stedenbouw voorleggen aan de gemeenteraad.”

**Art. 55.** - Het opschrift van boek IV van hetzelfde Wetboek wordt vervangen als volgt :

“BOEK IV - VERGUNNINGEN EN STEDENBOUWKUNDIGE ATTESTEN”

**Art. 56.** - In artikel D.IV.1 van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij het decreet van het Waals Gewest van 26 april 2018 en bij het decreet van 12 december 2019, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in § 1, eerste lid, 1°, wordt het woord “bebouwingsvergunning” vervangen door de woorden “ontsluitings- of opsplitsingsvergunning”;

2° in § 1, eerste lid, 2°, worden de woorden “stedenbouwkundige vergunning” vervangen door de woorden “stedenbouwkundige vergunning of vergunning voor groepen van bouwwerken”;

3° § 1, tweede lid, wordt vervangen als volgt :

“Voor de toepassing van dit Wetboek wordt verstaan onder :

1° ontsluitingsvergunning: beslissing waarbij de bevoegde overheid toestemming verleent om een goed te bebouwen, met inbegrip van de desbetreffende reclame of bekendmaking;

2° bebouwing van een goed: uitvoering van een stedenbouwkundige conceptie m.b.t. een gezamenlijk project betreffende een goed dat minstens in drie onbebouwde, voor bewoning bestemde kavels opgedeeld moet worden.

Het gezamenlijk project beoogt hoofdzakelijk het optrekken van gebouwen die geheel of gedeeltelijk voor bewoning bestemd zijn, of de plaatsing van een vaste of verplaatsbare installatie die geheel of gedeeltelijk gebruikt kan worden voor bewoning en, in voorkomend geval, de bouw of de inrichting van openbare of gemeenschappelijke ruimten, technische infrastructures of gebouwen waarin functies ondergebracht zijn die als aanvulling op de woonfunctie dienen.

De opdeling waarvan sprake is de indeling die uitgevoerd wordt bij iedere akte tot aanwijzing, overdracht of oprichting van een zakelijk recht, met uitsluiting van de hypotheek.

Het gezamenlijk project voldoet aan de bestemming waarvan sprake, zodra meer dan de helft van de gebouwen geheel of gedeeltelijk voor bewoning bestemd is;

3° opsplitsingsvergunning: beslissing waarbij de bevoegde overheid toestemming verleent om een goed op te splitsen in minstens drie onbebouwde, voor bewoning bestemde kavels, met inbegrip van de desbetreffende reclame of bekendmaking.

De opdeling waarvan sprake is de indeling die uitgevoerd wordt bij iedere akte tot aanwijzing, overdracht of oprichting van een zakelijk recht, met uitsluiting van de hypotheek;

4° stedenbouwkundige vergunning: beslissing waarbij de bevoegde overheid toestemming verleent om handelingen en werken uit te voeren overeenkomstig artikel D.IV.4;

5° stedenbouwkundige vergunning voor groepen van bouwwerken: een stedenbouwkundige vergunning die meerdere al dan niet aanpalende bouwwerken als doel heeft, die geheel of gedeeltelijk bestemd zijn voor bewoning of voor een bijkomende woonfunctie en die het voorwerp kunnen uitmaken van één en dezelfde aanvraag;

6° erfgoedvergunning: beslissing van de Regering in de zin van artikel 13 van het erfgoeddecreet.”

4° (geldt alleen voor de Duitse tekst);

5° paragraaf 2 wordt aangevuld met een tweede lid, luidende :

”In dezelfde nomenclatuur kan de Regering de lijst van de handelingen en werken vastleggen die alleen als handelingen en werken met een beperkte impact in de zin van artikel D.IV.15, tweede lid, 2° en artikel D.IV.48, eerste lid, 1°, beschouwd worden, als ze binnen het toepassingsgebied van een gewestelijke leidraad voor stedenbouw vallen.”

6° (geldt alleen voor de Duitse tekst.)

**Art. 57.** - In boek IV, titel I, van hetzelfde Wetboek wordt het opschrift van hoofdstuk II vervangen als volgt :

”HOOFDSTUK II - HANDELINGEN DIE EEN ONTSLUITINGSVERGUNNING OF OPSPLITSINGSVERGUNNING VEREISEN”

**Art. 58.** - In artikel D.IV.2 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in § 1, eerste lid, wordt het woord “vergunning” vervangen door het woord “ontsluitingsvergunning”;

2° § 1, tweede, derde, vierde en vierde lid, worden opgeheven;

3° paragraaf 2 wordt vervangen als volgt :

”§ 2 - Op voorstel van de aanvrager of van ambtswege kan de overheid die de ontsluitingsvergunning verstrekt, als het opleggen van voorschriften voor de kavels in kwestie volgens haar niet relevant is, van de omtrek van de vergunning uitsluiten, alle of sommige kavels :

1° die niet geheel of gedeeltelijk bestemd zijn voor het optrekken van een woning of de plaatsing van een vaste of verplaatsbare installatie die geheel of gedeeltelijk gebruikt kan worden voor bewoning of die voor die bestemming ongeschikt zijn wegens een technische of een juridische reden;

2° of die reeds bebouwd zijn;

3° of die al gebruikt worden voor de plaatsing van een vaste of verplaatsbare installatie in de zin van artikel D.IV.4, eerste lid, 1°.

De beslissing vermeld in het eerste lid kan worden genomen voordat de aanvraag werd ingediend, in de loop van de procedure of gezamenlijk met de beslissing van de overheid over de vergunningsaanvraag.”

4° het artikel wordt aangevuld met een paragraaf 3, luidende :

”§ 3 - In afwijking van paragraaf 1 is geen ontsluitingsvergunning, maar wel een voorafgaande, schriftelijke en uitdrukkelijke opsplitsingsvergunning vereist voor de opsplitsing van een goed in minstens drie onbebouwde, voor bewoning bestemde of bruikbare kavels, met inbegrip van de desbetreffende reclame of bekendmaking, als aan de volgende voorwaarden wordt voldaan:

1° het goed ligt langs een openbare weg die voldoende toegerust is met water- en elektriciteitsleidingen en rioleringen, die voorzien is van een wegverharding en die breed genoeg is;

2° de opsplitsing vereist geen opening of wijziging van een gemeenteweg, wat niet wegneemt dat stedenbouwkundige lasten kunnen worden opgelegd die een opening of wijziging van een gemeenteweg tot gevolg hebben;

3° de opsplitsing houdt rekening met de ligging en het opleggen van voorschriften voor de kavels in kwestie is niet relevant;

4° de totale oppervlakte van het goed bedraagt maximaal twee hectare.”

**Art. 59.** - In artikel D.IV.3 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in de inleidende zin worden de woorden “stedenbouwkundige vergunning” vervangen door de woorden “ontsluitings- of opsplitsingsvergunning”;

2° in de bepaling onder 5° wordt de inleidende zin vervangen als volgt :

”5° in het kader van een stedenbouwkundige vergunning die meerdere al dan niet aanpalende bouwwerken als doel heeft die geheel of gedeeltelijk bestemd zijn voor bewoning of voor een bijkomende woonfunctie, die een geheel vormen en die het voorwerp kunnen uitmaken van één en dezelfde aanvraag, hierna “stedenbouwkundige vergunning voor groepen van bouwwerken” genoemd : ”

3° in de bepaling onder 6° wordt het woord “verdeling” vervangen door het woord “opsplitsing” en wordt het woord “bebouwingsvergunning” vervangen door de woorden “ontsluitings- of opsplitsingsvergunning”;

4° de bepaling onder 7° wordt vervangen als volgt :

”7° de opsplitsing van een goed gelegen binnen de omtrek voor een saneringslocatie bedoeld in artikel D.II.57.1;”

5° in de bepaling onder 8° wordt het woord “verdeling” vervangen door het woord “opsplitsing” en worden de woorden “artikel D.V.9” vervangen door de woorden “artikel D.II.57.1”;

6° de bepaling onder 9° wordt opgeheven.

**Art. 60.** - In artikel D.IV.4 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in het eerste lid, 1°, wordt het woord “inrichtingen” vervangen door het woord “installaties” en wordt het woord “inrichting” vervangen door het woord “installatie”;

2° in het eerste lid wordt de bepaling onder 3° aangevuld met de woorden “, met uitzondering van het slopen om veiligheidsredenen dat bevolen wordt door de burgemeester in het kader van de uitoefening van de bevoegdheid van algemene bestuurlijke politie”;

3° in het eerste lid, 5°, worden de woorden “bestaand gebouw” vervangen door de woorden “bestaand bouwwerk” en worden de woorden “het gebouw of” opgeheven;

4° in het eerste lid wordt een bepaling onder 6.1° ingevoegd, luidende :

”6.1° een nieuwe toeristische logiesverstreckende inrichting creëren in een bestaand bouwwerk;”

5° in het eerste lid, 7°, worden de woorden “van een toeristische logiesverstreckende inrichting of” opgeheven;

6° in het eerste lid wordt de bepaling onder 12° vervangen als volgt :

"12° een opmerkelijke boom, struik of haag vellen, schade toebrengen aan hun wortelstelsel of het uitzicht ervan wijzigen wanneer ze overeenkomstig de bepalingen van het samenwerkingsakkoord :

a) op de lijst van opmerkelijke bomen, struiken of hagen zijn opgenomen of;

b) aan de vastgestelde criteria voldoen waaraan bomen, struiken of hagen moeten voldoen om als opmerkelijk te worden beschouwd; de Regering kan nog andere criteria vaststellen.

Overeenkomstig de bepalingen van het samenwerkingsakkoord wordt een lijst opgemaakt van werken die schade toebrengen aan het wortelstelsel van opmerkelijke bomen, struiken en hagen of die het uitzicht wijzigen van opmerkelijke bomen, struiken en hagen; de Regering kan die lijst aanvullen."

7° het eerste lid wordt aangevuld met een bepaling onder 17°, luidende :

"17° oppervlakten uit beton of teer herstellen."

8° tussen het tweede en het derde lid, dat het vijfde lid wordt, worden de volgende leden ingevoegd :

"onder 'een nieuwe toeristische logiesverstrekende inrichting creëren in een bestaand bouwwerk' in de zin van 6.1° wordt verstaan: met of zonder handelingen en werken een nieuw geheel creëren dat bestaat uit één of meer kamers die minstens voldoen aan de basisfuncties om te wonen, namelijk keuken, badkamer of douche, wc, slaapkamer, en die tegen betaling worden aangeboden aan één of meer toeristen om er te overnachten.

Er is geen vergunning vereist om bij de bewoner één of meer kamers zonder afzonderlijke basisfuncties te creëren die worden gebruikt als toeristische logiesverstrekende inrichting in de zin van de bepaling onder 6.1°."

**Art. 61.** - In artikel D.IV.5 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in de inleidende zin wordt het woord "bebouwingsvergunning" vervangen door de woorden "ontsluitings- of opsplittingsvergunning";

2° in de bepaling onder 1° wordt het woord "bebouwingsvergunning" vervangen door het woord "ontsluitingsvergunning".

**Art. 62.** - Artikel D.IV.6 van hetzelfde Wetboek wordt vervangen als volgt :

"Art. D.IV.6 - Een stedenbouwkundige vergunning of een stedenbouwkundig attest nr. 2 kan in afwijking van het gewestplan worden toegekend voor wettelijk bestaande bouwwerken, installaties of gebouwen of groepen van bouwwerken, installaties of gebouwen die een functionele eenheid vormen, wanneer de huidige of toekomstige bestemming ervan niet overeenstemt met de voorschriften van het gewestplan en:

1° wanneer het gaat om verbouwings-, uitbreidings- of heropbouwhandelingen en -werken;

2° of wanneer het gaat om een wijziging van de bestemming en het creëren van woningen als bedoeld in artikel D.IV.4, eerste lid, 6° en 7°.

De aanvullende en bijkomende inrichtingen van de bovenvermelde bouwwerken, installaties of gebouwen, dan wel groepen van bouwwerken, installaties of gebouwen die van hen worden gescheiden, kunnen ook vergund worden."

**Art. 63.** - In artikel D.IV.7 van hetzelfde Wetboek worden de woorden "economische of toeristische" vervangen door de woorden "economische, private of toeristische".

**Art. 64.** - In artikel D.IV.8 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° vóór het eerste lid, dat het tweede lid wordt, wordt een lid ingevoegd, luidende:

"Met het oog op elektriciteits- of warmteproductie kan een stedenbouwkundige vergunning of een stedenbouwkundig attest nr. 2 betreffende energieproductie die ten dele de gemeenschap ten goede komt, namelijk energie die ten dele in het elektriciteitsnet of in het aardgasnet wordt geïnjecteerd of die een stadsverwarmingsnet bedient, in afwijking van het gewestplan toegekend worden."

2° (geldt alleen voor de Duitse tekst);

3° (geldt alleen voor de Duitse tekst);

4° in het derde lid, dat het vierde lid wordt, wordt het woord "bebouwingsvergunning" vervangen door het woord "ontsluitingsvergunning";

5° het artikel wordt aangevuld met een vijfde lid, luidende :

"In afwijking van het gewestplan kan een stedenbouwkundige vergunning of een stedenbouwkundig attest nr. 2 worden toegekend ter bescherming van de natuurlijke habitats en de wilde flora en fauna."

**Art. 65.** - In artikel D.IV.9 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in de inleidende zin van het eerste lid worden de woorden "voor zover: " vervangen door de woorden "voor zover wordt voldaan aan de volgende cumulatieve voorwaarden : "

2° (geldt alleen voor de Duitse tekst.)

**Art. 66.** - In boek IV, titel I, hoofdstuk IV, afdeling 2, van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij de decreten van 12 december 2019 en 10 december 2020, wordt een artikel D.IV.9.1 ingevoegd, luidende :

"Art. D.IV.9.1 - In afwijking van het gewestplan kan een vergunning of een stedenbouwkundig attest nr. 2 worden toegekend, voor zover wordt voldaan aan de volgende cumulatieve voorwaarden :

1° het project leidt tot coherente verdichting in zones die geschikt zijn voor verdichting; de Regering bepaalt de criteria voor coherente verdichting binnen zones die geschikt zijn voor verdichting;

2° als de geplande gebouwen aan een openbare weg liggen die voldoende toegerust is met water- en elektriciteitsleidingen en rioleringen, alsook voorzien is van een wegverharding en breed genoeg is, rekening houdend met de ligging."

**Art. 67.** - (Geldt alleen voor de Duitse tekst.)

**Art. 68.** - In dezelfde afdeling, gewijzigd bij de decreten van 12 december 2019 en 10 december 2020, wordt een artikel D.IV.10.1 ingevoegd, luidende :

"Art. D.IV.10.1 - Er kan een vergunning of stedenbouwkundig attest nr. 2 worden toegekend in afwijking van de bestemming van gemengde bedrijfsruimte, industriële bedrijfsruimte of specifieke bedrijfsruimte, voor zover het project betrekking heeft op handelingen en werken die overeenstemmen met de bestemming van gemengde bedrijfsruimte, industriële bedrijfsruimte of specifieke bedrijfsruimte en als :

1° het stuk grond langs een openbare weg ligt die voldoende toegerust is met water- en elektriciteitsleidingen en rioleringen, die voorzien is van een wegverharding en die breed genoeg is, rekening houdend met de ligging;

2° en het project verenigbaar is met de omgeving."

**Art. 69.** - In artikel D.IV.11 van hetzelfde Wetboek, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 10 december 2020, wordt het woord "uitrustingen" vervangen door het woord "installaties".

**Art. 70.** - (Geldt alleen voor de Duitse tekst.)

**Art. 71.** - In de inleidende zin van artikel D.IV.13 van hetzelfde Wetboek worden de woorden "indien de afwijkingen" vervangen door de woorden "indien de afwijkingen voldoen aan de volgende cumulatieve voorwaarden".

**Art. 72.** - In artikel D.IV.15, eerste lid, 3°, van hetzelfde Wetboek wordt het woord "bebouwingsvergunning" vervangen door het woord "ontsluitingsvergunning".

**Art. 73.** - In artikel D.IV.16, eerste lid, 2°, van hetzelfde Wetboek wordt het woord "bebouwingsvergunning" vervangen door het woord "ontsluitingsvergunning".

**Art. 74.** - In artikel D.IV.22 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in het eerste lid wordt de bepaling onder 5° vervangen als volgt :

" 5° handelingen en werken in omtrekken voor een saneringslocatie;"

2° in het eerste lid, 7°, wordt het woord "uitrustingen" vervangen door het woord "installaties";

3° het derde lid wordt vervangen als volgt :

"In afwijking van het eerste lid worden de vergunningen die gedeeltelijk betrekking hebben op de handelingen en werken bedoeld in het eerste lid, 2° of 7°, a) tot j), door het gemeentecollege afgegeven voor zover ze niet in het eerste lid, 1°, 3° tot 6° en 8° tot 11° worden vermeld. De Regering kan de lijst van die handelingen en werken vastleggen."

4° het vierde lid, gewijzigd bij het decreet van 12 december 2019, wordt vervangen als volgt :

"De Regering is bevoegd om uitspraak te doen over de aanvragen voor een regularisatieonderzoek vermeld in artikel D.VII.18."

**Art. 75.** - In artikel D.IV.26 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in § 2, eerste lid, wordt het woord "bebouwingsvergunning" vervangen door de woorden "ontsluitings- of opsplitsingsvergunning";

2° in § 2, tweede lid, worden de woorden "aanvraag voor een bebouwingsvergunning" vervangen door de woorden "aanvraag voor een ontsluitings- of opsplitsingsvergunning".

**Art. 76.** - In artikel D.IV.27 van hetzelfde Wetboek wordt het woord "bebouwingsvergunning" vervangen door de woorden "ontsluitings- of opsplitsingsvergunning".

**Art. 77.** - In artikel D.IV.28 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in de inleidende zin van het eerste lid worden de woorden "tot bebouwingsvergunning" vervangen door de woorden "van een ontsluitingsvergunning";

2° in het eerste lid, 3°, worden de woorden "het technisch dossier" vervangen door de woorden "in voorkomend geval, het technisch dossier";

3° in het tweede lid worden de woorden "Wanneer de aanvraag tot bebouwingsvergunning" vervangen door de woorden "Wanneer de aanvraag" en worden de woorden "bevat de aanvraag tot bebouwingsvergunning" vervangen door de woorden "bevat de aanvraag van een ontsluitingsvergunning".

**Art. 78.** - In hetzelfde Wetboek wordt een artikel D.IV.28.1 ingevoegd, luidende :

"Art. D.IV.28.1 - De aanvraag van een opsplitsingsvergunning omvat:

1° een door een landmeter-deskundige opgemaakt opsplitsingsplan, met vermelding van :

a) het wegennet;

b) de technische infrastructuur en netten alsook het beheer van het afvalwater en het afvloeiend water;

c) de openbare ruimten en de groene ruimten, voor zover die bestaan;

d) de opdeling van de kavels;

2° de verantwoording van de voorwaarden vermeld in artikel D.IV.2 § 3."

**Art. 79.** - In artikel D.IV.29 van hetzelfde Wetboek wordt het woord "bebouwingsvergunning" vervangen door de woorden "ontsluitings- of opsplitsingsvergunning".

**Art. 80.** - In artikel D.IV.30, § 2, van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in het tweede lid wordt het woord "bebouwingsvergunning" vervangen door de woorden "ontsluitings- of opsplitsingsvergunning";

2° het derde lid wordt vervangen als volgt :

"Elke aanvraag voor een stedenbouwkundig attest nr. 2 bevat tegelijk een aanvraag voor een stedenbouwkundig attest nr. 1".

**Art. 81.** - In artikel D.IV.31 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in paragraaf 4 worden de woorden "Ter informatie notuleert de projectontwerper of diens vertegenwoordiger de vergadering" vervangen door de woorden "De projectontwerper of diens vertegenwoordiger notuleert de vergadering" en wordt de laatste zin aangevuld met de woorden "en wordt de inhoud ervan bevestigd geacht";

2° paragraaf 4 wordt aangevuld met een tweede lid, luidende :

"De notulen zijn twee jaar geldig, te rekenen vanaf de datum van de projectvergadering."

3° in § 5, eerste lid, 2°, worden de woorden "15.000 m<sup>2</sup>" vervangen door de woorden "800 m<sup>2</sup>";

4° in § 5, eerste lid, 3°, worden de woorden "150 woningen" vervangen door de woorden "15 wooneenheden";

5° paragraaf 6 wordt aangevuld met de volgende zin:

"Als de termijn verstrijkt tussen 16 juli en 15 augustus of tussen 24 december en 1 januari, dan wordt hij van rechtswege met vijftien dagen verlengd."

6° het artikel wordt aangevuld met een paragraaf 7, luidende :

" § 7 - Als de projectontwerper daarmee instemt, kan de bevoegde overheid de projectvergadering via videoconferentie houden."

**Art. 82.** - In artikel D.IV.31.1 van hetzelfde Wetboek, ingevoegd bij het decreet van 12 december 2019, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in § 3, eerste lid, worden de woorden "; die notulen hebben een informatief karakter" opgeheven en wordt de laatste zin aangevuld met de woorden "en wordt de inhoud ervan bevestigd geacht";

2° in § 3, tweede lid, wordt de tweede zin vervangen als volgt :

"Die vermelding heeft een bindend karakter voor de projectontwerper."

3° paragraaf 4 wordt aangevuld met de volgende zin :

"Als de termijn verstrijkt tussen 16 juli en 15 augustus of tussen 24 december en 1 januari, dan wordt hij van rechtswege met vijftien dagen verlengd."

4° het artikel wordt aangevuld met een paragraaf 5, luidende :

" § 5 - Als de projectontwerper daarmee instemt, kan de Regering de projectvergadering via videoconferentie houden."

**Art. 83.** - In artikel D.IV.32 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in het eerste lid wordt het woord "ontvangstmelding" vervangen door het woord "indieningsbewijs";

2° in het tweede lid, gewijzigd bij het decreet van 12 december 2019, wordt het woord "ontvangstmelding" vervangen door het woord "indieningsbewijs".

**Art. 84.** - Artikel D.IV.33 van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij het decreet van 12 december 2019, wordt vervangen als volgt:

"Art. D.IV.33 - § 1 - Binnen twintig dagen na ontvangst van de aanvraag voor een vergunning of een stedenbouwkundig attest nr. 2 of het desbetreffende indieningsbewijs zendt de bevoegde overheid of de door haar daartoe aangewezen persoon het volgende aan de aanvrager :

1° als de aanvraag volledig en ontvankelijk wordt geacht, een bericht van formele volledigheid; Een afschrift wordt aan de projectontwerper gezonden;

2° als de aanvraag onvolledig wordt geacht, per zending een opsomming van de ontbrekende stukken, met de vermelding dat de procedure pas na ontvangst van die stukken wordt voortgezet. Een afschrift wordt aan de projectontwerper gezonden. De aanvrager vervolledigt de aanvraag binnen 180 dagen. Anders wordt de aanvraag niet-ontvankelijk verklaard.

§ 2 - Als het gemeentecollege de bevoegde overheid is en het gemeentecollege binnen de termijn vermeld in paragraaf 1 noch het bericht van formele volledigheid, noch de opsomming van de ontbrekende stukken heeft toegezonden, dan wordt de aanvraag ontvankelijk geacht en wordt de procedure voortgezet, als de aanvrager binnen tien dagen na het verstrijken van de termijn vermeld in het eerste lid de volgende stukken bezorgt aan de Regering :

1° een kopie van het dossier dat hij oorspronkelijk aan het gemeentecollege heeft gericht;

2° het verzendingsbewijs of het indieningsbewijs vermeld in artikel D.IV.32.

De aanvrager informeert tegelijk het gemeentecollege.

De Regering bepaalt welke adviezen moeten worden ingewonnen en bepaalt binnen welke termijn het gemeentecollege over de aanvraag moet beslissen en stelt de aanvrager, de projectontwerper en het gemeentecollege daarvan in kennis. De termijn wordt aan het gemeentecollege opgelegd.

Als de stukken niet overeenkomstig het eerste lid aan de Regering worden overgezonden, is de aanvraag niet-ontvankelijk en wordt de procedure stopgezet.

Als de Regering het bericht van formele volledigheid vermeld in § 1, 1°, of de opsomming van de ontbrekende stukken vermeld in § 1, 2°, niet binnen een termijn van twintig dagen heeft toegezonden aan de aanvrager, dan wordt de aanvraag ontvankelijk geacht en wordt de procedure voortgezet."

§ 3 - Als de in paragraaf 1 vermelde termijn verstrijkt tussen 1 juli en 31 augustus, vermelde datums inbegrepen, dan wordt hij van rechtswege met tien dagen verlengd.

De in paragraaf 1 vermelde termijn wordt opgeschort tussen 24 december en 1 januari, vermelde datums inbegrepen."

**Art. 85.** - In artikel D.IV.34 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in de inleidende zin van het eerste lid worden de woorden "bericht van ontvangst van de volledige aanvraag" vervangen door de woorden "bericht van formele volledigheid van de aanvraag";

2° in het tweede lid worden de woorden "bericht van ontvangst" vervangen door de woorden "bericht van formele volledigheid";



3° het derde lid, gewijzigd bij het decreet van 12 december 2019, wordt vervangen als volgt:

"In het bericht van formele volledigheid wordt ook vermeld dat het gemeentecollege of de Regering de in 5° bedoelde termijn met dertig dagen kan verlengen, mits dat wordt gemotiveerd."

4° het vierde lid wordt vervangen als volgt:

"Het door het gemeentecollege opgemaakte bericht van formele volledigheid bevat de letterlijke bewoordingen van artikel D.IV.47."

5° in het vijfde lid worden de woorden "bericht van ontvangst" vervangen door de woorden "bericht van formele volledigheid".

**Art. 86.** - Artikel D.IV.35, § 2, tweede lid, van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij het decreet van 12 december 2019, wordt vervangen als volgt: "Naast de verplichte adviezen kan de bevoegde overheid verzoeken om het advies van de diensten of commissies die ze nodig acht te raadplegen."

**Art. 87.** - In artikel D.IV.36 van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij het decreet van 12 december 2019, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in het eerste lid worden de woorden "Tegelijk met de zending van het ontvangstbewijs voor de volledige aanvraag richt, al naar gelang, het gemeentecollege of de Regering" vervangen door de woorden "Tegelijk met het bericht van formele volledigheid van de aanvraag richt de bevoegde overheid";

2° in het tweede lid worden de woorden "binnen dezelfde termijn" vervangen door het woord "tegelijk" en wordt het woord "ontvangstbewijs" vervangen door de woorden "bericht van formele volledigheid";

3° in het derde lid worden de woorden "binnen dezelfde termijn" vervangen door het woord "tegelijk" en wordt het woord "ontvangstbewijs" vervangen door de woorden "bericht van formele volledigheid".

**Art. 88.** - (Geldt alleen voor de Duitse tekst.)

**Art. 89.** - In artikel D.IV.40, derde lid, van hetzelfde Wetboek wordt het woord "bebouwingsvergunningen" vervangen door de woorden "ontsluitings- of opsplitsingsvergunningen".

**Art. 90.** - In artikel D.IV.41 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in het eerste lid worden de woorden "in het stadium van de invulling van de vergunningsaanvraag of van de aanvraag voor een stedenbouwkundige attest nr. 2" vervangen door de woorden "in het stadium van de formele volledigheid van de aanvraag";

2° in het tweede lid worden de woorden "in het stadium van de invulling van de vergunningsaanvraag of van de aanvraag voor een stedenbouwkundige attest nr. 2" vervangen door de woorden "in het stadium van de formele volledigheid van de aanvraag".

**Art. 91.** - Artikel D.IV.42 van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij het decreet van 12 december 2019, wordt vervangen als volgt :

"Art. D.IV.42 - § 1 - Voordat de bevoegde overheid overeenkomstig artikel D.IV.46, eerste lid, of artikel D.IV.48, eerste lid, een beslissing neemt, kan de aanvrager, op verzoek of met instemming van de bevoegde overheid, wijzigingsplannen en een aanvullend vervolg op de voorafgaande korte uiteenzetting van de milieueffectenrapportering of op het milieueffectenonderzoek indienen.

Als de Regering de bevoegde overheid is, wordt het gemeentecollege om advies verzocht. Als het gemeentecollege de bevoegde overheid is en de Regering om advies had moeten worden verzocht of werd verzocht, wordt de Regering opnieuw om advies verzocht.

§ 2 - De wijzigingsplannen en het aanvullend vervolg op de voorafgaande korte uiteenzetting kunnen worden onderworpen aan nieuwe bekendmakingsmaatregelen via de gemeente en aan het advies van de diensten of commissies die voorheen in de loop van de procedure zijn geraadpleegd. In dat geval wordt de aanvrager daarover geïnformeerd.

Als de aanvraag onderworpen is aan een milieueffectenonderzoek moet ze, behalve in de gevallen vermeld in paragraaf 3, opnieuw worden onderworpen aan bekendmakingsmaatregelen via de gemeente en aan het advies van de diensten of commissies die voorheen in de loop van de procedure zijn geraadpleegd. De aanvrager wordt daarover geïnformeerd.

§ 3 - De bijzondere bekendmakingsmaatregelen en het opnieuw inwinnen van adviezen zijn niet vereist :

1° wanneer de wijziging voortvloeit uit een voorstel vervaardigd in de bemerkingsplannen die werden geopperd tijdens het openbaar onderzoek of tijdens de periode van de projectaankondiging of rechtstreeks daarmee te maken heeft;

2° of wanneer de overwogen wijziging slechts een beperkte draagwijdte heeft en het voorwerp, de algemene structuur en de wezenlijke kenmerken van het project niet aantast.

§ 4 - Onverminderd paragraaf 3 wordt het eensluidend erfgoedadvies opnieuw ingewonnen voor de aanvragen vermeld in artikel D.IV.35, § 1, eerste lid. De aanvrager wordt daarover geïnformeerd.

§ 5 - Het verzenden van de toestemming of het verzoek van de bevoegde overheid aan de aanvrager heeft tot gevolg dat de termijnen vermeld in de artikelen D.IV.46, D.IV.47 en D.IV.48 worden opgeschort. Er wordt een afschrift bezorgd aan de Regering of, naargelang van het geval, aan het gemeentecollege.

De aanvrager bezorgt de wijzigingsplannen en een aanvullend vervolg op de voorafgaande korte uiteenzetting van de milieueffectenrapportering of op het effectenonderzoek aan de bevoegde overheid. Er worden evenveel exemplaren van die stukken toegezonden als bij de oorspronkelijke aanvraag.

De procedure wordt hervat volgens de nadere regels bepaald in artikel D.IV.33. De nieuwe beslissingstermijnen worden bepaald op grond van de wijzigingsplannen en van het aanvullend vervolg op de voorafgaande korte uiteenzetting van de milieueffectenrapportering of van het effectenonderzoek overeenkomstig artikel D.IV.46, eerste lid, of artikel D.IV.48, eerste lid."

**Art. 92.** - Artikel D.IV.43 van hetzelfde Wetboek wordt opgeheven.

**Art. 93.** - In boek IV, titel II, hoofdstuk VI, van hetzelfde Wetboek wordt afdeling 4, die het artikel D.IV.44 omvat en die bij het decreet van het Waals Gewest van 26 april 2018 werd opgeheven, hersteld als volgt :

"Afdeling 4 - Opschorting van de procedure om de vergunningsaanvraag te rectificeren"

**Art. 94.** - In boek IV, titel II, hoofdstuk VI, van hetzelfde Wetboek wordt artikel D.IV.44, dat bij het decreet van het Waals Gewest van 26 april 2018 werd opgeheven, hersteld als volgt :

"Art. D.IV.44 - Voordat de bevoegde overheid overeenkomstig artikel D.IV.46, eerste lid, of artikel D.IV.48, eerste lid, een beslissing neemt, kan ze de procedure gedurende hoogstens dertig dagen opschorten om aanvullende inlichtingen die noodzakelijk zijn voor haar besluitvorming of rectificaties van de stukken van de aanvraag op te vragen bij de aanvrager.

De aanvrager wordt daarover geïnformeerd. Er wordt een afschrift bezorgd aan de Regering of, naargelang van het geval, aan het gemeentecollege."

**Art. 95.** - In artikel D.IV.45, tweede lid, van hetzelfde Wetboek wordt het woord "bebouwingsvergunning" vervangen door het woord "ontsluitingsvergunning".

**Art. 96.** - In boek IV, titel II, van hetzelfde Wetboek wordt het opschrift van hoofdstuk VII vervangen als volgt :  
"HOOFDSTUK VII - BESLISSING OVER DE AANVRAGEN VOOR EEN VERGUNNING OF VOOR EEN STEDENBOUWKUNDIG ATTEST"

**Art. 97.** - In artikel D.IV.46 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in de inleidende zin van het eerste lid worden de woorden "bericht van ontvangst" telkens vervangen door de woorden "bericht van formele volledigheid";

2° in het eerste lid wordt de bepaling onder 3°, gewijzigd bij het decreet van 12 december 2019, vervangen als volgt :

"3° honderdvijftien dagen in de andere gevallen."

3° het derde lid wordt aangevuld met de woorden ", mits dat wordt gemotiveerd".

**Art. 98.** - In artikel D.IV.47, § 2, van hetzelfde Wetboek wordt het tweede lid, gewijzigd bij het decreet van 12 december 2019, vervangen als volgt :

"Als de vergunning overeenkomstig het voorstel van beslissing als geweigerd wordt beschouwd en als de beslissing van de Regering niet binnen de gestelde termijn aan de aanvrager wordt bezorgd, dan wordt de aanvraag aanhangig gemaakt bij de Regering die optreedt als beroepsinstantie."

**Art. 99.** - In artikel D.IV.48 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° de inleidende zin van het eerste lid, gewijzigd bij het decreet van 12 december 2019, wordt vervangen als volgt:

"De beslissing van de Regering tot toekenning of weigering van de vergunning of van het stedenbouwkundig attest nr. 2 wordt tegelijkertijd aan het gemeentecollege en, voor zover de gemeente niet zelf de aanvrager is, aan de aanvrager gezonden binnen de volgende termijnen te rekenen van de dag waarop de Regering het in artikel D.IV.33 bedoelde bericht van formele volledigheid heeft gezonden of, bij gebrek daaraan, te rekenen van de dag volgend op het verstrijken van de termijn waarover zij beschikte om het bericht van formele volledigheid te zenden: "

2° in het eerste lid, 1°, worden tussen de woorden "een beperkte impact hebben" en de woorden "wanneer de aanvraag" de woorden "of wanneer de aanvraag betrekking heeft op een opsplitsingsvergunning" ingevoegd;

3° het derde lid, gewijzigd bij het decreet van 12 december 2019, wordt vervangen als volgt :

"De Regering kan de termijnen vermeld in het eerste lid met dertig dagen verlengen, mits dat wordt gemotiveerd. De Regering stuurt haar beslissing, naargelang van het geval, binnen de termijn van zestig, negentig of honderddertig dagen, aan de aanvrager en, voor zover de gemeente niet zelf de aanvrager is, aan het gemeentecollege. De Regering zendt een afschrift van de beslissing tot verlenging aan de projectontwerper."

**Art. 100.** - In artikel D.IV.53, derde lid, van hetzelfde Wetboek wordt het woord "bebouwingsvergunningen" vervangen door de woorden "ontsluitings- of opsplitsingsvergunningen".

**Art. 101.** - In artikel D.IV.54 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° de huidige bewoordingen van het artikel, gewijzigd bij het decreet van 12 december 2019, worden paragraaf 1;

2° het artikel wordt aangevuld met een paragraaf 2, luidende :

" § 2 - Als een stedenbouwkundige vergunning of een stedenbouwkundige vergunning voor groepen van bouwwerken wordt toegekend aan een persoon die geen openbare huisvestingsmaatschappij is en daarmee de oprichting van nieuwe wooneenheden wordt vergund, kan de bevoegde overheid de toekenning van de vergunning afhankelijk stellen van de volgende lasten :

1° één of meer wooneenheden, die voldoen aan de bepalingen van het Wetboek van Duurzaam Wonen, via schriftelijke overeenkomst en voor een periode van minstens negen jaar ter beschikking stellen van de openbare huisvestingsmaatschappij waarbij de betrokken gemeente aangesloten is;

2° of één of meer wooneenheden, die voldoen aan de bepalingen van het Wetboek van Duurzaam Wonen, tegen een bepaalde prijs verkopen aan de openbare huisvestingsmaatschappij waarbij de betrokken gemeente aangesloten is of gratis aan die huisvestingsmaatschappij afstaan;

3° of één of meer wooneenheden, die voldoen aan de bepalingen van het Wetboek van Duurzaam Wonen, tegen een bepaalde prijs verkopen aan privaatrechtelijke of publiekrechtelijke personen van wie de toegang tot eigendom moet worden bevorderd.

De Regering bepaalt de nadere regels voor de lasten, waaronder, in voorkomend geval :

1° de verdeelsleutel van de opgelegde lasten, waaronder het aantal wooneenheden;

2° de nadere regels voor de prijsberekening;

3° de nadere regels voor de terbeschikkingstelling of de verkoop van de wooneenheden;

4° de nadere regels om te bepalen voor welke personen de toegang tot eigendom moet worden bevorderd.

Bij het toekennen van de vergunning neemt de Regering het evenredigheidsbeginsel in acht."

3° het artikel wordt aangevuld met een paragraaf 3, luidende :

" § 3 - Wanneer een ontsluitings- of opsplitsingsvergunning wordt toegekend aan een persoon die geen openbare huisvestingsmaatschappij is en daarmee toestemming wordt verleend om percelen te maken die voor bewoning gebruikt worden of gebruikt kunnen worden, kan de bevoegde overheid de toekenning van de vergunning afhankelijk stellen van de volgende lasten :

1° één of meer percelen tegen een bepaalde prijs verkopen of gratis afstaan aan de openbare huisvestingsmaatschappij waarbij de betrokken gemeente aangesloten is;

2° of percelen tegen een bepaalde prijs verkopen aan privaatrechtelijke of publiekrechtelijke personen voor wie de toegang tot eigendom moet worden bevorderd.

De Regering bepaalt de nadere regels voor de lasten, waaronder, in voorkomend geval :

1° de verdeelsleutel van de opgelegde lasten, waaronder het aantal kavels;

2° de nadere regels voor de prijsberekening;

3° de nadere regels voor de verkoop;

4° de nadere regels om te bepalen voor welke personen de toegang tot eigendom moet worden bevorderd.

Bij het toekennen van de vergunning neemt de Regering het evenredigheidsbeginsel in acht."

4° het artikel wordt aangevuld met een paragraaf 4, luidende :

" § 4 - De bevoegde overheid kan de toekenning van de vergunning afhankelijk stellen van lasten inzake oprichting van barrièrevrije wooneenheden."

**Art. 102.** - In het opschrift van onderafdeling 3 van Boek IV, titel II, hoofdstuk VII, afdeling 2, van hetzelfde Wetboek worden de woorden "het bouwrijp maken" vervangen door de woorden "de technische ontsluiting".

**Art. 103.** - In artikel D.IV.55 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in de inleidende zin wordt het woord "bebouwd" vervangen door het woord "ontsloten";

2° in de bepaling onder 4° wordt het woord "bebouwing" vervangen door het woord "ontsluiting" en wordt het woord "bebouwd" vervangen door het woord "ontsloten".

**Art. 104.** - In artikel D.IV.60 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° het eerste lid wordt aangevuld met de woorden ", waaronder een door pand gewaarborgde vordering in de handen van de instrumenterend ambtenaar";

2° (geldt alleen voor de Duitse tekst);

3° het artikel wordt aangevuld met een vierde lid, luidende :

"Voor het indienen van conformiteitsplannen en/of een fotoreportage overeenkomstig artikel D.IV.73, § 1 of § 2, eist de bevoegde overheid financiële garanties."

4° het artikel wordt aangevuld met een vijfde lid, luidende :

"De bevoegde overheid kan besluiten om de financiële garantie of de door pand gewaarborgde vordering in de zin van dit artikel stapsgewijze te deblokken."

5° het artikel wordt aangevuld met een zesde lid, luidende :

"De financiële garanties zijn onderworpen aan het evenredigheidsbeginsel en zijn gebaseerd op de kosten van de te garanderen lasten, handelingen, werken of verplichtingen. Om het bedrag van de garantie te bepalen, kan de bevoegde overheid inlichtingen of kostenramingen vragen aan de aanvrager."

**Art. 105.** - In artikel D.IV.62 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° (geldt alleen voor de Duitse tekst);

2° in § 1, eerste lid, 4°, wordt het woord "bebouwingsvergunning" vervangen door de woorden "ontsluitings- of opsplitsingsvergunning".

**Art. 106.** - In artikel D.IV.63 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in de inleidende zin van § 1, eerste lid, gewijzigd bij het decreet van 12 december 2019, wordt het woord "ontvangstbewijs" vervangen door het woord "indieningsbewijs";

2° in § 1, eerste lid, 4°, gewijzigd bij het decreet van 12 december 2019, wordt de punt aan het einde van de zin vervangen door een komma-punt;

3° § 1, eerste lid, gewijzigd bij het decreet van 12 december 2019, wordt aangevuld met bepalingen onder 5° en 6°, luidende :

"5° ofwel na ontvangst van de beslissing van de Regering bedoeld in D.IV.109.11;

6° ofwel na ontvangst van de beslissing van de Regering bedoeld in D.VII.18, § 2."

4° paragraaf 1, gewijzigd bij het decreet van 12 december 2019, wordt aangevuld met een derde lid, luidende :

"De aanvrager kan wijzigingsplannen en een aanvullend vervolg op de voorafgaande korte uiteenzetting van de milieueffectenrapportering of van het effectenonderzoek bij zijn beroep voegen, als die een antwoord bieden op de opmerkingen die in eerste instantie werden gemaakt."

5° in § 2, eerste lid, worden de woorden "artikel D.IV.47, § 1 en § 3" vervangen door de woorden "artikel D.IV.47";

6° paragraaf 3, gewijzigd bij het decreet van 12 december 2019, wordt opgeheven.

**Art. 107.** - In artikel D.IV.66 van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij het decreet van 12 december 2019, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° de woorden "adviescommissie over de beroepen" worden vervangen door het woord "beroepscommissie" en de woorden "evenals de commissie" worden vervangen door de woorden "evenals de beroepscommissie";

2° in het derde lid, 1°, wordt het woord "bebouwingsvergunning" vervangen door het woord "ontsluitingsvergunning";

3° het vijfde lid wordt vervangen als volgt:

"Binnen vijftien dagen na de hoorzitting maakt de beroepscommissie haar advies over aan de Regering. Het advies van de beroepscommissie bevat een met redenen omkleed voorstel tot beslissing. Bij ontstentenis wordt het advies geacht gunstig te zijn voor de beroepsindieners."

**Art. 108.** - Artikel D.IV.67 van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij het decreet van 12 december 2019, wordt vervangen als volgt:

"Art. D.IV.67 - Binnen vijftien dagen na de ontvangst van het beroep stuurt de Regering haar beslissing aan de aanvrager en aan het gemeentecollege. Als wordt afgeweken van het voorstel van beslissing van de beroepscommissie, dan wordt dat uitdrukkelijk gemotiveerd.

Als de beslissing van de Regering niet binnen de voorgeschreven termijn aan de aanvrager wordt verzonden, dan geldt het in het uitdrukkelijke advies van de beroepscommissie vervatte voorstel van beslissing als beslissing.

De Regering zendt de beslissing tegelijkertijd aan de aanvrager en aan het gemeentecollege, binnen dertig dagen te rekenen vanaf de dag na het verstrijken van de termijn waarover de Regering beschikt om haar beslissing te zenden. De Regering zendt een afschrift van de beslissing aan de projectontwerper.

Als de beslissing van de Regering niet binnen de voorgeschreven termijn aan de aanvrager wordt verzonden en als het advies van de beroepscommissie niet binnen de in artikel D.IV.66, vijfde lid, vermelde termijn wordt verzonden, dan geldt de beslissing waartegen beroep is ingediend, als bevestigd.

De voorgeschreven termijn wordt opgeschort van 16 juli tot en met 15 augustus en van 24 december tot en met 1 januari. Bij opschorting van de termijn worden de termijnen vermeld in de artikelen D.IV.66, D.IV.68 en D.IV.69 verlengd met de duur van de opschorting."

**Art. 109.** - In artikel D.IV.68 van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij het decreet van 10 december 2020, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° het woord "beslissingstermijnen" wordt vervangen door de woorden "termijnen voor het advies van de beroepscommissie en voor de beslissing van de Regering";

2° (geldt alleen voor de Duitse tekst);

3° het artikel wordt aangevuld met een zin, luidende:

"De Regering zendt de resultaten van de bijzondere bekendmakingsmaatregelen en de adviezen over aan de beroepscommissie."

**Art. 110.** - Artikel D.IV.70 van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij het decreet van 12 december 2019, wordt vervangen als volgt:

"Art. D.IV.70 - Een bericht waarbij wordt aangekondigd dat de vergunning is verleend of dat de handelingen en werken het voorwerp uitmaken van één van de volgende documenten wordt door de aanvrager aangeplakt op het terrein op een plaats langs de openbare weg en moet leesbaar zijn vanaf de openbare weg:

1° de beslissing vermeld in artikel D.IV.73.1, § 2;

2° de beslissing vermeld in artikel D.IV.73.2;

3° het vonnis vermeld in artikel D.VII.15 of D.VII.22;

4° de beslissing vermeld in artikel D.VII.18, § 2, 1° of 2°;

5° de beslissing waarbij administratieve maatregelen worden bevolen, bedoeld in artikel D.VII.19, § 1.

Als het om uit te voeren werken gaat, moet dat bericht vóór het begin van de werken aangeplakt worden en tijdens de volledige duur van de werken aangeplakt blijven op de plaats waar de werken worden uitgevoerd. In de andere gevallen moet het bericht reeds aangeplakt zijn tijdens de voorbereidingen, voordat de handeling/handelingen wordt/worden uitgevoerd en tijdens de volledige duur ervan. Gedurende die tijd moeten de vergunning en het bijgevoegde dossier of, naargelang van het geval, een door de gemeente of de Regering eenvormig verklaard afschrift van die documenten of de in het eerste lid vermelde documenten steeds op de plaats waar de werken worden uitgevoerd of de handelingen worden verricht ter beschikking staan van de overeenkomstig artikel D.VII.3 aangewezen personeelsleden.

In afwijking van het tweede lid wordt het bericht van een opsplitsingsvergunning binnen tien dagen na ontvangst door de aanvrager aangeplakt en blijft het gedurende twintig dagen hangen.

Bij vergunningen voor handelingen en werken overeenkomstig artikel D.IV.4, eerste lid, 1° tot 5°, bevat het bericht een 3D-visualisatie van het stedenbouwkundig project. Bij vergunningen voor handelingen en werken overeenkomstig artikel D.IV.2 bevat het bericht een afbeelding van de geplande opsplitsing van de percelen en, in voorkomend geval, de grafische weergave van de doeleinden die vanuit het oogpunt van de ruimtelijke ordening en de stedenbouw voor het betrokken gedeelte van het gebied worden nagestreefd.

De aanvrager stuurt per e-mail of per brief een bewijsfoto van de aanplakking naar de bevoegde overheid en dit ten laatste de dag na de dag waarop het bericht werd aangeplakt."

**Art. 111.** - In artikel D.IV.72 van hetzelfde Wetboek worden in de eerste zin de woorden "de aanwijzing ter plaatse van de vestiging door toedoen van het gemeentecollege" vervangen door de woorden "de markering, door het gemeentecollege of door een door hem aangewezen landmeter, van de grondinneming van de nieuwbouw" en wordt de tweede zin vervangen als volgt: "Vóór de dag waarop het begin van de handelingen en werken gepland is, markeert het gemeentecollege of de door hem aangewezen landmeter de grondinneming van de nieuwbouw."

**Art. 112.** - In boek IV, titel II, hoofdstuk X, van hetzelfde Wetboek wordt het opschrift van afdeling 4 vervangen als volgt:

"Afdeling 4 - Conformiteitsplannen en conformiteitsverklaring na voltooiing van de werken"

**Art. 113.** - Artikel D.IV.73 van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij het decreet van 12 december 2019, wordt vervangen als volgt :

"Art. D.IV.73 - § 1 - Binnen drie maanden na de voltooiing van de werken waarbij een beroep moet worden gedaan of is gedaan op een architect, dient de vergunninghouder of de eigenaar van het goed volgende stukken in bij de overheid die, in voorkomend geval naar aanleiding van een beroepsprocedure, de vergunning heeft verleend :

1° de door de architect medeondertekende plannen die, op basis van een correcte omvang van de uitgevoerde werken en lasten, de datum van voltooiing van de werken en lasten, alsook de werkelijke situatie na de beëindiging van de werken weergeven, hierna 'conformiteitsplannen' genoemd;

2° een fotoreportage die de buitenkant van het voltooide bouwwerk laat zien.

De Regering kan de inhoud van de conformiteitsplannen bepalen.

§ 2 - Binnen drie maanden na de voltooiing van de werken waarbij een beroep moet worden gedaan of is gedaan op een architect, dient de vergunninghouder of de eigenaar van het goed, bij de overheid die, in voorkomend geval naar aanleiding van een beroepsprocedure, de vergunning heeft verleend, een fotoreportage in die de buitenkant van het voltooide bouwwerk laat zien."

**Art. 114.** - In boek IV, titel II, hoofdstuk X, afdeling 4, van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij het decreet van 12 december 2019, wordt een artikel D.IV.73.1 ingevoegd, luidende :

"Art. D.IV.73.1 - § 1 - Overeenkomstig de bepalingen die de Regering kan vastleggen, geeft de Regering, binnen een termijn van vijftienzeventig dagen nadat de vergunninghouder of de eigenaar van het goed dit bij de Regering heeft aangevraagd, een conformiteitsverklaring af als de handelingen of werken binnen de gestelde termijn voltooid zijn en aan de voorschriften van de toegekende vergunning voldoen.

De Regering weigert de in het eerste lid vermelde verklaring als de handelingen of werken niet binnen de gestelde termijn zijn voltooid of als ze niet aan de voorschriften van de toegekende vergunning voldoen. In dat geval somt ze op welke handelingen of werken nog niet werden uitgevoerd en op welke punten nog niet aan de voorschriften van de toegekende vergunning wordt voldaan.

Als er door de architect medeondertekende conformiteitsplannen bestaan en als die nog niet ingediend werden, dan worden die plannen bij de aanvraag gevoegd, samen met de fotoreportage vermeld in artikel D.IV.73 en, in voorkomend geval, een motivering met het oog op de voorwaarden vermeld in § 2.

De Regering kan de inhoud van de aanvraag van een conformiteitsverklaring vastleggen.

§ 2 - In het kader van de verklaring vermeld in paragraaf 1 kan de Regering, mits dit wordt gemotiveerd, handelingen of werken die niet aan de voorschriften voldoen, conform verklaren als :

1° het gaat om wijzigingen die ingegeven zijn door technische redenen, die de grote lijnen van het project niet beïnvloeden en die het gevaar, de hinder of de nadelen voor mens of milieu noch direct noch indirect verhogen;

2° of als het gaat om handelingen of werken in de zin van artikel D.IV.1, § 2.

Als de handelingen of werken vermeld in het eerste lid betrekking hebben op een goed bedoeld in artikel D.IV.14.1, wordt vóór de verklaring een eensluitend erfgoedadvies ingewonnen.

Als de handelingen of werken vermeld in het eerste lid betrekking hebben op vergunningsvoorwaarden die door het gemeentecollege werden opgelegd, wordt vóór de verklaring het advies van het gemeentecollege ingewonnen.

In afwijking van de artikelen D.IV.37 tot D.IV.39 worden de adviezen vermeld in het tweede en het derde lid overgezonden binnen dertig dagen na zending van de aanvraag. Na afloop van die termijn wordt het advies gunstig geacht.

Alle instanties die een advies over het project hebben verstrekt, ontvangen een afschrift van de verklaring."

**Art. 115.** - In boek IV, titel II, hoofdstuk X, van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij het decreet van 12 december 2019, wordt een afdeling 4.1 ingevoegd, die artikel D.IV.73.2 omvat, luidende :

"Afdeling 4.1 - Wijziging na afgifte van de vergunning, voor of tijdens de voltooiing van de werken"

**Art. 116.** - In boek IV, titel II, hoofdstuk X, afdeling 4.1, van hetzelfde Wetboek wordt een artikel D.IV.73.2 ingevoegd, luidende :

"Art. D.IV.73.2 - Overeenkomstig de bepalingen die de Regering kan vastleggen, kan de vergunninghouder na toekenning van de vergunning, voor of tijdens de voltooiing van de handelingen of werken bij wijzigingen van het vergunde project of van de in de vergunning vermelde voorwaarden of lasten, een vereenvoudigde aanvraag tot wijziging van de vergunning indienen bij de overheid die de vergunning in voorkomend geval naar aanleiding van een beroepsprocedure heeft verleend, als het gaat om :

1° wijzigingen die ingegeven zijn door technische redenen, die de grote lijnen van het project niet beïnvloeden en die het gevaar, de hinder of de nadelen voor mens of milieu noch direct noch indirect verhogen;

2° of handelingen of werken in de zin van artikel D.IV.1, § 2;

3° of de handelingen of werken die betrekking hebben op de uitvoering van stedenbouwkundige voorwaarden of lasten.

De Regering kan de inhoud van de aanvraag tot wijziging van de vergunning bepalen.

De aanvraag omvat ten minste de gewijzigde plannen en documenten, alsook een motivering voor de wijzigingen in het licht van de voorwaarden vermeld in het eerste lid.

De bevoegde overheid bezorgt haar beslissing aan de vergunninghouder binnen een termijn van :

1° dertig dagen te rekenen vanaf de ontvangst van de aanvraag, als er geen advies vereist is;

2° zestig dagen te rekenen vanaf de ontvangst van de aanvraag, als er één of meer adviezen vereist zijn.

Als de beslissing niet binnen de gestelde termijn ter kennis wordt gebracht, wordt de aanvraag tot wijziging als geweigerd beschouwd.

Als de handelingen of werken vermeld in het eerste lid betrekking hebben op een goed bedoeld in artikel D.IV.14.1, wordt vóór de vergunning ervan een eensluitend erfgoedadvies ingewonnen.

Als de handelingen of werken vermeld in het eerste lid betrekking hebben op een project bedoeld in artikel D.IV.17 of op voorwaarden of lasten die door de Regering werden opgelegd, wordt het advies van de Regering ingewonnen. In de gevallen vermeld in artikel D.IV.17 is het advies van de Regering een eensluitend advies.

Als de handelingen of werken vermeld in het eerste lid betrekking hebben op voorwaarden of lasten die door het gemeentecollege werden opgelegd, wordt vóór de vergunning ervan het advies van het gemeentecollege ingewonnen.

In afwijking van de artikelen D.IV.37 tot D.IV.39 worden de adviezen vermeld in het zesde tot het achtste lid overgezonden binnen dertig dagen na zending van de aanvraag. Na afloop van die termijn wordt het advies gunstig geacht.

Alle instanties die bij de behandeling van het oorspronkelijke project een advies hebben verstrekt, ontvangen een afschrift van de beslissing.”

**Art. 117.** - In artikel D.IV.74, eerste lid, van hetzelfde Wetboek worden de woorden “een bebouwingsvergunning of van” vervangen door de woorden “een ontsluitingsvergunning, een opsplitsingsvergunning of”.

**Art. 118.** - In artikel D.IV.76 van hetzelfde Wetboek wordt het woord “bebouwingsvergunning” vervangen door de woorden “ontsluitingsvergunning, een opsplitsingsvergunning”.

**Art. 119.** - In artikel D.IV.77 van hetzelfde Wetboek worden de woorden “De stedenbouwkundige vergunning en de definitieve bebouwingsvergunning” vervangen door de woorden “De stedenbouwkundige vergunning, de ontsluitingsvergunning en de opsplitsingsvergunning, in hun definitieve versie,”.

**Art. 120.** - Artikel D.IV.78 van hetzelfde Wetboek wordt vervangen als volgt :

“Art. D.IV.78 - Onverminderd de verplichtingen voortvloeiend uit de artikelen D.IV.53 tot D.IV.60 hebben ontsluitings- of opsplitsingsvergunningen enkel informatiewaarde. Ze zijn van toepassing op de daarop betrekking hebbende stedenbouwkundige vergunning en het daarop betrekking hebbende stedenbouwkundige attest nr. 2.”

**Art. 121.** - In artikel D.IV.79 van hetzelfde Wetboek worden de woorden “Voor zover de bebouwingsvergunning die de opening, de wijziging of de opheffing van een gemeenteweg inhoudt” vervangen door de woorden “Voor zover de ontsluitings- of de opsplitsingsvergunning”.

**Art. 122.** - (Geldt alleen voor de Duitse tekst.)

**Art. 123.** - In boek IV, titel III, hoofdstuk III, van hetzelfde Wetboek wordt het opschrift van afdeling 1 vervangen als volgt :

“Afdeling 1 - Het vervallen van de ontsluitings- of opsplitsingsvergunning”

**Art. 124.** - In artikel D.IV.81 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in het eerste lid wordt het woord “bebouwingsvergunning” vervangen door de woorden “ontsluitings- of opsplitsingsvergunning”;

2° in het tweede lid worden de woorden “bebouwingsvergunning die handelingen en werken” vervangen door het woord “ontsluitingsvergunning die toelating geeft tot handelingen, werken of lasten”;

3° in het derde lid worden de woorden “artikel D.IV.2, § 1, derde lid” vervangen door de woorden “artikel D.IV.1, § 1, tweede lid, 1°”;

4° in het vierde lid wordt het woord “bebouwingsvergunning” vervangen door de woorden “ontsluitings- of opsplitsingsvergunning” en worden de woorden “artikel D.IV.2, § 1, lid 3” vervangen door de woorden “artikel D.IV.1, § 1, tweede lid, 1°, of artikel D.IV.103”.

**Art. 125.** - In artikel D.IV.82 van hetzelfde Wetboek wordt het woord “bebouwingsvergunning” vervangen door de woorden “ontsluitings- of opsplitsingsvergunning”.

**Art. 126.** - In artikel D.IV.83 van hetzelfde Wetboek wordt het woord “bebouwingsvergunning” telkens vervangen door de woorden “ontsluitings- of opsplitsingsvergunning”.

**Art. 127.** - In artikel D.IV.88 van hetzelfde Wetboek wordt het tweede lid opgeheven.

**Art. 128.** - In artikel D.IV.89 van hetzelfde Wetboek wordt de bepaling onder 3°, gewijzigd bij het decreet van het Waals Gewest van 1 maart 2018, opgeheven.

**Art. 129.** - (Geldt alleen voor de Duitse tekst.)

**Art. 130.** - (Geldt alleen voor de Duitse tekst.)

**Art. 131.** - Artikel D.IV.93, § 1, tweede lid, van hetzelfde Wetboek wordt vervangen als volgt :

“Het afzien ervan geschiedt uitdrukkelijk en wordt niet afgeleid uit de latere indiening van een andere vergunningsaanvraag.”

**Art. 132.** - In boek IV, titel III, van hetzelfde Wetboek wordt het opschrift van hoofdstuk VIII vervangen als volgt :  
“HOOFDSTUK VIII - WIJZIGING OF OPHEFFING VAN DE ONTSLUITINGS- OF OPSPLITSINGSVERGUNNING”

**Art. 133.** - In artikel D.IV.94 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in § 1, eerste lid, wordt het woord “bebouwingsvergunning” telkens vervangen door het woord “ontsluitingsvergunning”, wordt het woord “gewijzigd” vervangen door de woorden “gewijzigd of opgeheven” en worden de woorden “de wijziging” vervangen door de woorden “die wijziging of opheffing”;

2° in § 1, tweede lid, wordt het woord “bebouwingsvergunning” vervangen door het woord “ontsluitingsvergunning”;

3° in § 2, eerste lid, wordt het woord “bebouwingsvergunning” vervangen door het woord “ontsluitingsvergunning”;

4° in § 2, tweede lid, wordt het woord “bebouwingsvergunning” vervangen door het woord “ontsluitingsvergunning”.

**Art. 134.** - In artikel D.IV.95 van hetzelfde Wetboek wordt paragraaf 1 vervangen als volgt :

“§ 1 - De bepalingen die de ontsluitingsvergunning regelen, zijn van toepassing op de wijziging of opheffing van de ontsluitingsvergunning. Het aanvraagdossier bevat echter enkel de gegevens die verband houden met de geplande wijziging of opheffing.”

**Art. 135.** - In hetzelfde Wetboek wordt een artikel D.IV.95.1 ingevoegd, luidende :

"Art.D.IV.95 - § 1 - Een opsplitsingsvergunning kan, ofwel op initiatief van het gemeentecollege ofwel op verzoek van de eigenaar of blote eigenaar van een kavel waarop een opsplitsingsvergunning betrekking heeft, of op verzoek van de houder van een recht van vruchtgebruik, gebruik, bewoning, erfpacht of opstal op een kavel waarop een opsplitsingsvergunning betrekking heeft, gewijzigd worden voor zover de wijziging geen afbreuk doet aan de rechten die voortvloeien uit uitdrukkelijke overeenkomsten tussen de partijen.

De gewone overschrijving van alle of van een deel van de documenten vervat in de opsplitsingsvergunning in een authentieke akte of in een onderhandse overeenkomst mag niet worden beschouwd als een overeenkomst zoals bedoeld in het eerste lid.

§ 2 - Een wijziging van een opsplitsingsvergunning is nodig voor :

1° het creëren van één of meer aanvullende kavels of de afschaffing van één of meer kavels;

2° de wijziging van de binnen- en buitengrenzen van kavels."

**Art. 136.** - In artikel D.IV.96 van hetzelfde Wetboek wordt het woord "bebouwingsvergunning" telkens vervangen door het woord "ontsluitingsvergunning".

**Art. 137.** - In boek IV, titel III, hoofdstuk VIII, van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij het decreet van 12 december 2019, wordt een artikel D.IV.96.1 ingevoegd, luidende :

"Art. D.IV.96.1 - De opheffing van een ontsluitingsvergunning betreft niet het opsplitsingsplan."

**Art. 138.** - In artikel D.IV.97 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in het eerste lid, 4°, wordt het woord "bebouwingsvergunning" vervangen door de woorden "ontsluitings- of opsplitsingsvergunning";

2° in het eerste lid, 6°, wordt de bepaling onder a) vervangen als volgt :

"a) gelegen is in een omtrek voor een saneringslocatie of voor een stedelijke verkaveling;"

**Art. 139.** - In artikel D.IV.99, § 1, van hetzelfde Wetboek wordt de bepaling onder 2°, gewijzigd bij het decreet van 12 december 2019, vervangen als volgt :

"2° het bestaan, het voorwerp en de datum van de verkavelingsvergunningen, bebouwingsvergunningen, ontsluitingsvergunningen, opsplitsingsvergunningen, bouwvergunningen, stedenbouwkundige vergunningen of regularisatiebeslissingen, alsook van de stedenbouwkundige vergunningen of regularisatiebeslissingen voor groepen van bouwwerken die afgegeven zijn na 1 januari 1977, evenals van de stedenbouwkundige attesten die minder dan twee jaar oud zijn en van de erfgoedvergunningen in de zin van artikel 13 van het erfgoeddecreet die na 1 januari 2009 werden afgegeven;"

**Art. 140.** - In artikel D.IV.101, eerste lid, van hetzelfde Wetboek wordt het woord "een bebouwingsvergunning" vervangen door de woorden "een ontsluitingsvergunning, een opsplitsingsvergunning".

**Art. 141.** - In artikel D.IV.102, § 1, eerste lid, van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij het decreet van 12 december 2019, wordt het woord "bebouwingsvergunning" vervangen door de woorden "ontsluitings- of opsplitsingsvergunning".

**Art. 142.** - In boek IV, titel V, van hetzelfde Wetboek wordt het opschrift van hoofdstuk III vervangen als volgt :

"HOOFDSTUK III - AKTE NA DE WIJZIGING VAN DE ONTSLUITINGSVERGUNNING"

**Art. 143.** - In artikel D.IV.103, eerste lid, van hetzelfde Wetboek wordt het woord "bebouwingsvergunning" telkens vervangen door het woord "ontsluitingsvergunning".

**Art. 144.** - In boek IV van hetzelfde Wetboek wordt een titel VII.1 ingevoegd, die de artikelen D.IV.109.1 tot D.IV.109.13 omvat, luidende :

"TITEL VII.1 - SPOEDPROCEDURE"

**Art. 145.** - In boek IV, titel VII.1, van hetzelfde Wetboek wordt een hoofdstuk I ingevoegd, dat artikel D.IV.109.1 omvat, luidende :

"HOOFDSTUK I - TOEPASSINGSGBIED"

**Art. 146.** - In boek IV, titel VII.1, hoofdstuk I, van hetzelfde Wetboek wordt een artikel D.IV.109.1 ingevoegd, luidende :

"Art. D.IV.109.1 - § 1 - Handelingen en werken voor de heropbouw van gebouwen en bouwwerken in gebieden die getroffen zijn door erkende natuurrampen in de zin van het decreet van het Waals Gewest van 26 mei 2016 betreffende het herstel van sommige schade veroorzaakt door algemene natuurrampen, of handelingen en werken voor de heropbouw van gebouwen en bouwwerken die door een brand geheel of gedeeltelijk vernield zijn, kunnen het voorwerp uitmaken van een spoedprocedure voor de toekenning van een stedenbouwkundige vergunning overeenkomstig de bepalingen van deze titel.

De heropbouw betreft het in ruime mate getrouw herstellen van de gebouwen en bouwwerken die geheel of gedeeltelijk door de natuurramp of door de brand werden vernietigd en omvat onder meer het slopen, schoonmaken, in de oorspronkelijke staat herstellen of vervangen van de structurelementen en de buitenmuren, met inbegrip van de bescherming via gevelbekleding of vochtwerende middelen en hun isolatie, evenals het buitenschrijnwerk, het dakgebinte, de dakbedekking en de dakisolatie, de zonnepanelen als ze een vast bestanddeel zijn van de dakbedekking, de schoorstenen, de kroonlijsten, de dakgoten, alsook de regenpijpen en de voorzieningen die de afvoer van de regen mogelijk maken.

De wijzigingen van het oorspronkelijke gebouw, met inbegrip van wijzigingen van de dragende structuren, wijzigingen die het architectonische karakter van het gebouw of het bouwwerk beïnvloeden of wijzigingen van de beplanting kunnen worden goedgekeurd, als de wijzigingen in hun geheel gering blijven, in de aanvraag uitvoerig gemotiveerd worden en verenigbaar zijn met de omgeving.

De Regering kan de lijst van die handelingen en werken aanvullen.

§ 2 - De spoedprocedure wordt niet gebruikt voor handelingen en werken die :

1° aan een milieueffectenonderzoek moeten worden onderworpen;

- 2° de oprichting, wijziging of afschaffing van een gemeenteweg tot gevolg hebben;
- 3° één van de volgende wijzigingen ten opzichte van het oorspronkelijke gebouw omvatten :
- a) wijziging van de bestemming in de zin van artikel D.IV.4, eerste lid, 7°;
- b) verhoging van het aantal wooneenheden;
- c) verhoging van het aantal verdiepingen.”

**Art. 147.** - In boek IV, titel VII.1, van hetzelfde Wetboek wordt een hoofdstuk II ingevoegd, dat de artikelen D.IV.109.2 en D.IV.109.3 omvat, luidende :

“HOOFDSTUK II - AFWIJINGEN EN VERSCHILLEN”

**Art. 148.** - In boek IV, titel VII.1, hoofdstuk II, wordt een artikel D.IV.109.2 ingevoegd, luidende :

“Art. D.IV.109.2 - De via de spoedprocedure afgegeven stedenbouwkundige vergunning kan afwijken van het ruimtelijk ontwikkelingsplan, als dat van toepassing is, van een meergemeentelijk ontwikkelingsplan, van een gemeentelijk ontwikkelingsplan, van een lokaal beleidsontwikkelingsplan, van een bodembestemmingsplan, van de als indicatief beschouwde inhoud van een leidraad of van een ontsluitingsvergunning, als het gebouw of het bouwwerk wettelijk bestond op het tijdstip van de volledige of gedeeltelijke vernieling.”

**Art. 149.** - In hetzelfde hoofdstuk wordt een artikel D.IV.109.3 ingevoegd, luidende :

“Art. D.IV.109.3 - De via de spoedprocedure afgegeven stedenbouwkundige vergunning kan worden afgegeven in afwijking van het gewestplan of van de normen van een gewestelijke leidraad voor stedenbouw, als het gebouw of het bouwwerk wettelijk bestond op het tijdstip van de volledige of gedeeltelijke vernieling.”

**Art. 150.** - In boek IV, titel VII.1, van hetzelfde Wetboek wordt een hoofdstuk III ingevoegd, dat de artikelen D.IV.109.4 tot D.IV.109.12 omvat, luidende :

“HOOFDSTUK III - PROCEDURE”

**Art. 151.** - In boek IV, titel VII.1, hoofdstuk III, wordt een artikel D.IV.109.4 ingevoegd, luidende :

“Art. D.IV.109.4 - De stedenbouwkundige vergunning wordt afgegeven door de Regering.”

**Art. 152.** - In hetzelfde hoofdstuk wordt een artikel D.IV.109.5 ingevoegd, luidende :

“Art. D.IV.109.5 - Bij de vergunningsaanvraag wordt een advies van het gemeentecollege gevoegd. In dat advies bevestigt het gemeentecollege met name dat de handelingen en werken plaatsvinden in een gebied dat hoogstens 24 maanden geleden door een erkende natuurramp werd getroffen of betrekking hebben op een door brand geheel of gedeeltelijk vernield gebouw of bouwwerk.

De Regering kan de vorm van de vergunningsaanvraag bepalen, alsook de aanvullende inhoud, die verder reikt dan de inhoud die krachtens artikel D.IV.26 werd bepaald.”

**Art. 153.** - In hetzelfde hoofdstuk wordt een artikel D.IV.109.6 ingevoegd, luidende :

“Art. D.IV.109.6 - De vergunningsaanvraag wordt binnen 24 maanden na bekendmaking van het besluit tot erkenning van de natuurramp en na de brand aan de Regering toegezonden of tegen ontvangstbewijs afgegeven.”

**Art. 154.** - In hetzelfde hoofdstuk wordt een artikel D.IV.109.7 ingevoegd, luidende :

“Art. D.IV.109.7 - Binnen vijftien dagen na ontvangst van de vergunningsaanvraag of van het desbetreffende indieningsbewijs bezorgt de Regering aan de aanvrager :

1° als de aanvraag volledig en ontvankelijk wordt geacht, een bericht van formele volledigheid. Een afschrift wordt aan de projectontwerper gezonden;

2° als de aanvraag onvolledig wordt geacht, per zending een opsomming van de ontbrekende stukken, met de vermelding dat de procedure pas na ontvangst van die stukken wordt voortgezet. Een afschrift wordt aan de projectontwerper gezonden.

Wanneer de Regering het in het eerste lid, 1°, bedoelde bericht van formele volledigheid of de in het eerste lid, 2°, bedoelde opsomming van de ontbrekende stukken niet binnen de termijn van tien dagen aan de aanvrager heeft gezonden, wordt de aanvraag als ontvankelijk beschouwd en wordt de procedure voortgezet.”

**Art. 155.** - In hetzelfde hoofdstuk wordt een artikel D.IV.109.8 ingevoegd, luidende :

“Art. D.IV.109.8 - Onverminderd de bepalingen vermeld in artikel D.68 van het Milieuwetboek wordt in het bericht van formele volledigheid het volgende aangegeven :

1° welke diensten of commissies om advies worden gevraagd en welke termijnen daarvoor gelden;

2° binnen welke termijn de beslissing van de Regering verzonden wordt.”

**Art. 156.** - In hetzelfde hoofdstuk wordt een artikel D.IV.109.9 ingevoegd, luidende :

“Art. D.IV.109.9 - § 1 - Tegelijk met het bericht van formele volledigheid zendt de Regering een adviesaanvraag, samen met een exemplaar van de vergunningsaanvraag, aan de diensten en commissies vermeld in artikel D.IV.109.8.

§ 2 - De diensten en commissies vermeld in paragraaf 1 bezorgen hun advies binnen twintig dagen nadat de bevoegde overheid de aanvraag heeft verzonden. Na afloop van die termijn wordt het advies gunstig geacht.

Het advies van de brandweerdienst wordt bezorgd binnen dertig dagen nadat de bevoegde overheid de aanvraag heeft verzonden. Na afloop van die termijn wordt het advies gunstig geacht.”

**Art. 157.** - In hetzelfde hoofdstuk wordt een artikel D.IV.109.10 ingevoegd, luidende :

“Art. D.IV.109.10 - Wanneer de aanvraag betrekking heeft op een goed dat geheel of gedeeltelijk met toepassing van het erfgoeddecreet voorlopig of definitief gerangschikt is, in het beschermingsgebied van een voorlopig of definitief gerangschikt goed ligt of zich op een archeologische vindplaats bevindt, vraagt de Regering een gewoon erfgoedadvies in de zin van artikel D.IV.14.1. Het advies wordt verstrekt binnen twintig dagen nadat de bevoegde overheid de aanvraag heeft verzonden. Na afloop van die termijn wordt het advies gunstig geacht.”



**Art. 158.** - In hetzelfde hoofdstuk wordt een artikel D.IV.109.11 ingevoegd, luidende :

"Art. D.IV.109.11 - De beslissing van de Regering tot toekenning of weigering van de stedenbouwkundige vergunning wordt tegelijkertijd aan het gemeentecollege en aan de aanvrager gezonden binnen vijftien dagen te rekenen van de dag waarop de Regering het in artikel D.IV.109.7 bedoelde bericht van formele volledigheid heeft gezonden of, bij gebrek daaraan, te rekenen van de dag volgend op het verstrijken van de termijn waarover zij beschikte om het te zenden.

De Regering zendt een afschrift van de beslissing aan de projectontwerper.

De Regering kan de termijn vermeld in het eerste lid met dertig dagen verlengen, mits dat wordt gemotiveerd. De beslissing tot verlenging wordt verzonden binnen de oorspronkelijke termijn. De Regering zendt een afschrift van de beslissing tot verlenging aan de projectontwerper."

**Art. 159.** - In hetzelfde hoofdstuk wordt een artikel D.IV.109.12 ingevoegd, luidende :

"Art. D.IV.109.12 - Wanneer de beslissing van de Regering niet binnen de termijn vermeld in artikel D.IV.109.10 aan de aanvrager wordt bezorgd, wordt de vergunning geacht geweigerd te zijn.

In dat geval betaalt de overheid aan de aanvrager het bedrag terug dat zij als dossierkosten inde."

**Art. 160.** - In boek IV, titel VII.1, van hetzelfde Wetboek wordt een hoofdstuk IV ingevoegd, dat artikel D.IV.109.13 omvat, luidende :

"HOOFDSTUK IV - VAN TOEPASSING ZIJNDE BEPALINGEN"

**Art. 161.** - In boek IV, titel VII.1, hoofdstuk IV, van hetzelfde Wetboek wordt een artikel D.IV.109.13 ingevoegd, luidende :

"Art. D.IV.109.13 - De bepalingen van dit boek zijn van toepassing op de spoedprocedure, voor zover deze titel niet daarvan afwijkt.

In afwijking van het eerste lid zijn de artikelen D.IV.5 tot D.IV.23.2, D.IV.27 tot D.IV.28, D.IV.30 tot D.IV.31.1, D.IV.33 tot D.IV.52, D.IV.54, § 2 en 3, D.IV.60 tot D.IV.62, D.IV.69, D.IV.79, D.IV.81 tot D.IV.83, D.IV.90, D.IV.94 tot D.IV.98, D.IV.103 en D.IV.106 tot D.IV.108 niet van toepassing op de spoedprocedure."

**Art. 162.** - In artikel D.IV.110 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° het eerste lid wordt vervangen als volgt :

"De aanvragen van bouwvergunningen, stedenbouwkundige vergunningen, verkavelingsvergunningen, bebouwingsvergunningen, ontsluitingsvergunningen of opsplitsingsvergunningen, met inbegrip van de aanvragen die behoren tot één van de categorieën bedoeld in artikel D.IV.25, waarvan de indiening, bevestigd met een indieningsbewijs of waarvan de ontvangst van de zending, bevestigd met een post- of ander ontvangstsbewijs dateert van voor één van de wijzigingen van de in het Duitse taalgebied toepasselijke wetgeving inzake ruimtelijke ordening en stedenbouw, worden verder behandeld op basis van de bepalingen die van toepassing waren op de datum van het indieningsbewijs of ontvangstsbewijs."

2° in het tweede lid wordt het woord "ontvangstsbewijs" vervangen door het woord "indieningsbewijs".

**Art. 163.** - In artikel D.IV.111 worden de woorden ", het gemeentecollege en de gemachtigd ambtenaar" vervangen door de woorden "en het gemeentecollege".

**Art. 164.** - In artikel D.IV.117 van hetzelfde Wetboek wordt het woord "bebouwingsvergunningen" telkens vervangen door de woorden "bebouwingsvergunningen of ontsluitingsvergunningen".

**Art. 165.** - Boek V van hetzelfde Wetboek, dat de artikelen D.V.1 tot D.V.20 omvat, wordt opgeheven.

**Art. 166.** - In artikel D.VI.1 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° de bepaling onder 4° wordt vervangen als volgt :

"4° omtrekken voor een saneringslocatie;"

2° de bepaling onder 5° wordt opgeheven;

3° de bepaling onder 6° wordt opgeheven;

4° (geldt alleen voor de Duitse tekst);

5° de bepaling onder 9° wordt opgeheven.

**Art. 167.** - In artikel D.VI.15, derde lid, van hetzelfde Wetboek worden de woorden "of een bebouwingsvergunning" vervangen door de woorden ", bebouwings-, ontsluitings- of opsplitsingsvergunning".

**Art. 168.** - In artikel D.VI.17, § 1, eerste lid, van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij het decreet van het Waals Gewest van 16 november 2017, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° de bepaling onder 7° wordt vervangen als volgt :

"7° omtrekken voor een saneringslocatie;"

2° de bepaling onder 8° wordt opgeheven;

3° de bepaling onder 9° wordt opgeheven;

4° in de bepaling onder 11°, c), worden de woorden ", een omtrek van een stedelijke herverkaveling of een bevoorrecht initiatiefgebied" vervangen door de woorden "of een omtrek voor een stedelijke verkaveling".

**Art. 169.** - In artikel D.VI.25, § 1, tweede lid, 5°, van hetzelfde Wetboek worden de woorden "of bebouwingsvergunningen" vervangen door de woorden ", bebouwings-, ontsluitings- of opsplitsingsvergunningen".

**Art. 170.** - In boek VI, titel II, hoofdstuk V, van hetzelfde Wetboek wordt een artikel D.VI.33.1 ingevoegd, luidende :

"Art. D.VI.33.1 - In afwijking van artikel D.VI.17 kan het recht van voorkoop ook gelden voor elk onroerend goed dat gelegen is in de volgende gebieden of omtrekken, voor zover ze op basis van een vóór 31 maart 2022 begonnen akte werden aangenomen en nog geldig zijn :

1° omtrekken voor stadsheropleving;

2° omtrekken voor stadsvernieuwing;

3° omtrekken voor een locatie met herstel van landschap en leefmilieu;

4° bevoorrechte initiatiefgebieden.”

**Art. 171.** - In artikel D.VI.38, eerste lid, van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij het decreet van 12 december 2019, worden de woorden “verbod om te bebouwen” vervangen door de woorden “verbod om te ontsluiten of op te splitsen”.

**Art. 172.** - In artikel D.VI.39 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in de bepaling onder 1° worden de woorden “verbod om te bebouwen” vervangen door de woorden “verbod om te ontsluiten of op te splitsen”;

2° in de bepaling onder 5° worden de woorden “of te bebouwen” vervangen door de woorden “, te ontsluiten of op te splitsen”;

3° in de bepaling onder 6° worden de woorden “bouw- of bebouwingsverbod” vervangen door de woorden “bouw-, ontsluitings- of opsplitsingsverbod”;

4° in de bepaling onder 7° worden de woorden “bouw- of bebouwingsverbod” vervangen door de woorden “bouw-, ontsluitings- of opsplitsingsverbod” en worden de woorden “of bebouwingsvergunning” vervangen door de woorden “, bebouwings-, ontsluitings- of opsplitsingsvergunning”;

5° in de bepaling onder 9° worden de woorden “bouw- of bebouwingsverbod” vervangen door de woorden “bouw-, ontsluitings- of opsplitsingsverbod”.

**Art. 173.** - In artikel D.VI.41 van hetzelfde Wetboek worden de woorden “of bebouwingsvergunning” vervangen door de woorden “vergunning of ontsluitings- of opsplitsingsvergunning”.

**Art. 174.** - In artikel D.VI.42, derde lid, 2°, van hetzelfde Wetboek worden de woorden “of bebouwingsvergunning” vervangen door de woorden “vergunning of ontsluitings- of opsplitsingsvergunning”.

**Art. 175.** - In artikel D.VI.46, eerste lid, van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij het decreet van 12 december 2019, wordt het woord “bebouwingsvergunning” vervangen door het woord “ontsluitingsvergunning”.

**Art. 176.** - In artikel D.VI.48, 2°, tweede streepje, van hetzelfde Wetboek worden de woorden “of bebouwingsvergunning” vervangen door de woorden “vergunning of ontsluitings- of opsplitsingsvergunning”.

**Art. 177.** - In artikel D.VI.50, § 1, van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in de bepaling onder 4° worden de woorden “artikel D.V.2 of D.V.7” vervangen door de woorden “artikel D.II.57.4”;

2° in de bepaling onder 6° wordt het woord “bebouwingsvergunning” vervangen door het woord “ontsluitingsvergunning”.

**Art. 178.** - In artikel D.VI.58, tweede lid, van hetzelfde Wetboek worden de woorden “de bebouwingsvergunning,” vervangen door de woorden “de ontsluitingsvergunning, de opsplitsingsvergunning,”.

**Art. 179.** - In artikel D.VI.63 van hetzelfde Wetboek worden de woorden “of bebouwingsvergunning” vervangen door de woorden “, bebouwingsvergunning, ontsluitingsvergunning of opsplitsingsvergunning”.

**Art. 180.** - In artikel D.VI.64, § 1, eerste lid, 3°, van hetzelfde Wetboek wordt het woord “bebouwingsvergunning” vervangen door de woorden “ontsluitings- of opsplitsingsvergunning”.

**Art. 181.** - In artikel D.VII.1 van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij de decreten van het Waals Gewest van 16 november 2017 en 26 april 2018 en bij het decreet van 12 december 2019, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° paragraaf 1 wordt vervangen als volgt :

“ § 1 - Strafbaar zijn volgende feiten :

1° de uitvoering van de in artikel D.IV.4 bedoelde handelingen en werken, de ontsluiting van een goed in de zin van artikel D.IV.2, § 1, of de opsplitsing van een goed in de zin van artikel D.IV.2, § 3, zonder voorafgaande vergunning, na het verval van de vergunning of na de akte of het besluit tot opschorting van de vergunning of nog zonder naleving van de vergunning of de regularisatiebeslissing in de zin van artikel D.VII.18, § 2, 1° en 2°, met uitzondering van :

a) de handelingen gesteld met miskenning van de indeling van de percelen volgens de ontsluitingsvergunning wanneer ze geen wijziging van de ontsluitingsvergunning overeenkomstig artikel D.IV.94, § 2, vereisen;

b) de werken en handelingen die overeenkomstig artikel D.IV.73.1 conform worden geacht;

2° de voortzetting van de in artikel D.IV.4 bedoelde handelingen en werken, de ontsluiting van een goed in de zin van artikel D.IV.2, § 1, of de opsplitsing van een goed in de zin van artikel D.IV.2, § 3, zonder voorafgaande vergunning, na het verval van de vergunning of na de akte of het besluit tot opschorting van de vergunning of zonder naleving van de vergunning of de regularisatiebeslissing in de zin van artikel D.VII.18, § 2, 1° en 2°;

3° onverminderd artikel D.VII.1bis, de instandhouding van de werken die zonder de vereiste vergunning of met miskenning van de vereiste vergunning zijn uitgevoerd;

4° de niet-inachtneming van de voorschriften van het gewestplan of van de normen van de gewestelijke leidraad voor stedenbouw, met uitzondering van handelingen en werken die in afwijking zijn vergund, die vrijgesteld zijn van vergunning of die niet onder de vergunningsplicht vallen;

5° de niet-nakoming van de regels betreffende de aanplakking van de vergunning bedoeld in artikel D.IV.70 of de reclameregels bedoeld in artikel D.IV.76 en in Boek VIII;

6° de ontstentenis van kennisgeving van de aanvang van de werken zoals bedoeld in artikel D.IV.71;

7° het niet-indienen van de conformiteitsplannen en/of de fotoreportage overeenkomstig artikel D.IV.73, § 1 of § 2, of het opstellen van conformiteitsplannen en/of het maken van een fotoreportage die niet overeenstemmen met de gebouwde toestand;

8° de uitvoering van de handelingen of werken vermeld in artikel D.IV.4 of de ontsluiting van een goed in de zin van artikel D.IV.2, § 1, met miskenning van de beschermingsmaatregelen die met toepassing van het erfgoeddecreet zijn opgelegd. De vervolging van die overtredingen op grond van dit boek sluit de vervolging van dezelfde overtredingen op grond van het erfgoeddecreet uit.”

2° § 2, eerste lid, wordt opgeheven;

3° paragraaf 2/1 wordt opgeheven;

4° paragraaf 2/2 wordt opgeheven.

**Art. 182.** - Artikel D.VII.1*bis* van hetzelfde Wetboek, ingevoegd bij het decreet van het Waals Gewest van 16 november 2017, wordt vervangen als volgt :

"Art. D.VII.1*bis* - § 1 - Er wordt onweerlegbaar vermoed dat handelingen en werken krachtens artikel D.VII.1 in overeenstemming zijn met het recht inzake ruimtelijke ordening en stedenbouw, als ze minstens dertig jaar geleden zijn voltooid.

Dat vermoeden is niet van toepassing op :

1° handelingen en werken die erin bestaan na 20 augustus 1994 één of meer woningen op te richten die niet voldoen aan de criteria voor het verkrijgen van een huurvergunning of aan de criteria inzake gezondheid en veiligheid;

2° handelingen en werken binnen de omtrek van een gebied dat is erkend krachtens de wet van 12 juli 1973 op het natuurbehoud of de uitvoeringsbesluiten ervan;

3° handelingen en werken op een goed dat onder een beschermingsmaatregel valt die is opgelegd met toepassing van het erfgoeddecreet;

4° handelingen en werken die vóór 1 februari 2023 het voorwerp hebben uitgemaakt van een gerechtelijke beslissing waarbij werd vastgesteld dat handelingen en werken niet in overeenstemming zijn met het recht inzake ruimtelijke ordening en stedenbouw, zelfs als er nog beroepsprocedures tegen de gerechtelijke beslissing lopen.

Onverminderd het tweede lid wordt de in het eerste lid vermelde termijn verlaagd tot minstens twintig jaar voor handelingen en werken die overeenstemmen met de op het gewestplan aangegeven bestemming van het gebied waarin ze plaatsvinden.

Onverminderd het tweede lid en in afwijking van het derde lid wordt de in het eerste lid vermelde termijn voor de volgende overtredingen verlaagd tot minstens tien jaar :

A. handelingen en werken, voor zover die voldoen aan de volgende cumulatieve voorwaarden :

1° ze worden beschouwd als handelingen en werken met een beperkte impact overeenkomstig artikel D.IV.1, § 2;

2° ze stemmen overeen met de op het gewestplan aangegeven bestemming van het gebied waarin ze plaatsvinden;

3° ze stemmen overeen met de normen van de gewestelijke leidraad;

B. andere handelingen en werken dan die vermeld onder A, voor zover die voldoen aan de volgende cumulatieve voorwaarden:

1° de overtreding werd begaan :

a) ofwel in een op het gewestplan voor bebouwing bestemd gebied in de zin van artikel D.II.23, tweede lid;

b) ofwel in een gebied waarvan de inrichting door de gemeente aan een overlegprocedure onderworpen is, dat ontsloten is en dat betrekking heeft op één of meer gebieden bestemd voor bebouwing in de zin van artikel D.II.23, tweede lid;

c) ofwel op bouwwerken, installaties of gebouwen of hun aanvullende en bijkomende inrichtingen, die voor de inwerkingtreding van het gewestplan bestaan, of waarvan de bestemming met het gebied overeenstemt of waarvan de bestemming in afwijking van het gewestplan is toegestaan;

2° de in overtreding zijnde handelingen en werken stemmen overeen met de normen van de gewestelijke leidraad;

3° op de in overtreding zijnde handelingen en werken is één van de volgende gevallen van toepassing :

a) in geval van niet-naleving van de afgegeven stedenbouwkundige vergunning of ontsluitingsvergunning, is de omvang van de verschillen kleiner dan twintig procent:

i) van de vergunde grondinneming;

ii) van de vergunde goot- en nokhoogten;

iii) van de vergunde diepte;

iv) van het vergunde bouwvolume;

v) van de vergunde vloeroppervlakte;

vi) van de afmetingen van de vestiging van de bouwwerken;

vii) van de minimale of maximale afmeting van het perceel;

b) in geval van aanbouw van een luifel als uitbreiding van een vergunde landbouwloods voor zover:

i) de nokhoogte van de luifel kleiner is dan de goothoogte van de loods;

ii) de loods een dergelijke luifel op één enkele van zijn opgaande muren heeft;

iii) de luifel een maximale diepte van zeven meter, gemeten vanaf de opgaande muur van de loods, heeft;

c) in geval van niet-naleving van de toegelaten openingen;

d) in geval van niet-naleving van de kleurschakeringen die door de stedenbouwkundige vergunning zijn toegestaan.

§ 2 - De bewijslast voor het vervullen van de voorwaarden en voor het tijdstip van de voltooiing van de handelingen en werken ligt bij de overtreder."

**Art. 183.** - In artikel D.VII.2, 3°, van hetzelfde Wetboek wordt het woord "bebouwen" vervangen door het woord "ontsluiten".

**Art. 184.** - In artikel D.VII.4 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in het eerste lid worden de woorden "niet beoogd in artikel D.VII.1, § 2," opgeheven;

2° tussen het eerste lid en het tweede lid, dat het derde lid wordt, wordt een lid ingevoegd, luidende :

"De waarschuwing bevat de opsomming van de ten laste gelegde overtredingen, met verwijzing naar de toe te passen bepalingen. In de waarschuwing staat ook welke diensten aanvullende inlichtingen kunnen verstrekken."

**Art. 185.** - In artikel D.VII.6 van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij het decreet van 12 december 2019, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in het eerste lid worden de woorden "en genotspand" opgeheven;

2° in het tweede lid worden de woorden ", indien een beroep bij haar aanhangig wordt gemaakt of zou kunnen worden gemaakt over een aanvraag voor een regularisatievergunning betreffende de handelingen en werken of de bebouwing die het voorwerp hebben uitgemaakt van het proces-verbaal" opgeheven.

**Art. 186.** - In boek VII, hoofdstuk III, van hetzelfde Wetboek wordt een afdeling 6 ingevoegd, die artikel D.VII.7.1 omvat, luidende :

"Afdeling 6 - Rechtsgevolgen"

**Art. 187.** - In boek VII, hoofdstuk III, afdeling 6, van hetzelfde Wetboek wordt een artikel D.VII.7.1 ingevoegd, luidende :

"Art. D.VII.7.1 - Elke vergunningsaanvraag die betrekking heeft op handelingen of werken waarvoor overeenkomstig artikel D.VII.5 een proces-verbaal van vaststelling is overgezonden en die niet werd ingediend in het kader van een regularisatieonderzoek overeenkomstig artikel D.VII.18 wordt niet-ontvankelijk verklaard totdat :

1° een regularisatiebeslissing overeenkomstig artikel D.VII.18, § 2, 1° of 2°, in kracht van gewijsde is gegaan;

2° een beslissing tot uitvoering van administratieve maatregelen overeenkomstig artikel D.VII.19 of van compenserende maatregelen overeenkomstig artikel D.VII.20, eventueel gepaard gaand met een administratieve geldboete overeenkomstig artikel D.VII.21, in kracht van gewijsde is gegaan;

3° een rechterlijke beslissing in kracht van gewijsde is gegaan."

**Art. 188.** - Artikel D.VII.8, eerste lid, van hetzelfde Wetboek wordt aangevuld met een zin, luidende :

"In de tussentijd mogen de bouwmachines en/of bouwmaterialen van de bouwplaats worden verwijderd."

**Art. 189.** - In artikel D.VII.9, tweede lid, van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij het decreet van 12 december 2019, worden de woorden "en genotspand" opgeheven.

**Art. 190.** - Artikel D.VII.11, eerste lid, van hetzelfde Wetboek wordt vervangen als volgt :

"Met uitzondering van de inbeslagneming van de bouwmachines en/of bouwmaterialen die in de tussentijd van de bouwplaats mogen worden verwijderd, zijn de vaststellende beambten gemachtigd alle maatregelen te nemen, met inbegrip van het aanbrengen van zegels, om ervoor te zorgen dat het bevel tot staking van de werkzaamheden, de bekrachtigingsbeslissing of, in voorkomend geval, de beschikking van de voorzitter van de rechtbank van eerste aanleg van het rechtsgebied waar de werken en handelingen werden uitgevoerd, onmiddellijk wordt toegepast."

**Art. 191.** - In artikel D.VII.12, tweede lid, van hetzelfde Wetboek wordt het woord "bebouwen" vervangen door het woord "ontsluiten".

**Art. 192.** - In artikel D.VII.13 van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij het decreet van 12 december 2019, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° de inleidende zin van het eerste lid wordt vervangen als volgt: "Naast de straf beveelt de rechtbank - op met redenen omkleed verzoek van de Regering of het gemeentecollege - voor elke overtreding afzonderlijk of cumulatief : ";

2° in het eerste lid, 2°, wordt het woord "bebouwing" vervangen door de woorden "opsplitsing of ontsluiting";

3° in het eerste lid, 3°, wordt het woord "bebouwing" vervangen door de woorden "opsplitsing of ontsluiting" en wordt de punt aan het einde van de zin vervangen door een puntkomma;

4° het eerste lid wordt aangevuld met een bepaling onder 4°, luidende :

"4° ofwel compenserende maatregelen in de zin van artikel D.VII.20."

5° in het derde lid wordt de laatste zin vervangen als volgt :

"De som wordt gestort ten gunste van het Duurzaamheidsfonds vermeld in artikel D.I.12.1."

**Art. 193.** - Het opschrift van boek VII, hoofdstuk VI, van hetzelfde Wetboek wordt vervangen als volgt :

"Hoofdstuk VI - Buitengerechtelijke maatregelen na het opstellen van een proces-verbaal"

**Art. 194.** - In artikel D.VII.16 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° het woord "negentig" wordt vervangen door het woord "zestig";

2° het artikel wordt aangevuld met een tweede lid, luidende :

"In dat geval kan de Regering beslissen om:

1° de procedure voor het regularisatieonderzoek overeenkomstig artikel D.VII.18 aan te vatten;

2° of administratieve maatregelen overeenkomstig artikel D.VII.19 of compenserende maatregelen overeenkomstig artikel D.VII.20 op te leggen, al dan niet gepaard gaand met een administratieve geldboete overeenkomstig artikel D.VII.21."

**Art. 195.** - In artikel D.VII.17 van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij het decreet van 12 december 2019, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in het eerste lid worden de woorden "Indien de Procureur des Konings niet binnen de negentig dagen na ontvangst van het proces-verbaal van vaststelling blijkt geeft van het voornemen om vervolging in te stellen, kan de overtreder binnen drie maanden" vervangen door de woorden "De overtreder kan";

2° in het tweede lid, 1°, wordt het woord "regularisatievergunning" vervangen door het woord "regularisatieonderzoek";

3° in het derde lid wordt het woord "regularisatievergunning" vervangen door het woord "regularisatieonderzoek";

4° in het vierde lid worden de woorden "artikel D.VII.12 of D.VII.22" vervangen door de woorden "artikel D.VII.12, D.VII.19, D.VII.20 of D.VII.22".

**Art. 196.** - Het opschrift van boek VII, hoofdstuk VI, afdeling 3, van hetzelfde Wetboek, wordt vervangen als volgt:

“Afdeling 3 - Regularisatieonderzoek en vergelijk”

**Art. 197.** - In boek VII, hoofdstuk VI, afdeling 3, van hetzelfde Wetboek wordt onderafdeling 1 opgeheven.

**Art. 198.** - Artikel D.VII.18 van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij het decreet van 12 december 2019, wordt vervangen als volgt :

“Art. D.VII.18 - § 1 - De in dit artikel beschreven procedure wordt gebruikt om na te gaan of in overtreding uitgevoerde handelingen en werken onder bepaalde voorwaarden achteraf kunnen worden vergund, hetzij op grond van de regeling die van toepassing was op het tijdstip waarop zij werden uitgevoerd, hetzij op grond van de regeling die van toepassing is op het tijdstip van het onderzoek, in voorkomend geval met toepassing van de artikelen D.IV.5 tot D.IV.13.

Indien de Regering beslist om de procedure van het regularisatieonderzoek in te leiden, nodigt zij de overtreder en, in voorkomend geval, de eigenaar van het betrokken goed uit om binnen een door haar te bepalen termijn een aanvraag voor een regularisatieonderzoek in te dienen. Naargelang van het geval wordt de aanvraag behandeld overeenkomstig de procedure bepaald in boek IV voor aanvragen voor een stedenbouwkundige vergunning, ontsluitingsvergunning of opsplitsingsvergunning die overeenkomstig artikel D.IV.22 binnen de bevoegdheid van de Regering vallen.

De uitnodiging kan een voorstel tot aanpassing van de in overtreding uitgevoerde handelingen en werken bevatten; met dit voorstel wordt rekening gehouden in de in te dienen aanvraag.

In de ingediende aanvraag wordt erop gewezen dat het gaat om een aanvraag voor een regularisatieonderzoek in de zin van dit artikel.

§ 2 - In haar beslissing over de aanvraag voor een regularisatieonderzoek kan de Regering vaststellen dat de in overtreding uitgevoerde handelingen en werken :

1° achteraf onveranderd kunnen worden vergund, eventueel met inachtneming van voorwaarden die in de beslissing worden bepaald;

2° achteraf kunnen worden vergund als veranderingswerken worden uitgevoerd, eventueel met inachtneming van voorwaarden die in de beslissing worden bepaald;

3° niet achteraf kunnen worden vergund.

§ 3 - In het geval vermeld in § 2, 1°, stelt de Regering een vergelijk voor. Het vergelijk wordt getroffen via de betaling van een geldsom waarvan het bedrag bepaald wordt volgens de door de Regering vastgelegde regels. Het bedrag van de geldsom mag per overtreding niet lager zijn dan 250 euro en niet hoger zijn dan 25.000 euro.

In afwijking van het eerste lid wordt het bedrag van de geldsom niet naar boven begrensd bij overtredingen in samenhang met ‘merkbare’ wijzigingen van het bodemrelief.

De Regering bepaalt binnen welke termijn de geldsom moet worden betaald, zonder dat die termijn meer dan twaalf maanden mag bedragen.

Het bedrag van het vergelijk wordt gestort:

1° ofwel aan de gemeente indien de overtreding is vastgesteld door de ambtenaren van gerechtelijke politie en vaststellende beambten bedoeld in artikel D.VII.3, 1° en 2°;

2° ofwel, in de overige gevallen, aan de Duitstalige Gemeenschap ten gunste van het Duurzaamheidsfonds vermeld in artikel D.I.12.1.

Vanaf ontvangst van het bedrag van het vergelijk wordt de regularisatiebeslissing uitvoerbaar en wordt ze beschouwd als een vergunning overeenkomstig artikel D.IV.1.

De openbare rechtsvordering en het recht van de overheid om wegens de overtreding in kwestie enig verder herstel te eisen, vervallen door de betaling van het bedrag van het vergelijk.

§ 4 - In het geval vermeld in § 2, 2°, stelt de Regering een vergelijk voor. Het vergelijk wordt getroffen via de betaling van een geldsom waarvan het bedrag bepaald wordt volgens de door de Regering vastgelegde regels en via de uitvoering van de veranderingswerken. Het bedrag van de geldsom mag per overtreding niet lager zijn dan 250 euro en niet hoger zijn dan 25.000 euro. De kosten voor de uitvoering van de veranderingswerken kunnen verrekend worden met het bedrag van het vergelijk.

De Regering bepaalt binnen welke termijn de geldsom moet worden gestort en binnen welke termijn de veranderingswerken moeten worden uitgevoerd, zonder dat die termijn meer dan twaalf maanden mag bedragen.

Het bedrag van het vergelijk wordt gestort :

1° ofwel aan de gemeente indien de overtreding is vastgesteld door de ambtenaren van gerechtelijke politie en vaststellende beambten bedoeld in artikel D.VII.3, 1° en 2°;

2° ofwel, in de overige gevallen, aan de Duitstalige Gemeenschap ten gunste van het Duurzaamheidsfonds vermeld in artikel D.I.12.1.

De aanvrager deelt de Regering binnen dertig kalenderdagen na voltooiing mee dat de uit te voeren veranderingswerken voltooid zijn. De controle van de veranderingswerken geschiedt binnen 75 kalenderdagen nadat de Regering die mededeling heeft ontvangen. Als de veranderingswerken niet binnen de gestelde termijn worden gecontroleerd, worden ze conform geacht. De artikelen D.IV.73 en D.IV.73.1 zijn *mutatis mutandis* van toepassing.

Vanaf ontvangst van het bedrag van het vergelijk en vanaf overlegging van de conformiteitsverklaring van de uit te voeren veranderingswerken of, naargelang van het geval, na het verstrijken van de termijn voor de uitvoering van de controle wordt de regularisatiebeslissing uitvoerbaar en wordt ze beschouwd als een vergunning in de zin van artikel D.IV.1.

De openbare rechtsvordering en het recht van de overheid om enig verder herstel wegens de overtreding in kwestie te eisen, vervallen door de betaling van het bedrag van het vergelijk en door de conforme uitvoering van de veranderingswerken.

§ 5 - In het geval vermeld in § 2, 3°, eist de Regering administratieve maatregelen overeenkomstig artikel D.VII.19 of compenserende maatregelen overeenkomstig artikel D.VII.20 en legt ze in voorkomend geval een administratieve geldboete overeenkomstig artikel D.VII.21 op of leidt ze een gerechtelijke procedure overeenkomstig artikel D.VII.22 in.

§ 6 - De beslissing over de aanvraag voor een regularisatieonderzoek wordt aangetekend toegezonden aan de volgende personen en instellingen :

- 1° aan de aanvrager;
- 2° aan de eigenaar van het betrokken goed, als deze niet de aanvrager is;
- 3° aan de procureur des Konings;
- 4° aan het gemeentecollege."

**Art. 199.** - In boek VII, hoofdstuk VI, van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij het decreet van 12 december 2019, wordt een afdeling 4 ingevoegd, die artikel D.VII.19 omvat, luidende:

"Afdeling 4 - Administratieve maatregelen"

**Art. 200.** - Artikel D.VII.19 van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij het decreet van 12 december 2019, wordt vervangen als volgt :

"Art. D.VII.19 - § 1 - Onverminderd de overige in dit hoofdstuk bepaalde maatregelen kan de Regering, afzonderlijk of in combinatie, volgende administratieve maatregelen bevelen :

1° de volledige of gedeeltelijke herstelling in de oorspronkelijke staat of, naargelang van het geval, de uitvoering van veranderingsmaatregelen binnen een door haar gestelde termijn, zonder dat die termijn meer dan twaalf maanden mag bedragen;

2° de verzegeling van het betrokken goed en, indien nodig, de onmiddellijke tijdelijke sluiting ervan;

3° elke andere nuttige maatregel om schade aan het goed of door het goed te verhelfen of te voorkomen.

De beslissing van de Regering wordt beschouwd als een vergunning overeenkomstig artikel D.IV.1.

§ 2 - Indien de Regering beslist dat administratieve maatregelen moeten worden genomen, deelt ze de overtreder aangetekend het volgende mee :

1° de feiten en de kwalificatie van de feiten;

2° dat de overtreder de mogelijkheid heeft zijn verweermiddelen uiteen te zetten binnen een termijn van dertig kalenderdagen die ingaat vanaf de dag van de aangetekende kennisgeving en dat hij bij die gelegenheid het recht heeft de Regering te vragen om zich mondeling te mogen verdedigen;

3° dat de overtreder het recht heeft zich te laten bijstaan of vertegenwoordigen door een raadsman;

4° dat de overtreder recht heeft op inzage in het dossier;

5° een afschrift van het proces-verbaal van vaststelling.

De Regering bepaalt op welke dag de overtreder opgeroepen wordt om zich mondeling te verdedigen.

§ 3 - Na afloop van de termijn bepaald in § 2, 2°, of voor afloop van die termijn als de overtreder laat weten dat hij de feiten niet betwist of, in voorkomend geval, nadat de overtreder of zijn raadsman zijn zaak mondeling of schriftelijk heeft verdedigd, kan de Regering de administratieve maatregelen opleggen.

De Regering kan de overtreder ertoe verplichten een borg of garantie als zekerheid voor de uit te voeren maatregelen in te dienen.

§ 4 - De beslissing van de Regering wordt aangetekend toegezonden aan de volgende personen en instellingen:

1° aan de overtreder;

2° aan de eigenaar van het betrokken goed, als deze niet de overtreder is;

3° aan de procureur des Konings;

4° aan het gemeentecollege.

§ 5 - De overtreder kan beroep instellen door binnen dertig kalenderdagen na de kennisgeving van de beslissing een verzoekschrift in te dienen bij de correctionele rechtbank. In het verzoekschrift worden de identiteit en het adres van de overtreder, de benaming van de aangevochten beslissing en de aangevoerde verweermiddelen vermeld.

De correctionele rechtbank doet uitspraak over de rechtmatigheid van de bevolen administratieve maatregelen.

§ 6 - Als de overtreder nalaat om de administratieve maatregelen binnen de gestelde termijn uit te voeren, kan de Regering de administratieve maatregelen van ambtswege laten uitvoeren ten laste van de overtreder."

**Art. 201.** - In boek VII, hoofdstuk VI, afdeling 3, van hetzelfde Wetboek wordt onderafdeling 2 opgeheven.

**Art. 202.** - In boek VII, hoofdstuk VI, van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij het decreet van 12 december 2019, wordt een afdeling 5 ingevoegd, die artikel D.VII.20 omvat, luidende :

"Afdeling 5 - Compenserende maatregelen"

**Art. 203.** - Artikel D.VII.20 van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij het decreet van 12 december 2019, wordt vervangen als volgt :

"Art. D.VII.20 - § 1 - Wanneer noch de regularisatie, noch het herstellen in de oorspronkelijke staat mogelijk zijn, kan de Regering compenserende maatregelen opleggen die geen stedenbouwkundige vergunning vereisen, zoals de aanplanting van bomen of hagen, de niet-significante wijziging van het bodemrelief of het slopen van omstreken bouwwerken, en die een goede inrichting van de plaats kunnen waarborgen. In dat geval schrijft de Regering de overtreder voor welke maatregelen hij moet uitvoeren en binnen welke termijn hij ze moet uitvoeren.

§ 2 - Als de compenserende maatregelen betrekking hebben op :

1° een in artikel D.IV.14.1 bedoeld goed, dan wordt een eensluitend erfgoedadvies ingewonnen voordat de maatregel wordt opgelegd;

2° een in artikel D.IV.14.2 bedoeld goed, dan wordt een niet-dwingend erfgoedadvies ingewonnen voordat de maatregel wordt opgelegd.

Het advies over de compenserende maatregelen wordt verstrekt binnen dertig dagen na zending door de Regering. Zo niet, dan wordt ervan uitgegaan dat het advies gunstig is.

§ 3 - Na afloop van de bepaalde termijn protocollert de Regering de uitvoering van de compenserende maatregelen die met haar beslissing overeenstemmen overeenkomstig artikel D.IV.73.1.

De openbare rechtsvordering en het recht van de overheid om wegens de overtreding enig verder herstel te eisen, vervallen door de conforme uitvoering van de compenserende maatregelen.

Indien de maatregelen niet binnen de voorgeschreven termijn en overeenkomstig de beslissing tot oplegging van de compenserende maatregelen worden uitgevoerd, wordt de procedure overeenkomstig artikel D.VII.12 of D.VII.22 voortgezet."

**Art. 204.** - In boek VII, hoofdstuk VI, van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij het decreet van 12 december 2019, wordt een afdeling 6 ingevoegd, die de artikelen D.VII.21 tot D.VII.21.2 omvat, luidende :

"Afdeling 6 - Administratieve geldboetes"

**Art. 205.** - Artikel D.VII.21 van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij het decreet van 12 december 2019, wordt vervangen als volgt :

"Art. D.VII.21 - § 1 - De vastgestelde overtredingen kunnen vervolgd worden met administratieve geldboetes, behalve indien :

1° de procureur des Konings binnen zestig kalenderdagen na de aan hem gerichte aanvraag meegedeeld heeft dat hij van plan is om de vastgestelde overtreding strafrechtelijk te vervolgen;

2° een regularisatiebeslissing overeenkomstig artikel D.VII.18, § 2, 1° of 2°, in kracht van gewijsde is getreden.

In geval van een strafrechtelijke vervolging of een vergelijk kan geen administratieve geldboete worden opgelegd.

§ 2 - De administratieve geldboete bedraagt minstens 250 euro en hoogstens 100.000 euro.

Als binnen vijf jaar na het opstellen van het proces-verbaal van vaststelling een nieuwe overtreding wordt vastgesteld, wordt de geldboete vermeld in het eerste lid verdubbeld.

§ 3 - Te rekenen vanaf de ontvangst van het proces-verbaal van vaststelling van de overtreding of, naargelang van het geval, vanaf het verstrijken van de termijn bedoeld in artikel D.VII.18 § 1, tweede lid, § 3, derde lid, of § 4, tweede lid, heeft de Regering twaalf maanden de tijd om een administratieve geldboete op te leggen.

§ 4 - Als de Regering beslist dat een administratieve geldboete wordt opgelegd, deelt ze de overtreder per aangetekend schrijven het volgende mee :

1° de feiten en de kwalificatie van de feiten;

2° dat de overtreder de mogelijkheid heeft zijn verweermiddelen uiteen te zetten binnen een termijn van dertig kalenderdagen die ingaat vanaf de dag van de aangetekende kennisgeving en dat hij bij die gelegenheid het recht heeft de Regering te vragen om zich mondeling te mogen verdedigen;

3° dat de overtreder het recht heeft zich te laten bijstaan of vertegenwoordigen door een raadsman;

4° dat de overtreder recht heeft op inzage in het dossier;

5° een afschrift van het proces-verbaal van vaststelling.

De Regering bepaalt op welke dag de overtreder opgeroepen wordt om zich mondeling te verdedigen.

Als de administratieve geldboete in combinatie met administratieve maatregelen wordt geëist, vermeldt de Regering dat in haar kennisgeving overeenkomstig artikel D.VII.19, § 2, om een gemeenschappelijke hoorzitting te organiseren.

§ 5 - De Regering kan de administratieve geldboete opleggen na afloop van de termijn bepaald in § 4, 2°, of vóór afloop van die termijn als de overtreder laat weten dat hij de feiten niet betwist of, in voorkomend geval, na de mondelinge of schriftelijke verdediging van de overtreder of zijn raadsman.

De Regering brengt haar beslissing per aangetekend schrijven ter kennis van de overtreder.

De kennisgeving bevat ook de inlichtingen vermeld in artikel 13, artikel 15 en de artikelen 16 tot 19 van de Verordening (EU) 2016/679 van het Europees Parlement en de Raad van 27 april 2016 betreffende de bescherming van natuurlijke personen in verband met de verwerking van persoonsgegevens en betreffende het vrije verkeer van die gegevens en tot intrekking van Richtlijn 95/46/EG (algemene verordening gegevensbescherming).

§ 6 - De beslissing om een administratieve geldboete op te leggen is uitvoerbaar na afloop van een termijn van dertig kalenderdagen te rekenen vanaf de dag van de kennisgeving, tenzij overeenkomstig paragraaf 7 beroep wordt ingesteld.

De administratieve geldboete wordt geïnd ten gunste van het Duurzaamheidsfonds vermeld in artikel D.I.12.1.

De boete wordt betaald binnen dertig kalenderdagen na de dag waarop de beslissing uitvoerbaar is geworden, door storting of overschrijving op een daartoe bestemde rekening door middel van een stortings- of overschrijvingsformulier.

§ 7 - De overtreder kan beroep instellen door een verzoekschrift in te dienen bij de correctionele rechtbank binnen dertig kalenderdagen na kennisgeving van de beslissing. In het verzoekschrift worden de identiteit en het adres van de overtreder, de benaming van de aangevochten beslissing en de aangevoerde verweermiddelen vermeld.

De correctionele rechtbank doet uitspraak over de rechtmatigheid en de evenredigheid van de opgelegde geldboete. Ze kan de beslissing van de Regering ofwel bekrachtigen, ofwel wijzigen.

Tegen de uitspraak van de correctionele rechtbank kan geen beroep worden ingesteld."

**Art. 206.** - In boek VII, hoofdstuk VI, afdeling 6, van hetzelfde Wetboek wordt een artikel D.VII.21.1 ingevoegd, luidende :

"Art. D.VII.21.1 - De Regering wijst de personen aan die belast zijn met de invordering van onbetwiste en opeisbare administratieve geldboetes en met de invordering van eventuele invorderingskosten.

De personen vermeld in het eerste lid zijn gemachtigd om :

1° een betalingsbevel uit te vaardigen;

2° het betalingsbevel te viseren, uitvoerbaar te verklaren en, in voorkomend geval, bij exploit van een gerechtsdeurwaarder aan de overtreder te betekenen;

3° de schuldenaars die een bijzondere noodsituatie kunnen aantonen, uitstel van betaling of gespreide betalingen toe te staan."

**Art. 207.** - In dezelfde afdeling van hetzelfde Wetboek wordt een artikel D.VII.21.2 ingevoegd, luidende :

"Art. D.VII.21.2 - De administratieve geldboeten verjaren na verloop van vijf jaar, te rekenen vanaf de datum waarop ze betaald moeten worden.

Die termijn kan gestuit worden, ofwel zoals bepaald in de artikelen 2244 en volgende van het Burgerlijk Wetboek, ofwel door afstand van de verkregen verjaring. Indien de verjaring gestuit wordt, gaat - vijf jaar na de laatste handeling met stuiting van de vorige verjaring - een nieuwe verjaring in die op dezelfde wijze kan worden gestuit als er geen geding aanhangig is."

**Art. 208.** - In artikel D.VII.22, eerste lid, van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij het decreet van 12 december 2019, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° de inleidende zin wordt vervangen als volgt :

"Bij gebrek aan strafvordering en indien noch het vergelijk overeenkomstig artikel D.VII.18, noch het opleggen van administratieve maatregelen overeenkomstig artikel D.VII.19 mogelijk zijn of door de overtreder worden uitgevoerd, vordert de Regering of het gemeentecollege bij de burgerlijke rechtbank voor elke overtreding, afzonderlijk of gecombineerd:";

2° in de bepaling onder 3° wordt het woord "betaling" vervangen door de woorden "betaling ten gunste van het in artikel D.I.12.1 vermelde Duurzaamheidsfonds" en op het einde van de zin wordt de punt vervangen door een puntkomma;

3° het lid wordt aangevuld met een bepaling onder 4°, luidende :

"4° ofwel compenserende maatregelen in de zin van artikel D.VII.20."

**Art. 209.** - Artikel D.VII.26, eerste lid, van hetzelfde Wetboek, vervangen bij het decreet van het Waals Gewest van 15 maart 2018, wordt vervangen als volgt :

"De processen-verbaal die vóór 1 februari 2023 ter kennis zijn gebracht van de procureur des Konings, worden behandeld op basis van de bepalingen die op de datum van kennisgeving golden, tenzij nieuwere bepalingen gunstiger zijn voor de overtreder. De maatregelen vermeld in de artikelen D.VII.1bis, D.VII.11, eerste lid, D.VII.12 en D.VII.13, D.VII.16 tot D.VII.21.2 en D.VII.22, in hun versie van 1 oktober 2022, worden in elk geval als gunstiger voor de overtreder beschouwd."

**Art. 210.** - In artikel D.VIII.1 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in de inleidende zin worden de woorden "D.V.2, § 10, en D.V.11, § 4," vervangen door de woorden "D.II.57.6, § 2,";

2° in de bepaling onder 3° wordt de bepaling onder e) vervangen als volgt :

"e) de omtrek voor een saneringslocatie;"

3° in de bepaling onder 3° wordt de bepaling onder f) opgeheven;

4° in de bepaling onder 3° wordt de bepaling onder h) vervangen als volgt :

"h) het onteigeningsplan bedoeld in artikel 7, § 1, van het decreet van het Waals Gewest van 22 november 2018 betreffende de onteigeningsprocedure wanneer het later dan een plan, omtrek of ontwikkelingsplan bedoeld in dit hoofdstuk wordt opgemaakt;"

5° in de bepaling onder 4°, b), worden de woorden "a) de bebouwingsvergunningen" vervangen door de woorden "b) ontsluitings- of opsplitsingsvergunningen".

**Art. 211.** - (Geldt alleen voor de Duitse tekst.)

**Art. 212.** - (Geldt alleen voor de Duitse tekst.)

**Art. 213.** - (Geldt alleen voor de Duitse tekst.)

**Art. 214.** - In artikel D.VIII.6 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in het eerste lid worden de woorden "de dag volgend de ontvangst van het in artikel D.IV.33 bedoelde ontvangst van bericht" vervangen door de woorden "de dag na de ontvangst van het bericht van formele volledigheid";

2° het tweede lid wordt aangevuld met de volgende zin :

"Hij stuurt per e-mail of per brief een bewijsfoto van de aanplakking naar de bevoegde overheid en dit ten laatste de dag na de dag waarop het bericht werd aangeplakt."

3° in het derde lid, gewijzigd bij het decreet van 12 december 2019, worden de woorden "bericht van ontvangst" vervangen door de woorden "bericht van formele volledigheid";

4° in het vierde lid worden de woorden "van een gemeentelijk plan van aanleg aangenomen voor de inwerkingtreding van het Wetboek en lokaal beleidsontwikkelingsplan geworden, van een verordening aangenomen voor de inwerkingtreding van het Wetboek en leidraad of bebouwingsvergunning geworden" vervangen door de woorden "van een lokaal beleidsontwikkelingsplan, van een leidraad of van een ontsluitingsvergunning";

5° tussen het vierde lid en het vijfde lid, dat het zesde lid wordt, wordt een lid ingevoegd, luidende :

"Bij aankondigingen van projecten voor handelingen en werken overeenkomstig artikel D.IV.4, eerste lid, 1° tot 5°, bevat de bekendmaking een 3D-visualisatie van het stedenbouwkundig project. Bij aankondigingen van projecten voor handelingen en werken overeenkomstig artikel D.IV.2 bevat de bekendmaking een afbeelding van de geplande indeling van de percelen en, in voorkomend geval, de grafische weergave van de doeleinden die vanuit het oogpunt van de ruimtelijke ordening en de stedenbouw voor het betrokken gedeelte van het gebied worden nagestreefd."

**Art. 215.** - In artikel D.VIII.7 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° (geldt alleen voor de Duitse tekst);

2° (geldt alleen voor de Duitse tekst);

3° (geldt alleen voor de Duitse tekst);

4° in § 2, tweede lid, 11°, wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een komma;



5° § 2, tweede lid, wordt aangevuld met bepalingen onder 12° en 13°, luidende :

12° bij vergunningen voor handelingen en werken overeenkomstig artikel D.IV.4, eerste lid, 1° tot 5°: een 3D-visualisatie van het stedenbouwkundig project;

13° bij vergunningen voor handelingen en werken overeenkomstig artikel D.IV.2: een afbeelding van de geplande indeling van de percelen en, in voorkomend geval, de grafische weergave van de doeleinden die vanuit het oogpunt van de ruimtelijke ordening en de stedenbouw voor het betrokken gedeelte van het gebied worden nagestreefd.”

**Art. 216.** - In artikel D.VIII.11, eerste lid, van hetzelfde Wetboek worden de woorden “ontvangstbewijs van de volledige aanvraag” vervangen door de woorden “bericht van formele volledigheid”.

**Art. 217.** - (Geldt alleen voor de Duitse tekst.)

**Art. 218.** - (Geldt alleen voor de Duitse tekst.)

**Art. 219.** - In artikel D.VIII.15 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° (geldt alleen voor de Duitse tekst);

2° in § 1, tweede lid, wordt de bepaling onder 4° vervangen als volgt :

“4° het afschrift van de opmerkingen en voorstellen uitgebracht in het kader van de vorige informatievergadering en de notulen van de informatievergadering;”

**Art. 220.** - In artikel D.VIII.16 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in het eerste lid wordt het woord “volledig” vervangen door de woorden “formeel volledig”;

2° in het tweede lid wordt het woord “volledig” vervangen door de woorden “formeel volledig”.

**Art. 221.** - In artikel D.VIII.22 van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij het decreet van 12 december 2019, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in het tweede lid worden de woorden “van de omtrek van de te herontwikkelen locatie, de omtrek voor landschappelijk en milieuherstel” vervangen door de woorden “van de omtrek voor een saneringslocatie”;

2° in het derde lid worden de woorden “artikel D.VI.3” vervangen door de woorden “artikel 7, § 1, van het decreet van het Waals Gewest van 22 november 2018 betreffende de onteigeningsprocedure” en worden de woorden “of wanneer hij niet van een plan, omtrek of ontwikkelingsplan bedoeld in artikel D.IV.1 afhangt” opgeheven.

**Art. 222.** - In artikel D.VIII.25, eerste lid, van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij het decreet van 12 december 2019, worden de woorden “van een omtrek van een te herontwikkelen locatie of een omtrek voor landschappelijk en milieuherstel” vervangen door de woorden “van een omtrek voor een saneringslocatie”.

**Art. 223.** - In boek VIII, titel I, van hetzelfde Wetboek wordt het opschrift van hoofdstuk VI, ingevoegd bij het decreet van 26 april 2021, vervangen als volgt :

“HOOFDSTUK VI - INFORMATIEVERGADERING VIA VIDEOPRESENTATIE”

**Art. 224.** - Artikel D.VIII.27.1 van hetzelfde Wetboek, ingevoegd bij het decreet van 26 april 2021, wordt opgeheven.

**Art. 225.** - Artikel D.VIII.27.2, tweede lid, van hetzelfde Wetboek, ingevoegd bij het decreet van 26 april 2021, wordt opgeheven.

**Art. 226.** - In artikel D.VIII.27.4, § 4, tweede lid, van hetzelfde Wetboek, ingevoegd bij het decreet van 26 april 2021, worden de woorden “tijdens de twee dagen dat de presentatievideo op het internet wordt bekendgemaakt” opgeheven.

**Art. 227.** - In artikel D.VIII.31 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in § 1, tweede lid, ingevoegd bij het decreet van 12 december 2019, worden de woorden “op de stedelijke verkavelingsomtrekken” vervangen door de woorden “op de omtrekken voor een saneringslocatie en op de omtrekken voor een stedelijke verkaveling”;

2° (geldt alleen voor de Duitse tekst);

3° in § 3, derde lid, wordt het woord “bebouwing” vervangen door het woord “ontsluiting”.

HOOFDSTUK 2. — *Wijzigingen van het decreet van 18 maart 2002 betreffende de infrastructuur*

**Art. 228.** - In artikel 2, eerste lid, van het decreet van 18 maart 2002 betreffende de infrastructuur, gewijzigd bij het decreet van 13 december 2021, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in de bepaling onder 9° wordt de punt aan het einde van de zin vervangen door een komma-punt;

2° in de bepaling onder 10° wordt de punt aan het einde van de zin vervangen door een komma-punt;

3° het lid wordt aangevuld met een bepaling onder 11°, luidende :

“11° volgende maatregelen binnen een saneringslocatie in de zin van artikel D.II.57.4, § 5, van het Waals Wetboek van Ruimtelijke Ontwikkeling :

a) maatregelen om gevaren en ongevalrisico's te voorkomen die uitgaan van bouwwerken, bouwelementen of gevaarlijke uitrustingen;

b) het afbreken of gedeeltelijk afbreken van bouwwerken of installaties, met inbegrip van ondergrondse structuren;

c) veiligheids- of beveiligingsmaatregelen;

d) de inzameling, verwijdering, verwerking of vernietiging van producten, stoffen, materialen, puin en afval die achtergelaten werden of afkomstig zijn van de maatregelen;

e) het leegpompen van kelders, tanks en leidingen, alsook het reinigen van putten, plassen en vijvers;

f) de behandeling van afvalwater;

g) maatregelen voor het bouwen, verbouwen, verbeteren of uitbreiden van openbare plaatsen, buiteninfrastructuur of groene ruimten.”

**Art. 229.** - In artikel 7 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 13 december 2021, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in de bepaling onder 8° wordt de punt aan het einde van de zin vervangen door een komma-punt;

2° het artikel wordt aangevuld met een bepaling onder 9°, luidende :

"9° de lijst van de in artikel 2, tweede lid, 11°, vermelde maatregelen binnen een saneringslocatie zo nodig aanvullen of beperken."

**Art. 230.** - In artikel 11, eerste lid, van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 2 maart 2015, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° (geldt alleen voor de Duitse tekst);

2° er wordt een bepaling onder 3.2 ingevoegd, luidende :

"3.2 de infrastructuurprojecten bepaald in artikel 2, eerste lid, 1° en 3° tot 11°, voor zover ze gelegen zijn binnen een saneringslocatie in de zin van artikel D.II.57.4, § 5;"

**Art. 231.** - In artikel 14, eerste lid, van hetzelfde decreet, gewijzigd bij de decreten van 21 maart 2005 en 27 april 2009, wordt het woord "projecten" vervangen door het woord "infrastructuurprojecten".

**Art. 232.** - In artikel 14bis van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 24 februari 2014, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in § 2, eerste lid, worden de woorden "die overeenkomstig artikel 84 van het Waals Wetboek van Ruimtelijke Ordening, Stedenbouw, Patrimonium en Energie" vervangen door de woorden "die overeenkomstig artikel D.IV.1, § 2, van het Waals Wetboek van Ruimtelijke Ontwikkeling";

2° in § 3, eerste lid, worden de woorden "die overeenkomstig artikel 84 van het Waals Wetboek van Ruimtelijke Ordening, Stedenbouw, Patrimonium en Energie" vervangen door de woorden "die overeenkomstig artikel D.IV.1, § 2, van het Waals Wetboek van Ruimtelijke Ontwikkeling".

**Art. 233.** - In artikel 15, derde lid, van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 15 maart 2010, wordt het woord "projecten" vervangen door het woord "infrastructuurprojecten".

**Art. 234.** - In artikel 16, eerste lid, van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 24 februari 2014, worden de woorden "7° tot 10°" vervangen door de woorden "7° tot 11°".

**Art. 235.** - In artikel 17, § 1, eerste lid, van hetzelfde decreet, gewijzigd bij de decreten van 25 juni 2007 en 24 februari 2014, worden de woorden "en 7° tot 10°" vervangen door de woorden "en 7° tot 11°".

**Art. 236.** - In artikel 19, § 1, eerste lid, van hetzelfde decreet, gewijzigd bij de decreten van 1 maart 2004, 24 februari 2014 en 13 december 2021, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in de bepaling onder 12° wordt de punt aan het einde van de zin vervangen door een komma-punt;

2° het lid wordt aangevuld met een bepaling onder 13°, luidende :

"13° in voorkomend geval, een afschrift van het besluit tot aanneming van de saneringslocatie in de zin van artikel D.II.57.4, § 5, van het Waals Wetboek van Ruimtelijke Ontwikkeling."

**Art. 237.** - Artikel 21, § 1, eerste lid, 8°, van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt :

"8° een afschrift van de stedenbouwkundige vergunning of van andere vergunningen die voor de uitvoering van het infrastructuurproject noodzakelijk zijn, alsook een afschrift van de plannen die werden ingediend om die vergunning(en) te verkrijgen;"

**Art. 238.** - In artikel 22 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in § 1, eerste lid, wordt het woord "Instaatstellingswerken" vervangen door de woorden "Instaatstellingswerken of maatregelen in de zin van artikel 2, eerste lid, 11°";

2° in § 1, tweede lid, wordt de bepaling onder 1° vervangen als volgt :

"1° een met redenen omklede verklaring van de burgemeester over het gevaar voor het publiek of een met redenen omklede toelichting van een ingenieur, architect of studie bureau over een dreigende ernstige beschadiging of vernietiging van de hele infrastructuur of dreigende ernstige gevolgen voor het milieu;"

**Art. 239.** - In hoofdstuk II van hetzelfde decreet wordt een afdeling 6 ingevoegd, die de artikelen 44.4 tot 44.6 omvat, luidende:

"Afdeling 6 - Saneringslocaties"

**Art. 240.** - In hoofdstuk II, afdeling 6, van hetzelfde decreet wordt een artikel 44.4 ingevoegd, luidende :

"Art. 44.4 - *Subsidietafief voor bijzondere saneringsprojecten*

In afwijking van artikel 16 kan de Regering het subsidietafief verhogen voor bijzondere infrastructuurprojecten binnen een saneringslocatie in de zin van artikel D.II.57.4, § 5, van het Waals Wetboek van Ruimtelijke Ontwikkeling die een gemeentelijke overschrijdende uitstraling hebben.

De Regering bepaalt de nadere regels voor het selecteren van die projecten en de daarbij toe te passen kwaliteitscriteria."

**Art. 241.** - In dezelfde afdeling wordt een artikel 44.5 ingevoegd, luidende :

"Art. 44.5 - *Subsidies voor privaatrechtelijke personen*

Is de aanvrager een privaatrechtelijke persoon in de zin van artikel 11, eerste lid, 5°, dan :

1° bedraagt de subsidie, in afwijking van artikel 16, 40

van het totale bedrag van de aanneembare uitgaven dat voor subsidie in aanmerking komt, met als subsidiebedrag maximaal 100.000 euro per aanvraag en per onroerend goed;

2° kan een nieuwe aanvraag ten vroegste twee jaar na een vaste belofte voor een bepaald onroerend goed in aanmerking worden genomen, tenzij de in artikel 22 vermelde spoed wordt erkend;

3° is artikel 4 niet van toepassing.

De Regering kan voorwaarden in verband met de bestemming van het goed of termijnen voor de uitvoering van de maatregelen verbinden aan subsidies voor privaatrechtelijke personen overeenkomstig artikel 11, eerste lid, 5°."

**Art. 242.** - In dezelfde afdeling wordt een artikel 44.6 ingevoegd, luidende :

"Art. 44.6 - *Overeenkomst*

De overeenkomstig artikel 21 gedane belofte tot toekenning van de subsidie voor infrastructuurprojecten binnen een saneringslocatie wordt bij een overeenkomst tussen de Regering en de aanvrager gevoegd.

De overeenkomst bevat minstens de omschrijving, de nadere regels en de termijnen voor de uitvoering van de handelingen en werken, alsook de voorwaarden voor de toekenning van, de controle over en de terugbetaling van de subsidie."

### HOOFDSTUK 3. — *Slotbepalingen*

**Art. 243.** - Dit decreet treedt in werking op 1 februari 2023.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* wordt bekendgemaakt.

Eupen, 21 november 2022.

O. PAASCH,  
De Minister-President,  
Minister van Lokale Besturen en Financiën  
A. ANTONIADIS,  
De Viceminister-President,  
Minister van Gezondheid en Sociale Aangelegenheden,  
Ruimtelijke Ordening en Huisvesting  
I. WEYKMANS,  
De Minister van Cultuur en Sport,  
Werkgelegenheid en Media  
L. KLINKENBERG,  
De Minister van Onderwijs  
en Wetenschappelijk Onderzoek

—  
Nota

Zitting 2022-2023

Parlementaire stukken :

187 (2021-2022) Nr. 1

187 (2022-2023) Nr. 2

187 (2022-2023) Nr. 3

187 (2022-2023) Nr. 4

187 (2022-2023) Nr. 5

187 (2022-2023) Nr. 6

187 (2022-2023) Nr. 7

187 (2022-2023) Nr. 8

Integraal verslag:

21 november 2022 - Nr. 49

Ontwerp van decreet  
Voorstellen tot wijziging  
Voorstellen tot wijziging  
Voorstellen tot wijziging  
Voorstellen tot wijziging  
Verslag + erratum  
Voorstellen tot wijziging van de tekst aangenomen door de commissie  
Tekst aangenomen door de plenaire vergadering + erratum

Bespreking en aanneming

## REGION WALLONNE — WALLONISCHE REGION — WAALS GEWEST

### SERVICE PUBLIC DE WALLONIE

[2023/200531]

**21 DECEMBRE 2022.** — Arrêté du Gouvernement wallon modifiant l'arrêté du 14 juin 2001 favorisant la valorisation de certains déchets, l'arrêté du 28 février 2019 portant exécution de la procédure de sortie du statut de déchet, et l'arrêté du 5 mars 2008 relatif à la gestion des déchets issus de l'activité usuelle des ménages et à la couverture des coûts y afférents

Le Gouvernement wallon,

Vu le décret du 27 juin 1996 relatif aux déchets, les articles 3, § 1<sup>er</sup> et 2, modifié par les décrets des 11 mars 1999 et 15 février 2001, et 4<sup>ter</sup>, inséré par le décret du 10 mai 2012 et modifié par les décrets des 24 octobre 2013 et 17 juillet 2018;

Vu l'arrêté du Gouvernement wallon du 14 juin 2001 favorisant la valorisation de certains déchets, modifié par les arrêtés du Gouvernement wallon du 5 juillet 2018, du 6 décembre 2018, du 28 février 2019 et du 17 juin 2021;

Vu l'arrêté du Gouvernement wallon du 5 mars 2008 relatif à la gestion des déchets issus de l'activité usuelle des ménages et à la couverture des coûts y afférents, modifié par les arrêtés du Gouvernement wallon du 6 novembre 2008, 29 octobre 2009, 7 avril 2011, 9 juin 2016 et 13 juillet 2017;

Vu l'arrêté du Gouvernement wallon du 28 février 2019 portant exécution de la procédure de sortie du statut de déchet prévue à l'article 4<sup>ter</sup> du décret du 27 juin 1996 relatif aux déchets et modifiant l'arrêté du Gouvernement wallon du 14 juin 2001 favorisant la valorisation de certains déchets;

Vu le rapport établi le 27 avril 2021 conformément à l'article 3, 2<sup>o</sup>, du décret du 11 avril 2014 visant à la mise en œuvre des résolutions de la Conférence des Nations unies sur les femmes à Pékin de septembre 1995 et intégrant la dimension du genre dans l'ensemble des politiques régionales;

Vu l'avis favorable de l'Inspection des Finances du 27 avril 2021;

Vu les accords du Ministre du Budget, donnés le 15 mai 2021 et 17 juin 2022;